Universität Rostock Traditio et Innovatio

Arbeitsgruppe Politik und Wahlen Mecklenburg-Vorpommern

Jan Müller/Wolfgang Muno (Hrsg.)

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2021 – Die Parteien im Wahlkampf und ihr Elektorat

Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung

Heft 40

Universität Rostock
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
2021

HERAUSGEBER: Universität Rostock,
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

REDAKTION: Prof. Dr. Jörn Dosch
Prof. Dr. Wolfgang Muno

LEKTORAT UND
DRUCKVORLAGE: Simon Junghans
Bettina Lorenz
Jan Müller
Layla Siebert

CIP-KURZTITELAUFNAHME: Jan Müller/Wolfgang Muno: Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2021 – Die Parteien im Wahlkampf und ihr Elektorat.
– Rostock, Univ., Inst. für Politik- und Verwaltungswissenschaften, 2021. – 174 S. – (Rostocker Information zu Politik und Verwaltung; 40)

Die auf den Seiten 165–166 verwendeten Abbildungen entstammen dem Fotoarchiv der AG.

ISSN 0947-3025
ISBN 978-3-86009-531-7
DOI: https://doi.org/10.18453/rosdok_id00003395

©Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, 18051 Rostock
Jede Form der Weitergabe oder Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers.

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock
Wirtschaft- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
Ulmenstr. 69, 18057 Rostock
Tel.: (0381) 498-44 44

DRUCK:

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 5

TEIL I: ÜBERBLICK

Jan Müller/Wolfgang Muno

Die Landtagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern – eine Analyse 9

TEIL II: PARTEIENARTIKEL

Torben Böker/Bastian Karge

Die SPD – gemeinsaMVoran mit der Frau für MV 37

Luca Markmann/Michelle Rother

Die AfD – Mobilisierung der Kernklientel 49

Jan Müller/Zsombor Sonnevend

Die CDU – Absturz in die Opposition 62

Wolfgang Muno/Christop Rath

Die LINKE – Das ist links? 76

Leonard Björk/Christian Pfeiffer

Bündnis 90/Die Grünen – „Ein Landtag ohne Grüne ist wie Klima ohne Schutz“ 86

Layla Siebert/Simon Junghans

Die FDP – Wiedereinzug in den Landtag 96

Tom Moritz/Lucas Neuling

Die NPD – Rechtsextremisten auf dem Rückzug 103

Bettina Lorenz/Per Niklas Voß

Die Kleinstparteien und Einzelbewerber*innen 110

TEIL III: THEMATISCHE ASPEKTE

Ludmila Lutz-Auras/Dennis Bastian Rudolf

Die Frauen für MV! Eine Krise der repräsentativen Demokratie? 123

Lucas Neuling

Koalitionen im Laboratorium Mecklenburg-Vorpommern – Eine Analyse 136

Valerian Thielicke

Die Bundestagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern 147

TEIL IV: ANHANG

Wordclouds der Programme 161

Impressionen des Wahlkampfes 165

Kartenanhang 167

Die Autorinnen und Autoren 171

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“ 172

Vorwort

Die Arbeitsgruppe „Politik und Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern“ legt mit dieser Studie gleich eine doppelte Jubiläumsschrift vor. Seit 20 Jahren, seit dem Jahr 2001, begleitet die Forschungsgruppe am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock aus wissenschaftlicher Perspektive das politische Geschehen im Nordosten und hat zahlreiche Publikationen vorgelegt, welche in erster Linie die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern analysieren und dokumentieren. Diese Tradition möchte der vorliegende Band fortsetzen, der gleichzeitig Nummer 40 der Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung ist.

Mit der Analyse der achten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im September 2021 knüpft der vorliegende Band insbesondere an die Studie zur siebten Landtagswahl 2016 im Bundesland an, die von Martin Koschkar, Jan Müller und Christian Nestler koordiniert und herausgegeben wurde. Um die Kontinuität zu betonen, folgt auch die aktuelle Publikation dem Aufbau der letzten Landtagswahlstudie und ist dafür in drei Teile gegliedert.

Der umfänglichere Beitrag des ersten Teils liefert einen Überblick über die Entwicklungen des Wahljahres und das Wahlergebnis. Er bildet die Grundlage des zweiten Teils, in welchem die einzelnen Parteien nach Ausgangslage, Wahlkampf und Wahlergebnis 2021 näher betrachtet werden. SPD, CDU, Die LINKE, AfD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sind nicht nur im neuen Landtag vertreten sondern werden in einzelnen Beiträgen genauer analysiert. Auch die NPD, die einstmals im Land für unrühmliche Schlagzeilen sorgte, und die sogenannten „Sonstigen“ bzw. die Kleinstparteien sind mit dabei. Im dritten Teil richtet sich der Blick auf für das Bundesland weitere relevante Themen im Kontext der Wahl, die ebenso in der Forschung der AG einen wesentlichen Stellenwert hatten und haben. In diesem Sinne werden die Themen „Frauen in der Politik“, „Koalitionen in Mecklenburg-Vorpommern“ und die Bundestagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der Landtagswahl untersucht. Abschließend findet sich eine Sammlung von Impressionen des Wahlkampfes und des Wahlergebnisses in verschiedenen Darstellungsformen.

An der Arbeitsgruppe beteiligen sich Mitarbeiter*innen, Absolvent*innen und Studierende des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Letztere werden dadurch schon während des Studiums im Sinne des Forschenden Lernens an konkrete Forschung und Publikation herangeführt. Forschendes Lernen bezeichnet eine Lernform, bei der Studierende in einem Forschungsprozess, konkret die Analyse der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, in alle Phasen integriert sind und auch die Ergebnisse, konkret die vorliegende Publikation, die auch an Dritte bzw. eine interessierte Öffentlichkeit gerichtet ist, miterstellen. Ohne ihr Engagement und ihre Mitarbeit wäre die Studie in diesem Umfang nicht möglich gewesen. Ihnen gilt somit neben den anderen Autor*innen ein besonderer Dank.

Weiterhin möchten sich die Herausgeber für organisatorische Hilfe bedanken, die zum erfolgreichen Gelingen beigetragen hat. Ohne die Dynamik der Endredaktion wäre eine Drucklegung in der Kürze der Zeit für die Herausgeber kaum möglich gewesen. Allen sei hier noch einmal

herzlich gedankt. Schließlich sei noch erwähnt, dass die vorliegende Publikation sich um eine inklusive Sprache bemüht, um allen Menschen den gebührenden Respekt zu zollen.

Dr. rer.pol. Jan Müller, M.A.

Prof. Dr. Wolfgang Muno

Rostock, Dezember 2021

TEIL I: ÜBERBLICK

Die Landtagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern – eine Analyse

Jan Müller/Wolfgang Muno

1. Einleitung

Am 26. September 2021 fand die achte Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern statt. Diese stand aus mehreren Gründen unter besonderen Vorzeichen. Erstmals seit 2002 fand die Landtagswahl wieder gleichzeitig mit der Bundestagswahl statt, bei der das Rennen um das Kanzleramt, nach dem Ende der Ära Merkel, so offen war, wie lange nicht mehr. Von 2006 bis 2016 fanden die Landtagswahlen eigenständig statt. Die vorherige Gleichzeitigkeit führte zu einer höheren Wahlbeteiligung, dagegen gab es stets die (begründete) Befürchtung, dass sowohl thematisch als auch personell die Landespolitik von der Bundespolitik überstrahlt wurde. Die Ungleichzeitigkeit förderte die Entstehung eines eigenen regionalen Parteiensystems bzw. führte zu Wahlergebnissen unabhängig von Bundestrends. Zusätzlich bestimmte seit 2020 die Corona-Pandemie die gesellschaftlichen und politischen Debatten und stellte die Parteien vor neue Herausforderungen im Wahlkampf.

Die Ausgangsbedingungen im Parteienwettbewerb hatten sich 2016 verändert. Die SPD war zwar noch in der Mittellage, sich den Koalitionspartner frei wählen zu können, doch die neue Dynamik ließ auch andere Bündnisse möglich erscheinen. CDU und Die LINKE blicken jeweils nach ihren Regierungsbeteiligungen unter der SPD auf ein geschrumpftes Stimmenpotential zurück. Beide Parteien verloren Wähler*innen an die AfD, die aus dem Stand 20,8 Prozent der Stimmen holte. Ihr Einzug verschob die Aufmerksamkeit am rechten Ende des Parteienspektrums weg vom Rechtsextremismus der NPD, die nach den Verlusten der Mandate 2016 im Januar 2017 dem Parteiverbot durch das Bundesverfassungsgericht nur wegen ihrer parlamentarischen Unbedeutendheit entging[1], hin zum Rechtspopulismus der AfD. Bündnis 90/Die Grünen fanden sich erneut, wie die FDP, in der außerparlamentarischen Opposition wieder.

Der vorliegende Beitrag möchte Ausgangslage, Wahlkampf und Wahlergebnis der Landtagswahl vom 26. September 2021 in Mecklenburg-Vorpommern nachzeichnen: Welche Faktoren führten zum Ergebnis und was lässt sich für die Entwicklung des regionalen Parteienwettbewerbs im Land ableiten? Ziel der folgenden Ausführungen ist es, einen einführenden Überblick zum politischen Geschehen in Mecklenburg-Vorpommern seit 2016 zu geben. Der Beitrag unterteilt sich in Wahlkampf und Wahlergebnis und endet mit einem Ausblick. Die Analyse der Wahlen orientiert sich dabei an der schon fast klassisch zu nennenden Trias der Wahlforschung, wie sie vom sozialpsychologischen Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten nach dem Ann-Arbor-Ansatz der Michigan-Schule formuliert wurde.[2] Langfristige strukturelle Faktoren einerseits (Geographie und sozio-demographische Merkmale wie Alter, Geschlecht, Status oder Bildung), sowie andererseits

1 BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017, abrufbar unter: http://www.bverfg.de/e/bs20170117_2bvb000113.html (Stand: 26.10.2021).

2 Vgl. Angus Campbell/Gerald Gurin/Warren Miller, The Voter Decides, Evanston 1954, Angus Campbell/Philip Converse/Warren Miller/Donald Stokes, The American Voter, New York, 1960; Harald Schoen/Cornelia Weins, der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: Jürgen Falter/Harald Schoen (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2014, S. 242–329.

eher kurzfristige bzw. aktuelle Faktoren wie Personenorientierung und Themen werden berücksichtigt.

2. Wahlkampf – Legislaturperiode und die „Dynamiken des Wahljahres"

2.1. Eine Bilanz der Rot-Schwarzen Regierung 2016–2021

Die Landtagswahl 2016 sah die SPD trotz Verlusten als Siegerin, eine wichtige Rolle spielte dabei die große Popularität des SPD-Ministerpräsidenten Erwin Sellering.[3] Zwei Bündnisse waren rechnerisch möglich, doch eine rot-rote Koalition hätte nur mit einer Stimme die Mehrheit gehabt. Nach erfolgreichen Koalitionsverhandlungen wurde die nun dritte rot-schwarze Regierung gebildet. An der Verteilung der Ministerposten änderte sich nichts. Als Konsequenz des Wahlkampfes kam jedoch der Posten des Staatssekretärs für Vorpommern hinzu. Das eigentlich von der CDU geforderte Amt wurde mit dem jungen SPD-Abgeordneten Patrick Dahlemann besetzt.[4] Die CDU erhielt drei Ressorts, innerparteiliche Auseinandersetzungen gab es um das Justizministerium. Der vorgesehene Sascha Ott musste nach umstrittenen Facebook *likes* das Feld räumen. Es übernahm Katy Hoffmeister.[5] Neu im Kabinett für die SPD war Stefanie Drese im Sozialministerium, Birgit Hesse wechselte ins Bildungsministerium, während Mathias Brotkorb Finanzminister wurde.[6]

Ende Mai 2017 erklärte Ministerpräsident Sellering überraschend seinen Rücktritt vom Amt des Regierungschefs. Bei ihm wurde Krebs diagnostiziert und eine „massive Therapie" war notwendig. Die Nachfolge fiel auf die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, die sowohl das Amt der SPD-Chefin als auch die Staatskanzlei übernehmen wollte.[7] Eigentlich sollte sie für die SPD wieder in den Bundestag einziehen, nun wurde die damals 43-Jährige zur jüngsten Ministerpräsidentin der Bundesrepublik, der in nur 13 Jahren der Aufstieg von einer Abgeordneten der Schweriner Stadtvertretung hin zur Ministerpräsidentin gelungen war.[8] Ihre Amtsübernahme stand unter dem Zeichen der Kontinuität: Wirtschaft und gute Arbeit, sozialer Ausgleich und solide Finanzen waren die Schwerpunktthemen, aber auch die guten Beziehungen zu Russland sollten ausgebaut werden.[9]

Nach mehreren Konflikten trat Mathias Brodkorb im April 2019 als Finanzminister zurück. In den zwei Jahren Zusammenarbeit sei kein Vertrauensverhältnis zur Ministerpräsidentin entstanden, neben fachlichen Differenzen gab es auch Meinungsverschiedenheit über die Besetzung von Posten, so Kommentare in der Presse.[10] Einige Beobachter sahen hierin aber auch einen Konflikt über den Regierungsstil von Manuela Schwesig und in Brobkorb den „letzte[n] Unbeugsa-

3 Vgl. ausführlich Martin Koschkar/Jan Müller/Christian Müller (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung 35, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Universität Rostock, Rostock.

4 Vgl. Martin Koschkar/Christian Nestler, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 4. September 2016: Zäsur des regionalen Parteienwettbewerbs und Fortsetzung der Großen Koalition, in: ZParl, 1/2017, S. 25–39, hier: S. 37.

5 Vgl. Gabriel Kords, Da hat er sich verdrückt, in: DIE ZEIT, 27.10.2016.

6 Vgl. Frank Pubantz, Sellering präsentiert neue Regierung mit Überraschungen, in: OZ, 19.10.2016.

7 Vgl. Andreas Ebel/Frank Pfaff, Krebs: Sellering tritt zurück – Schwesig rückt nach, in: OZ, 31.05.2017.

8 Vgl. Max-Stefan Koslik, Plötzlich Landesmutter: In 14 Jahren vom Parteieintritt bis zur Landesspitze, in: SVZ, 31.05.2017.

9 Vgl. Andreas Ebel/Frank Pubantz, „Wirtschaft, Familien, Finanzen", in: OZ, 29.06.2017.

10 Vgl. Max-Stefan Koslik, Paukenschlag und Pappkarton, in: SVZ, 30.04.2019.

me[n]“.[11] Der Rücktritt fiel zeitlich zusammen mit dem Tod der langjährigen Landtagspräsidentin Sylvia Brettschneider, die einem Krebsleiden erlag. Seit 2002 stand sie dem Landtag vor und setzte sich darüber hinaus in vielfältigem Engagement für die Demokratie ein.[12] Dies machte eine größere Kabinettsumbildung nötig. Birgit Hesse wurde vom Landtag mit knapper Mehrheit zur Landtagspräsidentin gewählt.[13] Ihren Posten übernahm Bettina Martin, die seit zwei Jahren als Staatssekretärin für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund war. Neuer Finanzminister wurde Reinhard Meyer, der bis dato Chef der Staatskanzlei war.[14] Dies sollte nicht der letzte Kabinettsumbau bleiben, im November 2020 trat Lorenz Caffier als Innenminister zurück, nachdem bekannt wurde, dass der CDU-Politiker eine Waffe aus dem Umfeld der Prepper-Gruppe „Nordkreuz“ bezogen hatte. Sein Nachfolger aus den Reihen der CDU wurde Torsten Renz.[15]

Eine Reaktion auf das starke Wahlergebnis der AfD war das Versprechen der Landesregierung, stärker in der Fläche präsent zu sein. Die Minister*innen sollten zweimal jährlich „Bürgerversammlungen“ abhalten.[16] Unter dem Motto „Landesregierung vor Ort“ reisten Ministerpräsident Sellering und seine Kollegen*innen zum ersten Mal im Mai 2017 in verschiedene Orte des Bundeslandes.[17] Regelmäßig wurden diese Ortstermine wiederholt, bis dann im März 2020 die Veranstaltungsreihe der Corona-Pandemie zum Opfer fiel.[18]

Ein wichtiges Thema der Landes SPD im Wahlkampf war die Senkung der Kitabeiträge. Auch die CDU forderte eine Entlastung der Eltern. Im Koalitionsvertrag legten beide Parteien die Beitragsfreiheit als langfristiges Ziel fest.[19] Die Beitragsfreiheit konnte dann tatsächlich schon in der siebten Legislaturperiode erreicht werden. In einem ersten Schritt wurden die Gebühren um 50 Euro reduziert und damit das erste im Koalitionsvertrag festgesetzte Ziel erreicht. Als weiterer Schritt kam dann die Geschwisterkindregelung, die eine Halbierung des Beitrags für das zweite Kind vorsah. Die vollständige Beitragsfreiheit konnte aber erst nach der Verabschiedung des „Gute-KiTa-Gesetzes“ auf der Bundesebene erreicht werden.[20]

Sellerings Coup, den Staatssekretär für Vorpommern mit Patrick Dahlemann zu besetzen, sorgte zwar für Aufsehen, die Bilanz nach fünf Jahren fiel aber eher gemischt aus. Drei Millionen Euro Fördersumme standen ihm jährlich zur Verfügung, fast 1.000 kleine Projekte wurden finanziert. Kritisiert wurden von Anfang an die Kosten des Staatssekretärspostens, 670.000 Euro im Jahr.[21] Die Opposition bemängelte, dass er nur Trostpflaster verteile und bezeichnete den Posten als überflüssig.[22] Die IHK Neubrandenburg kritisierte die fehlende Beachtung von Teilen Mecklen-

11 Vgl. Uwe Reißenweber, Mit Brodkorb geht der letzte Unbeugsame, in: Nordkurier, 30.04.2019.
12 Vgl. Frank Wilhelm, Syliva Brettschneider ist tot, in: Nordkurier, 29.04.2019.
13 Vgl. Gerald Kleine Wördemann, SPD entgeht nur knapp Debakel, in: OZ, 23.05.2019.
14 Vgl. o.A., Neue Minister: Bettina Martin und Reinhard Meyer vereidigt, in: OZ, 23.05.2019.
15 Vgl. Frank Pubantz, Waffe und Ferienhaus: Caffier wird hin – Renz folgt, in: OZ, 18.11.2020.
16 Vgl. Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU Mecklenburg-Vorpommern für die 7. Wahlperiode 2016 – 2021, Schwerin 2016, S. 5.
17 Vgl. o.A., Auftakt 5. Mai: Landesregierung sucht das Bürgergespräch, in: Nordkurier, 12.04.2017.
18 Vgl. Thomas Volgmann, Coronavirus: Land sagt Veranstaltungen ab, in: SVZ, 11.03.2020.
19 Vgl. Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU Mecklenburg-Vorpommern für die 7. Wahlperiode 2016 – 2021, Schwerin 2016, S. 55.
20 Vgl. Iris Leithold, 321 Millionen Euro für beitragsfreie Kita, in: OZ, 11.04.2019; Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung (Hrsg.): Elternbeitragsfreiheit, abrufbar: https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/Familie/Kindertagesf%C3%B6rderung/Elternentlastung/ (Stand: 23.09.2021).
21 Vgl. Frank Pubantz, Lob und Tadel für Schwesigs Pommern-Sekretär, in: OZ, 09.07.2021.
22 Vgl. Jörg Spreemann, Nur die SPD lobt die eigene Vorpommernstrategie, in: Nordkurier, 30.08.2021.

burgs.[23] Zum Abschluss der Legislatur wurde eine Vorpommern-Strategie präsentiert, die auch Vorschläge aus der sogenannten „Scheunen-Tour" enthielt. In diesem Format sammelte Dahlemann 218 Ideen in direktem Gespräch mit Bürger*innen.[24]

Zwei Untersuchungsausschüsse begleiteten die Legislatur. Im Januar 2017 wurde auf Antrag der AfD der Parlamentarische Untersuchungsausschuss „Wohlfahrtsverbände" eingerichtet. Dieser sollte sich mit der politischen Aufsicht der Verbände beschäftigen, von denen einige Regionalverbände der Arbeiterwohlfahrt durch Fehlverhalten und Ungereimtheiten auffällig geworden waren. Die AfD nutzte das Thema, um immer wieder auf Verbindungen der SPD zu den Wohlfahrtsverbänden hinzuweisen, selbst die Ministerpräsidentin wurde vorgeladen.[25] Der Landesregierung konnten jedoch keine Verfehlungen nachgewiesen werden und auch landeseigene Mittel wurden nicht zweckentfremdet.[26] 2018 nahm der NSU-Untersuchungsausschuss seine Arbeit auf, sieben Jahre nachdem die Verbrechen bekannt wurden. Schwerpunkt der Arbeit waren der Mord an Mehmet Turgut in Rostock und zwei Banküberfälle sowie die Verbindung des Trios zur rechtsextremen Szene in Mecklenburg-Vorpommern. Die Arbeit verlief schleppend, stand zu Beginn doch kein abhörsicherer Raum zur Verfügung, zudem wurden viele Akten nur stark geschwärzt übergeben.[27] SPD und Die LINKE sprachen sich zum Ende der Legislatur dafür aus, den Untersuchungsausschuss in der kommenden Wahlperiode fortzusetzen. Ein 800-seitiger Bericht wurde zwar vorgelegt, aber wichtige Details konnten noch nicht geklärt werden.[28]

Mit einem anderen Thema gelangte Mecklenburg-Vorpommern in der Legislatur in den Fokus der internationalen Öffentlichkeit: der Bau der Ostseepipeline Nord Stream 2. Die erste Röhre, die russisches Gas nach Lubmin pumpt, wurde 2011 eingeweiht, kurz darauf wurde eine weitere Trasse angekündigt. Diese sollte dem russischen Gaskonzern noch leichteren Zugang zum europäischen Markt gewähren. Im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen den USA und Russland verhängte der US-Kongress 2017 Sanktionen gegen westliche Firmen, die am Projekt beteiligt waren.[29] Diese blieben jedoch ohne ersichtliche Wirkung. Mit Amtsantritt von US-Präsident Biden, ebenfalls ein Gegner der Pipeline, kam neue Dynamik in die Sanktionsdrohungen. Kurz vor der Fertigstellung der Pipeline schien das Projekt gefährdet, da sich Ende 2019 europäische Firmen unter US-amerikanischen Druck zurückgezogen hatten. Die Regierung in Mecklenburg-Vorpommern wartete mit einem überraschenden Schachzug auf: Eine landeseigene Stiftung wurde gegründet, mit der die Fertigstellung der Pipeline abgesichert wurde, quasi als Schutzschild vor den Sanktionen.[30] Dass diese Stiftung den Namen „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV" tragen sollte, sorgte für viel Empörung. Die Landesregierung vermischte hierbei geschickt zwei Dinge. Zum einen den Umweltaspekt; in der Kommunikation stand dies an erster Stelle, obwohl es bereits zwei Stiftungen gibt, die Umweltschäden, die durch den Bau von Nord Stream 1 entstanden sind, auffangen sollen. Zum anderen bot die vollends durch Nord Stream Eigner Gazprom finanzierte Stiftung die Möglichkeit, Firmen vor Sanktionen zu schützen.[31] Das Echo au-

23 Vgl. Jörg Spreemann, Alle reden von Vorpommern, aber was ist mit Ostmecklenburg?, in: Nordkurier, 21.08.2021.

24 Vgl. Parlamentarischer Staatssekretär für Vorpommern (Hrsg.), Vorpommern-Strategie, Impulse zur Entwicklung des östlichen Landesteils bis 2030, Anklam 2021.

25 Vgl. Frank Pubantz, Schwesig vor Awo-Ausschuss, in: OZ, 11.08.2020.

26 Vgl. Iris Leithold, Awo-Untersuchungsausschuss zu Ende, in: SVZ, 24.11.2020.

27 Vgl. Frank Pubantz, NSU-Aufklärer im Landtag ausgebremst, in: OZ, 04.01.2019.

28 Vgl. Andreas Becker, NSU-Morde bleiben auch nach der Wahl Thema im Landtag, in: Nordkurier, 28.04.2021.

29 Vgl. Maxim Kireev, Gazproms Albtraum, in: DIE ZEIT, 03.08.2017.

30 Vgl. Uwe Reißenweber, Stiftung soll Nord Stream retten, in: SVZ, 06.01.2021.

31 Vgl. Natalie Meinert, MV-Stiftung für Pipeline und Umweltschutz erntet Kritik, in: Nordkurier, 11.01.2021.

ßerhalb des Bundeslandes viel sehr kritisch aus.[32] Im Landtag fand die Regierung Unterstützung für die Stiftung bei der LINKEN und auch bei Teilen der AfD-Fraktion.[33] Für die Stiftung konnte Erwin Sellering als Vorstandsvorsitzender und der ehemalige Europaabgeordnete Werner Kuhn (CDU) als Stellvertreter gewonnen werden.[34] Generell gab es viel Kritik an der Pipeline, aber hier blieb die Regierung bei der Darstellung, dass es sich um eine notwendige Brückentechnologie und ein europäisches Projekt handelt.[35] Die Fertigstellung erfolgte dann ohne weitere Probleme im August 2021.[36]

Im September 2019 machte Manuela Schwesig eine Brustkrebserkrankung öffentlich. Sie entschloss sich, ihre Tätigkeiten weiter auszuführen und verwies auf viele andere Frauen, die trotz Krebserkrankung berufstätig blieben. Vom kommissarischen Vorsitz der Bundes-SPD trat sie allerdings zurück.[37] Nach acht Monaten, mitten in der Corona-Pandemie, verkündete die Ministerpräsidentin, wieder gesund zu sein und den Krebs besiegt zu haben.[38]

2020 rief die Nominierung Barbara Borchardts als Mitglied des Landesverfassungsgerichtes Empörung aus. 2017 war ihre Nominierung zur stellvertretenden Richterin noch unkommentiert geblieben. Im Fokus stand ihre Mitgliedschaft bei der Antikapitalistischen Linken, eine Gruppe die auf Bundesebene (nicht im Land) vom Verfassungsschutz beobachtet wird.[39] In folgenden Interviews wiederholte sie ihre umstrittenen geschichtspolitischen Standpunkte die DDR, die Mauer und die Flucht betreffend.[40] Die LINKE sah Borchardt als Opfer „rechter Hetze".[41]

Ab 2020 stand das Coronavirus im Zentrum der Politik. Während in Bayern Ende Januar[42] der erste Fall nachgewiesen wurde, dauerte es bis zum 3. März, bis der erste Fall im Nordosten verzeichnet wurde. Schnell traf es den Kreuzfahrt-Tourismus, der eingestellt wurde. Am 14. März beschloss das Kabinett, Schulen, Kitas sowie Museen zu schließen, am 16. März traf der Lockdown alle nicht essentiellen Geschäfte. Im weiteren Verlauf erließ die Landregierung sehr strikte Maßnahmen, die neben dem Einzelhandel den Tourismussektor stark beeinträchtigten. In der ersten Welle wurde das Bundesland quasi abgeriegelt. Weder Tourist*innen noch Menschen mit einem Zweitwohnsitz durften einreisen.[43] Zeitgleich verabschiedete das Land Wirtschaftshilfen, die den besonders betroffenen Branchen zugutekommen sollten. Noch im März wurde ein

---

32 Vgl. René Höltschi, Mecklenburg-Vorpommern will die USA austricksen, in: NZZ, 09.01.2021.

33 https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/47662/plenarprotokoll_7_108.pdf#page=30

34 Vgl. Stiftung Klima- und Umweltschutz MV (Hrsg.), Personen, abrufbar unter: https://klimastiftung-mv.de/personen/ (Stand: 13.10.2012).

35 Vgl. Uwe Reißenweber, „Das Land arbeitet nicht eng mit Putin", in: SVZ, 19.01.2021.

36 Vgl. Daniel Wetzel, Die letzten elf Kilometer von Nord Stream 2, in: Die Welt, 26.08.2021.

37 Vgl. Max-Stefan Koslik, Schwesig will kämpfen, in: SVZ, 11.09.2019.

38 Vgl. Karin Koslik, Den schwersten Kampf gewonnen, in: SVZ, 13.05.2020.

39 Vgl. Marcel Leubecher, Verfassungsrichterin bleibt in der Antikapitalistischen Linken, in: Die Welt, 19.05.2020; Uwe Reißenweber, Genossin Verfassungsrichterin, in: SVZ, 29.05.2020.

40 Vgl. Peter Burghardt, Grundgesetz als Maßstab, abrufbar unter: https://www.sueddeutsche.de/politik/barbara-borchardt-landesverfassungsgericht-mecklenburg-vorpommern-antikapitalistische-linke-1.4919632 (Stand:20.10.2021).

41 Vgl. Die LINKE (Hrsg.), Zusammenhalt und Solidarität!, abrufbar unter: https://www.originalsozial.de/politik/aktuelles/detail/news/zusammenhalt-und-solidaritaet/ (Stand:20.10.2021). Vgl. dazu auch den Beitrag von Muno/Rath zu Die LINKE.

42 Vgl. Sören Imöhl/Angelika Ivanov, Das Coronavirus dominiert seit Januar 2020 den Alltag in Deutschland – die Chronik, abrufbar unter: https://www.handelsblatt.com/finanzen/corona-in-deutschland-das-coronavirus-dominiert-seit-januar-2020-den-alltag-in-deutschland-die-chronik/25584942.html (Stand: 06.10.2021).

43 Vgl. o.A., Corona und wir in MV: Chronologie der Pandemie, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Corona-und-wir-in-MV-Chronologie-der-Pandemie,einjahrcoronaundwirinmv114.html (Stand: 06.10.2021).

Schutzfond in der Höhe von 1,1 Milliarden Euro aufgelegt[44] und der Landeshaushalt dementsprechend erweitert, die Schuldenbremse war hierfür gelockert worden.[45] Dem Nachtragshaushalt stimmten auch die beiden Oppositionsparteien zu. Insgesamt kam Mecklenburg-Vorpommern glimpflich durch die erste Welle. Die Infektionszahlen waren im Vergleich niedrig. Die Landesregierung und insbesondere die Ministerpräsidentin zeigten sich als standfeste Krisenmanager*innen und verteidigten die teileweise sehr harten Maßnahmen. Wie überall in der Bundesrepublik rückte die Regierung noch mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit und die Pressekonferenzen der Ministerpräsidentin wurden zum zentralen Medienereignis.

Ein Instrument, welches die Landesregierung rasch etablierte, war der „M-V-Gipfel", der seit März 2020 monatlich stattfand. Er diente zur Koordinierung der Pandemiebekämpfung und zur Einbeziehung gesellschaftlicher Akteure. Neben den Bund-Länder Gesprächen, auf denen die bundesweiten Vorgaben erörtert wurden, und dem Landeskabinett wurde der „M-V-Gipfel" zum wichtigen Instrument der Landespolitik. Die Landesregierung lud hierzu die Landräte und Oberbürgermeister, Vertreter*innen von Wirtschaftsverbänden, dem Städte- und Gemeindetag sowie dem Landkreistag, die Landtagspräsidentin, die Fraktionsvorsitzenden der Regierungsfraktionen sowie ein Expertengremium ein. Letzteres bestand aus Wissenschaftler*innen aus den medizinischen Fakultäten und dem Landesamt für Gesundheit und Soziales. Themengebunden wurden auch andere Institutionen eingeladen, wie die Kirchen oder die Bundeswehr.[46] Am Ende dieser Sitzungen gab es gemeinsame Erklärungen, die ebenfalls die Änderungen an der Corona-Landesverordnung beinhalteten.

Die Opposition war bei diesem Format außen vor und bemängelte darüber hinaus die fehlende Einbindung des Parlamentes. Die LINKE begründete dies mit den weitgehenden Eingriffen in die Grundrechte.[47] Da es sich um Verordnungen handelte, war eine Beteiligung des Parlamentes nicht zwingend nötig. Insgesamt zwölf Mal seit Beginn der Pandemie gab Schwesig eine Regierungserklärung ab und gab somit dem Parlament die Möglichkeit zur Debatte.[48]

Während sich im Sommer 2020 die Fallzahlen entspannten und die meisten Einschränkungen gelockert wurden, brachte der Herbst die zweite Welle und damit strengere Regeln, die denen aus dem Frühjahr in nichts nachstanden. Insbesondere die Schulen im Land waren nicht auf die Pandemie vorbereitet. Digitaler Unterricht konnte nicht flächendeckend durchgeführt werden. Am ersten Tag des Lockdowns im Dezember brach die Lernplattform der Schulen zusammen.[49] Die Bevölkerung trug die Maßnahmen mehrheitlich mit. Im Januar 2021 befragte die Ostseezeitung Bürger*innen: 50 Prozent der Befragten fanden die Maßnahmen angemessen, 26 Prozent gingen sie nicht weit genug und nur 22 Prozent sprachen sich dagegen aus.[50]

Die Strategie, um der Pandemie Herr zu werden, besteht im Impfen. Hier war es fehlende Impfstoffbeschaffung durch den Bund, die von der Ministerpräsidentin öffentlichkeitswirksam in

---

44 Vgl. Frank Pubantz, 1,1 Milliarden für Wirtschaft in MV: Schutzfonds aufgelegt, in: OZ, 25.03.2020.

45 Vgl. Andreas Becker, Corona-Krise: MV lockert Schuldenbremse, in: Nordkurier, 02.04.2020.

46 Vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern 7. Wahlperiode, Kleine Anfrage des Abgeordneten Thorsten Koplin, Drucksache 7/5889.

47 Vgl. Stefan Ludmann, Corona-Maßnahmen: Soll der Landtag mehr Mitsprache bekommen?, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Corona-Massnahmen-Soll-der-Landtag-mehr-Mitsprache-bekommen,coronavirus3362.html (Stand: 06.10.2021).

48 Vgl. Stefan Ludmann, Schwesig leitet großes Finale im Landtag ein, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Schwesig-leitet-grosses-Finale-im-Landtag-ein,landtag5420.html (Stand: 06.10.2021).

49 Vgl. Frank Pubantz, Schulportal abgestürzt, in: OZ, 17.12.2020.

50 Vgl. Frank Pubantz, OZ-Umfrage: Mehrheit findet Corona-Lockdown richtig, in: OZ, 19.01.2021.

Talkshows kritisiert wurde. Zu Beginn der Impfkampagne lag Mecklenburg-Vorpommern zwischenzeitlich auf Platz 1 im Ranking der Bundesländer.[51] Die sogenannte „Osterruhe" zeigte aber, dass noch längst kein Weg aus der Pandemie gefunden war, weshalb zum April ein verschärfter Lockdown verhängt wurde. Im Parlament stimmte dem neben der Regierungskoalition auch der LINKEN zu, die AfD sprach sich gegen den Lockdown aus und wollte alle Regeln zum Gesundheitsschutz fallen lassen.[52] Der Weg aus diesem Lockdown wurde von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich gehandhabt. In Mecklenburg-Vorpommern galten lange Zeit strenge Regeln, die von vielen Wirtschaftsverbänden, insbesondere dem Hotel- und Gaststättengewerbe kritisiert wurden.[53] Dies machte sich auch in den Umfragen bemerkbar, während im Juni und November 2020 70 Prozent der Befragten die Arbeit der Landesregierung positiv beurteilten, taten dies im Mai 2021 nur noch 51 Prozent (siehe Tabelle 1).

Tab. 1: Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung

Zeitpunkt Umfrage	Beurteilung positiv	Beurteilung weiß nicht	Beurteilung negativ
2017	55	5	40
2018	50	7	43
Januar 2019	46	13	41
September 2019	47	11	42
Januar 2020	46	9	45
Juni 2020	70	2	28
November 2020	70	2	28
Januar 2021	60	8	32
Mai 2021	51	2	47
Juli 2021	62	3	35
August 2021	61	2	37
September 2021	62	4	34
Kurz vor der Wahl	64	2	34

Quelle: Eigene Darstellung nach Umfragen von OZ, SVZ, Nordkurier und NDR.

Die rot-schwarze Landesregierung betonte immer, dass das Land gut durch die Pandemie gekommen sei. Ein Blick auf die Infektionszahlen und die Anzahl der Todesfälle im Zusammenhang mit Corona stützen diese Lesart.[54] Die Landesregierung legte eigene Hilfen für betroffene Wirtschaftszweige auf und schuf darüber hinaus noch eine Neustart-Prämie, die für Unternahmen nach längeren Phasen der Kurzarbeit greifen sollte. Kritik an der Landesregierung gab es vor allem im Bereich der Schule und Tourismus, sowie aus der Kulturbranche.

Drei Wahlen lagen zwischen den Landtagswahlen. Bei der Bundestagswahl 2017 war die CDU im Land wieder stärkste Kraft, obwohl die Christdemokrat*innen deutliche Verluste hinnehmen mussten. Zugleich wurden alle sechs Direktmandate gewonnen. Die zeitgleich stattfindenden Kommunal- und Europawahlen brachten deutliche Gewinne für Bündnis 90/Die Grünen. Als stärkste Partei behauptete sich jedoch die CDU (siehe Tabelle 2).

51 Vgl. Marin Grieve, Gänzlich unbeeindruckt, in: Handelsblatt, 02.02.2021.
52 Vgl. Hagen Jung, „Staatsfeind Nummer 1", in: nd, 19.04.2021.
53 Vgl. Edgar S. Hasse, Streit um Corona-Einreiseverbot, in: Hamburger Abendblatt, 29.04.2021.
54 Vgl. Robert Koch-Institut (Hrsg.), COVID-19-Dashboard, abrufbar unter: https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4/page/page_0/ (Stand: 27.10.2021.).

Tab. 2: Wahlergebnisse und Umfragen in Mecklenburg-Vorpommern 2017–2020

Vergleichsdaten 2017–2020	SPD	AfD	CDU	Die LINKE	B90/ Grüne	FDP	Sonstige	WB
Umfrage 1/2017	**32**	18	21	13	4	4	8	-
Umfrage 7/2017	**31,5**	20,5	22	13,5	4,5	3,5	4,5	-
Bundestagswahl 2017	15,1	18,6	**33,1**	17,8	4,3	6,2	4,9	70,9
Umfrage 1/2018	**28**	19	20	15	5	5	8	-
Umfrage 6/2018	**25**	22	18	16	8	4	7	-
Umfrage 1/2019	**22**	18	**22**	16	10	4	8	-
Kommunalwahlen 2019	15,4	14	**25,4**	16,3	10,3	4,3	14,4	57,3
Europawahl 2019	15,6	17,7	**24,5**	13,9	10,8	3,9	13,6	58,4
Umfrage 9/2019	**22**	20	21	12	12	5	8	-
Umfrage 1/2020	19	19	**20**	14	13	5	10	-
Umfrage 6/2020	24	15	**29**	13	10	4	5	-
Umfrage 11/2020	**27**	15	**27**	12	10	3	6	-

Quellen: Umfragen nach www.wahlrecht.de (Stand: 07.10.2021) sowie Angaben der Landeswahlleiterin. Angaben in Prozent.

Der Frühsommer und steigende Impfquoten ließen dann eine Rücknahme vieler Maßnahmen zu und auch der Wahlkampf konnte, anderes als bei den Märzwahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, fast wie gewohnt ablaufen. Nur die Zahl der Großveranstaltungen der Parteien nahm ab. Straßen- und Haustürwahlkampf konnten, mit Maske, durchgeführt werden.

2.2. Die Dynamik des Wahljahres – Ausgangslage und Rahmenbedingungen

Die Corona-Pandemie bestimmte den Start in das Wahljahr. Lockdown und Kontaktbeschränkungen erschwerten nicht nur den Alltag aller Bürger*innen sondern auch die Prozesse in den politischen Parteien. Viele Wochen war es nicht möglich Parteitage als Präsenzveranstaltung abzuhalten. Manuela Schwesig hatte sich bereits als durchsetzungsfähige Regierungschefin etabliert. Nun sollte sie als Amtsinhaberin in den Wahlkampf ziehen. Dafür wurde sie bereits im September 2020 von ihrer Partei für den Wahlkreis 8 in ihrer Heimatstadt Schwerin nominiert.[55] Die CDU dagegen blickte zurück auf ein turbulentes Jahr 2020. Zuerst war Hoffnungsträger und Fraktionschef Vincent Kokert überraschend zurückgetreten.[56] Dann verstrickte sich der aussichtsreichste Kandidat auf den Parteivorsitz, Philipp Amthor, in Korruptionsvorwürfe.[57] CDU-Urgestein Eckhardt Rehberg setzte dann den Landrat von Vorpommern-Greifswald, Michael Sack, als Parteichef durch.[58] Sack brachte sich als Herausforderer von Manuela Schwesig in Stellung. Die fehlende Erfahrung in der Landespolitik konterte er mir einem Verweis auf seine kommunalpolitische Verankerung.[59] Damit sollte erstmals seit Bestehen des rot-schwarzen Bündnisses nicht ein Minister gegen den SPD-Regierungschef*in antreten.

55 Vgl. Marc Niedzolka, SPD stellt Schwesig auf, in: OZ, 07.09.2020.

56 Vgl. Frank Pubantz/Benjamin Fischer, CDU-Chef Kokert wirft hin – wird Amthor der Nachfolger?, in: OZ, 01.02.2020.

57 Vgl. Sven Becker u.a., „Geiler Typ", in: Der SPIEGEL, 13.06.2020.

58 Vgl. Rainer Brandes, Rehberg (CDU): Amthors Kandidatur hätte ihm sehr geschadet, abrufbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/fall-amthor-rehberg-cdu-amthors-kandidatur-haette-ihm-sehr.694.de.html?dram:article_id=479021 (Stand: 02.09.2020).

59 Vgl. Andreas Becker, Teamplayer greift nach der Macht: Michael Sack fordert Schwesig heraus, in: Nordkurier, 08.08.2020.

In der frühen Phase der Auseinandersetzung zwischen den Parteien dominierte der Umgang mit der Corona-Pandemie. Im Parlament gab es bei den wesentlichen Abstimmungen auch die Unterstützung von Die LINKE für die Maßnahmen der Regierung. Die AfD versuchte, aus ihrem Widerstand gegen die Corona-Maßnahmen politischen Profit zu ziehen. Der Regierung wurde unterstellt, nicht zum Wohle des Landes zu handeln, das Virus sei auch ohne Lockdown zu beherrschen. Die sonst so auf *law and order* pochende Partei forderte die Aussetzung des staatlichen Zwangs bei den Schutzmaßnahmen.[60]

Drei Landtagswahlen standen in Deutschland vor der Sommerpause an. Im März wurde in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gewählt. Dort gingen, wie bereits auch vor der Pandemie, die Ministerpräsident*innen gestärkt hervor. Die AfD landete unter 10 Prozent und konnte nicht von ihrem Anti-Corona-Maßnahmen Kurs profitieren. Der Wahlkampf fand unter sehr eingeschränkten Bedingungen statt. Es wurde versucht, den Wahlkampf von der Straße ins Internet zu verlegen. Ein zentraler Faktor war der sehr hohe Anteil von Briefwähler*innen, in Rheinland-Pfalz 65,9 Prozent der Wähler*innen.[61] Kampagnen können so nicht mehr auf einen zentralen Höhepunkt geplant werden, da viele Wähler*innnen schon Wochen vor dem Wahltermin ihre Stimme abgeben. In Sachsen-Anhalt konnte sich ebenfalls Ministerpräsident Rainer Haseloff behaupten und verweis die AfD, die nach Umfragen zwischenzeitlich gleichauf lag, mit deutlichem Abstand auf Platz zwei.[62]

Der Landes-SPD reichte ein Parteitag zur Verabschiedung von Wahlprogramm und Landesliste, Ministerpräsidentin Schwesig erreichte 96,4 Prozent Zustimmung von den Delegierten. Im Mittelpunkt des „Regierungsprogramms" standen Löhne, Wirtschaft und der Umweltschutz. Diskutiert wurden ein „Seniorenticket" und der 8. März als möglicher weiterer Feiertag.[63] Die CDU führte zwei Parteitage durch. Beim Listenparteitag erzielte Michael Sack 94,6 Prozent Zustimmung als Spitzenkandidat. Thematisch setzte er auf Digitalisierung, Wirtschaft und Bildung.[64] Auf dem Programmparteitag, auf dem die CDU eine „Themenreise" von A bis Z verabschiedete, wurden die SPD-geführten Ministerien Bildung und Infrastruktur stark kritisiert. Sack formulierte den Einzug in die Staatskanzlei als Ziel. Als Schreckensszenario musste für das Land eine mögliche rot-rot-grüne Regierung herhalten. [65] Die AfD benötigte alleine zwei Parteitage, um die Landesliste aufzustellen. Um Platz eins gab es ein Duell zwischen Fraktionschef Nikolaus Kramer und dem Fraktionsgeschäftsführer Ralph Weber. Letzterer unterlag mit 101 zu 130 Stimmen und konnte am Ende gar keinen Listenplatz ergattern. Da nur 10 Plätze gewählt werden konnten, war ein zweiter Parteitag nötig, auf dem mit großer Mühe 23 Kandidierende auf die Liste platziert wurden.[66] Das Landeswahlprogramm wurde keinem Parteitag zur Debatte vorgelegt, der Vorstand präsentierte das Programm, über das bei einem online-Mitgliederentscheid abgestimmt

60 Vgl. Landtag Mecklenburg-Vorpommern 7. Wahlperiode, Plenarprotokoll zur 101. Sitzung am 29.10.2020, S. 18–21.

61 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Landtagswahl 2021, Teil 1 Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht, abrufbar unter: https://www.wahlen.rlp.de/de/ltw/wahlen/2021/veroeff/wahlnachtanalyse-lw2021.pdf (Stand: 08.10.2021), S. 16.

62 Landeswahlleiterin Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Landtagswahl am 06.06.2021, Endgültige Ergebnisse, abrufbar unter: https://wahlergebnisse.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt21/and/lt21_endg.pdf (Stand: 08.10.2021), S. 9.

63 Vgl. Max-Stefan Koslik, SPD will Feiertag am 8. März, in: SVZ, 21.06.2021.

64 Vgl. Frank Pubantz, Amthor warnt vor „linker Republik", in: OZ, 08.03.2021.

65 Vgl. Uwe Reißenweber, Gemächlich in den „MV Sommer", in: SVZ, 19.06.2021; Andreas Becker, CDU-Chef Sack warnt vor rot-rot-grüner Mehrheit in MV, in: Nordkurier, 16.06.2021.

66 Vgl. Frank Pubantz, Derbes Duell um die AfD-Spitzenkandidatur, in: OZ, 17.05.2021; Iris Leithold, Acht Stunden für drei AfD-Kandidaten, in: Nordkurier, 21.06.2021.

wurde. Kernthema war die Ablehnung von Migration, daneben setzte die AfD auf mehr direkte Demokratie und im Bereich der Energiesicherheit auf Kohlekraftwerke und Atomstrom.[67] Keine Überraschungen bei der Spitzenkandidatin gab es bei der LINKEN, Fraktionschefin Simone Oldenburg wurde mit 93,7 Prozent auf Platz eins gewählt. Das drei Monate später beschlossene Programm stellte das Thema Bildung und den Kampf gegen Armut in den Mittelpunkt, beim Klimaschutz betonte die Partei, die soziale Verträglichkeit mehr zu beachten. Die LINKE wollte wieder in die Regierung.[68] Bereits im Oktober 2020 hielten Bündnis 90/Die Grünen ihren Listenparteitag ab. Als Spitzenkandidatin wurde Anne Shepley nominiert. Das Kreistagsmitglied aus Nordwestmecklenburg setzte sich gegen die beiden ehemaligen Parteichefinnen Claudia Schulz und Ulrike Berger durch. Auf Platz zwei wurde der ehemalige Bundestagsabgeordnete Harald Terpe gewählt. Das Wahlprogramm der Grünen stellte dann den Klimaschutz sowie die ökologische Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt. Als Ziel wurde der Wiedereinzug in Landtag ausgegeben.[69] Die FPD gab die gleiche Parole aus und nominierte den langjährigen Vorsitzenden René Domke zum Spitzenkandidaten. Das Programm setzte auf Digitalisierung als Querschnittsthema und Bildung.[70]

Alle Parteien mussten sich mit dem Fakt auseinandersetzen, dass zeitgleich die Bundestagswahl stattfand. Für Mecklenburg-Vorpommern ist dies nichts neues, bereits 1994 bis 2002 fanden die Wahlen zeitgleich statt. Damals konnten die Parteien sehr ähnliche Ergebnisse holen, die Abweichung lag im Mittelwert zwischen 0,6 und 0,8 Prozentpunkten. In den Vergangen 19 Jahren hat sich jedoch das Parteiensystem im Land differenziert und eigene Strukturmuster herausgebildet.[71] Der Bundestrend spielte insbesondere beim Einzug der FDP 2006 und der Bündnis 90/Die Grünen 2011 eine Rolle. Doch auch die SPD und CDU erhofften sich jeweils Rückenwind.[72]

Die Umfragen im Wahljahr sahen die SPD immer vorne. Anfangs war die CDU noch in Schlagdistanz, doch mit dem Beginn des Wahlkampfes öffnete sich die Lücke zwischen den beiden Koalitionspartnern deutlich. Die Grünen profitierten zwischenzeitlich von sehr guten Umfrageergebnissen im Bund, kurz nach der Kanzlerinkandidatur von Annalena Baerbock. Die FDP wurde fast immer über 5 Prozent gemessen. Die AfD pendelte um die 16 Prozent. Mit dem Start der heißen Wahlkampfphase war jedoch das Rennen um die Staatskanzlei vorbei. Die SPD unter Manuela Schwesig blickte früh auf einen komfortablen Vorsprung.

---

67 Vgl. Frank Pfaff, AfD präsentiert Landtagswahlprogramm, in: OZ, 27.07.2021.

68 Vgl. Frank Pubantz, „Geld für Schulen, nicht für Panzer", in: OZ, 15.03.2021; Frank Pfaff, Die Linke will wieder mitregieren, in: Nordkurier, 14.06.2021.

69 Vgl. Uwe Reißenweber, Grüne Überraschung, in: SVZ, 02.11.2020; Frank Pubantz, Nur noch schnell die Welt retten, in: OZ, 07.06.2021.

70 Vgl. Frank Pubantz, FDP will unbedingt wieder in den Landtag, in: OZ, 29.03.2021; Thorsten Roth, Liberale wollen den Turbo starten, in: SVZ, 14.06.2021.

71 Vgl. Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele, Laboratorium Mecklenburg-Vorpommern – Politik und Parteienwettbewerb im Spiegel der Transformation, in: dies. (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 11–23.

72 Zur Bundestagswahl in MV siehe auch den Beitrag von Thielicke in diesem Band.

Tab. 3: Umfragen im Wahljahr 2021

Zeitpunkt Umfrage	SPD	AfD	CDU	Die LINKE	B90/ Grüne	FDP	Sonstige	Institut
Januar	**26**	14	24	16	10	3	7	Forsa
Mai	**23**	17	21	11	14	6	8	infratest dimap
Juni	**26**	19	20	13	8	6	8	INSA
Juli I	**27**	16	23	12	7	7	8	infratest dimap
Juli II	**26**	19	20	13	9	7	6	INSA
August I	**28**	17	18	14	8	7	8	INSA
August II	**36**	17	15	11	6	8	7	infratest dimap
September I	**39**	17	14	10	6	7	7	infratest dimap
September II	**38**	17	15	11	6	6	7	FG Wahlen
September III	**40**	18	12	11	6	7	6	INSA
September IV	**40**	15	15	10	6	5	9	infratest dimap
September V	**39**	16	14	11	7	5,5	7,6	FG Wahlen
September VI	**40**	17	13	11	7	5	7	INSA

Quelle: eigene Darstellung nach www.wahlrecht.de (Stand: 07.10.2021).

2.3 Der Wahlkampf 2016 – Themen, Personen und Bundestrend

Während der Sommerferien kam nur wenig Wahlkampfstimmung auf. Bundespolitiker*innen nutzten aber die Ferienorte, um vor Einheimischen und Tourist*innen Wahlkampf zu machen.[73] Der wirkliche Wahlkampf begann erst im August mit dem Ende der Ferien. Die Parteien im Land standen vor der Aufgabe, einen doppelten Wahlkampf zu leisten, für den Bundestag und den Landtag. In der Vergangenheit waren bei gleichzeitigen Wahlen landespolitische Themen in den Hintergrund gerückt.[74] Vier Wochen vor der Wahl wurde zum allerersten Mal ein Wahl-O-Mat für Mecklenburg-Vorpommern vorgestellt.[75] Hatten bei vorherigen Wahlen Parteien vereinzelt für die Briefwahl Werbung gemacht, taten dies nun alle Parteien außer der AfD. Kaum ein Plakat und kaum ein Flyer kamen ohne einen Verweis auf die Briefwahl aus.

Die SPD gab mit ihrem ersten Plakat gleich den Takt für den kommenden Wahlkampf vor. Noch bevor die anderen Parteien ihre Plakate an die Laternen hängten, sorgte eine Großfläche mit dem Portrait von Ministerpräsidentin Schwesig und dem Slogan „Die Frau für MV“ für Aufmerksamkeit. Keine Nennung der Partei, oder ihres Namens, ganz nach dem Motto, „Sie kennen mich“. Ihren Namen trug dann das Magazin „Manu“. Auf 16 Seiten, inklusive Kreuzworträtsel, wurde hierin für Schwesig geworben. Ganz neu war die Idee nicht, bereits in Rheinland-Pfalz ging das „Malu“-Magazin unter die Leute.[76] Ihre guten persönlichen Umfragewerte und die der Partei spiegelten sich auch in der überregionalen Berichterstattung. Schwesigs positive Corona-Bilanz, ihre überstandene Krankheit sowie die kostenlose Kita waren Punkte, die immer wieder genannt

73 Vgl. exemplarisch Axel Büssem, FDP im Wahlkampf: Lindner und Kubicki angekündigt, in: OZ, 14.07.2021.

74 Vgl. Nikolaus Werz/Jochen Schmidt, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002: Bestätigung der rot-roten Koalition mit Gewinnern und Verlierern, in: ZParl, 1/2003, S. 60–79, hier: S. 68–69.

75 Vgl. Max-Stefan Koslik, Welche Partei ist die richtige für mich?, in: SVZ, 27.08.2021. Die *voting-advice-application* der Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung wurde zusammen mit Jungwähler*innen und Expert*innen erstellt und insgesamt 310.000 Mal benutzt.

76 Vgl. Stefan Ludmann, SPD geht mit „MANU“-Magazin auf Stimmenfang, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/SPDgeht-mit-MANU-Magazin-auf-Stimmenfang,manu126.html (Stand: 13.10.2021).

wurden.[77] Im Wahlkampf setzte die Ministerpräsidentin auf einen Dreiklang aus starker Wirtschaft, sozialem Zusammenhalt und Schutz der Umwelt.

Die CDU ging vor allem personell angeschlagen in den Wahlkampf. Michael Sack hatte durchgehend schlechte Beliebtheits- und Bekanntheitswerte (siehe Tab. 4). Sack musste zwar nicht als Minister, wie vor ihm Caffier, Wahlkampf machen. Doch auch ihm gelang es nicht, eine glaubhafte Oppositionsrolle einzunehmen, da er als CDU-Parteivorsitzender dann doch zu nah an der Regierung war. Zwar trat Sack an, um Ministerpräsident zu werden, doch am Ende schielte auch er auf eine weitere Regierungsbeteiligung als Juniorpartner.[78] Der Wahlkampf begann holprig für den Landrat. Zuerst wurden die Plakate überraschend ohne den Spitzenkandidaten vorgestellt[79], dann gab es Ärger mit Plakaten der Christdemokrat*innen, die ohne Impressum gedruckt worden waren.[80] Auch bei Wahlkampfauftritten mit Bundesprominenz wie Friedrich Merz spielte Sack eine Nebenrolle. Stattdessen durfte Waldemar Hartmann „gendern" als „Vergewaltigung der deutschen Sprache bezeichnen.[81] Sack selber tourte durch das Bundesland mit einem kleinen umgebauten Wohnwagen mit niederländischem Kennzeichen. Das Fazit zur CDU-Kampagne fällt negativ aus. Die schlechteren Bekanntheitswerte konnte Sack nicht wettmachen und oft blieb er Einzelkämpfer, obwohl er eine Team-Strategie gegen die Ministerpräsidentin propagiert hatte, die vielleicht besser hätte wirken können.[82]

Die Bundes-AfD wählte Schwerin für ihren Wahlkampfauftakt[83], hiervon versprach sich die Landes-AfD Rückenwind, doch eine Signalwirkung blieb aus. Am Bund orientierte sich auch die Kampagne, „MV aber normal" war hier das Motto, für den TV-Spot dann sogar selbst intoniert. Die vermeintliche Normalität war auch dem geschuldet, dass bürgerliche Wähler*innen nicht durch eine mögliche Beobachtung des Verfassungsschutzes verschreckt werden sollten. Normal waren in der AfD Mecklenburg-Vorpommern dann aber nur die persönlichen Auseinandersetzungen. Im Zentrum Ralph Weber, der von einer erneuten Kandidatur ausgeschlossen wurde und auf Facebook mit Beiträgen wie „Gurkentruppe" über seine ehemaligen Mitstreiter herzog.[84] Der Spitzenkandidat Nikolaus Kramer sorgte für einen Eklat, als er Frauen die Eignung zur Politik absprach.[85] Über die Machtoptionen seiner Partei sagte er, dass es dieses Mal noch nicht soweit sein wird, die AfD aber Verantwortung übernehmen will.[86]

Auf ihren Wahlplakaten warb Die LINKE für 1.000 neue Lehrer*innen, kostenlose Mittagessen für Schulkinder und kostenlosen Nahverkehr. Neben dem Thema bessere Löhne, spielten auch die Interessen der Ostdeutschen eine Rolle.[87] Letzteres war auch eine Kampfansage an die AfD, die insbesondere im Osten der LINKEN viele Wähler*innen abgeworben hatte. Die ehemalige

---

77 Vgl. Peter Burghardt, Frau an der Spitze, in: SZ, 07.09.2021; Matthias Wyssuwa, Roter Norden, in: FAZ, 27.08.2021.

78 Vgl. Andreas Becker, CDU-Chef schielt auf Große Koalition, in: Nordkurier, 23.09.2021.

79 Vgl. Victoria Flägel, Vorsicht, falsche Polizistin, in: SZV, 31.08.2021.

80 Vgl. Bert Schüttpelz, Streit um CDU-Wahlplakate, in: SVZ, 20.08.2021.

81 Vgl. Frank Pubantz, Merz soll der MV-CDU helfen, in: SVZ, 03.09.2021.

82 Vgl. Stefan Ludmann, Droht der CDU Mecklenburg-Vorpommern die Selbstzerstörung?, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/wahlen_mv_2021/Droht-der-CDU-Mecklenburg-Vorpommern-die-Selbstzerstoerung,landtagswahlmv170.html (Stand:14.10.2021)

83 Vgl. Gareth Joswig, Weidel, Pinsel und der Wahlkampf, in: taz, 12.08.2021.

84 Vgl. Uwe Reißenweber, AfD-Mann Weber startet Enthüllung-Serie über die „kriminellen Gurken", in: SVZ, 08.09.2021.

85 Vgl. Iris Leithold, AfD-Spitzenmann provoziert Polit-Frauen, in: Nordkurier, 02.08.2021.

86 Vgl. Andreas Becker/Carsten Schönebeck, „Hinter verschlossenen Türen geht man ganz anders mit uns um", in: Nordkurier, 07.09.2021.

87 Vgl. o.A., Guter Lohn für die Kellnerin, in: SVZ, 06.08.2021.

Schulleiterin Simone Oldenburg wurde nicht müde zu betonen, wie wichtig das Thema Bildung sei. Dauerbrennerthema war die soziale Verträglichkeit des Klimaschutzes. Als Wahlziel gab die Spitzenkandidatin an, das Land verändern zu wollen.[88]

Bei Bündnis 90/Die Grünen standen neben dem Kernthema Klimaschutz die gesundheitliche Versorgung sowie der Umbau zur ökologischen Wirtschaft im Mittelpunkt. Die Personen sollten nicht im Zentrum der Kampagne stehen, neu war die häufige Betonung der kommunalen Verankerung, nachdem 2019 die Partei bei den Kommunalwahlen über 10 Prozent holten.[89] Angriffslustig trat die Partei in Sachen Nord Stream 2 auf, hier war sie die einzige Partei, die das Vorhaben im Gesamten ablehnte. Nur schwer jedoch konnte die Partei mit dem Thema Klimaschutz punkten, obwohl die Landesregierung in Sachen Wiederaufforstung, Moorschutz und Ausbau erneuerbarer Energien eher eine durchwachsene Bilanz hatte.[90] Die Wähler*innen im Bundesland sahen hierin nicht das drängendste Problem, anders als im Bund.[91]

Die FDP übernahm die Bundeskampagne auch für den Landtagswahlkampf. So konnten Autofahrer*innen abwechselnd einen schwarz-weiß abgelichteten Christian Lindner und René Domke bewundern. Wie auch im Bund wurden die Corona-Maßnahmen der Landesregierung aus Sicht der Wirtschaft kritisiert. Darüber hinaus wurde Kritik an der Verkündung der Maßnahmen durch Ministerpräsidentin Schwesig geübt. Dazu gab es Forderungen nach besserer Bildung, also mehr Lehrer*innen und mehr Digitalisierung.[92]

Zwölf Tage vor der Landtagswahl trafen sich die Spitzenkandidat*innen von SPD und CDU zum direkten Schlagabtausch vor den Fernsehkameras. Diesmal stand weniger die Frage im Zentrum, ob es sich um ein Duett oder Duell handeln würde. Schwesig verwies auf ihre Leistungsbilanz, während Sack die Probleme, die ihm als Landrat deutlich wurden, schilderte. Hier wurde der Ebenen-Unterschied deutlich. Einen Wirkungstreffer setzte Schwesig, als sie Sack vorwarf, als CDU-Parteivorsitzender nicht an den Haushaltsgesprächen teilgenommen zu haben, wo er seine Bedenken zur Kitafinanzierung hätte vortragen können.[93] Wenige Stunden zuvor fand erstmals ein TV-Duell der Parteien statt, die nicht um die Staatskanzlei konkurrierten. Hier traten sich AfD, Die LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegenüber. Oft waren sich hier die Parteien in der Diagnose der Probleme einig, in der Lösung traten dann doch diverse Unterschiede zu Tage. Die TV-Auftritte bestätigten letztlich die Popularität der Ministerpräsidentin, niemand aus dem Kreis der Herausforder*innen konnte besonders punkten oder den Vorsprung schmälern. Insbesondere in Sachen Bekanntheit im Land war Schwesig uneinholbar weit vorne (vgl. Tab. 4).

88 Vgl. Peter Seiniger, Das Wahlziel heißt Veränderung, in: nd, 25.08.2021.

89 Vgl. Iris Leithold, Grüne wollen in den Landtag, in: OZ, 26.07.2021.

90 Weder die Treibhausgase pro Einwohner noch die Energiebedingten CO_2-Emissionen konnten 2009 bis 2018 gesenkt werden. Vgl. Klima- und Energieindikatoren, abrufbar unter: https://www.statistikportal.de/de/ugrdl/ergebnisse/status-und-trendanalyse/stke#8087 (Stand. 19.10.20021); Benjamin Fredrich, Mehr Wald für Meck-Vorp!, abrufbar unter: https://katapult-mv.de/artikel/mehr-wald-fuer-meckvorp (Stand. 19.10.20021).

91 Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021 Eine Analyse der Wahl vom 26. September 2021, Berlin 2021, S. 37.; Forschungsgruppe Wahlen, Bundestagswahl 2021 – die wichtigsten Probleme, abrufbar unter: https://wahltool.zdf.de/wahlergebnisse/2021-09-26-BT-DE.html?i=16 (Stand: 27.10.2021).

92 Vgl. o.A., Corona-Nachspiel im neuen Landtag, in: SVZ, 15.09.2021.

93 Vgl. Matthias Wyssuwa, Schwesig hat nichts zu verschenken, in: FAZ, 16.09.2021.

Tab. 4: Wahrnehmung des „politischen Personals“ unmittelbar vor der Landtagswahl 2021

Name	Partei	Direktwahlfrage	Beurteilung positiv	Beurteilung negativ	Bekanntheit
Manuela Schwesig	SPD	**67**	**67**	28	**95**
Nikolaus Kramer	AfD	5	9	15	24
Michael Sack	CDU	11	20	**32**	52
Simone Oldenburg	Die LINKE	-	27	19	46
Anne Shepley	B90/Grüne	-	6	13	19
René Domke	FDP	-	9	13	22

Quelle: Angaben in Prozent, Daten Direktwahl nach Infratest dimap, WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021 Eine Analyse der Wahl vom 26. September 2021, Berlin 2021, S. 34; Beurteilung und Bekanntheit nach ders., Mecklenburg-VorpommernTREND, September 2021, S. 5.

Sollten die Wähler*innen sagen, welche Partei im Bundesland am ehesten die dringendsten Probleme bewältigen könne, entschied sich eine Mehrheit für die SPD. In jedem Themenfeld, außer bei Klima- und Umweltpolitik, wurden den Sozialdemokrat*innen die größte Kompetenz zugeschrieben (siehe Tab. 5).

Tab. 5: Kompetenzzuschreibung der Parteien 2021 im Vergleich zu 2016

Themenfeld	SPD	AfD	CDU	Die LINKE	B90/ Grüne	FDP	Keiner/ weiß nicht
Arbeitsplätze sichern	**38** (+2)	7 (+3)	18 (–12)	5 (–2)	2 (± 0)	7 (+5)	17 (± 0)
Corona-Pandemie	**38**	9	13	2	3	4	24
angemessene Löhne	**37** (+1)	8 (+3)	8 (–9)	16 (–1)	2 (± 0)	5 (+3)	19 (± 0)
Schul- und Bildungspolitik	**34** (–2)	6 (+1)	13 (–6)	13 (–5)	4 (±0)	5 (+3)	20 (+7)
Soziale Gerechtigkeit	**34** (–4)	10 (+4)	11 (–1)	20 (–5)	3 (± 0)	3 (+2)	15 (+3)
Wirtschaft	**29** (–6)	7 (+3)	27 (–9)	3 (–1)	2 (± 0)	10 (+8)	16 (+2)
Interesse der Ostdeutschen	**27**	12	8	22	1	2	21
Digitalisierung	**24**	6	15	4	4	10	28
Alsy- und Flüchtlingspolitik	**23**	16	14	9	5	3	22
Umwelt- und Klimapolitik	21	6	10	5	**28**	4	20
wichtigste Aufgaben lösen	**46** (+6)	9 (+3)	12 (–10)	6 (–2)	2 (–1)	3 (–2)	17 (± 0)

Quelle: Eigene Darstellung nach: infratest dimap , Mecklenburg-VorpommernTREND, September 2021, S. 7–8.

Die Kosten für den Wahlkampf fielen höher aus, was auch daran lag, dass Bundes- und Landtagswahlen gleichzeitig waren. Für den Landtagswahlkampf gab die SPD 1,3 Millionen Euro aus, die CDU 600.000 Euro. Die AfD, Die LINKE und die Bündnis 90/Die Grünen hatten zwischen 450.000 und 420.000 Euro zur Verfügung.[94]

3. Das Wahlergebnis vom 26. September 2021

3.1. Analyse des Landesergebnisses und regionale Strukturmuster des Wahlverhaltens

Nach dem 2016 die AfD die Struktur des regionalen Parteienwettbewerbs deutlich veränderte, zeigte sich 2021 nochmals eine drastische Verschiebung. Erstmals zogen sechs Parteien in das Schweriner Schloss ein, darunter wieder Bündnis 90/Die Grünen und die FDP nach längerer Abstinenz. Die AfD etablierte sich im Parteiensystem und nimmt erneut die Stellung als größte Oppositionskraft ein. Auffällig waren die Gewinne der SPD, die nah an ihr historisch bestes

[94] Vgl. Frank Pfaff, Tiefer Griff in die Schatullen für den Wahlkampf der Parteien, in: SVZ, 20.09.2021.

Ergebnis von 2002 (40,6 Prozent) herankam. Der Abstand zur AfD als zweite Kraft wuchs auf 22,9 Prozentpunkte. Die SPD bleibt damit in ihrer Mittellage, sich den oder die Koalitionspartner aussuchen zu können. Vier Modelle waren rechnerisch möglich: eine Fortsetzung von Rot-Schwarz, Rot-Rot, eine Ampel oder das vor den Wahlen häufig angesprochene R2G, ein rot-rot-grünes Bündnis, das aber nach der Wahl aufgrund einer eigenen rot-roten Mehrheit nicht mehr ernsthaft in Betracht gezogen wurde. 18 weitere Parteien traten zur Wahl an, die insgesamt 7,34 Prozent der Stimmen erhielten und damit alle an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten.[95]

Von den 1.312.471 Wahlberechtigten nahmen 928.807 Wähler*innen ihr Recht wahr, die Wahlbeteiligung erhöhte sich auf 70,8 Prozent. Der erneute deutliche Anstieg um 8,9 Prozentpunkte ist vor allem auf die gleichzeitige Bundestagswahl zurückzuführen. Doch selbst zur Bundestagswahl 2017 stieg die Wahlbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern. Gründe können in der weiteren Politisierung und Polarisierung der Gesellschaft durch den Aufstieg des Rechtspopulismus, Klima- und Coronakrise gesehen werden. Einen erneuten leichten Rückgang gab es beim Anteil der ungültigen Stimmen. 2,0 Prozent der Erstimmen (–0.2) und 1,6 Prozent der Zweitstimmen (–0.2) waren ungültig. Alle Parteien konnten aus dem Lager der Nichtwähler*innen mobilisieren. Eindeutig zeigt sich hier die Mobilisierungskraft der SPD mit der Ministerpräsidentin.

Tab. 6: Wählerwanderung aus dem Nichtwähler*innenlager

Nichtwähler*innen	→ 58.000 →	SPD
	→ 17.000 →	AfD
	→ 17.000 →	CDU
	→ 4.000 →	Die LINKE
	→ 5.000 →	B90/Grüne
	→ 8.000 →	FDP
	→ 9.000 →	Andere

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten von infratest dimap, abrufbar unter: https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-LT-DE-MV/ (Stand:15.10.2021.)

Das Wahlergebnis zeigte deutliche Veränderungen zu 2016. Die SPD stand als große Gewinnerin da, während Bündnis 90/Die Grünen und die FDP die nötigen Zuwächse erhielten, um über die Fünf-Prozent-Hürde zu springen. CDU, AfD und Die LINKE verloren deutlich an Zuspruch. Die SPD festigte ihre Stellung als Landespartei, auffällig war der Unterschied im Zweitstimmenanteil der Sozialdemokrat*innen. Dies kann als Unterstützung für Manuela Schwesig interpretiert werden. Die AfD blieb zwar zweitstärkste Kraft, fiel aber deutlich hinter den Wert von 2016. Augenfällig war, dass die Partei bei der Bundestagswahl im Bundesland besser abschloss (+1,3). Die CDU fuhr zum dritten Mal in Folge das historisch schlechteste Landesergebnis ein, die Verluste waren nochmal größer als 2016. Auch Die LINKE konnte den Negativtrend der letzten Wahlen nicht stoppen und fiel knapp unter 10 Prozent. Für die Grünen reichte der kleine Zuwachs, um wieder in den Landtag einzuziehen. Höhenflüge wie im Bund sind für die Partei im Nordosten aber nicht möglich. Die FDP verdoppelte fast ihr Ergebnis und sicherte sich so den dritten Einzug in den Landtag nach 1990 und 2006. Die rechtsextreme NPD verpasste in Mecklenburg-Vorpommern mit 0,8 Prozent die Parteienfinanzierung und ist damit endgültig keine parteipolitisch relevante Kraft mehr im Bundesland.[96] Trotz der gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl waren die Überlagerungseffekte nicht so deutlich wie in den 1990er Jahren. Die Ergebnisse von Bundestags- und Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern weichen mit

[95] Zu den Kleinstparteien siehe den Beitrag von Lorenz Voß in diesem Band.

[96] Zur NPD in Mecklenburg-Vorpommern siehe Moritz/Neuling in diesem Band.

Mittelwert drei Prozentpunkte voneinander ab. Aber allein die SPD holte zehn Prozentpunkte mehr bei der Landtagswahl.[97]

Tab. 7: Das Landesergebnis 2021 für alle Parteien mit den Veränderungen zu 2016

	Erstimmen		Zweitstimmen		Mandate
Partei	absolut	prozentual	absolut	prozentual	
SPD	313.224	34,4	361.769	39,6 (+9,0)	34 (+8)
AfD	163.962	18,0	152.775	16,7 (–4,1)	14 (–4)
CDU	157.403	17,3	121.583	13,3 (–5,7)	12 (–4)
Die LINKE	106.189	11,7	90.881	9,9 (–3,3)	9 (–2)
B90/Grüne	59.544	6,5	57.554	6,3 (+1,5)	5 (+5)
FDP	56.951	6,3	52.963	5,8 (+2,8)	5 (+5)
NPD	-	-	7.063	0,8 (–2,2)	0 (0)
Sonstige	52.896	5,8	76.338	8,4 (–0,2)	0 (0)

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern.

In den neuen Landtag zogen 79 Abgeordnete ein, so viele wie nie zuvor. Die Erhöhung von regulär 71 Sitzen kam durch Überhangs- und Ausgleichsmandate, da die SPD 34 Direktmandate von 36 im Land gewinnen konnte, ihr nach dem Verhältniswahlrecht aber nur 31 zustanden. Die drei Überhangsmandate der SPD wurden durch Ausgleichsmandate für die anderen Parteien ausgeglichen, um wieder Proportionalität herzustellen.

Tab. 8: Landtagsmandate

	Landtag	SPD	AfD	CDU	LINKE	B90/Grüne	FDP
Insgesamt	79	34	13	11	9	5	5
Davon Überhang	3	3	-	-	-	-	-
Ausgleich	5	-	1	2	1	-	1

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern.

Das Durchschnittsalter aller Abgeordneten beträgt 48,6 Jahre, 36,7 Prozent sind weiblich, 70,9 Prozent besitzen einen Studienabschluss, weit mehr als Bundesdurchschnitt, 2019 besaßen 19,4 Prozent der Bevölkerung in der BRD einen Hochschulabschluss. Eine Darstellung der einzelnen Fraktionen erfolgt in Tabelle 9. Die älteste aller Fraktionen stellt die CDU, die jüngste die AfD, den höchsten Frauenanteil weisen FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf, den niedrigsten die AfD, die höchste Akademikerquote mit 100 Prozent hat Bündnis 90/Die Grünen, den niedrigsten Anteil weist die AfD mit 50 Prozent auf, immer noch weit über dem Bundesdurchschnitt.[98]

Tab. 9: Sozialstruktur im Landtag

	Landtag	SPD	AfD	CDU	LINKE	B90/Grüne	FDP
Altersdurschnitt	48,6	49,0	45,7	50,5	48,1	48,6	49,4
Anteil Frauen (Prozent)	36,7	35,0	14,3	33,3	55,6	60	60
Anteil Hochschulbildung (Prozent)	70,9	70,58	50	75	88,89	100	60

Quelle: Eigene Erstellung nach Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

[97] Siehe dazu den Beitrag von Thielicke.

[98] Die hier angebenden Daten beziehen sich auf die erste Sitzung des Landtages vom 26. Oktober 2021.

Die Wählerwanderung bei den Zweitstimmen zeigt die Quellen von Verlusten und Gewinnen. Die SPD gewann deutlich von CDU, AfD und Die LINKE. Die Verschiebung innerhalb der Regierungsparteien fiel sehr hoch aus. Die AfD verlor an alle fast Parteien, auch an die CDU. Die LINKE verlor vor allem an die SPD. Eine weitere Abwanderung zur AfD fand nur im geringen Maße statt. Die Grünen blieben relativ stabil und gewannen nur von CDU und LINKEN, Wähler*innen die 2016 an die SPD verloren wurden, konnten nicht zurückgewonnen werden. Die FDP gewann Stimmen von CDU und AfD.

Tab. 10: Wählerwanderung 2021

	SPD	AfD	CDU	LINKE	B/90Grüne	FDP	Nichtwähler	Andere
SPD		+ 12.000	+ 29.000	+ 14.000	± 0	– 1.000	+ 58.000	+ 3.000
AfD	– 12.000		– 1.000	– 1.000	± 0	– 5.000	+ 17.000	+ 1.000
CDU	– 29.000	+ 1.000		– 1.000	– 3.000	– 5.000	+ 17.000	– 2.000
Die LINKE	– 14.000	+ 1.000	+ 1.000		– 1.000	± 0	+ 4.000	± 0
B90/Grüne	± 0	± 0	+ 3.000	+1.000		± 0	+ 5.000	– 1.000
FDP	+ 1.000	+ 5.000	+ 5.000	± 0	± 0		+ 8.000	+ 2.000
Nicht-wähler	– 58.000	– 17.000	– 17.000	– 4.000	– 5.000	– 8.000		– 9.000
Andere	– 3.000	– 1.000	+ 2.000	± 0	+1.000	– 2.000	+ 9.000	

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten von Infratest dimap, abrufbar unter: https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-LT-DE-MV/ (Stand:15.10.2021.) Leserichtung von links nach rechts.

In der Wahlforschung wird generell von einer Zunahme von Volatilität ausgegangen.[99] Volatilität bezieht sich hier auf die Schwankungen der Parteienpräferenzen der Wähler*innen von Wahl zu Wahl. Hohe Volatilität bedeutet, dass viele Wähler*innen ihre Präferenz wechseln. In ostdeutschen Bundesländern konnte schon immer ein höherer Wert beobachtet werden. Nachdem der erstmalige Einzug der AfD zu einem sehr hohen Wert geführt hat, ging dieser wieder auf das Niveau von vor 2016 zurück. Trotzdem zeichnet sich der Trend fort.

Tab. 11: Volatilität[100] nach Wahlergebnis und Mandaten bei allen Landtagswahlen seit 1990

	1990	**1994**	**1998**	**2002**	**2006**	**2011**	**2016**	**2021**
SPD	27,0 % 21	29,5 % 23	34,3 % 27	40,6 % 33	30,2 % 23	35,6 % 27	30,6 % 26	39,6 % 34
CDU	38,3 % 29	37,7 % 30	30,2 % 24	31,4 % 25	28,8 % 22	23,0 % 18	19,0 % 16	13,3 % 12
Die LINKE	15,7 % 12	22,7 % 18	24,4 % 20	16,4 % 13	16,8 % 13	18,4 % 14	13,2 % 11	9,9 % 9
FDP	5,5 % 4	3,8 % 0	- -	- -	9,6 % 7	2,8 % 0	3,0 % 0	5,8 % 5
B90/Grüne	- -	- -	- -	- -	- -	8,7 % 7	4,8 % 0	6,3 % 5
NPD	- -	- -	- -	- -	7,3 % 6	6,0 % 5	3,0 % 0	0,8 % 0
AfD	- -	- -	- -	- -	- -	- -	20,8 % 18	16,7 % 14
Volatilität	**- % -**	**5,9 % 6,5**	**7,0 % 6**	**7,8 % 7**	**15,2 % 13**	**14,8 % 12**	**21,05 % 18**	**14,3 % 14**

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf Basis der Daten der Landeswahlleiterin.

99 Vgl. etwa Rainer-Olaf Schultze, Realignment oder das Ende normaler Politik? Wahlen im Wandel des historisch-politischen Kontextes, in: ZParl 4/2018, S. 729–743.

100 Diese berechnet sich entsprechend der Methode nach Mogens Pedersen als Addition aller Veränderungen der Mandate oder des Wahlergebnisses zum letzten Datenpunkt (Wahltag), ohne Einbeziehung des Vorzeichens, geteilt durch 2. Siehe hierzu: Mogens N. Pedersen, The Dynamics of European Party Systems. Changing Patterns of Electoral Volatility, in: European Journal of Political Research, Nr. 1 (1979), S. 1–26.

Hinsichtlich der Wahlgeographie zeigen sich wieder einmal die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Mecklenburg und Vorpommern. Im östlichen Landesteil konnten AfD und CDU deutlich bessere Ergebnisse einfahren, während die SPD und Die LINKE in Mecklenburg mehr Prozente holten. In Bezug auf die Größe der Ämter[101] fällt sowohl bei AfD und CDU auf, dass sie in den größeren Städten unter ihrem Landesergebnis liegen. Die Grünen bestätigen den Trend, im urbanen Raum stärker zu sein, dort sind sie fast zweistellig. Das Ergebnis der FPD ist in den Städten leicht besser, ansonsten lassen sich keine regionalen Muster erkennen.

Tab. 12: Landtagswahlergebnisse 2021 in Regionalen Kontexten

	WBT	SPD	AfD	CDU	Die Linke	B90/Grüne	FDP
MV Gesamt	70,8	39,6	16,7	13,3	9,9	6,3	5,8
Mecklenburg	71,6	41,0	15,4	12,3	10,5	6,6	5,9
Vorpommern	69,0	36,2	19,9	15,6	8,6	5,4	5,5
bis 6.000 Wahlber.	71,6	38,9	19,5	15,3	8,6	4,4	5,4
bis 10.000 Wahlber.	71,0	39,7	19,0	14,8	8,8	4,0	5,6
bis 20.000 Wahlber.	69,9	40,7	17,9	13,6	9,2	4,9	5,6
über 20.000 Wahlber.	71,0	39,1	13,0	11,0	11,8	9,8	6,2

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Ergebnisse. Zweitstimmenanteile in Prozent auf Ämterebene inklusive Briefwähler*innen (N=116).

Im Vergleich der Hochburgen und Diasporagebiete zeigt sich, wie weit die Spannbreite zwischen den stärksten und schwächsten Ergebnissen ist. Die CDU und AfD nähern sich hier in den jeweiligen politischen Kontexten an. In AfD-Hochburgen ist die CDU überdurchschnittlich und auch in CDU-Hochburgen ist die AfD erstaunlich stark. Bei den Bündnisgrünen wird deutlich, dass sie noch Regionen haben, in denen sie weit weg von fünf Prozent sind. Sehr eng beieinander liegen die Hochburgen und Diasporen der FPD. Dies verweist, ähnlich wie bei den regionalen Kontexten, auf ein konstantes Ergebnis im gesamten Bundesland.

Tab. 13: Landtagswahlergebnisse 2021 in politischen Kontexten[1]

	WBT	SPD	AfD	CDU	Die LINKE	B90/Grüne	FDP
MV gesamt	70,8	39,6	16,7	13,3	9,9	6,3	5,8
WBT-hoch	**77,8**	39,6	17,3	14,2	8,8	5,2	6,4
WBT-niedrig	**65,2**	40,1	18,4	14,0	9,5	4,6	5,3
SPD-H.	68,6	**44,5**	15,4	12,6	9,2	5,1	5,4
SPD-D.	70,4	**34,7**	19,9	16,1	8,5	6,2	5,8
AfD-H.	69,1	35,8	**23,6**	16,1	7,8	3,2	5,0
AfD-D.	72,5	40,4	**12,8**	11,6	11,2	9,0	6,4
CDU-H.	69,6	36,1	21,5	**18,1**	8,0	3,5	5,3
CDU-D.	70,3	40,7	13,9	**11,0**	11,2	8,5	6,0
LINKE-H.	70,8	39,7	14,0	11,5	**11,8**	8,4	6,0
LINKE-D.	70,9	38,8	20,0	16,0	**7,2**	4,3	5,5
Grüne-H.	72,3	39,2	13,4	11,8	11,0	**9,4**	6,5
Grüne-D.	68,0	38,9	21,6	15,9	8,2	**2,5**	4,8
FDP-H.	73,3	38,5	13,9	12,2	10,9	9,0	**6,5**
FDP-D.	67,2	39,2	20,8	15,6	8,9	3,1	**4,3**

Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Endergebnisse. Mittelwerte der Zweitstimmenanteile in Prozent auf Ämterebene (N=116).

[1] Hochburgen (H.) und Diaspora (D.): jeweils das Viertel der Ämter mit den höchsten bzw. niedrigsten Ergebnissen.

[101] Aufgrund des hohen Anteils an Briefwähler*innen musste das Ergebnis auf Ämterebene aggregiert werden, da hier die Briefwahlstimmen vorlagen. Für die Unterstützung hierbei sei Sebastian Lorenz herzlichst gedankt.

3.2. Die Wahlentscheidung nach Alter, Geschlecht und Bildung

In der Wahlentscheidung bei Männern und Frauen gibt es eine Disparität bei SPD und AfD. Die Sozialdemokrat*innen können deutlich mehr Frauen mobilisieren, während die AfD mehr von Männern gewählt wird.

Tab. 14: Wahlentscheidung 2021 und Veränderungen zu 2016 nach Alter und Geschlecht

	SPD		**AfD**		**CDU**		**Die LINKE**		**B90/Grüne**		**FDP**	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MV gesamt	39,6	+9,0	16,7	–4,1	13,3	–5,7	9,9	–3,3	6,3	+1,5	5,8	+2,8
18-24 Jahre	23	+2	14	–1	6	–9	12	–2	15	+5	13	+9
25-34 Jahre	29	+5	19	–2	7	–9	9	–2	10	+3	8	+5
35-44 Jahre	31	+6	22	–2	12	–8	7	–3	8	+2	7	+3
45-59 Jahre	36	+7	20	–3	14	–6	9	–3	6	+1	6	+3
60 und älter	49	+10	13	–5	15	–4	11	–5	4	+2	4	+2
Frauen	43	+9	13	–3	13	–7	10	–4	7	+2	5	+2
18-24 Jahre	22	+2	13	±0	5	–10	12	–3	17	+4	11	+7
25-34 Jahre	33	+6	17	±0	7	–8	8	–3	10	+2	7	+4
35-44 Jahre	34	+7	18	±0	11	–11	7	–4	9	+2	7	+3
45-59 Jahre	39	+7	15	–3	13	–8	9	–4	7	+2	6	+3
60 und älter	53	+11	9	–5	15	–5	10	–6	4	+1	3	+1
Männer	35	+8	21	–4	14	–5	10	–3	6	+2	6	+3
18-24 Jahre	23	+1	16	±0	7	–8	11	–3	12	+4	15	+10
25-34 Jahre	25	+4	21	–4	7	–10	10	–1	10	+4	10	+6
35-44 Jahre	29	+7	26	–3	12	–6	6	–4	7	+2	7	+3
45-59 Jahre	33	+7	25	–2	15	–5	8	–4	6	±0	6	+2
60 und älter	44	+9	17	–5	16	–2	12	–5	4	+2	4	+1

Quelle: Infratest dimap , WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021, Eine Analyse der Wahl vom 26. September 2021, Berlin 2021, S. 40–55.

Die SPD hat in Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor das Profil einer Volkspartei. Sie kann über alle sozialen Gruppen hinweg Wähler*innen ansprechen. Deutliche Zugewinne gibt es bei Menschen mit Hauptschulabschluss und Mittlerer Reife, dazu kommen Gewinne bei Arbeiter*innen und Angestellten. Die AfD verliert insbesondere unter den Arbeiter*innen und ist in dieser Gruppe nicht mehr stärkste Kraft. Die CDU verliert ein Drittel an Zuspruch unter den Beamten. Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE haben überdurchschnittliche Werte bei Menschen mit höherer Bildung.

Tab. 15: Wahlentscheidung 2021 und Veränderungen zu 2016 nach sozialen Gruppen

	SPD		**AfD**		**CDU**		**Die LINKE**		**B90/Grüne**		**FDP**	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MV gesamt	39,6	+9,0	16,7	–4,1	13,3	–5,7	9,9	–3,3	6,3	+1,5	5,8	+2,8
Schulbildung												
Hauptschule	48	+13	21	+3	13	–7	6	–5	2	–1	4	+1
Mittlere Reife	40	+11	21	–5	13	–6	8	–4	4	+1	6	+4
Abitur	33	+2	14	–1	12	–7	12	–2	10	+3	8	+4
Hochschule	35	+2	7	–6	15	–5	16	–1	13	+3	7	+4
Tätigkeit												
Arbeiter	42	+16	21	–12	12	–2	9	–1	3	±0	4	+2
Angestellte	39	+9	15	–2	12	–9	11	–2	8	+1	6	+6
Beamte	35	+4	14	+1	20	–10	10	+2	8	±0	7	+1
Selbstständige	24	+5	19	–8	18	–6	10	+1	10	+3	12	+7
Rentner	50	+11	12	–7	17	–12	11	–5	4	+2	5	+3

Quelle: Infratest dimap, WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021 Eine Analyse der Wahl vom 26. September 2021, Berlin 2021, S. 40–55.

Hinsichtlich der Wahlmotive bestätigen die Befragungen das bisherige Bild. Bei der SPD-Wahl war der Faktor „Kandidat*in" deutlich relevanter, sowohl gegenüber Themen oder Parteibindung als auch im Vergleich zu allen anderen Parteien. Dies betont die große Rolle, die Manuela Schwesig als Spitzenkandidatin und bekannte wie auch beliebte Ministerpräsidentin für den Wahlerfolg der SPD gespielt hat. Demgegenüber waren Kandidat*innen bei allen anderen Parteien weniger relevant. Auffällig ist die relativ große Parteibindung bei der CDU, die allerdings einen blassen Kandidaten an der Spitze hatte und kein ausformuliertes Wahlprogramm vorlegte, so dass für die Wähler*innen auch nur noch die Parteibindung zur Selbsterklärung übrig blieb. Erwähnenswert ist auch noch die Tatsache, dass mehr als ein Drittel der Wähler*innen der AfD angaben, aus Überzeugung die Partei zu wählen, 12 Prozentpunkte mehr als bei der Wahl 2016. Enttäuschung als Wahlmotiv ist nachlassend, wenngleich immer noch bei einer Mehrheit der AfD-Wähler*innen ausschlaggebend, mithin kann bei der AfD immer noch von einer Protestwahl bzw. einer Protestpartei gesprochen werden, wenn gleich sich dieser Status langsam aber stetig ändert.

Tab. 16: Wahlentscheidung 2021 und Veränderungen zu 2016 nach Motivation

	SPD		**AfD**		**CDU**		**Die LINKE**		**B90/Grüne**		**FDP**	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
MV gesamt	39,6	+9,0	16,7	–4,1	13,3	–5,7	9,9	–3,3	6,3	+1,5	5,8	+2,8
Wahl aufgrund												
Kandidat	42	+3	13	±0	16	–4	15	+1	13	+3	12	–3
Programm	38	–5	67	–9	44	–3	62	–5	80	+14	70	+6
Bindung	12	–3	8	+4	33	+5	17	–1	8	–13	15	–3
Wahl aus												
Überzeugung	68	+2	36	+12	71	–4	69	+5	78	+9	54	+8
Enttäuschung	24	–2	52	–15	21	+3	22	–8	20	–5	42	–3

Quelle: Infratest dimap, WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021 Eine Analyse der Wahl vom 26. September 2021, Berlin 2021, S. 40–55.

3.3. Wahlentscheidung nach Landkreisen und kreisfreien Städten

An den Landkreisen und kreisfreien Städten lässt sich das Wahlergebnis nochmal anders aufschlüsseln und nach Gewinnen und Verlusten einordnen. Die SPD gewann am deutlichsten im östlichen Landesteil und verzeichnete dort zweistellige Zugewinne. Die AfD verlor am meisten Zuspruch in der Hansestadt Rostock sowie in Vorpommern-Greifswald. Die CDU musste in den Landkreisen hohe Verluste hinnehmen in denen sie 2016 noch ihre besten Ergebnisse eingefahren hat. Die LINKE war nur noch in einem Landkreis, neben den beiden Städten, zweistellig. Bündnis 90/Die Grünen gewannen in den Städten deutlich dazu, haben aber weiterhin Probleme in den ländlicher geprägten Landkreisen. Die FDP verzeichnete hingegen konstante Zugewinne.

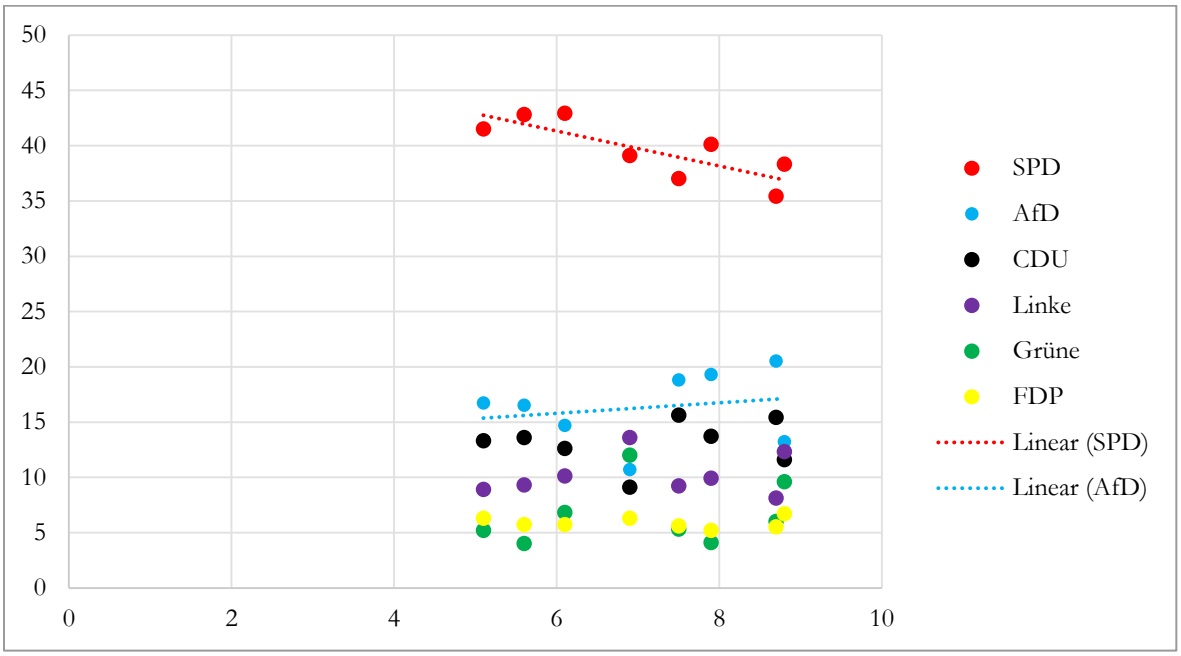
Tab. 17: Wahlergebnisse in den Landkreisen und kreisfreien Städten 2021 im Vergleich zu 2016

	SPD	AfD	CDU	Die LINKE	B90/Grüne	FDP
SN	38,3 (+3,2)	13,2 (–2,7)	11,6 (–6,0)	12,3 (–1,9)	9,6 (+3,2)	6,7 (+3,6)
HRO	39,1 (+6,5)	10,7 (–6,1)	9,1 (–6,3)	13,6 (–3,0)	12 (+4,0)	6,3 (+3,2)
NWM	42,9 (+6,9)	14,7 (–4,5)	12,6 (–4,4)	10,1 (–2,1)	6,8 (+3,7)	5,7 (+2,5)
LUP	42,8 (+8,6)	16,5 (–2,3)	13,6 (–4,8)	9,3 (–2,6)	4,0 (+0,7)	5,7 (+2,3)
LRO	41,5 (+8,8)	16,7 (–3,7)	13,3 (–7,4)	8,9 (–2,7)	5,2 (+1,0)	6,3 (+3,4)
MSE	40,1 (+11,3)	19,3(–2,8)	13,7 (–6,2)	9,9 (–4,2)	4,1 (+0,3)	5,2 (+2,3)
VG	35,4 (+11,7)	20,5 (–5,5)	15,4 (–3,3)	8,1 (–4,8)	6,0 (+1,4)	5,5 (+2,4)
VR	37,0 (+10,8)	18,8 (–4,4)	15,6 (–6,9)	9,2 (–2,9)	5,3 (+0,8)	5,6 (+2,5)

Quelle: Angaben in Prozent, eigene Berechnung nach Daten der Landeswahlleiterin.

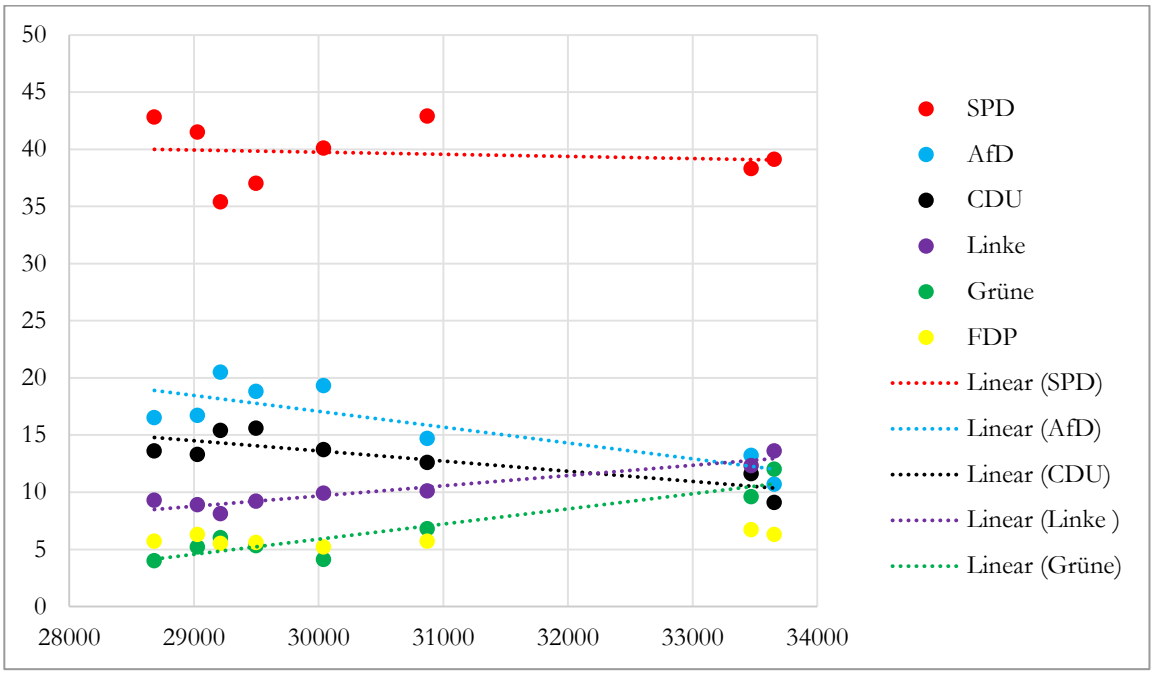
Die Ergebnisse in den Landkreisen ermöglichen es nun, diese mit anderen sozioökonomischen Daten zu kombinieren. Die Aussagekraft ist begrenzt und keinesfalls sollen Kausalitäten angedeutet werden. Aber es ist ein Versuch, Fragen nach den Einflüssen auf das Wahlverhalten zu klären. Bei der Erwerbslosenquote (Abb. 1) gibt es einen leicht negativen Befund für die SPD, d.h. je höher die Arbeitslosigkeit, desto schlechter das SPD-Ergebnis, während sich bei der AfD ein sehr geringer positiver Zusammenhang zeigt, alle anderen Parteien sind ohne signifikanten Zusammenhang. Bei den Bruttolöhnen (Abb. 2) profitieren Die LINKE und Grüne von höheren Löhnen, vor allem, da in den Städten, wo diese Parteien überproportional gut abschneiden, etwas bessere Löhne gezahlt werden. Beim Alter (Abb. 3 u. 4) können Vorannahmen für die Parteien bestätigt werden. Je mehr jüngere Menschen desto besser das Ergebnis der Grünen, aber auch der LINKEN, während die CDU eher von einer älteren Wählerschaft profitiert.

Abb. 1: Wahlergebnis in Landkreisen und kreisfreien Städten nach Erwerbslosenquote



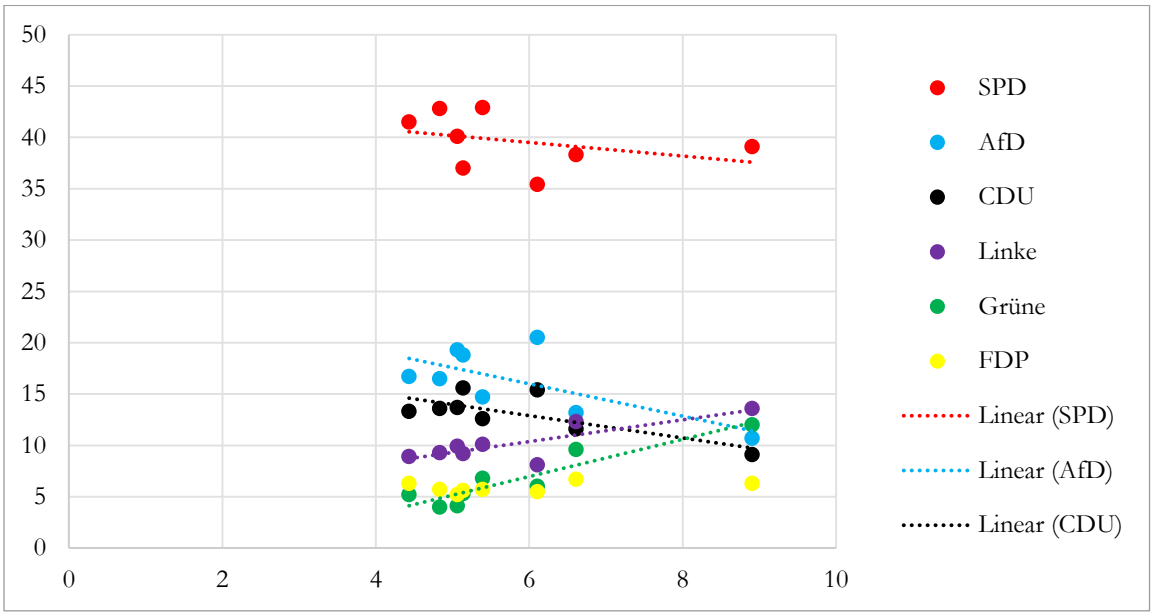
Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Landeswahlleiterin, Erwerbslosenquote September 2021 nach Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), Statistik Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: https://statistik.arbeitsagentur.de/Auswahl/raeumlicher-Geltungsbereich/Politische-Gebietsstruktur/Bundeslaender-SGBII/Mecklenburg-Vorpommern-SGBII.html (Stand: 05.11.2021).

Abb. 2: Wahlergebnis in Landkreisen und kreisfreien Städten nach Bruttolöhnen



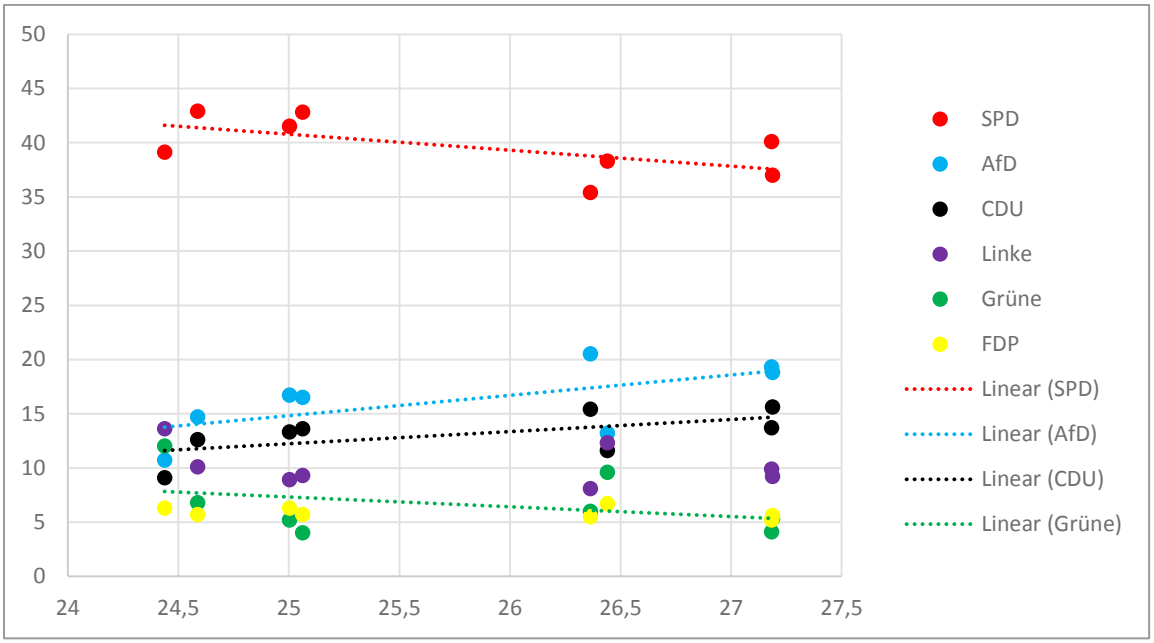
Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Landeswahlleiterin, Bruttolöhne im Jahr 2020 nach Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2021, Schwerin 2021, S. 318.

Abb. 3: Wahlergebnis in Landkreisen und kreisfreien Städten nach Anteil der 18- bis 25-Jährigen



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Landeswahlleiterin, Bevölkerung im Jahr 2020 nach Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2021, Schwerin 2021, S. 30.

Abb. 4: Wahlergebnis in Landkreisen und kreisfreien Städten nach Anteil der über 65-Jährigen



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Landeswahlleiterin, Bevölkerung im Jahr 2020 nach Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2021, Schwerin 2021, S. 30.

Der genaue Blick auf die Daten zeigt jedoch zusammenfassend, dass vor allem der Unterschied zwischen Stadt und Land eine wesentliche Rolle als Faktor der Wahlentscheidung spielt. Wie insbesondere in Tab. 10 dargestellt, gibt es die größten Unterschiede im Wahlverhalten zwischen dem ländlichen Raum und den urbanen Zentren. Es zeigt sich, dass der in der Wahlforschung

seit Lipset und Rokkan bekannte Cleavage-Ansatz, insbesondere das Clevage Stadt-Land, ein relevanter Faktor ist.[102]

4. Fazit und Ausblick: Signale für die 8. Legislaturperiode

Die Landtagswahl 2021 brachte erneut klare Veränderungen für den regionalen Parteienwettbewerb in Mecklenburg-Vorpommern. Die SPD festigte nicht nur ihre in Bezug auf Koalitionen günstige Mittellage, sie wurde zur mit Abstand stärksten Kraft. Erstmals sind sechs Parteien im Landtag vertreten. Bündnis 90/Die Grünen und die FDP ziehen neu in das Schweriner Schloss ein. Dank der Stärke der SPD reicht ein Zweierbündnis, um eine stabile Mehrheit im Parlament zu haben. Verlierer der Wahl sind die drei Parteien, die neben der SPD in der vergangen Legislatur im Landtag vertreten waren. AfD, CDU und Die LINKE verbuchen klare Verluste. Die Interpretation des Wahlergebnisses fokussierte sich oft auf den Faktor Manuela Schwesig als Ministerpräsidentin.[103] Mit Sicherheit haben ihre Beliebtheits- und Bekanntheitswerte sowie die vollends auf sie ausgerichtete Kampagne ihren Anteil am Wahlsieg der SPD. Allerdings hatte ihr Vorgänger Sellering ebenfalls sehr gute persönliche Werte. Darüber hinaus wird der SPD als Partei die größte Problemlösungsfähigkeit (siehe Tab. 3) zugesprochen. Eine Reduktion auf den alleinigen Faktor Schwesig reicht nicht aus.

Anders als 2016 gab es kein Thema, das den Wahlkampf so bestimmt hat, wie es bei Migration, Flucht und Zuwanderung der Fall war. Digitalisierung und Bildung, sowie Wirtschaft und Arbeitsplätze wurden von allen Parteien bedient. Doch ‚das' zentrale Wahlkampfthema gab es nicht. Oft standen die Personen, in Form der Spitzenkandidat*innen, im Zentrum. Ein weiterer Faktor könnte in der Überlagerung durch bundespolitische Themen gelegen haben.

Die CDU steht nach 15 Jahren Regierungszusammenarbeit mit der SPD vor einem Neuanfang. Wie weitreichend dieser im Blick auf das Personal und die Inhalte sein wird, ist noch offen. Auch Die LINKE steht vor der Herausforderung, in der Regierung nicht an Profil zu verlieren. Denn die Regierungsbeteiligung darf nicht über die Verluste hinwegtäuschen. Grüne und FDP haben die Möglichkeit. mit neuen Fraktionen die Landespolitik zu bereichern. Aus der Rolle der Opposition heraus müssen die Landesparteien gestärkt werden, um in Zukunft auch bei weniger günstigen Rahmenbedingungen aus eigener Kraft den Einzug in den Landtag zu schaffen.

Die AfD verliert an Zuspruch, auch weil ihr zentrales Thema im Wahlkampf nicht stattgefunden hat. Mit Blick auf die vorherigen Umfragen handelt es sich dabei wohl um ein sich verfestigendes Stammklientel. Für die demokratischen Parteien bleibt der Umgang mit der AfD in und außerhalb des Parlamentes eine Herausforderung. Denn sie bleibt zweitstärkste Kraft in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Regierungsbildung wurde zu einem Home-run für die SPD, die aufgrund des sehr guten Wahlergebnisses und der komfortablen Mittellage aus vier möglichen Koalitionen wählen konnte: eine Fortsetzung des rot-schwarzen Bündnisses, eine Neuauflage der alten, von 1998 bis 2006 regierenden rot-roten Koalition, eine für MV neue Ampelkoalition aus SPD, FDP und Bündnis

---

102 Siehe zum Cleavage-Ansatz Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, in: Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York, S. 1–64; Harald Schoen, Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung, in: Jürgen Falter/Harald Schoen (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden, S. 169–239.

103 Vgl. Andreas Ebel, Schwesig-Land, in: OZ, 27.09.2021.

90/Die Grünen oder R2G, eine rot-rot-grüne Dreierkoalition. Da sowohl FDP als auch Bündnis 90/Die Grünen mit unbekanntem Personal aus der außerparlamentarischen Opposition kamen, war dies, obwohl sich gleichzeitig auf Bundesebene genau dieses Bündnis abzeichnete, keine echte Option für die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, ebenso wenig R2G, da es rechnerisch schon eine klare Mehrheit für ein rot-rotes-Bündnis gab und daher keine Notwendigkeit für Bündnis 90/Die Grünen als dritte Partnerin. Die CDU wiederum präsentierte sich nach der verheerenden Wahlniederlage äußerst unsortiert, der Spitzenkandidat und Landesvorsitzende Michael Sack war am Tag nach der Wahl von allen Ämtern zurückgetreten, der alte CDU-Grande Rehberg übernahm kommissarisch, eine personelle und inhaltliche Neuausrichtung der Partei war zwar in vollem Gange, behinderte aber ein kohärentes Auftreten bei den ersten Sondierungsgesprächen mit der SPD. Zudem beharrte die CDU nach wie vor auf drei Ministerien in einer künftigen Regierung.[104] Die LINKE dagegen trat trotz der Wahlniederlage demonstrativ ruhig und geschlossen auf, betonte in den Sondierungsgesprächen die programmatische Nähe zur SPD und gab sich mit zwei Ministerien in einer künftigen Regierung zufrieden, wodurch die Partei einen Kontrapunkt zur CDU setzte.[105] So entschied sich die SPD wenig überraschend nach kurzen Sondierungsgesprächen, Koalitionsverhandlungen mit der LINKEN aufzunehmen und nach wenigen Wochen stand die Koalition fest.[106] Der große Wahlerfolg der SPD führte letztlich dazu, dass trotz einer neuen Vielfalt im Landtag mit nun sechs Parteien eine Zweierkoalition aus SPD und LINKE eine solide Mehrheit von 43 Sitzen (von 79) im Landtag hat. Am 15. November wurde Manuela Schwesig erneut zur Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern gewählt, sie erhielt allerdings nur 41 von 43 möglichen Stimmen, was die zuvor demonstrativ zur Schau gestellte Harmonie der neuen rot-roten Regierung bereits relativierte.[107] Im Kabinett erhielt Die LINKE zwei Ressorts, die SPD sechs, insgesamt sind vier Frauen und vier Männer in der Regierung, hinzu kommt die Ministerpräsidentin selbst (siehe Tab. 15). Da zudem Simone Oldenburg stellvertretende Ministerpräsidentin wurde, stehen zum ersten Mal in der Geschichte des Landes mehr Frauen als Männer an der politischen Spitze.[108]

Tab: 18: Ressortverteilung (Stand November 2021)

Ministerpräsidentin für Mecklenburg-Vorpommern	Manuela Schwesig (SPD)
Stellvertretende Ministerpräsidentin sowie Ministerin für Bildung und Kitas	Simone Oldenburg (Die LINKE)*
Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz	Jacqueline Bernhardt (Die LINKE)*
Finanzen	Heiko Geue (SPD)*
Inneres, Bauen und Digitalisierung	Christian Pegel (SPD)
Soziales, Sport und Gesundheit	Stefanie Drese
Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit	Reinhard Meyer
Klimaschutz, Landwirtschaft und Umwelt	Till Backhaus
Kultur, Wissenschaft und Europa	Bettina Martin

* Neu im Kabinett; Quelle: Eigene Zusammenstellung.

104 Vgl. zur CDU den Beitrag von Müller/Sonnevend in diesem Band.
105 Vgl. zu Die LINKE den Beitrag von Muno/Rath in diesem Band.
106 Vgl. ausführlicher den Beitrag zu Koalitionsbildungen von Neuling.
107 Vgl. Andreas Becker, Schwesigs rot-rote Regierung startet mit leichten Blessuren, in: Nordkurier 16.11.2021
108 Vgl. Peter Burghardt, Pakt der Frauen, in: SZ 9.11.2021. Siehe zum Thema Frauen und Politik in Mecklenburg-Vorpommern den Beitrag von Lutz-Auras/Rudolf in diesem Band.

Die neue rot-rote Regierung in Mecklenburg-Vorpommern wird sich nach der Corona-Pandemie vor allem mit den sozio-ökonomischen Herausforderungen der Klimakrise und einem ökologischen bzw. klimaneutralen Umbau der Wirtschaft beschäftigen müssen. In dem deutschen Bundesland, das am dünnsten besiedelt ist, eine deutliche Überalterung der Gesellschaft aufweist (der Anteil der über 65-Jährigen verdoppelte sich zwischen 1990 und 2013 und liegt bei etwa 22,4 Prozent der Bevölkerung), sowie wirtschaftlich schwach aufgestellt ist (mit einem niedrigen Grad an Industrie sowie den niedrigsten Einkommen), liegt hierin gleichzeitig eine enorme Herausforderung, aber auch eine Chance, sich für die Zukunft aufzustellen. Wie dies der Regierung gelingt, wird auch darüber entscheiden, wie sich das Parteiensystem bei zukünftigen Wahlen gestalten wird. Die Wahl 2021 hat einerseits den Charakter der SPD als Volkspartei in Mecklenburg-Vorpommern gestärkt, nur diese ungewöhnliche Stärke führte auch zur raschen Bildung der rot-roten Zwei-Parteien-Koalition, und damit auch die Diskussion um den Niedergang der Volksparteien ein Stück weit relativiert.[109] Andererseits sind mit sechs Parteien so viele wie nie zuvor in den Landtag eingezogen, ein Viel-Parteien-Parlament mit größerer Volatilität und Diversität gilt mittlerweile fast schon als Normalzustand in Deutschland, ist aber in Mecklenburg-Vorpommern etwas Neues und wird eine politische Herausforderung für Regierung und Parlament, Parteien und Politische Kultur im Land.

[109] Siehe zur Diskussion um Volksparteien stellvertretend Elmar Wiesendahl, Aufstieg und Niedergang der Volksparteien, in: Robert Gründewald/Sandra Busch-Janser/Melanie Piepenschneider (Hrsg.), Politische Parteien in der Modernen Demokratie. Beiträge zur Politischen Bildung, Münster 2020, S. 123–146.

TEIL II: PARTEIENARTIKEL

Die SPD – gemeinsaMVoran mit der Frau für MV

Torben Böker/Bastian Karge[1]

1. Einleitung

Für die SPD ging es erneut um die Bestätigung ihrer Position als stärkste Kraft im Landtag und darum, die Ministerpräsidentin zu stellen. Mit der „Königin der Küste"[2], wie Ministerpräsidentin Manuela Schwesig von der Wochenzeitung „Die Zeit" genannt wurde, haben die Sozialdemokrat*innen einer beliebten Amtsinhaberin ihr Vertrauen ausgesprochen. Im Gegensatz zu 2016 startete die Partei in den Umfragen prozentual stärker als die CDU in das Wahljahr, doch konnte sie in der ersten Jahreshälfte kaum an Distanz gegenüber dem Koalitionspartner gewinnen und lag deutlich unter dem vorigen Ergebnis. Auf Bundesebene war die Partei im selben Zeitraum neben Union und Bündnis 90/Die Grünen nur auf Platz Drei. Hinzu kam die Pandemiebekämpfung auch als politisches Thema, welches zum Jahresbeginn noch nachteilig für die regierende SPD war.
Im folgenden Artikel soll der Wahlkampf der SPD und ihrer Spitzenkandidatin Manuela Schwesig betrachtet werden, um den deutlichen Gewinn der Partei und die gelungene Bestätigung im Amt der Ministerpräsidentin zu erklären. Hierfür wird ein Rückblick auf die vorausgegangene Legislaturperiode (2.) vorgenommen. Der Wahlkampf der Sozialdemokrat*innen (3.) wird aufgegliedert und näher untersucht. Anschließend wird das Wahlergebnis (4.) nach Merkmalen regionaler, sozialer und demographischer Natur untersucht. Ein Ausblick für die Partei (5.) schließt diesen Artikel ab.

2. Die Partei in der siebten Legislaturperiode 2016 bis 2021

Nach den Landtagswahlen am 4. September 2016 führten die Sozialdemokrat*innen Sondierungsgespräche mit der LINKEN und der CDU. Schließlich kam es zu Koalitionsverhandlungen mit der CDU und bereits im Oktober wurde die Verabschiedung der Koalitionsvereinbarung erreicht, sodass die „Große Koalition" unter Ministerpräsident Erwin Sellering fortgeführt wurde. Ihr deutlicher Vorsprung vor den Christdemokrat*innen brachte den Sozialdemokrat*innen wieder die Kontrolle über fünf der acht Ministerien. So übernahm der vorige Bildungsminister Mathias Brodkorb nun das Finanzministerium, Sozialministerin Birgit Hesse wechselte in das Bildungsressort und Neuzugang Stefanie Drese übernahm ihr Sozialministerium, welches den Bereich Arbeit an das Wirtschaftsministerium abgab. Christian Pegel verblieb im Verkehrsministerium und Till Backhaus erhielt als dienstältester Minister erneut sein Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt. Hinzu kam die Ernennung des jungen Abgeordneten Patrick Dahlemann zum Parlamentarischen Staatssekretär für Vorpommern. Zum neuen Fraktionsvorsitzenden

1 Transparenzhinweis: Bastian Karge ist Mitglied der SPD und hat am Land- und Bundestagswahlkampf der Partei aktiv teilgenommen.
2 Anne Hähning/August Modersohn, Die Königin der Küste, in: Die Zeit, 23.09.2021.

wählten die SPD-Abgeordneten zunächst Mathias Brodkorb, und nach seiner Ministerernennung den Parlamentarischen Geschäftsführer Thomas Krüger.[3]

Die Koalitionsvereinbarung mit der CDU sah in vielen Bereichen, bspw. der Finanzpolitik, die Fortsetzung der bisherigen Regierungsarbeit vor. Verstärkter als zuvor ging man 2016 auf die Stärkung der ländlichen Räume, insbesondere Vorpommern, ein. Des Weiteren plante man den Ausbau der Bürgerbeteiligung durch die Einführung von Volksbefragungen und eine mögliche Absenkung des aktiven Wahlalters sowie die Förderung der Bürger*innennähe durch die verpflichtende Durchführung von „Bürgerversammlungen" der Landesminister*innen.[4]

Der Personalwechsel zum Beginn der Legislaturperiode setzte sich weiter fort. Nachdem Ministerpräsident Sellering aus gesundheitlichen Gründen zurücktrat, wurde im Juli 2017 die damalige Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig zur neuen Ministerpräsidentin gewählt und das Kabinett erneut vereidigt.[5] Im April 2019 folgten dann der Rücktritt von Finanzminister Brodkorb und die Ernennung des Staatskanzleichefs Reinhard Meyer zum neuen Finanzminister. Seine Entscheidung begründete Bordkorb mit fehlendem Vertrauen und finanzpolitischen Differenzen gegenüber der Ministerpräsidentin. Aus Oppositionskreisen wurde vermutet, dass er seiner Entlassung zuvorkam und die folgenden personellen Regruppierungen durch Schwesig als „Personalrochade" bezeichnet.[6] Kurz darauf verstarb die langjährige Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider an ihrer Krebserkrankung. Zur neuen Landtagspräsidentin kürte die SPD-Fraktion, trotz Kritik an ihrer fehlenden parlamentarischen Qualifikation, Bildungsministerin Birgit Hesse. Ihr Ministerium wiederum sollte Bettina Martin, bisher Landesbevollmächtigte für MV beim Bund, übernehmen.[7]

Das Prestigeprojekt des Kabinetts Schwesig I, die Einführung der Elternbeitragsfreiheit in der Kindertagesbetreuung, wurde im Sozialministerium unter Stefanie Drese ausgearbeitet. Diese trat zusammen mit einem Umbau des Kita-Finanzierungssystems am 1. Januar 2020 in Kraft. Wegen Mehrkosten auf kommunaler Ebene entschloss sich Landrat Michael Sack zum Jahresende 2020 eine Klage gegen das neue KiföG einzureichen und so das Gesetz in Frage zu stellen. Weiterhin war das Sozialministerium mit der Reform der Erzieher*innen-Ausbildung, der Gründung des Integrationsfonds und der Einführung der Ehrenamtskarte beschäftigt.[8]

Das Backhaus-Ministerium legte die Schwerpunkte auf den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft, die Erhaltung der Landeswälder durch das Landeswaldprogramm und die Wiedervernässung von drei Mooren im Land. Als es im März 2021 zu einem Großbrand in der Tierzuchtanlage in Alt-Tellin kam, brachte Backhaus eine Bundesratsinitiative zur Begrenzung der Massentier-

---

3 Vgl. Martin Koschkar/Christian Nestler, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 4. September 2016: Zäsur des regionalen Parteienwettbewerbs und Fortsetzung der Großen Koalition, in: ZParl, 1/2017, S. 25–39, hier S. 37; SPD Landtagsfraktion MV (Hrsg.), SPD Landtagsfraktion mit neuer Fraktionsspitze, abrufbar unter: https://www.spd-fraktion-mv.de/aktuelles/pressemitteilungen/spd-landtagsfraktion-mit-neuer-fraktionsspitze (Stand: 22.09.2021).

4 Vgl. Martin Koschkar/Christian Nestler, 2017, S. 37.

5 Vgl. o.A., Auf Sellering folgt Schwesig, in: Landtagsnachrichten, 14.07.2017.

6 Vgl. Gerald Kleine Wördemann, Krise in Schwesigs Kabinett: Mathias Brodkorb tritt zurück, in: OZ, 30.04.2019.

7 Vgl. o.A., Birgit Hesse soll Landtagspräsidentin werden, in: ntv-online, abrufbar unter: https://www.n-tv.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/Birgit-Hesse-soll-Landtagspraesidentin-werden-article21008601.html (Stand: 03.10.2021).

8 Vgl. Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Regierungsbilanz der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern für die 7. Wahlperiode 2016-2021, Schwerin 2021, S. 17, 24–25, 27–28; O.A., Kita-Finanzierungsklage gegen Landesregierung beschlossen, in: Welt-online, abrufbar unter: https://www.welt.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/article221989690/Kita-Finanzierungsklage-gegen-Landesregierung-beschlossen.html (Stand: 03.10.2021).

haltung ein, ohne eine konkrete Obergrenze zu benennen. Energiepolitisch setzte die Landesregierung im Rahmen der Energiewende auf den Ausbau der Windkraft, bspw. durch die Inbetriebnahme von zwei neuen Offshore-Windparks, und die Förderung von Wasserstoff als Speichertechnologie. Trotz sinkender Neubauten bei der Windkraft konnte man seit 2016 etwa 500 Megawatt hinzugewinnen und den landeseigenen Strombedarf durch erneuerbare Energien decken. Hinsichtlich der russischen Ostseepipeline Nordstream 2 setzte sich Ministerpräsidentin Schwesig persönlich gegen Widerstände aus dem Bund und der internationalen Gemeinschaft für die Fertigstellung ein und nutzte die Gründung der Stiftung Klimaschutz MV, um Sanktionen der USA auszuweichen.[9]

Neben Infrastruktur und Energie umfasste das Ministerium von Christian Pegel aber auch noch den Bereich Digitalisierung. Einerseits versuchte man hier durch das MV-Serviceportal den Ausbau der digitalen Verwaltung voranzubringen. Andererseits investierte man neben den Bundesmitteln auch eigene Landesmittel in den Breitbandausbau, sodass schätzungsweise 50 Prozent der Haushalte mittlerweile einen Breitbandanschluss erhalten haben. Trotzdem ist hinsichtlich der Breitbandverfügbarkeit weiterhin ein klares Stadt-Land-Gefälle erkennbar.[10]

An der Digitalisierung der Schulen hingegen arbeitete das Bildungsministerium. Noch unter Bildungsministerin Hesse wurde 2017 nach Maßgabe der Kultusministerkonferenz das Leistungsfachmodell in der gymnasialen Oberstufe eingeführt. Große Kritik und die Forderung nach mehr Lehrkräften erntete die Ministerin vom Bildungsverband und dem Landeselternrat bei der Änderung des Schulgesetzes im Jahre 2019.[11] Unter Bettina Martin folgten dann zahlreiche Reformen im Bildungssektor. Durch das 200-Millionen-Euro-Schulpaket wurden unter anderem höhere Entgelte für Grundschullehrer*innen ermöglicht, durch das Beisteuern von Landesmitteln zum Digitalpakt die Schuldigitalisierung unterstützt und mit einer Novelle des Landeshochschulgesetzes die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen verbessert. Allerdings kann das Bildungsministerium mit seinen jährlich über 700 neu eingestellten Lehrkräften zahlreiche freie Stellen nicht füllen. Besonders während der Pandemie geriet das Ministerium zuerst wegen fehlender Ausrüstung für den digitalen Unterricht und später für fehlende Vorbereitung auf die Schulöffnungen mit Selbsttests in die öffentliche Kritik.[12]

---

9 Vgl. Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, 2021, S. 31–32, 14–16; Gerald Kleine Wördemann, Nach Brand von Alt Tellin: MV will Mega-Ställe abschaffen, in: OZ, 11.05.2021; Bundesverband WindEnergie (Hrsg.), Die Bundesländer in Zahlen, abrufbar unter: https://www.wind-energie.de/themen/zahlen-und-fakten/bundeslaender/ (Stand: 03.10.2021); Daniel Wetzel, Mit dem Stiftungstrick will Mecklenburg-Vorpommern die USA überlisten, in: Die Welt-online, abrufbar unter: https://www.welt.de/wirtschaft/article 223861354/Nord-Stream-2-So-will-Mecklenburg-Vorpommern-die-USA-ueberlisten.html (Stand: 03.10.2021).

10 Vgl. Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, 2021, S. 12–15; Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hrsg.) Breitbandverfügbarkeit in Mecklenburg-Vorpommern ≥ 50 Mbit/s, alle Technologien, abrufbar unter: https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/ZukunftBreitband/Karten/Mecklenburg Vorpommern/breitband-verfuergbarkeit-mv-50mbit.pdf?__blob=publicationFile (Stand: 03.10.2021).

11 Vgl. Frank Pubantz, Viel Kritik an Hesses neuem Schulgesetz, in: OZ, 28.02.2019.

12 Vgl. Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, 2021, S. 17–21; Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Hrsg.), Pressemitteilung, Gymnasiale Oberstufe: Land führt Leistungsfachmodell ein, abrufbar unter: https://www.regierung-mv.de/serviceassistent/_php/download.php?datei_id=1594527 (Stand: 03.10.201); Frank Pubantz, Lehrermangel in MV: Gewerkschaft warnt vor tickender „Zeitbombe“, in: OZ-online, abrufbar unter: https://www.ostsee-zeitung.de/Nachrichten/MV-aktuell/Lehrermangel-in-MV-Gewerkschaft-warnt-vor-tickender-Zeitbombe (Stand: 03.10.2021); O.A., Nicht für digitalen Unterricht gerüstet, in: NNN, 26.10.2020; O.A., Schulstart mit Selbsttests: Massive Kritik von Lehrern und Eltern, in: NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Schulstart-mit-Selbst-Tests-Massive-Kritik-von-Lehrern-und-Eltern,coronavirus4642.html (Stand: 03.10.2021).

Wirtschaftlich entwickelte sich das Land in der siebten Legislaturperiode zunächst positiv. Von 2016 bis 2019 fiel die Arbeitslosigkeit im Land mit 7,1 Prozent auf den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung und durch den Vergabemindestlohn für öffentliche Aufträge arbeitete man an der Steigerung der niedrigen Löhne im Land. Die gute Haushaltslage ermöglichte währenddessen die Fortsetzung der Entschuldungspolitik. Erst die Pandemie und die dadurch bedingten Mehraufwände zwangen Finanzminister Meyer zur Aufnahme von fast 3 Milliarden Euro für den Landeshaushalt und der damit höchsten Neuverschuldung der Landesgeschichte. Hinsichtlich der Bekämpfung der Pandemie setzten Landesregierung und Ministerpräsidentin auf eine im Bundesvergleich sehr strikte Politik. Mit rigorosen Grenzkontrollen und harten Lockdown-Regeln stieß man anfangs auf Widerstand. Trotzdem erreichte Manuela Schwesig mit ihrem Corona-Management schließlich vergleichsweise niedrige Infektionsraten, die höchste ostdeutsche Impfquote und viel Zuspruch in der eigenen Bevölkerung. Genauso erntete sie viele Sympathien durch ihren offenen Umgang mit ihrer Krebserkrankung, welche sie im September 2019 öffentlich machte, sowie der Fortführung ihrer Regierungsarbeit trotz Behandlung und Reha.[13]
Bei den der Landtagswahl vorausgegangenen Wahlen auf Europa-, Bundes- und Kommunaler Ebene erreichte die SPD MV das Niveau der Landtagswahlen erneut nicht. 2017 lag man bei den Bundestagswahlen mit 15,1 Prozent (–2,7 Prozentpunkte) wieder deutlich unter dem Ergebnis der abgestraften Bundespartei. Bei den Europawahlen 2019 hingegen erreichte man mit 15,6 Prozent (–5,7 Prozentpunkte) ein Ergebnis auf Bundesniveau, was aber auch an dem katastrophal niedrigen Ergebnis der Partei lag. Mit 15,4 Prozent (–3,5 Prozentpunkte) schnitt man bei den parallel stattfindenden Kommunalwahlen ähnlich bescheiden ab. Diese Ergebnisse signalisierten einen deutlichen Abwärtstrend, der sich erst in den Monaten vor der Bundestagswahl 2021 umdrehte und die Bundes-SPD zum knappen Wahlsieg führte. Bei dieser Wahl lag man auf Landesebene, auch wegen der parallel stattfindenden Landtagswahl, mit 29,1 Prozent (+14,0 Prozentpunkte) sogar deutlich über dem Bundesergebnis.

Tab. 1 Wahlergebnisse der SPD in MV 2017–2021

Wahl	Ergebnis	Gewinne/Verluste
Bundestagswahl 2017	15,1 %	–2,7
Europawahl 2019	15,6 %	–5,7
Kommunalwahl 2019	15,4 %	–3,5
Bundestagswahl 2021	29,1 %	+14,0

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten Landeswahlleitung MV.

Trotz eines deutlichen Mitgliederzuwachses zwischen den Wahljahren bleibt die SPD weiterhin hinter der CDU als mitgliederstärkste Landespartei zurück, konnte aber den Abstand zwischen beiden Parteien auf etwa 2.000 Mitglieder verringern.

[13] Vgl. Statista (Hrsg.), Arbeitslosenquote in Mecklenburg-Vorpommern von 2002 bis 2020, abrufbar unter: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2521/umfrage/entwicklung-der-arbeitslosenquote-in-mecklenburg-vorpommern-seit-1999/#professional (Stand: 03.10.2021); Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, 2021, S. 7; Ministerium für Finanzen Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Schulden, abrufbar unter: https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/fm/Haushalt/Schulden/ (Stand: 03.10.2021); O.A., Landtag MV beschließt Rekordneuverschuldung, in: NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Landtag-MV-beschliesst-Rekord-Neuverschuldung-,coronavirus3808.html (Stand: 03.10.2021); Hähning/ Modersohn, 2021; O.A., Schwesig hat erste Corona-Impfung erhalten, in: Die Welt, 02.05.2021.

Tab. 1: Mitgliederentwicklung des SPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern

Jahr	2016	2017	2018	2019	2020
Mitglieder	2.721	2.909	3.101	3.015	2.950
Veränderung zum Vorjahr absolut	+12	+188	+192	–86	–65
Veränderung zum Vorjahr prozentual	+0,4	+6,9	+6,6	–2,8	–2,2

Quelle: Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland: Version 2020, Berlin 2020 (Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 31), S. 12; Ders., Parteimitgliedschaften im Jahre 2020, in: ZParl, 2/2021, S. 373–407, hier: S. 383.

In Mecklenburg-Vorpommern offenbarte sich, ähnlich zur letzten Landtagswahl, eine hohe Zufriedenheit mit der Landesregierung. Nachdem sie im Mai 2021 einen deutlichen Abstieg der Beliebtheit auf „nur" 51 Prozent Zustimmung verzeichnete, steigerte sich der Wert bis zwei Wochen vor der Wahl auf 64 Prozent. Ähnlich positiv stand es um die Chefin der Landesregierung. Das gesamte Wahljahr war Manuela Schwesig fast allen Bürger*innen in MV bekannt und stets die beliebteste Politikerin im Land. Im Falle einer Direktwahl um das Amt der Ministerpräsidentin hätte sie 67 Prozent der Stimmen auf sich vereint, während die Spitzenkandidaten von CDU und AfD keine 20 Prozent erreicht hätten.[14]

Das Wahljahr 2021 begann für die SPD in MV ernüchternd. Zwar lag die Partei nicht mehr gleichauf mit der CDU, wie es im November 2020 prognostiziert wurde, doch blieb bis in den August hinein unterhalb des Ergebnisses der letzten Landtagswahl. Ähnlich wie auf der Bundesebene schien die Partei zunächst nicht von der Popularität ihrer Spitzenkandidatin zu profitieren. Obwohl die Partei vor der Landesvertreterversammlung ein Umfragetief von 23 Prozent erreichte, waren die Genoss*innen nur wegen der sommerlichen Temperatur am Schwitzen. Nachdem Ministerpräsidentin Schwesig in einer über einstündigen Rede um das Vertrauen der Partei bat, kürten die Sozialdemokrat*innen sie mit 96,4 Prozent der Stimmen zur Spitzenkandidatin. Mit auf den Weg gab ihr die SPD ein Regierungsprogramm mit Schwerpunkten in den Bereichen Arbeitsplätze, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit.[15]

3. Wahlkampf: „Verantwortung für heute und morgen"

Die Sozialdemokrat*innen unter Manuela Schwesig gingen selbstbewusst mit dem Ziel, erneut als stärkste Kraft die Regierung von Mecklenburg-Vorpommern zu stellen, in den Wahlkampf. Gleichzeitig galt es, Manuela Schwesig als Nachfolgerin des zurückgetretenen Erwin Sellering zu bestätigen. Zeitweise ließen einige Umfragen sogar an eine Alleinregierung der SPD denken.[16] Inhaltlich setzte die SPD in ihrem Regierungsprogramm auf das Trio aus wirtschaftlichem Aufbau, gerechter Sozialpolitik und einer Stärkung des Umweltschutzes. Der Wahlkampf war wie in vorherigen Wahlkämpfen auf die Person der Spitzenkandidatin, also Manuela Schwesig, zugeschnitten. Ein Angriffswahlkampf war für die SPD kaum erforderlich. Die Juso-Kampagne „Storch-Heinar" als Parodie der rechtsextremen Marke „Thor Steinar" wurde dennoch fortgesetzt.

14 Vgl. infratest dimap (Hrsg.), WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021, Berlin 2021, S. 30–34.

15 Vgl. Axel Krummenauer, SPD wählt Schwesig zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl, in: NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/SPD-waehlt-Schwesig-zur-Spitzenkandidatin-fuer-die-Landtagswahl,spdparteitag198.html (Stand: 06.11.2021).

16 Vgl. Frank Pubantz, Kann die SPD alleine regieren?, in: OZ, 23.09.2021.

3.1. Themenwahlkampf

Im Regierungsprogramm für die kommende Legislaturperiode „Verantwortung für heute und morgen“ findet sich die bereits genannte Dreiteilung „starke Wirtschaft mit guten Löhnen, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung“, die auf den Wahlplakaten als „gute Arbeit“, „ein starkes Miteinander“ und „eine Zukunft, die nachwächst“, beworben wurde. Im ersten Abschnitt des Programms, das die wesentlichen Themen und Forderungen knapp darstellt, werden zunächst die bisherigen Erfolge der SPD auf Landes- und Bundesebene angeführt, so etwa die beitragsfreien Kitas oder die Senkung der Arbeitslosigkeit bzw. die Grundrente und der Mindestlohn. Die SPD betont als weiteren Erfolg die bislang gute Bewältigung der Covid-19-Pandemie, die in den Kontext der Wirtschafts- und Gesundheitspolitik gestellt wird. Mit Verweisen auf die Rentenangleichung, die Investitionen in das Bildungs- und Schulwesen sowie die Verbesserung der Kita-Betreuung spricht die SPD klassisch sozialdemokratische Themen an.[17]
Die SPD verspricht außerdem, die Digitalisierung gerade im ländlichen Raum zu verbessern. Über die Angebote von Konzernen hinaus planen die Sozialdemokrat*innen auch die Einrichtung einer „landesweiten Funkmastengesellschaft“ zur vollständigen Netzabdeckung. Diese wird als Grundlage für das Digitalisieren der Verwaltung betrachtet, die die Interaktion zwischen Bürger*innen und Behörde vereinfachen soll.[18]
Außerdem wird dem Klimaschutz, der hier mit dem Schutz der lokalen Umwelt verbunden ist, eine weitaus höhere Priorität eingeräumt, als dies in vergangenen Legislaturperioden der Fall war. So wird im Bereich des Verkehrs ausführlich auf das Ende der fossilen Kraftstoffe und deren Ersatz durch biologische Energieträger eingegangen. Auch Carsharing und ein effektiverer ÖPNV werden als Maßnahme für eine bessere Mobilität im ländlichen Raum genannt.[19] Im Kontext des Personennahverkehrs möchte die SPD das bereits für Auszubildende eingeführte 365-Euro-Ticket[20] auch in Form eines „Seniorentickets“ nutzbar machen, um die Mobilität von älteren Personen unabhängig vom Auto zu gewährleisten.[21]
Insgesamt versucht die SPD damit, sowohl der allgemein höheren Gewichtung des Themas Umweltschutz in der Gesellschaft als auch insbesondere der Bedeutung für die Jugend Rechnung zu tragen. Außerdem können die Sozialdemokrat*innen so andere wichtige Themen mit dem Klimaschutz verbinden und sich gleichzeitig als Partei der sozialen Gerechtigkeit präsentieren.
Trotz des inhaltlich differenzierten Wahlprogramms wurde an der Methode des letzten Wahlkampfes festgehalten, eher mit der Person der Spitzenkandidatin zu werben und auf eine Fortsetzung der bisherigen Politik zu setzten.[22] Durch die diversen Themen hindurch fällt auf, dass die SPD bei den Inhalten gerne auf die letzte Legislaturperiode zurückgreift, um dann die Ziele für die kommende Legislaturperiode zu benennen. Die Kompetenzzuschreibung, die die SPD in den

17 Vgl. SPD Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Verantwortung für heute und morgen. Regierungsprogramm 2021-2026, S. 2–3.
18 Vgl. ebd., S. 17.
19 Vgl. ebd., S. 22.
20 Vgl. ebd., S. 23.
21 Vgl. ebd., S. 4.
22 Vgl. Timm Flügge/ Benjamin Hein/Jan Müller, Die SPD - „Damit Erwin Sellering Ministerpräsident bleibt“, in: Martin Koschkar/Jan Müller/Christian Nestler (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2016, S. 31–41, hier: S. 36–38.

wichtigen Bereichen soziale Gerechtigkeit (36 %), Arbeitsplätze (34 %) und Bildung (35 %) in der mecklenburg-vorpommerschen Bevölkerung genießt, spricht dabei für sich.[23]

3.2. Personenwahlkampf

Zum Auftakt des Wahlkampfes Anfang August ließ die SPD Großplakate mit Manuela Schwesig und dem Slogan „Die Frau für MV" aufstellen, was als Hinweis auf den folgenden Personenwahlkampf gedeutet werden kann. Dass auf diesen ersten Plakaten nicht einmal die Parteizugehörigkeit gedruckt war, sondern nur die Person Schwesigs beworben wurde, ist bemerkenswert.[24] Knapp zwei Wochen später legte die SPD aber mit neuen Plakaten und Inhalten aus dem Programm nach. Entsprechend der im Themenwahlkampf gesetzten Schwerpunkte wurde die Spitzenkandidatin in verschiedenen Situationen abgebildet. Etwa schlicht angezogen in einer Werkstatt beim Gespräch mit einem Arbeiter, während im Hintergrund Funkenflug zu sehen ist. Hinzu kommen der Slogan „Für gute Arbeit, die sich lohnt", sowie der kursiv geschriebene Name der Kandidatin. Im unteren Abschnitt findet sich der Kampagnentitel „gemeinsaMVoran". Ein weiteres Plakat, das „Für ein starkes Miteinander" wirbt, zeigt Schwesig beim Kaffeetrinken mit zwei weiteren Personen, vermutlich Oma und Enkelin, in einem Garten bei Sonnenschein. „Für eine Zukunft, die nachwächst" verspricht ein drittes Plakat, auf dem Schwesig im Grünen mit zwei Kindern abgebildet ist. In der Schlussphase des Wahlkampfes präsentierte die SPD noch Großplakate mit der Aufschrift „Manuela Schwesig. Unsere Ministerpräsidentin".[25] Wenige Tage vor der Landtagswahl wurden auf die Großplakate Störer mit der Aufschrift „Am 26.09.2021 ist MV-Wahl" angebracht. Im SPD-Wahlwerbespot wurden zwar auch die drei genannten Hauptpunkte aufgezählt, der visuelle Fokus schien aber auf der landschaftlichen Vielfalt Mecklenburg-Vorpommerns und der Spitzenkandidatin gelegen zu haben.[26]

Insgesamt wurde Schwesig im Wahlkampf als sympathische und sich kümmernde Landesmutter dargestellt, die sowohl für die Wirtschaft und Arbeitsplätze sorgt, als auch sich um soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz müht.

Der Landtagswahlkampf war eng mit dem parallel stattfindenden Bundestagswahlkampf verknüpft. So gab es gemeinsame, öffentlichkeitswirksame Auftritte mit SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Bereits im Juli besuchten die beiden Spitzenkandidat*innen die Stadt Anklam, genauer die Nikolaikirche und die Baustelle des Ikareums, einem Museum für Luftfahrtgeschichte.[27] Am Abend trat Olaf Scholz dann mit Manuela Schwesig in Stralsund am Alten Markt auf.[28] Trotz der gemeinsamen Arbeit machte Schwesig deutlich, dass sie selbst keinerlei Ambitionen auf einen Posten in der Bundespartei habe. In einem Interview der „Bild am Sonntag" sagte sie: „Ich bin

---

23 Vgl. infratest dimap, 2021, S. 35.

24 Vgl. o.A.: Schwesig lässt auf Plakaten ihre SPD-Mitgliedschaft weg, in: Nordkurier-online, abrufbar unter https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/schwesig-laesst-auf-plakaten-ihre-spd-mitgliedschaft-weg-0444574308.html (Stand: 11.10.2021).

25 Vgl. SPD Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), abrufbar unter: https://spd-mvp.de/meldungen/praesentation-der-schlussmotive-fuer-die-plakatgrossflaechen (Stand: 13.10.2021).

26 Vgl. SPD Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), SPD MV Wahlkampfspot 2021, 27.08.2021, abrufbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=_Rt_4ZHsBYY, (Stand: 01.12.2021).

27 Vgl. Anne-Marie Maaß, Schwesig und Scholz kommen morgen zum Wahlkampf ins Peenetal, in: Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/anklam/schwesig-und-scholz-in-der-anklamer-nikolaikirche-3044507407.html (Stand: 13.10.2021).

28 Vgl. Ines Sommer, SPD-Doppel Schwesig-Scholz will schwarzes Vorpommern erobern, in: OZ-online, abrufbar unter: https://www.ostsee-zeitung.de/Vorpommern/Stralsund/Stralsund-SPD-Doppel-Schwesig-Scholz-will-schwarzes-Vorpommern-erobern (Stand:s 13.10.2021).

die Frau für Mecklenburg-Vorpommern, ich bin gerne Ministerpräsidentin und möchte es bleiben.“.[29]

Im Duell gegen Michael Sack, den Spitzenkandidaten der CDU, konnte Schwesig besonders auf ihre hohe Bekanntheit setzen. In einer Umfrage vom August 2021 lag Schleswigs Bekanntheit bei 96 Prozent, die ihres Herausforderers lediglich bei 47 Prozent. Auch hatten die Bürger*innen deutlich mehr Vertrauen in die SPD als in die CDU, wenn es darum ging, „die wichtigsten Aufgaben” in MV zu bewältigen.[30] Das TV-Duell der beiden Kandidierenden für den Chefposten in der Staatskanzlei knapp zwei Wochen vor der Wahl wurde mit Spannung erwartet, da viele mit einer Offensive durch die CDU gegen Amtsinhaberin Schwesig gerechnet hatten. Das Duell selbst verlief dann aber eher sachlich. Die Ministerpräsidentin konnte in vielen Bereichen auf Erfolge der letzten Legislaturperiode mit der CDU zurückgreifen. Der NDR stellte in der Auswertung des Duells bereits Parallelen zu Angela Merkels ruhigem Stil her. Von einem wirkungsvollen Schlagabtausch konnte bei diesem Duell allerdings keine Rede sein.[31] Wie im gesamten Wahlkampf stellte Schwesig die Leistungsbilanz in den Mittelpunkt, gegenüber dem Konkurrenten Sack verwies sie auf den Ebenenunterschied zwischen Landrat und Ministerpräsidentin.[32]

3.3. Angriffswahlkampf

Durch die hohe Popularität der Spitzenkandidatin und die guten Umfragewerte der SPD gab es wenig Notwendigkeit für einen Angriffswahlkampf. Da die SPD mit der größten Konkurrenz für das Amt des Ministerpräsidenten noch in einer Koalition regierte, hätte sich hier wenig Angriffsfläche angeboten. Auch die anderen Parteien, etwa Die LINKE, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, die als mögliche Koalitionspartner nach der Wahl fungieren könnten, wurden daher nicht spezifisch angegriffen. Die Sozialdemokrat*innen warben aber nicht für bestimmte Koalitionen[33]. Die NPD ist mittlerweile kaum noch in der institutionellen Politik vertreten, weswegen hier nur ein Minimum an Gegenwind erforderlich war. Auch mit der AfD fand kein offener Schlagabtausch statt, wenngleich man sich natürlich inhaltlich abgrenzte. Stattdessen wurde Vorpommern, lange Zeit Hochburg der CDU und später der AfD, vermehrt Gegenstand der Aufmerksamkeit der SPD. Der Staatssekretär für Vorpommern, Patrick Dahlemann, wurde ein prominentes Gesicht bei der Auseinandersetzung mit der AfD im östlichen Landesteil. Seine Methode: Lokal präsent zu sein und gezielt lokale Projekte zu fördern. In der vergangenen Legislaturperiode stellte man ihm dafür ein Budget von 15 Mio. Euro zur Verfügung.[34] Das Ergebnis der Landtagswahl, insbesondere die Zweitstimmen in den Wahlkreisen Vorpommerns, scheint dieser Politik Recht zu geben.

---

29 Vgl. Angelika Hellemann/Roman Eichinger, „Alles was offen ist, muss offen bleiben“, in: BamS, 15.08.2021.

30 Zu Parteikompetenzen siehe Müller/Muno in diesem Band. Vgl. infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND August 2021.

31 Vgl. Henning Stüber, So lief das TV-Duell zwischen Schwesig und Sack, in: NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/wahlen_mv_2021/MV-Landtagswahl-So-lief-TV-Duell-zwischen-Schwesig-und-Sack-,wahlduell140.html (Stand: 13.10.2021); Andreas Becker, TV-Duell zwischen Schwesig und Sack fast ohne Wirkungstreffer, in: Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/tv-duell-zwischen-schwesig-und-sack-fast-ohne-wirkungstreffer-1445106309.html (Stand: 13.10.2021).

32 Matthias Wyssuwa, Schwesig im TV-Duell: Nichts zu verschenken, in: FAZ, 19.09.2021.

33 Vgl. Gabriel Kords, Umfrage: Rot-Rot-Grün wird in MV immer wahrscheinlicher, in: Nordkurier, 26.07.2021.

34 Vgl. Hähning/ Modersohn, 2021.

4. Das Wahlergebnis

Lag die SPD zum Jahresanfang nur knapp vor der CDU, gelang es ihr ab Mai 2021, sich in den Umfragen deutlich vom Koalitionspartner abzusetzen.[35] Aus der Landtagswahl am 26. September ging die SPD mit 361.769 Zweitstimmen beziehungsweise 39,6 Prozent gestärkt hervor. Im Vergleich zur Landtagswahl 2016 bedeutete dies bei höherer Wahlbeteiligung von 70,8 Prozent (+8,9 %) einen Zugewinn von 9 Prozentpunkten oder 115.374 Zweitstimmen.[36] Zusätzlich erhielten die Kandidierenden der SPD insgesamt 313.224 Erststimmen, was einen Zugewinn von 5 Prozentpunkten oder 76.905 Stimmen bedeutet. Mit diesem Ergebnis behauptete die SPD klar ihren Regierungsanspruch vor den anderen Parteien. Im Landtag gewann die SPD insgesamt 34 Sitze, drei davon als Überhangmandate. Bis auf Vorpommern-Greifswald II und Stralsund III gewann die SPD alle Wahlkreise und lag bei den Zweitstimmen auch in diesen beiden vorne.[37]
Landwirtschaftsminister Till Backhaus holte im westlichsten Wahlkreis, Ludwigslust-Parchim I, mit 51,5 Prozent der Erstimmen und 48,1 Prozent der Zweitstimmen das beste Ergebnis für die Sozialdemokrat*innen. Am wenigsten Zweitstimmen holte die SPD im Wahlkreis Greifswald mit 33,5 Prozent, gefolgt von Stralsund II mit 33,6 und Vorpommern-Rügen II - Stralsund III mit 33,7 Prozent. Doch auch in diesen Wahlkreisen gelangen der SPD im Vergleich zu 2016 deutliche Zugewinne von 5 bis 10 Prozentpunkten. An diesen jeweiligen Extremen wird die seit Jahrzehnten erkennbare Trennung zwischen den Landesteilen Mecklenburg und Vorpommern deutlich.[38] Im westlichen Landesteil konnte die SPD bereits bei vergangenen Wahlen punkten, wohingegen in den östlichen Landesteilen traditionell eher CDU und 2016 AfD gewählt wurden.[39] Dennoch wurde diese typische Aufteilung deutlich durchbrochen. Die SPD lag in allen Wahlkreisen bei über 33 Prozent und konnte sich so insgesamt verbessern.[40]
Die Zugewinne der Sozialdemokrat*innen in MV speisten sich zum größten Teil aus ehemaligen Nichtwähler*innen (58.000), gefolgt von Stimmen des Koalitionspartners CDU (29.000). Auffällig sind auch die 14.000 ehemaligen Wähler*innen der Partei Die LINKE, die nun die SPD gewählt haben. Von der AfD kamen immerhin 12.000 neue Wähler*innen,[41] was als Erfolg in der Auseinandersetzung gegen diese sonst in den neuen Bundesländern starke Partei gewertet werden kann.
Insgesamt kann sich die SPD sich in Mecklenburg-Vorpommern klar als Gewinnerin der Wahl betrachten und mit fast 40 Prozentpunkten ein sehr gutes Wahlergebnis einfahren. Die großen Zugewinne untermauern die Rolle als „Landespartei"[42] in MV. Auch die jüngsten Erfolge im Bund und Berlin sowie Hamburg und Rheinland-Pfalz deuten ein Erstarken der Partei an.
Bei den soziodemographischen Faktoren fällt auf, dass die SPD häufiger mit höherem Alter der Wähler*innen gewählt wurde. Bei über 60 Jahre alten Bürger*innen ist die SPD mehr als doppelt so oft gewählt worden (49 %) als bei den 18- bis 24-Jährigen (23 %). Hinzu kommt der Unterschied zwischen den Geschlechtern: Wählten bei den 18- bis 24-Jährigen noch Wähler*innen

35 Vgl. infratest dimap 2021, S. 38.
36 Vgl. ebd., S. 10.
37 Vgl. ebd., S. 39–40.
38 Vgl. Jakob Bauer/u. a.: Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern, in: Zeit-online, abrufbar unter: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-09/wahlergebnisse-mecklenburg-vorpommern-landtagswahl-2021-wahlkreise-live (Stand: 22.10.2021).
39 Vgl. Flügge/Hein/Müller, 2016, S. 39.
40 Vgl. Bauer/u. a., 2021.
41 Übersicht der Wählerwanderung bei Müller/Muno in diesem Band.
42 Vgl. Flügge/Hein/Müller, 2016, S. 40.

beider Geschlechter fast gleich häufig die Sozialdemokrat*innen, finden sich in den nachfolgenden Altersgruppen Differenzen zwischen 5 bis 7 Prozentpunkten, in der Altersgruppe 60+ gar 9 Prozent mehr Frauen als Männern, die für die SPD gestimmt haben. Im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen gelangen der SPD Zugewinne proportional zu den steigenden Wähler*innenanteilen in den Altersgruppen.[43]

Im Bereich der Bildung lag die SPD in der Gruppe der niedrig Gebildeten bei 45 Prozent (+14) und der mittel Gebildeten bei 43 Prozent (+13). Auffallend ist der geringere Anteil an Wähler*innen mit hoher Bildung (34 %) und dem relativ geringen Zugewinn von drei Prozentpunkten. Diese Verteilung spiegelt sich auch bei der wirtschaftlichen Situation der Wähler*innen wieder. Hier wählten 9 Prozent mehr als 2016, nämlich 41 Prozent mit guter oder sogar sehr guter Lage die SPD, bei den geringeren Einkommen immerhin 33 Prozent bei einem Zugewinn von 11 Prozent. Wie sich aus der Analyse des Wahlalters bereits angedeutet hat, haben 50 Prozent (+11) der Renter*innen Mecklenburg-Vorpommerns die Sozialdemokrat*innen gewählt. Es folgt die für die SPD wichtige Gruppe der Arbeiter*innen, von denen immerhin 35 Prozent (+8) die traditionelle Arbeiter*innenpartei SPD gewählt haben. Ähnlich sieht es im Bereich der Angestellten aus, hier machten 37 Prozent (+7) ihr Kreuz bei der SPD. Weitere Zugewinne bekam die SPD bei den Selbstständigen, hier konnte ein Zugewinn von 5 Prozentpunkten auf 24 Prozent verbucht werden.[44]

Bei den Beamt*innen des Landes Mecklenburg-Vorpommern konnte sich die SPD ebenfalls leicht verbessern und 35 Prozent der Stimmen dieser Berufsgruppe für sich gewinnen. Einen deutlich größeren Zugewinn von 12 Prozentpunkten verzeichnet die Forschungsgruppe Wahlen in der Gruppe der Landwirt*innen. Hier stimmten bei der letzten Landtagswahl 45 Prozent der Landwirte für die Sozialdemokrat*innen unter Manuela Schwesig.[45]

Der Zugewinn der SPD bei den Landwirten von kann sicherlich dem Landwirtschaftsminister Backhaus zugeschrieben werden, der als Urgestein in seinem Ressort seit langem große Zustimmung genießt. Durch ihr umfangreiches Sozialprogramm ist die SPD auch für den Großteil der Arbeitnehmer*innen eine attraktive Wahl, sodass die AfD hier als stärkste Kraft abgelöst werden konnte.

Mit Blick auf diese Daten lässt sich die typische SPD-Wählerin charakterisieren: Sie stammt aus dem Landesteil Mecklenburg, ist über 60 Jahre alt und demnach entweder bereits Rentnerin oder kurz davor. Der Bildungsgrad liegt im niedrigen bis mittleren Bereich, als ehemaliges Beschäftigtenverhältnis kommt eine Anstellung oder ein Arbeiter*innentätigkeit in Betracht. Die Einkommenssituation ist mit höherer Wahrscheinlichkeit verhältnismäßig gut.

Der Wahlkampf der Sozialdemokrat*innen in Mecklenburg-Vorpommern kostete die Partei insgesamt rund 1,3 Millionen Euro.[46] Entscheidend für das Ergebnis bei der Landtagswahl war die Verknüpfung einer sehr populären Spitzenkandidatin mit SPD-typischen Inhalten und insbesondere Aspekten wie Nachhaltigkeit und Umweltschutz**.** Trotz der Covid-19 Pandemie konnte Schwesig bei diversen Auftritten, auch gemeinsam mit Olaf Scholz, ihre Beliebtheit steigern und ihre Rolle als Landesmutter in der Bevölkerung etablieren.

---

43 Infratest dimap, 2021, S. 40.

44 Vgl. ebd.

45 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen (Hrsg.), Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2021, Mannheim 2021, S. 36.

46 Vgl. Pfaff, Frank: Parteien in MV stecken enorme Beträge in den Wahlkampf, in: Nordkurier 20.9.2021.

5. Perspektive nach der Wahl

Die SPD geht durch die Wahl gestärkt in die nächste Legislaturperiode. Ihre günstige Mittellage zwischen CDU und LINKE fand in den Wahlen Bestätigung und wurde um eine mögliche Ampelkoalition erweitert. Wie schon bei den vorigen Wahlen ist auch dieses Mal die Bildung einer Regierung ohne die Sozialdemokrat*innen unmöglich. Nach ersten Sondierungen mit der LINKEn, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU folgte die zweite Sondierungsrunde über die Entscheidung zwischen Fortführung der „Großen Koalition" oder Rückkehr zum rot-roten Bündnis. Resultat dieser war dann die Aufnahmen von Koalitionsgesprächen mit der LINKEN. Als Begründung für diese Entscheidung benannte Ministerpräsidentin Schwesig sowohl inhaltliche Überschneidungen als auch die „Verlässlichkeit und Konstruktivität" des künftigen Partners, bspw. schon während der Pandemie.[47]

Die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Die LINKE trägt den Titel „Aufbruch 2030". Im gesamten Text spiegelt sich der Dreiklang aus Ökonomie, Soziales und Ökologie wieder, der sich schon im Wahlkampf finden ließ. Unter der Bedingung einer „soliden Finanzpolitik" möchte man ein landesweites Rufbusssystem, ein 365-Euro-Ticket für Senior*innen und bessere Bedingungen in der Kita und den Schulen sowie in der Pflege schaffen. Der wirtschaftliche Fokus liegt auf dem Wandel zum „Qualitätstourismus", dem Erhalt der Werften und einem Tariftreuegesetz. In einem Klimaschutzgesetz soll die Klimaneutralität bis 2040 festgeschrieben werden. Nennenswert sind auch die geplante Einführung des Frauentags als landesweiten Feiertag, sowie die Herabsetzung des aktiven Wahlrechtes auf 16 Jahre.[48]

Ihr zweites Kabinett besetzt Ministerpräsidentin Schwesig mit sechs SPD- und zwei LINKE-Minister*innen. Hierbei fiel auf, dass erstmals mehr Frauen als Männer im Kabinett vertreten sind, aber auch die Hälfte der Minister*innen eine westdeutsche Herkunft aufweisen. Infrastrukturminister Christian Pegel wechselt in das Innenministerium und erhält die Bereiche Bau und Digitalisierung, Finanzminister Reinhard Meyer wird neuer „Superminister" für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus, Arbeit, Verkehr, Energie sowie Landesentwicklung und Bettina Martin gibt das Bildungsressort ab, um die Bereiche Wissenschaft und Kultur zu bearbeiten. Währenddessen behält Stefanie Drese das Sozialministerium, nun ohne das Kita- aber mit dem Gesundheitsressort, und Till Backhaus verbleibt Landwirtschafts- und Umweltminister. Neuer Finanzminister wird Staatskanzleichef Heiko Geue.[49]

Nach 2017 gelang es der SPD mit Manuela Schwesig eine populäre Nachfolge für Erwin Sellering zu finden und die Landtagswahl mit dem zweitbesten Ergebnis der Landesgeschichte abzuschließen. Allerdings lässt sich die Beobachtung voriger Landtagswahlanalysen, dass die Partei besonders bei älteren Wähler*innen stark abschneidet, erneut wiederfinden. Damit könnte der Wahlerfolg der Partei langfristig durch eine fragile Altersstruktur gefährdet sein. Allerdings sei auch

---

47 Vgl. o.A., SPD will mit vier Parteien über Regierungsbeteiligung reden, Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/spd-will-mit-vier-parteien-ueber-regierungsbeteiligung-reden-2745283109.html (Stand: 28.11.2021); O.A., Sondierungen: Schwesig traf sich mit CDU und Linken, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/wahlen_mv_2021/Sondierungen-Schwesig-traf-sich-mit-CDU-und-Linken,landtagswahlmv374.html (Stand: 28.11.2021); O.A., Schwesigs SPD strebt Koalition mit der Linken an, in: NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/wahlen_mv_2021/Schwesigs-SPD-strebt-Koalition-mit-der-Linken-an,koalition816.html (Stab: 28.11.2021).

48 Vgl. SPD MV/ Die Linke MV (Hrsg.), Koalitionsvereinbarung 2021-2026, Schwerin 2021.

49 Vgl. Anna Hansen, Mehr Frauen als Männer an der Spitze, Katapult-MV-online, abrufbar unter: https://katapult-mv.de/artikel/neue-ministerien (Stand: 06.11.2021).

angemerkt, dass diese Warnung schon in den Bänden von 2011 und 2016 geäußert wurden und sich bisher nicht bewahrheitet hat. Manuela Schwesig konnte unterdessen beweisen, dass sie Wahlen gewinnen kann. Da sie mehrfache Angebote auf den Bundesvorsitz der SPD abgelehnt hatte und auch trotz Krebserkrankung in der Staatskanzlei verblieb, ist davon auszugehen, dass sie die ganze Legislaturperiode über die Landesregierung anführen und bei der nächsten Wahl erneut die Bestätigung im Amt suchen wird.

AfD – Mobilisierung der Kernklientel

Luca Markmann/Michelle Rother

1. Einleitung

Alle Augen richteten sich nach dem 04. September 2016 auf die Alternative für Deutschland (AfD). Sie zog erstmalig in das Schweriner Schloss ein und wurde aus dem Stand die größte Oppositionsfraktion. Fragen, die sich für Beobachter*innen in Bezug auf die anstehende Amtsperiode stellten, gingen insbesondere auf die Parlamentsfähigkeit der bisher als substanziellen Dissidenten wahrgenommenen Partei ein. Inwieweit wird die AfD in dem politischen Betrieb des Flächenlandes ankommen und im parlamentarischen Tagesgeschäft möglicherweise die allseits suggerierte Volksnähe verlieren? Wie und wofür werden sie ihre amtliche Bühne und die neu erworbenen Ressourcen als Mandatsträger*innen nutzen? Werden sie den Motor für eine Neuorientierung des eingenordeten Parlaments darstellen?[1]
Zunächst wird die erste Legislaturperiode in Parlamentsbeteiligung der AfD-Fraktion sowie die Aktivitäten der Landespartei in Mecklenburg-Vorpommern nachgezeichnet (2.). Danach werden die Herausforderungen für die Partei und die daraus resultierende Strategie des Wahlkampfes wie auch das Wahlprogramm beschrieben und im Anschluss das Wahlergebnis (3.) für die Partei erläutert. Den Schluss bildet ein Ausblick (4.) auf die Rolle der AfD in der kommenden Legislaturperiode.

2. Auftakt AfD – Die Legislaturperiode 2016 bis 2021

Die 20,8 Prozent der gewonnenen Zweitstimmen und drei Direktmandate aus dem Land brachten der AfD 18 Sitze für das Parlament ein. Die Wahlkreise Vorpommern-Greifswald II, Vorpommern-Greifswald III und Vorpommern-Greifswald IV wurden in Reihenfolge von Matthias Manthei mit 31,6 Prozent, Ralph Weber mit 35,3 Prozent und Jürgen Strohschein mit 28,6 Prozent der Erststimmen gewonnen.[2] Noch bevor sich die Fraktion bildete, sorgte der bisherige Sprecher des Landesverbandes und Spitzenkandidat Leif-Erik Holm für Schlagzeilen. Erstens gab es eine öffentlichen Auseinandersetzungen mit seinem ehemaligem Arbeitgeber, dem Radiosender Antenne-MV, dem Holm vorwarf, nur aufgrund der Mitgliedschaft in der AfD gekündigt worden zu sein.[3] Zweitens sorgten die Anschuldigungen gegen ihn, dass er nicht wie angegeben im mecklenburgischen Klein Trebbow lebe, sondern in Berlin, wo er zum damaligen Zeitpunkt für die Europaabgeordnete Beatrix von Storch arbeitete, für den Verdacht, gegen das Landeswahlrecht verstoßen zu haben.[4] Auch der Jura-Professor aus Greifswald Ralph Weber, der dem

1 Vgl. Jan Müller/Jan Rohgalf, Die AfD – Protest oder Etablierung rechts der Mitte?, in: Martin Koschkar/Jan Müller/Christian Nestler, Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2016, S. 42–51, hier: S. 50–51.

2 Die Landeswahlleiterin (Hrsg.), Wahl zum Landtag in Mecklenburg-Vorpommern 2016, abrufbar unter: https://service.mvnet.de/wahlen/2016_land/dateien/atlanten/ergebnisse.2016/landtagswahl.html (Stand: 12.11.2021).

3 O.A., Antenne-MV und AfD streiten sich weiter, in: NNN, 14.09.2016.

4 Frank Pubantz, Der sparsame Herr Holm, OZ-online, abrufbar unter: https://www.ostsee-zeitung.de/Nachrichten/MV-aktuell/Politik/Der-sparsame-Herr-Holm (Stand: 12.11.2021).

rechten „Flügel“ der Partei zugeordnet wird, hatte einen eher unbefriedigenden Einstieg in die Amtsperiode. Ihn sah die AfD als Kandidaten für das Amt des zweiten Landtagsvizepräsidenten vor, was schon vor der Wahl für wahrnehmbare Ablehnung aus Reihen der SPD sorgte.[5] Gewählt wurde schließlich Mignon Schwenke (Die LINKE).[6] Mitte November fand der Landesparteitag in Gägelow statt, bei dem Holm mit großer Mehrheit wieder als Landessprecher bestätigt wurde. Als zweiter Sprecher setzte sich der auf Rügen ansässige Bernhard Wildt durch, der wie Holm eher dem bürgerlichen Flügel der Partei zugeordnet wird. Inhaltliche Schwerpunkte wurden auf dem Parteitag nicht gesetzt, jedoch schon mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl im nächsten Jahr der Fokus gegen eine „links-grüne politische Korrektheit“ gelegt.[7] Weitestgehend kritisch betrachtet wurde ein Treffen zum „inhaltlichen Austausch“ zwischen Vertreter*innen der AfD und der als rechtsextrem eingestuften Identitären Bewegung (IB), sowie die öffentliche Äußerung des IB-Funktionärs Daniel Fiß, der in Folge des Wahlerfolges der AfD-MV die Fraktion als möglichen „verlängerten Arm“ der IB im Parlament bezeichnet hatte.[8] Dem Rundfunk wurde früh thematisch Bedeutung zugewiesen. Für die NDR-Rundfunkstaatsverträge wollte die AfD die Kündigung beantragen. Neben der Verteilung der Gelder kreidete Holm vor allem die inhaltliche Ausrichtung des Senders und die nachlassende Qualität der Berichterstattung an.[9] Auf Unterstützung konnte die Fraktion mit ihrem Anliegen jedoch nicht hoffen – der Antrag wurde von der SPD, CDU und die der LINKEN geschlossen abgelehnt.[10]

In das Jahr 2017 startete die AfD-Fraktion mit dem Fünf-Punkte-Programm zur Inneren Sicherheit, in dem unter anderem die schnelle Abschiebung abgelehnter Asylbewerber*innen gefordert wurde und die konsequente Bekämpfung des Islamismus. Zudem wurde eine Sondersitzung zum Thema Terrorgefahr in Deutschland einberufen. Als Lösungsansatz wurde die Aufstockung der Landespolizei und des Verfassungsschutzes vorgeschlagen und gefordert, unbegleitete Minderjährige einer Untersuchung zu unterziehen, sofern deren angegebenes Alter zweifelhaft sei.[11]

Eine zweite inhaltliche Grundsäule, die sich neben dem Thema der Inneren Sicherheit durch die erste Parlamentsphase der Partei zog, ist der Komplex rund um die Wohlfahrtsinstitutionen. Die AfD beantragte hierzu einen Untersuchungsausschuss, der das gesamte System der Sozialverbände untersuchen sollte. Aufhänger hierfür waren eine angeblich fehlende Transparenz in Bezug auf die Finanzierung und Nutzung der Projektmittel der Organisationen. Der Untersuchungsausschuss sollte demnach aufdecken, inwieweit insbesondere der Geschäftsführung und dem Vorsitz des ansässigen Verbandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) eine unsachgemäße Verwendung der Steuergelder anzulasten ist. In der Kritik stand das Vorgehen der AfD vor allem aufgrund der Tatsache, dass die bisherigen staatsanwaltlichen Ermittlungen noch nicht vollends abgeschlossen waren und so eher der Eindruck entstand, die Fraktion instrumentalisiere ein Thema für sich.[12] Für das Verfassungsschutz-Kontrollgremium, das sich im März 2017 neu zusammensetzte, ent-

5 Udo Roll, SPD lehnt AfD-Mann ab, in: NNN, 28.09.2021.

6 Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Landtag nimmt seine Arbeit auf, in: Landtagsnachrichten, 7/2016, S. 4–7, hier: S.5.

7 Andreas Frost, Gegen politische Korrektheit, in: SVZ, 14.11.2016.

8 Frank Pubnatz, Rechte ‚Identitäre Bewegung‘ macht Rostock zum Hauptsitz, in: OZ, 08.10.2016.

9 Michael Seidel, Axt an Öffentlich-Rechtliche gelegt, in: NNN, 02.12.2016.

10 O.A., MV steht zum Rundfunk-Modell. in: OZ, 09.12.2016.

11 Vgl. Tomas Volgmann, Deutschland eine Lachnummer?, in: SVZ, 11.01.2017; Uwe Reißenweber, AfD fordert Kontrolle an Grenze zu Polen, Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/politik-und-wirtschaft/afd-fordert-kontrollen-an-grenze-zu-polen-0926750701.html (Stand: 12.11.2021).

12 Vgl. Udo Roll, Landtag untersucht AWO-Affäre, in: SVZ, 12.01.2017; Ders., „Auftrag mehr als dürftig“, in: SVZ, 13.01.2017.

sendete die Fraktion den Abgeordneten Jörg Kröger, nachdem es zuvor Diskussion um die Nominierung des umstrittenen Parteimitgliedes Bert Obereiner gab, der dem rechten „Flügel" zugeordnet wird.[13] Wie später bekannt wurde sollte auch Kröger einen Vertreter der IB als Mitarbeiter beschäftigt haben.[14] Zu personellen Unruhen kam es ebenfalls durch die Aufspaltung des Kreisverbandes Mecklenburg-Schwerin, nachdem die Vorsitzenden Thomas de Jesus Fernandes, Andreas Ohling und Jörg Kröger zurücktraten. Grund hierfür waren interne Parteikonflikte, die schon auf dem Parteitag in Gägelow von Parteikollegin Petra Federau befeuert wurden, die mitunter de Jesus Fernandes publik Manipulation vorwarf.[15]

Neben der „AWO-Affäre" nutzte die AfD vorrangig Anträge und kleine Anfragen für sich. So forderten sie im April 2017 zinslose Familiendarlehen von 5000 Euro, im Sinne des Ehekredites nach DDR-Modell zur Förderung der traditionellen Familie, was jedoch abgelehnt wurde.[16] Auch ein halbes Jahr nach der Landtagswahl hatte die Fraktion noch nicht alle Posten mit Mitarbeitenden besetzen können.[17] Hinzu kam die große Debatte um Weber, der nach drei Ordnungsrufen im Landtag in Widerspruch ging und durch öffentliche Aussagen über „Biodeutsche" und die Gefahr einer „multikulturellen Umgestaltung" für Aufruhr sorgte, da sich diese Begrifflichkeiten ganz eindeutig der Sprache der Neuen Rechten zuzuordnen lassen.[18] Trotz dessen wurde Weber mit seinen Kollegen Holger Arppe und Dirk Lerche in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern entsandt. Wie Weber sind auch Arppe und Lerche dem rechten „Flügel" zuzuordnen. Arppe gab an, im Gremium besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung des Linksextremismus zu legen.[19] Er sorgte kurz vor der anstehenden Bundestagswahl nochmals für Schlagzeilen, da Chatprotokolle veröffentlich wurden, in denen er Beleidigungen, wie auch Gewalt- und Vergewaltigungsphantasien präsentierte, unter anderem gegen Parteikolleg*innen.[20] 2018 wurde er in Folge dessen aus der Partei ausgeschlossen.[21]

Die Bundestagswahl 2017 wurde durch eine abermalige Spaltung der Partei begleitet. Vier der Fraktionsmitglieder verließen die AfD und bildeten mit „Bürger für Mecklenburg-Vorpommern" eine neue Fraktion im Parlament. Die Mitglieder rund um den bisherigen parlamentarischen Geschäftsführer Matthias Manthei gehörten zuvor dem eher bürgerlich-gemäßigtem Flügel der AfD an.[22] Bei der Bundestagswahl schnitt die AfD in MV mit 18,2 Prozent der Erststimmenanteile und 18,6 Prozent der Zweitstimmenanteile ab. Bei letzteren ist ein Zuwachs von 13 Prozentpunkten zu verzeichnen.[23] Nach dem Weggang Holms als Bundestagsabgeordneter nach Berlin- wurde der Polizeivollzugsbeamte Nikolaus Kramer neuer Fraktionschef. Für die Neubesetzung

13 Vgl. O.A., AfD nominiert zweiten Kandidaten, in: SVZ, 08.03.2017; AfD mit Kröger im Geheimdienstgremium, in: NNN, 09.03.2017.

14 Frank Pubantz, AfD sammelt Mitarbeiter bei der Neuen Rechten ein, in: OZ, 06.04.2017.

15 O.A., AfD-Kreischef tritt zurück, in: SVZ, 17.03.2017.

16 Vgl. o.A., AfD will ‚Ehekredit' aus DDR-Zeitwiederbeleben, in: NNN, 04.04.2017; O.A., Kein Ehekredit nach DDR-Vorbild, in: SVZ, 07.04.2017.

17 Udo Roll, Bedingt arbeitsfähig, in: SVZ, 22.04.2017.

18 Vgl. Ders., AfD-Professor klagt gegen Maulkorb in: NNN, 31.03.2017; Ders., Rüge für den Rechts-Professor, in: NNN, 18.04.2017.

19 O.A., AfD kontrolliert politische Bildung, in: NNN, 17.06.2021.

20 Andreas Speit/Andrea Röpke, Rücktritt nach taz-Recherchen, in: taz, 01.09.2017.

21 Sabine am Orde, Nord-Ost-AfD schließt Arppe aus, in: taz, 07.06.2018.

22 O.A., Landtagsfraktion der AfD zerbricht, in: Zeit-online, abrufbar unter: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-09/mecklenburg-vorpommern-afd-spaltung-neue-fraktion? (Stand: 12.11.2021).

23 Der Bundeswalleiter (Hrsg.), Bundestagswahl 2017 Mecklenburg Vorpommern, abrufbar unter: https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99/land-13.html (Stand: 12.11.2021).

der Ämter nach Austritten löste Weber Manthei als Parlamentarischer Geschäftsführer für die Fraktion ab. Co-Landessprecher von Holm wurde Dennis Augustin.[24]

2018 erzeugte die AfD deutlich weniger öffentliches Interesse als im vorherigen Jahr. Trotzdem geriet die Fraktion insbesondere durch die Zusammenarbeit mit der als rechtsextremistisch eingestuften Organisation „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida) in die mediale Berichterstattung. Schilderungen zur Folge trafen sich Vertreter*innen beider Seiten zu einem „Bürgerdialog", der auf Einladung der AfD in Schwerin stattfand.[25] Auch die Ermittlungen rund um Haik J., der, wie Kramer bekannt gab, stellvertretender Vorsitzender im Landesfachausschuss für Innere Sicherheit, Justiz und Datenschutz wurde, sorgten für eine negative Berichterstattung. Haik J. war laut Recherchen der überregionalen Tageszeitung taz in Chatnetzwerken der Prepperszene anzufinden. In diesem Zeitraum war er ebenfalls Beschuldigter in einem Terrorverfahren und Mitarbeiter für den fraktionslosen Arppe.[26]

Mit Berichten über Verbindungen zu weiteren Organisationen begann für die AfD MV auch das Jahr 2019. Beim Neujahrsempfang der Kreisverbände Vorpommern-Rügen und Südwestmecklenburg in Binz trugen einige der Anwesenden Anstecker in Form des Jakobskreuzes. Dieses Kreuz ist Zeichen eines Ordens, welcher an der Rückeroberung der iberischen Halbinsel von der maurischen Herrschaft beteiligt war. Der dafür benutzte Begriff „Reconquista" (Wiedereroberung) und die assoziierten Symbole werden heutzutage von neurechten Strömungen und auch der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) als Kampfbegriff-/Symbol genutzt. Weber bekannte sich auf diesem Treffen auch offiziell als Landesbeauftragter des „Flügels".[27] Dem „Orden" sollten weiteren Recherchen nach rund 20 Anhänger*innen angehören. Unter ihnen auch Augustin, der wenig später wegen einer Spende an ein IB-Mitglied für Aufmerksamkeit sorgte.[28] Augustin verdeutlichte sein Interesse an einem parlamentarischen Mandat durch sein „Konzept für politische Arbeit", dessen zweiter Punkt direkt auf die „Zerschlagung des Linksextremismus" einging. Die Kritik aus den eigenen Reihen für Augustins Programm kam sogar aus oberster Riege von dem Bundessprecher Alexander Gauland.[29] Weitere Informationen zu Augustins Vergangenheit in der NPD sorgten schließlich für seinen Ausschluss aus der Partei.[30]

Für die Kommunalwahl am 26. Mai 2019 stellte die AfD 280 Kandidat*innen auf.[31] Die AfD konnte im Landkreis Vorpommern-Greifswald mit einem Stimmenanteil von 16,9 Prozent ihr bestes Ergebnis erzielen. Für ganz Mecklenburg-Vorpommern erzielten sie einen Anteil von 14

---

24 Udo Roll, AfD-Fraktion mit neuer Führung, in: NNN 11.10.2017. O.A., Holm und Augustin an Spitze der AfD Mecklenburg-Vorpommerns, in: Welt-online, abrufbar unter: https://www.welt.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/article170533824/Holm-und-Augustin-an-Spitze-der-AfD-Mecklenburg-Vorpommerns.html (Stand: 12.11.2021).

25 Mounia Meiborg, AfD beschließt offenbar Zusammenarbeit mit Pegida, in: Zeit-online, abrufbar unter: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-02/mecklenburg-vorpommern-afd-pedida-zusammenarbeit (Stand: 12.11.2021).

26 O.A., Terrorverdächtiger soll bei AfD innere Sicherheit arbeiten, in: Welt-online, abrufbar unter: https://www.welt.de/politik/deutschland/article173054285/Mecklenburg-Vorpommern-Terrorverdaechtiger-soll-bei-AfD-innere-Sicherheit-bearbeiten.html (Stand: 12.11.2021). O.A., Prepper macht jetzt Politik, in: taz-online, abrufbar unter: https://taz.de/Terrorermittlungen-gegen-AfD-Politiker/!5481569/ (Stand: 12.11.2021).

27 Matthias Kamann, Die rechten Ritter in der Nordost-AfD, in: Die Welt, 25.01.2019.

28 Matthias Kamann/Annelie Neumann, Für den AfD-Landeschef gehört der Islam verboten, in: Welt-online, abrufbar unter: https://www.welt.de/politik/deutschland/article192129055/AfD-in-MV-Fuer-Dennis-Augustin-gehoert-der-Islam-verboten.html (Stand: 12.11.2021).

29 Andreas Speit, AfD-Landeschef kriegt Gegenwind, in: taz, 10.05.2019.

30 O.A., Weitere Geldstrafe für Ex-AfD-Mann Arppe, in: OZ, 07.09.2019.

31 O.A. AfD will mit neuen Bildern und alten Mustern punkten, in: OZ, 23.04.2019.

Prozent der Stimmen.[32] Bei den parallel verlaufenden Europawahlen erreichte die AfD einen Stimmenanteil von 17,7 Prozent, womit ihr ein Zugewinn von 10,7 Prozentpunkten gegenüber den Europawahlen 2014 gelang.[33] Das ist von besonderer Bedeutung, da die Wurzeln der AfD in der Kritik an der Europäischen Union liegen und auch das einflussreiche Thema der sogenannten Flüchtlingskrise ein europäisches ist.

Neben den Wahlen wurde das Thema der Bildungspolitik im weiteren Sinne aufgefasst. Mit dem Konzept „Neutrale Schule" wollte, wie in anderen Bundesländern, auch die mecklenburgische Landes-AfD ein Portal eröffnen, das für die Meldung von Lehrenden, die gegen das Neutralitätsgebot verstoßen, vorhanden ist. Der Landesdatenschutzbeauftragte Heinz Müller wies diese Initiative jedoch ab, was auch in anderen Bundesländern die Kritik an diesem Konzept antrieb.[34]

Im November 2019 hielt der „Flügel" ein Treffen in Binz ab. Anwesend war auch der Thüringer Landessprecher und Gründungsmitglied des „Flügels" Björn Höcke. Das Treffen fand unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit statt und verursachte eine breitaufgestellte Gegendemonstration.[35] Kramer sorgte kurz vor Ende des Jahres noch für einen Eklat, da er einen Ordnungsruf im Landtag erhielt, wegen mehrfacher Nennung des N-Wortes.[36]

2020 tauchte im Verfassungsschutzbericht des Landes erstmals der „Flügel" als Gruppierung auf.[37] Auch personelle Differenzen gehörten erneut zum Tenor der parteilichen Auseinandersetzung. Der Rostocker Kreisvorstand wurde durch Holm ohne eine spezifische Begründung abgesetzt. Dieser hatte sich kurz zuvor am äußeren rechten Rand der Partei positioniert und sich solidarisch mit dem brandenburgischem Landeschef Andreas Kalbitz, der aus der Partei ausgeschlossen wurde, geäußert. Die Spaltung in zwei innerparteiliche Lager schritt voran und Holm wurde vorgeworfen, er würde eine „CDU 2.0" anstreben.[38]

Die Coronapolitik der Fraktion zeichnete sich durch oppositionelle Meinungen aus. Festgehalten wurde das alles in einem Papier zur „Zukunft nach Corona", indem die Partei Ideen wie beispielsweise die Abschaffung der Maskenpflicht im Einzelhandel und die Aufhebung der Reisebeschränkungen für Tagestourist*innen forderte.[39] Unter dem Motto „Freiheit statt Verbote" gingen Vertreter*innen der AfD auf die Greifswalder Straßen, um dem Frust gegen Corona-Maßnahmen Platz zu verschaffen.[40] Auch in Rostock nahm die AfD-Vertretung an den sogenannten „Corona-Spaziergängen" teil.[41] Es zeigte sich, dass Demonstrationen auch während der Corona-Krise ein bewährtes Instrument zur politischen Darstellung der Partei waren.

Das Thema Corona nahm laut Holm und Kramer im Wahljahr auch einen wesentlichen Einfluss auf die Organisationsstrukturen. Während die Konkurrenz schon ihre Wahlprogramme veröffentliche, hing die AfD deutlich hinterher und gab das Landtagswahlprogramm erst zwei Monate

---

32 Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Statistische Hefte Wahlen 2019: Wahlheft 2/2020, Schwerin 2020, S. 48.

33 Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), Europawahl 2019 Mecklenburg Vorpommern, abrufbar unter: https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse/bund-99/land-13.html (Stand: 12.10.2021).

34 O.A., Schwerin verbietet das AfD-Petz-Portal, in: Mitteldeutsche Zeitung, 14.09.2019.

35 O.A., Bündnisse rufen zur Demo gegen AfD-Flügeltreffen in Binz auf, in: SZ-online, abrufbar unter: https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-binz-buendnisse-rufen-zur-demo-gegen-afd-fluegeltreffen-in-binz-auf-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-191122-99-846472 (Stand: 12.11.2021).

36 Birgit Sander, AfD-Politiker durfte „Neger" sagen, in: Neue Westfälische, 23.12.2019.

37 O.A., Caffier: Rechtsextremismus in der AfD großes Problem, in: OZ, 13.11.2020.

38 Uwe Reißenweber, AfD-Landesvorstand setzt Kreisvorstand Rostock ab, in: NNN, 22.05.2020.

39 AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Zukunft nach Corona, abrufbar unter: https://zukunft-nach-corona.info/wp-content/uploads/2020/05/AfD-MV-Corona-PDF-2.pdf (Stand: 12.11.2021).

40 Christopher Gottschalk/Anne Ziebarth, Corona: Hunderte Menschen demonstrieren, in: OZ, 18.05.2020.

41 Andreas Meyer, ‚Hier spaziert die Mitte', in: OZ, 20.05.2020.

vor der Wahl bekannt. Doch nicht nur die Erstellung des Wahlprogramms war von Erschwernissen geprägt, sondern auch die Aufstellung der Wahllisten für die Landtagswahl. Besonders Weber stand im Kontext der öffentlichen Debatte um die AfD-Liste. Er wurde wieder für den Wahlkreis Usedom/Wolgast als Direktkandidat bei der nahenden Landtagswahl nominiert, stand jedoch gleichzeitig vor allem in der Kritik der mecklenburgischen Parteifunktionäre, die eher den bürgerlich-konservativem Weg folgten und die teils radikalen Aussagen Webers (wie oben genannt) ablehnten. Ein Parteiausschlussverfahren wegen angeblichen parteischädigenden Verhaltens aus dem Juni 2021[42] war der erste Gegenschlag, den Weber und seine Anhänger*innen versuchten abzuwehren. Weber soll Holm bei einem Parteitag als „Landesdiktator", seine Unterstützer als „Kanalratten" und die Kandidierendenliste als „Gurkentruppe" bezeichnet haben. Der zweite Gegenschlag in Form einer Neuwahl seiner Kandidatur für ein Direktmandate erwartete ihn schon im Juli. Ersetzt wurde Weber durch den Landtagskollegen Stephan Reuken.[43] Auch im Beispiel vom Anklamer Patrick Schiffler war zuvor ein ähnliches Vorgehen für die Bundesliste zu beobachten. Schiffler wurde bereits im März für die Liste bestätigt und dann in einer erneuten Abstimmung durch den Bundestagsabgeordneten Enrico Komning ausgewechselt. Kritik für diese Listenpostenneuwahlen durfte sich insbesondere die AfD-Spitze um Holm und Kramer anhören, denen persönliche und inhaltliche Präferenzen für die Befürwortung dieses Vorgehen vorgeworfen wurde.[44]

3. Strategie und Themen der AfD Mecklenburg-Vorpommern

Die „Alternative für Deutschland" begann den Wahlkampf unter der Prämisse der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Empfindliche Verluste mussten die jeweiligen Landesparteien in beiden Wahlen im März 2021 hinnehmen (RLP: 8,3 %, –4,3 %P; BW: 9,7 %, –5,4%P).[45] Eine Wiederholung dieser Niederlagen sollte selbstverständlich vermieden werden. Neben diesen beiden Entscheidungsprozessen stand die Wahl in Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls unter dem Eindruck der Bundestagswahlen. Somit war dem ansässigen Landesverband eine Orientierung am Bundeswahlprogramm und -strategie möglich, wie die Übernahme des Wahlkampfmottos „Deutschland – aber normal" als „MV will leben. MV – aber normal" zu verdeutlichen vermag. Der sich für die AfD als janusköpfig gestaltende Aspekt, dass die Wählenden meist die Bundes- und Landtagswahlen, zumal wenn diese am selben Tag abgehalten werden, zusammendenken, wird auch auf die Strategieentscheidungen des Landesverbands eingewirkt haben.

---

42 Andreas Becker, Weber geht wegen Verleumdung rechtlich gegen AfD-Vorstand vor, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/weber-geht-wegen-verleumdung-rechtlich-gegen-afd-vorstand-vor-2444052106.html (Stand: 28.11.2021).

43 Carsten, Schönebeck, AfD will eigenen Kandidaten auf Usedom loswerden, in: Nordkurier, 10.07.2021.

44 Lutz Storbeck, Kehrtwende: AfD nominiert für die Bundestagswahl Enrico Komning, in: Nordkurier, 31.05.2021.

45 Land Rheinland-Pfalz: Amtliches Wahlergebnis LTW 2021, Mainz, 2021, abrufbar unter: https://www.wahlen.rlp.de/de/ltw/wahlen/2021/ (Stand:11.11.2021); Land Baden-Württemberg: Amtliches Wahlergebnis LTW 2021, Stuttgart, 2021, abrufbar unter: https://www.landtagswahl-bw.de/wahlergebnis/ (Stand: 11.11.2021).

Personenwahlkampf

Am 03. August 2021 wurde die Landesliste der AfD-Fraktion mit 23 Kandidat*innen zugelassen.[46] Kramer, der im Juli und August noch wegen der Aussage, dass Frauen seiner Meinung nach weniger für die Politik geeignet wären, in der Kritik stand[47], stellte den Spitzenkandidaten für die Fraktion.[48] Der 45- jährige sitzt bereits seit Oktober 2016 im Landtag. Auch kommunalpolitisch ist er insbesondere in Greifswald kein fremdes Gesicht. Dort war er seit 2016 in der Bürgerschaft aktiv.[49] Holm sprach sich bereits im April des Wahljahres 2021 für ihn aus.[50] Neben Kramer wurde die Liste durch 19 weitere Männer und drei Frauen gefüllt. Die bekannten Gesichter aus der vergangenen Legislaturperiode fehlten, lediglich de Jesus Fernandes, Federau und Horst Förster waren Namen, die in Schlagzeilen der Lokalzeitungen des Flächenlandes häufig anzufinden waren. Kramer war in Kombination mit Holm für die Bundesebene das Gesicht des Wahlkampfes. Ob der Wahlkampf der AfD Mecklenburg-Vorpommern jedoch für die gesamte Wähler*innenschaft als Personenwahlkampf wahrgenommen wurde, steht in Frage, vor allem in Anbetracht der Schwierigkeiten um die Liste und den Richtungsstreit. Für die AfD-Wähler*innnen selbst lässt sich aus dem Wahlreport des Wahl- und Meinungsforschungsinstituts infratest dimap ablesen, dass nicht der Spitzenkandidat Kramer im Fokus der Wahlentscheidung stand, sondern viel mehr die Sachfragen entscheidend waren.[51]

Themenwahlkampf und Angriffswahlkampf

Das Wahlkampfjahr 2021 war, ob des zeitlichen Abstands wie auch der präsenteren Corona Krise, weniger vom Kernthema der Migrationsdebatte der Wahl 2016 von geprägt. Während das Wort „Asyl" im Wahlprogramm 2016 20 Mal auf 22 Seiten vorkam, wurde es 2021 lediglich 18 Mal auf 84 Seiten erwähnt.[52] Eine inhaltliche Orientierung an einer derzeit nicht geführten Migrationsdebatte war somit für den Landesverband unmöglich. Einzig die kurz debattierte Afghanistan-Krise und der Evakuierung der Ortskräfte der Bundeswehr ermöglichte ein Aufgreifen des Themas, allerdings ohne nennenswerten gesellschaftlichen Widerhall abseits der sowieso überzeugten Kernwähler*innenschaft zu finden.[53] Auch wenn, wie am 1. Mai in Schwerin, Versuche gemacht wurden, eine Front ‚Arbeiterschaft-Migranten' zu eröffnen, konnte diese rhetorisch wie auch thematisch im Wahlkampf außerhalb der eigenen Klientel nicht bedient werden:

> „Aber wessen Interessen vertreten die überhaupt noch? Zweifelsohne die Interessen von Millionen Flüchtlingen […] die durch Einwanderung in unsere Sozialsysteme von der deutschen Arbeiterschaft finanziert […] werden müssen."[54]

---

46 Die Landeswahlleiterin (Hrsg.), Landtagswahl 2021, abrufbar unter: https://www.laiv-mv.de/Wahlen/Pressemitteilungen/?id=172517&processor=processor.sa.pressemitteilung (Stand: 28.11.2021).

47 O.A., AfD-Fraktionschef zieht über Frauen her, in: SVZ, 31.07.2021.

48 Alternative für Deutschland Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Unsere Abgeordneten für Sie im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: https://afd-mv.de/landtag-2/ (Stand: 28.11.2021).

49 Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Nikolaus Kramer, AfD, abrufbar unter: https://www.landtag-mv.de/landtag/abgeordnete/kramer-nikolaus (Stand: 30.11.2021).

50 Uwe Reißenweber, Holm will Kramer als Spitzenkandidaten, in: NNN, 29.04.2021.

51 Infratest Dimap (Hrsg.), Wahlreport Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021, Berlin 2021, S. 46.

52 Vgl. Alternative für Deutschland, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern: Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl 2016, Schwerin, 2015; AfD Mecklenburg-Vorpommern, MV will leben! Unser Landtagswahlprogramm 2021, Schwerin 2021.

53 Rede des Spitzenkandidaten BTW 2021, Leif-Erik Holm, auf der Wahlkampfveranstaltung am 20. September 2021 in Rostock Lütten-Klein, eigene Beobachtung des Autors.

54 Hagen Brauer, Landessprecher AfD MV auf der Veranstaltung „Sozial ohne rot zu werden" am 1. Mai 2021 in Schwerin.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass sich die Partei ihres xenophoben bis rassistischen Markenkerns bewusst ist und mit dem Schüren von Angst vor einer erneuten Fluchtbewegung beweisen wollte, den thematischen Schwerpunkt nicht verloren zu haben. Die Polarisierung des gesellschaftlichen Diskurses, von welcher sowohl bei der Bundestagswahl 2017 als auch bei der Landtagswahl 2016 profitiert werden konnte, blieb allerdings aus. Die enorme Zentrifugalwirkung auf und für die sog. „Neue Rechte" konnte somit nicht erneut erreicht werden. Einen ersten Testballon, eine ähnliche Verschärfung der gesellschaftlichen Debatte erneut zu erreichen, wurde mit der Teilnahme und Aufgreifen von Themen der Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen versucht, so sprach der Spitzenkandidat der Bundesliste, Holm, am 24. Mai 2020 in Neubrandenburg auf einer Veranstaltung mit dem Namen „Freiheit statt Überwachungsstaat! Lockdown sofort beenden!" und Weber beschrieb die Position der Landtagsfraktion zur Coronapolitik der SPD-geführten Landesregierung im Oktober 2020: „Wir sind gegen diesen staatlichen Zwang bei Schutzmaßnahmen."[55]

Weitere Schwierigkeiten bereitete die Durchführung eines Parteitages. Der Landesverband wollte bewusst auf die Durchführung eines digitalen Parteitages verzichten, einen solchen begriff die Partei laut eigener Aussage als Einschnitt in demokratische Prozesse. Auf Grund der vorhandenen Corona-Auflagen sowie einer Panne bei den Listenwahlen konnte die schlussendliche Durchführung eines Parteitages somit erst vergleichsweise spät durchgeführt werden. Der Zentralaspekt dieses Umstandes besteht für die AfD in ihrem Demokratieverständnis: Bei der Vorstellung des Wahlprogramms merkte Holm an, dass die Teilnahme eines jeden Mitglieds gewährleistet sein müsse, da kein Delegiertenparteitag abgehalten würde. Ein solches Verständnis innerparteilicher direkter Demokratie fügt sich nicht nur in die immer wieder geforderte Durchführung von Volksentscheiden, sondern auch in die Polemik gegen die sog. „Altparteien" ein, da diese kein solch basisdemokratisches Verständnis aufzubringen vermögen. Auch das Wahlprogramm, welches mit 84 Seiten zu dieser Wahl vergleichsweise umfangreich ausfiel, konnte somit erst spät, am 26. Juli, vorgelegt werden. Das Programm wurde nicht in großer Runde mit potentiellem analogen Zugang aller Mitglieder bearbeitet, sondern wurde vom Landesverband den Parteiangehörigen per Onlineplattform vorgelegt, wobei Änderungswünsche und Diskussionen zugelassen wurden.[56]

Die Strategie des Wahlkampfes konnte demnach nicht auf polarisierende Themen angepasst werden, weshalb sich vor allem auf das Ansprechen der Kernwähler*inneschaft konzentriert wurde: Die AfD ist nicht nur bundesweit, sondern auch im Bundesland besonders aktiv in den sozialen Netzwerken, hier konnte die Partei auf eine bereits aufgebaute Gemeinschaft zurückgreifen und ihr zugeneigte Wahlberechtigte zum Gang an die Urne aufrufen. Eine besondere Rolle nahm hierbei Facebook ein, wo im Vergleich zu Instagram wesentlich mehr Unterstützer*innen folgen (Facebook: 22.911 Follower, Instagram: 1.199 Follower).[57] Neben dieser „Blase" versuchte die AfD natürlich auch neue Gruppen zu erschließen, hier tat sie sich neben dem klassischen Plakatwahlkampf mit einem dichten Veranstaltungstakt hervor. Die von der AfD als „Bürgerfeste" beworbenen Wahlkampfveranstaltungen lockten mit Verpflegung, Musik und den bekannten

---

55 Landtag Mecklenburg-Vorpommern 7. Wahlperiode, Plenarprotokoll zur 101. Sitzung am 29.10.2020, S. 41; Hertrich, Mirko: Neubrandenburg erwartet großes Demo-Wochenende, NK-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/neubrandenburg/neubrandenburg-erwartet-grosses-demo-wochenende-2239452405.html (Stand: 11.11.2021).

56 Vorstellung des Wahlprogramms der AfD MV zur LTW 2021, 26. Juli 2021, Schwerin.

57 Auftritte der Partei in den sozialen Medien (Stand: 11.11.2021).

Spitzenkandidat*innen für Landtags- und Bundestagswahl, die neben ihrer Person auch noch das jeweilige Wahlprogramm vorstellten. Bemerkenswert ist hierbei besonders die Anzahl mit über 30 Veranstaltungen, aber auch die gewählten Orte. Die Partei scheute sich nicht, neben Rostock und Schwerin auch kleinere Gemeinden wie Wolgast, Grevesmühlen oder Teterow zu besuchen. Die AfD wollte offensichtlich schon mit der Umetikettierung dieser Wahlkampfveranstaltungen die „Nähe zum Bürger" suggerieren, was an die bekannte Rhetorik und Argumentation der dem Souverän entrückten „Altparteien" anschließt. Die AfD wollte sich als deren Gegensatz, als nahbare Kümmererpartei in den Gemeinden vor Ort darstellen.

Inhaltlich konzentrierte sich die Partei auf die Themen Bildung, Umwelt, Familie, Sicherheit und Wirtschaft. Immer wieder in den Mittelpunkt gestellt wurde die Forderung, dass die Bildungspolitik sich an Bewährtem orientieren solle und als Stärkungsinstanz des Landes auftreten müsse. Unter dem Schlachtruf „Polytechnik statt Gendergaga" plädierte die AfD, die Schulen und Universitäten in den MINT-Fächern auszubauen, zentrale Kompetenzen zu entwickeln und somit einen steten Zustrom hochgebildeter Arbeitskräfte für die heimische Wirtschaft zu garantieren. Sozial- und Geisteswissenschaftliche Studiengänge wurden durch die Partei sowohl im Wahlkampf als auch Programm geringgeschätzt.[58] Das bekannte Problem des Brain Drains wurde in diesem Kontext nicht angesprochen, solle aber durch Maßnahmen in anderen Sektoren angegangen werden, die im Folgenden noch erläutert werden sollen. Dem Lehrer*innenmangel im Bundesland wollte die Partei mit Hilfe des Aufbaus eines eigenen Pädagogischen Hochschulbetriebes entgegenwirken, welche die Universitäten in Greifswald und Rostock verschlanken würde. Diese Idee geht Hand in Hand mit der Forderung, weniger und dafür kompetentere Studierende auszubilden.[59] Das Argument der qualitativ hochwertigeren Bildung wurde auch in der Inklusionsfeindschaft der AfD herangezogen, sie forderte, die Förderschulen zu erhalten und keinen inklusiven Unterricht anzubieten, um das Fortkommen der restlichen Schüler*innen einer inklusiven Klasse nicht zu behindern. Außerdem hätten die Kinder von Förderschulen so besseren und zentralisierteren Zugriff auf speziell gebildetes Personal, welches auch ihr Fortkommen erleichtere.[60]

Die Kernprobleme in der Wirtschaftspolitik sah die Partei vor Allem in der Infrastruktur und bei der Landesregierung. Die Hauptstrategie kann als „neoliberal" beschrieben werden; zentrale Punkte waren hierbei der Abbau von Bürokratieaufwand, z. B. von Geschlechterquoten oder die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Weitere Verfehlungen der bisherigen Regierungen sah die Partei in der Vergabe von Fördermitteln „nach Gutsherrenart" und dem Beibehalten der Handwerks- und Industriekammersysteme. In Bezug auf die Infrastruktur sieht die Partei Notwendigkeiten in dem Ausbau der Verkehrsmöglichkeiten im ländlichen Raum und dem Ausbau eines flächenübergreifenden 5G-Netzes. Hochtechnologiebetriebe und ein nachhaltiger „Qualitäts- und Gesundheitstourismus" sollen laut der AfD die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern in Zukunft stützen.[61] Ganz im Sinne der „Trickle-down-Theorie" geht die Alternative für Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern davon aus, dass eine starke und gestützte Wirtschaft ihre Profite über Löhne und Abgaben in die Gesellschaft zurückgeben würde. Besonders deutlich wurde auch dies am 1. Mai, als die AfD versuchte Klassengrenzen zu überbrücken

58 AfD Mecklenburg-Vorpommern, 2021, S. 24.
59 Ebd., S. 27f.
60 Ebd., S. 23.
61 Ebd., S. 12–14; Ebd., S. 60–63.

und die SPD als traditionelle Arbeiterpartei zumindest lokal zu entwurzeln: „Die Farbe der sozialen Gerechtigkeit ist heute blau, meine Damen und Herren" – „Die beste Sozialpolitik ist eine gute Wirtschaftspolitik". In Kombination mit der Begrenzung der „Ausgabenwut" und der Ablehnung jeder progressiven Finanzpolitik zeichnet die Partei somit ein dezidiert neoliberales Wirtschafts- und Finanzverständnis aus.[62]

Im Bereich der Umweltpolitik scheint es der AfD gelungen zu sein, einen scheinbar unlösbaren Widerspruch in hegelscher Tradition aufzuheben: Man boykottiert zwar die Windkraft, die als Eingriff in die Umwelt gesehen wird und eine zentrale Stütze der heimischen Energiewirtschaft darstellt, fordert allerdings gleichzeitig die Beibehaltung der klimaschädlichen Kohleindustrie. Auch die ebenfalls als unsicher in der Versorgungsleistung angesehene Photovoltaik-Technologie soll langfristig beseitigt werden – mit dem Ziel des Ausbaus neuerer, sichererer und verlässlicher Atomkraftanlagen, da diese schließlich CO_2 neutral operieren können. In Fragen der Energieversorgung und Umweltschutz scheint die AfD Technologisierung als Lösungsprimus zu sehen, was auch in der Forderung nach der lokalen Erforschung von „Zukunftstechnologien" sichtbar wird.[63]

Die Sicherheitspolitik ist als zentraler Aspekt im Wahlprogramm der Partei zu sehen, die sich immer wieder als „Law and Order" Partei rechts der CDU zu inszenieren versucht: Hierbei treten drei Punkte hervor: Zum einen die Verbesserung der exekutiven wie juristischen Infrastruktur, d. h. Ausbau der Gerichte, Verbesserung des Lohns für die Landespolizei, Abbau des Sanierungsstaus bei Polizeigebäuden und dem Ausbau einer Hilfspolizei. Ebenfalls plädiert die AfD für eine Verschärfung des Rechts und der polizeilichen Möglichkeiten, z. B. durch die Möglichkeit der Präventivhaft von sog. „Gefährdern", der Ausstattung der Landespolizei mit Elektro-Impulsgeräten (Taser) und der Abschaffung des Heranwachsendenstrafrechts. Zuletzt bedient die Partei ihr altes Kernthema auch im Bereich der Sicherheitspolitik, so sollen Grenzkontrollen verschärft, eine eigene Abschiebehaftanstalt gebaut und straffällige Asylgeschützte ausgewiesen werden.[64]

Im Bereich der Familienpolitik fordert die AfD die Stärkung der (deutschen) Familie. Ein Babybegrüßungsgeld von 5.000 Euro soll Paaren den finanziellen Aspekt einer Familiengründung erleichtern können und auch die Frage der Betreuung soll monetär beantwortet werden; durch die Einführung eines bedingungslos gezahlten Betreuungsgeldes soll es Eltern somit ermöglicht werden, ihre Kinder zu Hause zu betreuen oder den Kita-Platz zu bezuschussen. Dieser Trend der Anreize setzt sich in den Forderungen eines steuerlichen Familiensplittings sowie einer Rentenerhöhung für Eltern fort. Es ist der Partei gelungen, Punkte gegen die bisherige Familienpolitik anzubringen. So unterstellt sie, dass die Maßnahmen in der Corona-Pandemie Familien ohne Ausgleich extra belastet hätten und sich zwar um die rechtliche, aber nicht die Gleichstellung mit Kitas im Bereich der Entlohnung von Tagesmüttern gekümmert zu haben. Schwangerschaftsabbrüche lehnt die Partei konsequent ab.[65]

Es zeigt sich, dass es sich bei dem Wahlprogramm für die Landtagswahlen um ein Konglomerat aus bereits eingebrachten Vorschlägen, Bedienen der Kernforderungen, etablierter Wirtschaftsstrategie, Allgemeinplätze und Polemiken gegen eine eventuelle Regierungsbeteiligung der Grü-

62 Hagen Braun, Sozial ohne rot zu werden, Schwerin, 1. Mai 2021; Leif-Erik Holm, Sozial ohne rot zu werden, Schwerin, 1. Mai 2021.

63 AfD Mecklenburg-Vorpommern, 2021, S. 28; Ebd., S. 70–72.

64 Ebd., S. 44–48.

65 Ebd., S. 16–18.

nen handelte. Von einer Entwicklung zu einer „inhaltlichen Volkspartei“[66] kann somit nur bedingt gesprochen werden.

4. Wahlergebnisse und Umfragen im Kontext der AfD

Wie bereits erwähnt, wollte der Landesverband der AfD mit dem Thema der Coronapolitik polarisieren. Es zeigte sich im Laufe der Befragungen durch die Forschungsgruppe Wahlen, dass eine Mehrheit (68 %) mit dem Krisenmanagement der Regierung Schwesig eher zufrieden war. Hierbei wurde sich eine deutliche Differenz zum Milieu der AfD-Kernwähler*inneschaft deutlich, bei denen lediglich 34 % der Befragten eher zufrieden waren.[67] Es lässt sich schließen, dass entweder die Polemiken gegen die Coronapolitik bei der Kernwähler*inneschaft auf fruchtbaren Boden trafen oder Teile der Wähler*inneschaft mit der Politik der Regierung generell unzufrieden waren und sich dieser Umstand besonders im politischen Hauptthema der letzten eineinhalb Jahre ausdrückte. Eine Kombination beider Faktoren ist allerdings am wahrscheinlichsten. Auch bei dem anstehenden Jahrhundertproblem des Klimawandels zeigte sich bei der Wähler*inneschaft der AfD im Vergleich zu Sympathisant*innen anderer Parteien eine deutliche Differenz: Auf die Frage, ob es in Mecklenburg-Vorpommern „wichtigere Themen als den Klimawandel“ gäbe, stimmten 94 Prozent der Anhänger*innen zu, somit liegt diese Gruppe 30 Prozent vor der zweitstärksten Gruppe (CDU-Wähler*inneschaft, 64 %).[68]
Das amtliche Gesamtergebnis fällt mit 16,7 Prozent demnach 4,1 Prozentpunkte schlechter aus als im Jahr 2016. Der deutliche (und hinter der CDU zweitstärkste) Verlust lässt sich, wie bereits erläutert, durch die deutlichen Mängel im Bereich der Strategieentwicklung, fehlender Mobilisierung, ein fehlendes Polarisierungsthema und die Zufriedenheit mit der Landesregierung erklären. Es ist allerdings gelungen, die Kernwähler*inneschaft erneut an die Urne zu bringen und den Platz als führende Oppositionspartei zu halten. So äußerte sich der Landesvorsitzende Holm, Spitzenkandidat der Bundestagswahl zufrieden mit dem Ergebnis:

> „Leichte Verluste sind nicht so dramatisch für uns. Wir freuen uns, dass wir so stabil daliegen. Das heißt, wir haben eine sehr, sehr große Stammwählerschaft, die auch in die Wahllokale gegangen ist.[69]

Im Allgemeinen lässt sich konstatieren, dass der AfD durch die Wählenden schlechte Kompetenzen in allen im Lande wichtigen Themen, wie Infrastruktur (5 %), Arbeitsplätze (8 %), Bildung (5 %), Corona (14 %) und Zukunft (7 %) zugeschrieben wurden. Das stärkste Ergebnis im Bereich Corona lässt sich durch die in der vergangenen Legislaturperiode geübten Radikaloppostionsrolle erklären, wodurch die Partei Wählende für ihre Politik überzeugen konnte. Dieser Wert darf allerdings nicht über den Fakt hinwegtäuschen, dass es sich bei dieser Gruppe um eine äußerst kleine handelt. Besonders ärgerlich für die Partei dürfte es sein, dass sie sich in ihrer Selbstwahrnehmung stets als neue „Partei des Ostens“ sieht, damit allerdings zumindest in Mecklen-

66 Leif-Erik Holm, Vorstellung des Landtagswahlprogramm, Schwerin, 26.07.2021.
67 Forschungsgruppe Wahlen (Hrsg.), Wahl in Mecklenburg-Vorpommern: Eine Analyse der Landtagswahl vom 26. September 2021, Mannheim, 2021, S. 24.
68 Ebd., S. 23.
69 O.A., AfD-Vorsitzender Holm: Leichte Verluste nicht so dramatisch, in; Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/afd-vorsitzender-holm-leichte-verluste-nicht-so-dramatisch-2645266909.html (Stand: 02.12.2021).

burg-Vorpommern falsch liegt: Die Wählenden schreiben ihr in diesem Bereich mit 7 Prozent deutlich weniger Kompetenzen als der Partei Die LINKE (28 %) oder der SPD (30 %) zu.[70]
Wie schon bei der Wahl 2016 lassen sich erneut starke Tendenzen in der Zusammensetzung eben dieses AfD-Klientel ausmachen: Es ist überwiegend männlich und im mittleren Alter; insgesamt hat fast jeder vierte Wähler zwischen 18 und 59 der AfD sein Vertrauen auf dem Wahlzettel ausgesprochen, allerdings nur 10 Prozent der Frauen in der gleichen Altersgruppe. Im Bereich der 18- bis 29-jährigen Männer konnte die AfD leichte Gewinne verzeichnen, musste bei den Männern zwischen 45 und 59 allerdings acht Prozentpunkte Verluste hinnehmen.[71] Besonders stark zeigte sich die AfD in den Berufsgruppen der Arbeiter (21 %) und Selbstständigen (19 %), wobei die Prognose der 1. Mai-Veranstaltung nicht eingehalten wurde. Die SPD bleibt mit einem Ergebnis von 42 Prozentpunkten weiterhin stärkste Kraft bei kleineren Einkommen.[72] Nichtsdestotrotz kann konstatiert werden, dass die Partei einen Platz im Arbeiter*innenmilieu sichern konnte. Die bei der letzten Wahl geschürten und aufgegriffenen Abstiegsängste und die Rolle als Sprachrohr der „kleinen Leute" festigte die AfD über die letzten fünf Jahre. Der ausgeprägte Antiintellektualismus der Partei führt zu besonders deutlich artikulierter gegenseitiger Ablehnung, lediglich 7 Prozent der Wählenden mit Hochschulabschluss gaben der AfD ihre Stimme. Leichte Zuwächse erzielte die Partei allerdings bei den Wählenden mit Hauptschulabschluss (+3 Prozentpunkte, gesamt 21 %) und blieb sowohl in diesem als auch im Segment der Wählenden mit Mittlerer Reife (21 %) zweitstärkste Kraft hinter der SPD.[73]
Die AfD konnte bei dieser Wahl erneut vor allem Nicht-Wähler*innen mobilisieren (17.000 Stimmen), verlor allerdings auch 27.000 Stimmen, hiervon besonders 12.000 an die SPD.[74] Bei der Frage nach der Stammwähler*innenschaft bestätigen die Zahlen von infratest den bisherig dargelegten Eindruck, dass die Partei zunehmend aus politischer Überzeugung gewählt wurde und der Aspekt der Protestwahl abnahm, so wählten 36 Prozent der Befragten die Partei aus Überzeugung (+12) und 52 Prozent aus Enttäuschung (–12).[75]
Es ergeben sich in der Betrachtung auch enorme regionale Differenzen, so ist in Mecklenburg-Vorpommern eine starke West/Ost-Tendenz auszumachen: Rurale Wahlkreise entlang der deutsch-polnischen Grenze wählten in den Kreisen Vorpommern-Greifswald III und IV blau, so erhielt die AfD jeweils 23,7 Prozent, im Kreis Mecklenburgische Seenplatte I – Vorpommern-Greifswald I sogar 24 Prozent und ihr einziges Direktmandat in Form des Kandidaten Enrico Schult.[76] Die Faustregel lautet bei der regionalen Differenz: Je westlicher im Bundesland gelegen und urbaner geprägt, desto geringer der Anteil der AfD-Stimmen: In Schwerin, Nordwestmecklenburg, und Rostock kam die die AfD lediglich auf Anteile von 10,7 bis 14,7 Prozent der Stimmen.[77] Die Tatsache, dass in den besonders blau gefärbten Landesteilen auch die CDU vergleichsweise viele Stimmen einfuhr, zeigt aber, dass es sich bei dieser Tendenz weniger um eine dezidierte Besonderheit der AfD handelt als eher um eine regionale Besonderheit.[78] Das extrem

70 Forschungsgruppe Wahlen, 2021, S. 23–26.
71 Ebd., S. 35.
72 Ebd., S. 36.
73 Ebd., S. 38.
74 Infratest dimap (Hrsg.), Wahlreport Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021, Berlin 2021, S. 42.
75 Ebd., S. 43.
76 Forschungsgruppe Wahlen, 2021, S. 9.
77 Siehe Beitrag von Müller/Muno in diesem Band.
78 Forschungsgruppe Wahlen, 2021, S. 9.

schlecht ausgefallene Ergebnis in Rostock könnte auch mit den, im Vorhinein beschriebenen, internen Streitigkeiten um den ansässigen Ortsverband zusammenhängen.

4. Ausblick

Die vergangene Legislaturperiode zeigte auf, dass sich die AfD auf die Suche nach einem Platz in Schwerin und Nuancierung zur restlichen Parteienlandschaft begab. Sie legte einen deutlichen Fokus auf Themen der Inneren Sicherheit und vollbrachte es, dabei selber unter Verdacht der Staatsgefährdung zu geraten. Die Partei wurde somit durch innere Konflikte und äußeren Druck gezeichnet. Den Status als Oppostionsführerin konnte die AfD nicht nutzen, um Kontakte und Schnittmengen zu anderen Parteien zu knüpfen. Als „Motor für Veränderungen" scheidet die Partei somit auch in der kommenden Periode aus und muss sich weiterhin auf die Befriedigung des eigenen Wahlklientel konzentrieren. Die Annahme des Bestehens einer, von den parteispezifischen Problematiken unbeeindruckten Stammwähler*innenschaft konnte durch das dennoch relativ stabil gehaltene Ergebnis bestätigt werden. Auch wenn das selbst formulierte Ziel der 20 Prozent Stimmanteil nicht erreicht wurde, liegt die Partei trotz Schlagseite vergleichsweise gut in den Gewässern des politischen Gezeitenstroms. Um sich weiterhin gegen die Flut der Angriffe wider der Partei stemmen zu können, ist ein stabiler Deich in Form eines konstanten und treuen Kreises an Gleichgesinnten in der mecklenburg-vorpommerschen Bevölkerung von Nöten.
Die bisherige Arbeit der anderen Fraktionen in Schwerin schloss bislang jede Form der sinnvollen Partizipation der Partei aus. Dass dieser Weg weitergeführt wird, lässt sich durch die Bildung der neuen rot-roten Regierungskoalition durchaus vermuten. In der Beschlussvorlage des künftigen Koalitionspapiers lässt sich bereits der künftige Kurs in der politischen Bildung erkennen, der Wind weht Richtung Ausbau von Initiativen und Netzwerken antifaschistischer Arbeit.[79] Die AfD dürfte künftig Schwierigkeiten bekommen, das Wahlmilieu auszubauen, wenn sich die AfD unter dem Brennglas der Aufklärungsarbeit wiederfinden wird.
Die Zukunft der Partei wird in starkem Maße von ihrem Verhalten und den geführten Personaldebatten der kommenden Legislaturperiode abhängig sein. Es ist davon auszugehen, dass Personaldebatten weiterhin das Bild der Partei bestimmen werden, fraglich ist jedoch, wie sie mit ihrer Rolle unter der neuen Regierung umgehen wird. Eine Position als Fundamentalopposition eines sozialdemokratisch geführten, linken Regierungsbündnisses erlaubt der Partei ausgetretene Pfade zu verlassen und unzufriedene Wähler*innen zu erreichen. Ob es die Partei als Oppositionsführerin in den nächsten fünf Jahren schafft, Bündnisse mit anderen Fraktionen zu knüpfen und aus der Außenseiterrolle herauszuwachsen, bleibt jedoch besonders im Blick auf die letzten Jahre enorm fraglich.

[79] Vgl. Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und DIE LINKE: Mecklenburg-Vorpommern für die 8. Legislaturperiode 2021-2026, Schwerin, 2021, S. 50–51.

Die CDU – Absturz in die Opposition

Jan Müller/Zsombor Sonnevend

1. Einleitung

Für die CDU Mecklenburg-Vorpommern war das Ergebnis der Wahl katastrophal. 13,3 Prozent bedeutete, wieder weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben zu sein. Die Verluste waren noch einmal 1,5 Prozentpunkte größer als bei der letzten Wahl. Wie 2016 ist die CDU im Land nur drittstärkste Kraft geworden. Deutlich abgeschlagen hinter der SPD und mit Abstand zur AfD blickt die CDU in Mecklenburg-Vorpommern auf turbulente fünf Jahre zurück. Nachdem 2016 19 Prozent eingefahren wurden und die Regierungsbeteiligung beibehalten werden konnte, versuchte sich die Partei zu verjüngen und zu modernisieren, damit die Wahl 2021 erfolgreicher verlaufen sollte. Doch es kam vieles anders.

Trotz der Verluste bei den Wahlen 2016 konnte die CDU ihre drei Ministerien halten. Lorenz Caffier (Inneres und Europa) und Harry Glawe (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit) blieben im Amt. Nur im Justizministerium gab es einen Wechsel, Katy Hoffmeister löste Uta-Maria Kuder ab. Eine Personalie, die, wie andere im Verlauf der Legislatur, anders als geplant und turbulent verlief. Denn es waren die Personalentscheidungen, die die CDU im Land wie auch im Bund prägen sollten. Für die CDU rückte überraschend der Landrat Vorpommern-Greifswalds Michael Sack an die Spitze und war zugleich der Erste, der Konsequenzen aus der Wahlniederlage zog. Neben der Frage nach Personen galt es für die CDU, sich im Wahlkampf gegen eine Ministerpräsidentin zu behaupten, die es vermochte, die Regierungszufriedenheit nahezu alleine für sich zu nutzen.

In diesem Artikel wird zunächst ein Blick auf die Entwicklung der CDU in der Legislaturperiode 2016 bis 2021 geworfen (2.). Dies stellt den Rahmen für die Darstellung des Wahlkampfes (3.) und des Wahlergebnisses (4.) dar. Der Beitrag schließt mit einem kurzen Ausblick auf die kommenden Legislatur.

2. Die CDU in der siebten Legislaturperiode 2016 bis 2021

Als Reaktion auf das Ergebnis der Landtagswahl 2016 trat Lorenz Caffier als Landesvorsitzender zurück. Er hatte das Amt seit November 2009 inne. Auf dem Landesparteitag im April 2017 wurde Vincent Kokert als Vorsitzender gewählt. Dieser agierte bis dahin als Generalsekretär und galt als Hoffnungsträger.[1] Ohne Gegenkandidat*innen erhielt Kokert 92,5 Prozent der Delegiertenstimmen, er versprach eine Reform der Partei und die Erarbeitung eines Grundsatzprogrammes.[2] Parteimitglieder sollten mehr inhaltliche Mitsprachemöglichkeiten bekommen. Klar und eindeutig war seine Abgrenzung von der AfD.[3] Im Schweriner Schloss war er gleichzeitig Fraktionsvorsitzender.

1 Vgl. Uwe Reißenweber, Neuer Stern am düsteren CDU-Himmel?, in: Nordkurier, 25. Oktober 2016.
2 Vgl. Thomas Volgmann, Signal zum Aufbruch, in: SVZ, 10.04.2017.
3 Vgl. Frank Pubantz, „Die AfD ist keine bürgerliche Partei", in: OZ, 11.04.2017.

Im Zuge der Auseinandersetzung um die Haltung Angela Merkels in der Frage von Flucht und Zuwanderung wurde immer wieder über die Ausrichtung der CDU diskutiert. „Sozialdemokratisierung“ und „Linksruck“ waren hier oft verwendete Phrasen. In Mecklenburg-Vorpommern versuchte der Landesverband, mit Sascha Ott einen hörbaren Konservativen aus Vorpommern auf das Amt des Justizministers zu setzen. Damit hätte die einzige CDU-Ministerin gehen müssen. Kurz nach der Verkündigung der Personalie durch Lorenz Caffier wurde jedoch bekannt, dass Ott auf Facebook eine Kreisverbandsseite der AfD und mehrere Beiträge der „Jungen Freiheit“ geliked hatte. Noch bevor dies von allen Medien berichtet wurde, nahm der Landesvorstand die Entscheidung zurück und erwählte Katy Hoffmeister zur designierten Justizministerin.[4]
Sascha Ott blieb aber der CDU erhalten – als stellvertretender Parteivorsitzender und als Sprecher des „Konservativen Kreises“[5] innerhalb der Union griff er häufiger lautstark in landespolitische Debatten ein. Während der Hochphase der Corona-Krise im April und Mai 2021 attackierte er Angela Merkel hart und warf ihr vor, den Deutschen das Vertrauen in den Staat zu nehmen. Fester Bestandteil seiner Argumentation war stets das Missverhältnis zwischen Parteiführung und Basis.[6] Ebenso wurden die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und ihre Corona-Politik angegriffen.[7]
Zuwachs bekam die CDU-Fraktion durch zwei ehemalige AfD-Abgeordnete. Matthias Manthei und Bernhard Wildt traten zuerst aus der AfD aus, gründeten dann die Partei Bürger für MV, die anschließend mit den Freien Wählern ein Bündnis einging. Als dieses dann zerbrach, traten beide im Oktober 2019 der CDU-Fraktion bei.[8] Manthei war bis zu seinem Austritt aus der AfD 2017 zweiter Landesvorsitzender der Partei und geriet 2014 in das Licht der Öffentlichkeit, als er im Kreistag einem Antrag der rechtsextremen NPD zustimmte.[9] Dennoch wurde Manthei auch 2021 wieder als Direktkandidat der CDU aufgestellt.[10]
Bei den Bundestagswahlen 2017 blieb die CDU im Bundesland zwar stärkste Kraft mit 33,1 Prozent, allerdings mussten Verluste von 9,4 Prozentpunkten hingenommen werden. Die innerparteilichen Spannungen über Ausrichtung und Performance der Partei entluden sich auf dem Landesparteitag im November. Einzelne Delegierte nutzten eine offene Aussprache um fundamentale Kritik an der Kanzlerin und CDU zu üben und ihren Rücktritt zu fordern. Diese emotionale Auseinandersetzung blieb weitestgehend ohne Folgen.[11]

Tab. 1: Wahlergebnisse der CDU Mecklenburg-Vorpommern 2017–2019

	LTW 2016	BTW 2017	EP Wahl 2019	Kommunalwahl 2019
Ergebnis CDU	19,0 &	33,1 %	24,5 %	25,4 %
Veränderung zur Vorwahl	–4,0	–9,4	–10,1	–7,6

Quelle: Nach Daten der Landeswahlleiterin.

4 Vgl. Gabriel Kords, Da hat er sich verdrückt, in: DIE ZEIT, 27.10.2016.
5 Unabhängig davon gibt es in Mecklenburg-Vorpommern auch eine Werte Union, die sich als Dachorganisation von Konservativen in der CDU versteht. Als Vorsitzende wurde Isabell Stoltenberg aus Neustadt-Glewe gewählt, vgl. Andreas Münchow, „Sozialdemokratisierung beenden“, in: SVZ, 01.12.2018.
6 Vgl. Konservativer Kreis, In großer Sorge um die Zukunft unseres Landes, Pressemitteilung 17.04.2021.
7 Vgl. Uwe Reißenweber, CDU-Vize Ott greift Schwesig scharf an, SVZ, 02.02.2021.
8 Vgl. Max-Stefan Koslik, Rücktritte, Eintritte, Austritte, in: SVZ, 31.12.2019.
9 Vgl. Jan Müller/Jan Rohgalf, Protest oder Etablierung rechts der Mitte?, in: Martin Koschkar/Jan Müller/Christian Nestler (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 – Die Parteien und ihre Wähler, Rostock 2016, 42-51, hier: S.43.
10 Vgl. Udo Roll, Stimmenfang mit Ex-AfDler, in: SVZ, 15.10.2020.
11 Vgl. Frank Pubantz, Fast alle für Merkel, in: OZ, 27.11.2017.

Mit der Bundestagswahl 2017 wurde klar, dass es sich um Angela Merkels letzte Amtsperiode sowohl als Bundeskanzlerin und als CDU-Parteichefin handelte. Friedrich Merz, Jens Spahn und Annegret Kramp-Karrenbauer konkurrierten 2018 um das Vertrauen der CDU-Delegierten. Im Landesverband gab es Unterstützter*innen für alle Kandidierenden.[12] CDU-Chef Kokert begrüßte dann aber die Wahl der Saarländerin Kramp-Karrenbauer ausdrücklich.[13] Diese hatte jedoch keine glückliche Amtszeit und kündigte ihren Rücktritt an, nachdem Thomas Kemmerich (FDP) gemeinsam von CDU und FDP sowie mit Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten von Thüringen gewählt wurde.[14] 2021 traten dann Friedrich Merz, Norbert Röttgen und Armin Laschet an, um den Chefposten im Konrad-Adenauer-Haus zu übernehmen. Diesmal lagen die Sympathien im Landesverband mehrheitlich bei Friedrich Merz.[15] Doch der digitale Parteitag und im Anschluss die Briefwähler*innen wählten den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Laschet, zum Parteivorsitzenden.[16]

Erstmalig in der Geschichte der CDU in Mecklenburg-Vorpommern gab sich die Partei ein Grundsatzprogramm. Im November 2019 verabschiedete der Landesparteitag das Programm, das in einem zweijährigen Prozess in Diskussionsveranstaltungen und Regionalkonferenzen erarbeitet wurde. Der Kompass sollte die Leitlinien christdemokratischer Politik in Mecklenburg-Vorpommern festlegen. Dem Grundsatzprogramm wird eine Präambel vorangestellt, die sich auf das christliche Menschenbild bezieht. Darauf folgt eine Differenzierung des Selbstverständnisses der Partei. Die CDU sieht sich unter anderem als „pluralistische Volkspartei", „heimatverbundene Landespartei", und als „verankerte Kommunalpartei". Insgesamt werden 36 politische Leitsätze formuliert.[17] Neben altbekannten Aussagen zu sozialer Marktwirtschaft und demokratischen Rechtsstaat finden sich wenige echte Festlegungen und Forderungen in zentralen Politikfeldern wie Klima oder Zuwanderung. Dafür wird oft auf das christliche Menschenbild verwiesen. Auffällig ist dann doch, dass Familie nicht als Vater, Mutter, Kind, sondern als „eine[n] Zusammenschluss von Menschen, die dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen"[18], definiert wird.

Nachdem Vincent Kokert 2019 als Landesvorsitzender mit 92 Prozent der Stimmen bestätigt wurde[19], erlebte die CDU Ende Januar 2020 ein politisches Erdbeben. Der Partei- und Fraktionsvorsitzende Kokert zog sich aus der Politik zurück und stellte seine Ämter und Mandate zur Verfügung. Der vierfache Familienvater begründete dies mit der schwierigen Vereinbarkeit von Politik und Familie und nahm einen Job bei den Stadtwerken Neustrelitz an. [20] Während in den Landtag der Rostocker Daniel Peters nachrückte und Torsten Renz den Fraktionsvorsitz übernahm, gestaltete sich die Suche nach einem neuen Parteivorsitzenden schwieriger. Als erster Kandidat brachte sich Philipp Amthor in Stellung[21], er gewann 2017 den Wahlkreis 16 direkt und zog in den Bundestag ein. Dort wurde er schnell zum Liebling der Hauptstadtmedien. Ebenfalls den Hut in den Ring warf anschließend die Justizministerin Katy Hoffmeister. Damit war die Ent-

12 Juliane Schultz, Rätselraten: Wer ist Favorit der Landes-CDU?, in: OZ, 06.12.2018.
13 Thomas Volgmann, Merkel-Vertraute gewinnt, in: SVZ, 08.12.2018.
14 Jens Schneider, Überraschende Wende, in: SZ, 11.02.2020.
15 Thomas Volgmann, CDU in MV stellt sich hinter Merz, in: SVZ, 14.01.2021.
16 Kristina Dunz/u.a., Neuer Chef, alte Zerrissenheit, in: OZ, 18.01.2021.
17 Vgl. CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Der Kompass, Grundsatzprogramm der CDU Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 2019.
18 Vgl. ebd., S. 54.
19 Vgl. Uwe Reißenweber, Lasst uns alle froh uns lustig sein, in: SVZ, 30.11.20219.
20 Vgl. Frank Pubantz/Benjamin Fischer, CDU-Chef Kokert wirft hin – wird Amthor der Nachfolger?, in: OZ, 01.02.2020.
21 Vgl. Frank Pubantz, Philipp Amthor fordert Manuela Schwesig heraus, in: OZ, 05.02.2020.

scheidung der Partei nicht nur eine personelle, sondern eine politische Richtungsfrage. Der streng konservative Katholik Amthor stand gegen die liberale Protestantin Hoffmeister. Letztere hatte auch angekündigt, nach einer Wahl als Spitzenkandidatin in den Landtagswahlkampf ziehen zu wollen, eine Aussage die ihr Konkurrent so offen nicht tätigen wollte. Die Corona-Krise zog den Prozess in die Länge. Im Juni erklärte dann Hoffmeister ihren Verzicht auf die Kandidatur und forderte nun Geschlossenheit von der Partei. Hintergrund war wohl auch, dass ein Großteil der Kreisverbände auf Amthor setzte.[22]

Nur wenige Tage nachdem Amthor als alleiniger Kandidat feststand, berichtete Der Spiegel ausführlich über die Beratertätigkeit Amthors bei dem New Yorker Start-up Augustus Intelligence. Nachdem bereits vorher über seine Funktion als „Direktor" berichtet worden war, wurde nun enthüllt, dass er als Bundestagsabgeordneter dem Wirtschaftsminister einen Brief geschrieben hat, in dem er eindeutige Lobbyarbeit betrieb. Später bekam er von der Firma Aktienoptionen zugesprochen.[23] Die Angelegenheit wurde zu einem bundesweiten Politikum. Von vielen Seiten gab es Rücktrittsforderungen. Doch der Landesvorstand schien vor der Vorstandssitzung noch gewillt, an Amthor festzuhalten.[24] Nach der Sitzung verkündete die Partei überraschend, den Landrat von Vorpommern-Greifswald, Michael Sack, als Parteichef zu nominieren, nachdem Amthor dann doch seinen Verzicht erklärt hatte. Die Festlegung auf Sack ging wohl auf die Initiative des kommissarischen Parteivorsitzenden Eckhardt Rehberg zurück.[25] Dieser hatte zuvor bereits Hoffmeister favorisiert. In einem Deutschlandfunk-Interview kritisierte er Amthor deutlich und unterstrich auch, dass es bei der Entscheidung darum ging, den kommenden Landtagswahlkampf chancengleich zu bestreiten.[26] Nicht alle Mitglieder im Landesvorstand waren mit dem Ablauf dieses Prozesses zufrieden. Aus Prostest trat die stellvertretende Landesvorsitzende Martina Liedtke zurück. Sie sprach von „Regelverstoß" und kritisierte Rehbergs schnelle Lösung.[27]

Auf dem Landesparteitag in August 2020 wurde Michael Sack mit knapp 95 Prozent der Stimmen der Delegierten zum Parteivorsitzenden gewählt. Er brachte sich in seiner Rede gleich als Herausforderer von Manuela Schwesig für den kommenden Wahlkampf in Stellung. Die fehlende Erfahrung in der Landespolitik konterte er mir einem Verweis auf seine kommunalpolitische Verankerung.[28]

Damit waren die Personalquerelen der CDU aber noch nicht beendet. Innenminister Lorenz Caffier trat zurück, nachdem Recherchen der taz seine Verwicklungen in das Netzwerk „Nordkreuz", einer Gruppe von ehemaligen und noch aktiven Polizisten, Soldaten und Reservisten, die sich als Prepper auf den Tag X vorbereiteten, an dem die politische Ordnung zusammenbrechen sollte, publik machte. Er hatte von einem einschlägig bekannten Schießplatzbesitzer eine Waffe

22 Vgl. Uwe Reißenweber, Hoffmeister verzichtet, in: SVZ: 10.06.2020.

23 Vgl. Sven Becker u.a., „Geiler Typ", in: Der Spiegel, 13.06.2020. Der Brief an Peter Altmaier wurde später von abgeordnetenwatch.de veröffentlich, vgl.: Martin Reyher, Wie Philipp Amthor zum Türöffner für Augustus Intelligence wurde, abrufbar unter: https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/lobbyismus/wie-philipp-amthor-zum-tueroeffner-fuer-augustus-intelligence-wurde (Stand: 02.09.2021).

24 Vgl. Matthias Wyssuwa, So einen gab es noch nie, in: FAZ, 19.06.2020.

25 Vgl. Frank Pfaff, Ausweg aus der Führungskrise, in: SVZ, 22.06.2020.

26 Vgl. Rainer Brandes, Rehberg (CDU): Amthors Kandidatur hätte ihm sehr geschadet, Deutschlandfunk-online, abrufbar unter: https://www.deutschlandfunk.de/fall-amthor-rehberg-cdu-amthors-kandidatur-haette-ihm-sehr.694.de.html?dram:article_id=479021 (Stand: 02.09.2020).

27 Max-Stefan Koslik, „Ich will noch in den Spiegel schauen können", in: SVZ, 24.06.2020.

28 Vgl. Andreas Becker, Teamplayer greift nach der Macht: Michael Sack fordert Schwesig heraus, in: Nordkurier, 08.08.2020.

bezogen.[29] Kurz darauf erklärte er seinen Rücktritt als dienstältester Innenminister der Bundesrepublik, nicht ohne den Medien eine Mitschuld zuzuschreiben.[30]
Die Vakanz des Ministerpostens nährte ein weiteres Mal die Spekulationen, ob Michael Sack in das Kabinett nach Schwerin wechseln würde. Doch wie bereits bei seiner Kür zum Landesvorsitzenden blieb er in seiner Position als Landrat. Neuer Innenminister wurde der zwischenzeitlich zum Fraktionsvorsitzenden aufgestiegene Torsten Renz, dem in dieses Amt wiederum Wolfgang Waldmüller nachfolgte.[31]
Abseits von Personalfragen behauptete die CDU wieder ihre Position als mitgliederstärkste Partei im Bundesland, vor Die LINKE und der SPD. Doch wie in den Jahren davor verlor die Partei stetig an Mitgliedern und landete 2020 erstmals unter die Marke von 5.000. Der Rückblick auf 2016 zeigt jedoch, dass hier das Wahljahr, anders als 2017, den stetigen Verlust von Mitgliedern nicht abmildern konnte.

Tab. 2: Mitgliederentwicklung des CDU Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommerns

Jahr	2016	2017	2018	2019	2020
Mitglieder	5.245	5.209	5.105	5.065	4.943
Veränderung zum Vorjahr absolut	–151	–36	–104	–40	–122
Veränderung zum Vorjahr prozentual	–2,8	–0,7	-2,0	–0,8	–2,4

Quelle: Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland: Version 2020, Berlin 2020 (Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 31), S. 10. Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2020, in: ZParl 2/2021, S. 373–407, hier: S. 383.

Die Analyse der Landtagswahl 2016 rückte insbesondere Vorpommern in das Zentrum der Öffentlichkeit. Die hohen Stimmanteile der AfD und ihr Gewinn von drei Direktmandaten trafen zusammen mit einem Diskurs über Vernachlässigung der Region durch die Landespolitik. Die CDU hatte 2016 einen Staatssekretär für die Region gefordert, nun nahmen sich Ministerpräsident Erwin Sellering und die SPD der Ideen an und setzten Patrick Dahlemann auf den Posten, Bernd Schubert (CDU) wurde zu seinem Stellvertreter. Damit musste die CDU zuschauen, wie ein junger SPD-Abgeordneter zum Sprachrohr und Aktivposten in ihrer Hochburg wurde. Während die Opposition durchgängig Kritik am Posten und der Arbeit Dahlemanns übte, hielt sich die CDU wohl aus koalitionstaktischen Gründen etwas zurück. Vor allem betonte sie, dass die ausschließliche Beschränkung auf Vorpommern ein Fehler gewesen sein.[32]
Im Bereich der Inneren Sicherheit konnte die CDU im Koalitionsvertrag ihre Forderung nach zusätzlichen Polizeikräften durchsetzen. Zwar versprach Caffier insgesamt 555 neue Polizist*innen, tatsächlich zeigte eine Anfrage von Die LINKE aber, dass die Zahlen weiter rückläufig sind. Die Herausforderung ist hier, dass viele Kräfte bald in Rente gehen.[33] Im gleichen Politikfeld war die Überarbeitung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (SOG) angesiedelt. Der Polizei sollten hier mehr Möglichkeiten, vor allem im Bereich der Online-Überwachung, gegeben

29 Vgl. Christina Schmidt, Sebastian Erb, Die Methode Caffier, taz-online, abrufbar unter: https://taz.de/Waffenaffaere-in-Mecklenburg-Vorpommern/!5725111/ (Stand: 02.09.2021.).
30 Vgl. Lorenz Caffier, Rücktritt von Innenminister Lorenz Caffier am 17. November 2020, abrufbar unter: https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/im/Aktuell/?id=165690& (Stand: 02.09.2021); Christina Schmidt u.a., Die Spur nach Güstrow, taz-online, abrufbar unter: https://taz.de/Rechte-Prepper-Gruppe-Nordkreuz/!5674282/ (Stand: 02.09.2021).
31 Vgl. Frank Pubantz, Waffe und Ferienhaus: Caffier wirft hin – Renz folgt, in: OZ, 18.11.2020.
32 Vgl. Jörg Spreemann, Nur die SPD lobt die eigene Vorpommern-Strategie, in: Nordkurier 28.08.2021.
33 Vgl. Andreas Becker, 1140 Polizisten gegen in Rente, in: Nordkurier, 25.08.2021.

werden. Die Koalitionsfraktionen und die AfD stimmten dem zu, während LINKE, Grüne und FDP deutliche Kritik übten.[34]

Immer wieder geriet der Landesverband durch die Bundestagsabgeordnete Karin Strenz in die Schlagzeilen. Diese stand seit Jahren wegen ihren Beziehungen nach Aserbaidschan in der Kritik und wurde 2019 offiziell vom Bundestag gerügt.[35] Im März 2021 verstarb die 53-Jährige auf dem Rückflug von einem Urlaub auf Kuba.[36]

Die CDU trug die Coronapolitik der Landesregierung ohne Kontroversen mit. Mehr Aufmerksamkeit lag dadurch auf dem Gesundheitsminister Glawe. Den Löwenanteil in der politischen Kommunikation in Sachen Corona übernahm aber die Ministerpräsidentin. Im Parlament und im Kabinett herrschte nach außen hin Einigkeit. Trotzdem gab es den einen oder anderen Misston. Wolfgang Waldmüller konterte zum Beispiel Schwesigs Kritik an der schleppenden Impfstoffbeschaffung und sprach von „Manus Märchenstunde".[37]

3. Wahlkampf

Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern startete mit großen Ambitionen in den Wahlkampf. Das ausgesprochene Ziel war es, stärkste Kraft im Landtag zu werden und mit einem CDU-Ministerpräsidenten wieder in die Staatskanzlei einzuziehen. Auch entschied man sich im Vorfeld gegen etwaige Koalitionen mit der AfD und der Linkspartei.[38]

Da die Christdemokrat*innen zum Wahlkampf ohne Landesgeschäftsführer*in dastanden, wurde die österreichische PR-Agentur „campaigning bureau" mit der Wahlkampforganisation betraut.[39] Sie entwarf unter anderem die Social Media-Kampagnen für den damaligen österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz und verhalf ihm 2017 ebenso zum Sieg wie auch 2019 Sachsens Ministerpräsidenten Michael Kretschmer.[40]

3.1. Themenwahlkampf

Im Wahlkampf der CDU wurden drei Schwerpunktthemen ersichtlich. Das gilt zum einen für das Thema Bildung. Hier forderte die CDU die Erhaltung und Stärkung der Hochschulstandorte im Land und eine deutliche Aufwertung der beruflichen Bildung. Diese verdiene dieselbe Anerkennung wie die akademische Bildung – Privilegien, wie etwa ein länderübergreifendes Azubiticket, sollen diesem Ziel zuträglich sein.[41] Der Schließung von Berufsschulstandorten wolle man derweil mit Möglichkeiten zur dezentralen Berufsausbildung begegnen.[42] Schließlich spielte auch die

---

34 Vgl. o.A., Neues Polizeigesetz bleibt umstritten, SZ-online, abrufbar unter: https://www.sueddeutsche.de/politik/landtag-schwerin-neues-polizeigesetz-bleibt-umstritten-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-190822-99-567101 (Stand: 03.09.2021.)

35 Vgl. Stefan Ludmann, Nach Rüge: CDU prüft „Maßnahmen" gegen Strenz, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburgvorpommern/Nach-Ruege-CDU-prueft-Massnahmen-gegen-Strenz,strenz148.html (Stand: 21.01.2019).

36 Vgl. Andreas Becker, Am Ende war Karin Strenz eine große Belastung für die CDU, in: Nordkurier, 23.03.2021.

37 Uwe Reißenweber, Waldmüller geht auf Schwesig los, in: SVZ, 25.01.2021.

38 Vgl. Uwe Reißenweber, Gemächlich in den „MV Sommer", in: SVZ, 19.06.2021.

39 Vgl. Andreas Becker, Michael Sack will wie Sebastian Kurz siegen, in: Nordkurier, 26.01.2021.

40 Vgl. Anderas Becker, CDU will im Wahlkampf ein Feuerwerk abbrennen, in: Nordkurier, 29.01.2021; Thilo Alexe, Kanzlermacher für die CDU, in: Sächsische Zeitung, 11.01.2019.

41 Vgl. CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Zusammen. Zu neuer Stärke., Schwerin 2021, S. 16.

42 Vgl. ebd.

Digitalisierung der Schulen eine Rolle, wobei die Corona-Pandemie lediglich als Diagnostikerin eines schon lange schwelenden Problems begriffen wurde. Der Schulunterricht müsse fortan mit allen Mitteln gewährleistet werden – eine beschleunigte technische und digitale Ausstattung diene diesem Ziel ebenso wie die Entwicklung von Konzepten für „hybriden" Unterricht.[43]

Zum anderen stand die Entwicklung des ländlichen Raumes weit oben auf der christdemokratischen Prioritätenliste. Zentral waren hier die Fragen rund um den Netzausbau von Internet und Funk. So solle es etwa einen Rechtsanspruch auf einen Breitbandanschluss geben.[44] Aber auch die Mobilität spielte eine große Rolle. Hier war ein deutliches Bekenntnis zum Auto zu vernehmen, sei es im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern doch unentbehrlich. Eine Abkehr vom Verbrennungsmotor fand dabei nicht statt; für klimafreundlichere Antriebe zeigte man sich dennoch offen.[45] Gefordert wurden dementsprechend ein lückenloses Ladesäulennetz sowie ein Stopp für den Anstieg der Kraftstoffpreise.[46] Ein Tempolimit lehnte die CDU strikt ab.[47] Dem öffentlichen Personennahverkehr attestierte man indessen keinen allzu großen Nutzen für das Flächenbundesland. Großflächig ausgebaut und staatlich subventioniert, wie von anderen Parteien gefordert, sei er dort zu ineffizient sowie „nicht finanzierbar und auch ökologisch nicht vorteilhaft".[48]

Schließlich spielte auch die Wirtschaft wieder eine große Rolle im Wahlkampf der CDU. Der Blick richtete sich hier auf Förderprogramme für florierende Branchen (wie etwa für Wasserstofftechnologien) und Start-Ups. Steuerliche Anreize in Investitionen, ein leichterer Zugang zu Wagniskapital und die Einrichtung von Gründerschutzzonen waren hier die bevorzugten Maßnahmen. Negativfolgen der Corona-Pandemie, wie Rezession oder Jobverluste, würden insbesondere durch eine starke Wirtschaft aufgefangen. Sie galt hierbei als Therapeutikum erster Wahl und müsse deshalb priorisiert behandelt werden. Weitere Auflagen und Beschränkungen aller Art für die Wirtschaft wurden deshalb strikt abgelehnt. Das gelte für Corona-Auflagen und Klimaschutzverpflichtungen gleichermaßen.[49]

In puncto Gender-Thematik vertrat die CDU eine klar ablehnende Haltung. Sie sprach sich gegen die gängigen Formen gendergerechter Sprache (wie etwa dem „Gendersternchen") aus, handle es sich bei ihnen doch um „künstliche, politisch motivierte Eingriffe" in das Deutsche. Es war gar von „Sprachpanscherei" die Rede.[50]

Die Debatten um den Umwelt- und Klimaschutz ließ die CDU dagegen außen vor. Eine gesonderte thematische Auseinandersetzung mit den damit zusammenhängenden Problematiken ist nicht geschehen – umweltpolitische Implikationen wurden höchstens stellenweise preisgegeben.

---

43 Vgl. ebd., S. 27; o.A., Michael Sack: Kinder und Jugendliche gehören in den Vordergrund, abrufbar unter: https://www.cdu-mecklenburg-vorpommern.de/aktuelles/news/michael-sack-kinder-und-jugendliche-gehoeren-in-den-vordergrund (Stand: 11.11.2021).

44 Vgl. CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), 2021, S. 17.

45 Vgl. ebd., S. 15.

46 Vgl. ebd., S. 31; o.A., Michael Sack: 16 Cent zusätzliche Spritkosten? Nicht mit der CDU!, abrufbar unter: https://www.cdu-mecklenburg-vorpommern.de/aktuelles/news/michael-sack-16-cent-zusaetzliche-spritkosten-nicht-mit-der-cdu(Stand: 11.11.2021).

47 Vgl. CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), 2021, S. 39.

48 Ebd., S. 15.

49 Vgl. ebd., S. 31; o.A., Michael Sack: Bremsklötze für die Wirtschaft müssen gelöst werden, abrufbar unter: https://www.cdu-mecklenburg-vorpommern.de/aktuelles/news/michael-sack-bremskloetze-fuer-die-wirtschaft-muessen-geloest-werden; o.A., Michael Sack: Wir brauchen einen Belastungsstopp für unsere Wirtschaft, abrufbar unter: https://www.cdu-mecklenburg-vorpommern.de/aktuelles/news/michael-sack-wir-brauchen-einen-belastungsstopp-fuer-unsere-wirtschaft (Stand: 11.11.2021).

50 Birgitta von Gyldenfeldt, Andreas Becker, Sack wettert gegen Sprachpanscherei, in: Nordkurier, 06.09.2021.

Auch die soziale Frage hat im Wahlkampf allenfalls eine marginale Rolle gespielt. Zwar betonte die CDU etwa die Bedeutung der Pflege,[51] konkrete Pläne zur finanziellen oder personellen Unterstützung der Pflegekräfte legte sie jedoch nicht vor. Selbiges galt für den sozialen Wohnungsbau. Bemerkenswert ist auch die geringe Präsenz der Sicherheitsthematik, gehört diese doch traditionell zu den christdemokratischen Kernthemen. Zwar stellt man sich im Wahlprogramm bedingungslos hinter Polizei, Bundeswehr und Verfassungsschutz,[52] in der Kampagne selber wurde diese Thematik jedoch ausgespart.
Die CDU gab sich im Wahlkampf als Stabilitätsanker in ungewissen Zeiten. Stets wurde betont, man forciere eine vernünftige, machbare und realistische Politik, nach dem Motto: Bewährtes bewahren, Errungenes verteidigen und Chancen nutzen – ohne Verbote und Übermut. Gleichzeitig vermochte es die CDU nicht, sich in den wichtigen Policy-Debatten festzulegen. Auch äußerte sie nur selten politische Visionen, die über allgemeine Appelle und Unterstützungsbekundungen hinausgingen.

3.2. Personenwahlkampf

Der Landtagswahlkampf für Mecklenburg-Vorpommern war vollends auf den Parteivorsitzenden Michael Sack zugeschnitten. Der 48-jährige startete am 19. Juli in seine „Sommertour", auf der alle 36 Wahlkreise im Land aufgesucht werden sollten.[53] Ein Diesel-SUV begleitete ihn dabei zu seinen 150 Terminen – inklusive Anhänger mit niederländischem Kennzeichen, der großflächig mit Sacks Konterfei bedruckt war.
Medial aufbereitet wurden diese Besuche vor allem auf Facebook, Instagram und der Webseite der Landes-CDU. Plattformen wie Twitter oder YouTube wurden nicht beziehungsweise nur sporadisch bespielt. Auf der Musikstreaming-Plattform Spotify hatte Sack indessen einen eigenen Podcast.[54] Pünktlich zum Auftakt seiner Wahlkampftournee schien die Person Sack den Social Media-Auftritt seiner Partei zu vereinnahmen. Dort, wo zuvor vielen CDU-Politiker*innen eine Bühne geboten wurde, dominierte fortan Michael Sack das Geschehen. Mitteilungen der Landes-CDU, die bis dahin auch als solche veröffentlicht wurden, hat man als Sacks eigene Verlautbarungen deklariert und sie somit gewissermaßen personifiziert. In dieser Inszenierung wird eine direkte Verbindung von den politischen Forderungen der CDU mit der Praxis hergestellt, vermittelt von Michael Sack höchst selbst. Ein Dreieck zwischen Programm, Praxis und Persönlichkeit wird aufgespannt.
Mit den Fotos und Videos, so scheint es, haben die Wahlkampfstrateg*innen versucht, weniger konkrete Inhalte in den Fokus zu setzen, sondern vielmehr ein gewisses Gefühl zu erzeugen. Gezeigt wird Sack in Gesprächen mit Menschen an den verschiedenen Orten, die er besucht hat. Hierbei fungiert er stets als besonnener Erklärer, interessierter Zuhörer oder motivierter Fürsprecher.[55] Die Botschaft dieser Darstellung ist klar: Michael Sack ist ein ruhiger, bodenständiger und realistischer Analyst, ein höflicher und verständnisvoller Interessenvertreter und kein Abenteurer

51 Vgl. CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), 2021, S. 30.
52 Vgl. ebd., S. 17, 31 u. 34.
53 Vgl. Axel Büssem, CDU startet Wahlkampf-Tour: 150 Termine geplant, in: OZ, 20.07.2021.
54 Er trägt den Titel „Wir müssen reden - Michael Sack im Gespräch!". Die sieben Folgen sind abrufbar unter: https://open.spotify.com/show/5TMuP3pWS4TdRHR6JcN9Jc (Stand: 12.11.2021).
55 Etwa zu sehen im Wahlkampf-Spot zur Landtagswahl: CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Zusammen. Zu neuer Stärke., abrufbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=8Qi10kbj57M (Stand: 11.11.2021).

oder Revolutionär. Er erscheint so als adäquate Entsprechung des christdemokratischen Wahlprogramms.

Auch auf den Wahlplakaten wurde Sack entsprechend in Szene gesetzt, untermalt von kurzen, parolenartigen Slogans. So steht er beispielsweise, an der Seite eines Landwirts, in einem Feld – mit herausgezogenem Getreide in der Hand. „Zusammen anpacken." lautet hier die Losung.[56] Auf einem anderen Plakat sieht man ihn unter dem Motto „Zusammen vorausdenken." vor der Rostocker Universität mit Studentinnen scherzen.[57]

Obwohl der Scheinwerfer der CDU-Wahlkampfmaschinerie einzig auf Sack gerichtet war, stand er innerhalb seiner Partei weitestgehend alleine da. So erhielt er auffällig wenig Unterstützung von den regionalen CDU-Größen, wie etwa Wirtschaftsminister Harry Glawe oder Innenminister Torsten Renz. Auch die gemeinsamen Auftritte mit christdemokratischer Bundesprominenz schienen keinen besonderen Rückenwind für Sack zu suggerieren. Dies galt ebenso wenig für den Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie dem Kanzlerkandidaten Armin Laschet in Stralsund wie auch Sacks Auftritt mit Philipp Amthor und Friedrich Merz in Greifswald. Die CDU schaffte es bei diesen Besuchen oftmals nicht, Sack ins Rampenlicht zu rücken. Vielmehr erschien sein Auftritt in Greifswald allenfalls wie das „Vorprogramm" für die Reden von Amthor und Merz, wie es der Nordkurier schrieb.[58] Auch die eigene mediale Aufbereitung von Sacks gemeinsamem Besuch mit Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner an der Küste wirkte unglücklich, sah man ihn dort meist nur neben oder hinter der Bundesprominenz laufen.[59] Hin und wieder ließ Sack jedoch auch selber Gelegenheiten aus, die eine gesteigerte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit versprachen. So fehlte er beim öffentlichkeitswirksamen Laschet-Besuch in Kühlungsborn, wie auch bei der Vorstellung seiner eigenen Wahlplakate.[60] Der Eindruck der mangelnden Unterstützung für Sack bestätigte sich beim Blick auf die CDU-Anhänger*innenschaft. Nur 51 Prozent der Christdemokrat*innen konnten sich vorstellen, Sack direkt als Ministerpräsidenten zu wählen – vorausgesetzt, dies wäre möglich. Seine Herausforderin Schwesig erhielt indessen die Unterstützung von 38 Prozent der CDU-Anhänger*innen.[61] Sack hatte im Wahlkampf stets mit seinen Bekanntheitswerten zu schaffen – einigen Bürger*innen war sein Name kein Begriff. Noch im Wahlmonat September kannten Sack gerade einmal 52 Prozent der Befragten. Auch die Umfrageergebnisse zur Wählergunst waren für ihn nicht gerade rosig. Mit einer Zufriedenheit von 16 Prozent kam Sack nicht annähernd auf die Werte seiner Vorgänger Seidel und Caffier (Seidel 2006: 43 %; Caffier 2011: 41 %, 2016: 50 %). Gleichzeitig waren 36 Prozent der Befragten mit seiner Arbeit „weniger zufrieden" beziehungsweise „gar nicht zufrieden" – so viele wie bei keinem der anderen Spitzenkandidaten.[62] Bemän-

56 CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, o.T., abrufbar unter: https://www.instagram.com/p/CSccuVmooBG/ (Stand: 11.11.2021).

57 Ebd.

58 Christopher Hirsch, Das ungleiche CDU-Duo, in: Nordkurier, 06.09.2021; Frank Pubantz, Merz soll der MV-CDU helfen, in: OZ, 03.09.2021.

59 Vgl. Michael Sack, o.T., in: Facebook, abrufbar unter: https://www.facebook.com/MichaelSack.VG/posts/3036818369977549 (Stand: 11.11.2021).

60 Vgl. o.A., Sack fehlt bei erstem Laschet-Auftritt in MV, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Sack-fehlt-bei-erstem-Laschet-Auftritt-in-MV,cdu1570.html (Stand: 11.11.2021); Max-Stefan Koslik, Kandidat im Mittelpunkt, aber nicht da, in: SVZ, 12.08.2021.

61 Vgl. o.A., Umfrage: Schwesig in der Wählergunst deutlich vor Sack, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/wahlen_mv_2021/Umfrage-Schwesig-in-der-Waehlergunst-deutlich-vor-Sack-,landtagswahlmv132.html(Stand: 11.11.2021).

62 Vgl. infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND, September 2021, S.14.

gelt wurde mitunter, Sack habe kein Profil – man wüsste nicht, wofür er steht.[63] Der NDR bezeichnete sein Auftreten passend als „sachlich, aber ohne innere Begeisterung".[64] Oft war zu vernehmen, Sack sei zu nett, beziehungsweise suche nicht energisch genug den Weg ins Rampenlicht oder die Konfrontation mit den politischen Konkurrent*innen. Das öffentlichkeitswirksame TV-Duell zwischen Sack und Schwesig, zwölf Tage vor der Wahl, bot eine Chance, das Ruder im Abwärtsstrom der Umfragetrends noch herumzureißen. Der Frontalangriff auf die dominante Ministerpräsidentin blieb jedoch vollends aus.[65]

Wenn Sack auffiel, dann meist mit negativer Presse. So forderten SPD, Die LINKE und Grüne in seinem Landkreis Vorpommern-Greifswald seinen sofortigen Rücktritt von seiner Funktion als Landrat, nachdem dessen Pläne publik wurden, unabhängig vom Ergebnis der Landtagswahl nach Schwerin in die Landespolitik gehen zu wollen.[66] Auch problematisierten die Ankläger*innen schon Sacks Abwesenheit während seines Wahlkampfes – er käme seinen Aufgaben als Landrat nicht nach. Die Attacke ging jedoch ins Leere – eine Absetzung Sacks wurde nicht verhandelt. Er hatte sich eigens für seinen Wahlkampf Urlaub genommen – die Amtsgeschäfte übernahm derweil CDU-Vizelandrat Jörg Hasselmann.[67]

Sack traf ferner der Verdacht, eine Mitverantwortung für inkorrekte Corona-Zahlen in seinem Landkreis zu tragen. Zwischen Februar und April 2021 sollen dort zu niedrige Infektionszahlen angegeben worden sein, was Sack gar eine Anzeige wegen Körperverletzung einbrachte.[68] Aber auch dieser Angriff blieb wirkungs- und folgenlos.

Fast stolperte Sack mit seiner CDU über einen juristischen Fauxpas. So fehlten auf den Wahlplakaten die im Landespressegesetz erforderten Impressumsangaben. Ein Schock mitten im Wahlkampf, drohte der Partei schließlich, dass sie entweder alle Plakate abnehmen, oder die fehlenden Informationen einzeln nachtragen muss.[69] Wer die Verantwortung für dieses Missgeschick trug, konnte zunächst nicht ausgemacht werden.[70] Es war nicht der einzige Moment, in dem der Wahlkampf der CDU unorganisiert erschien. Das Fehlen eines für den gesamten Wahlkampf verantwortlichen Landesgeschäftsführers wurde immer wieder ersichtlich.

3.3. Angriffswahlkampf

Alles in allem war der Wahlkampf der CDU kaum von Angriffen auf die anderen Parteien geprägt. Es fand eine entschiedene, aber nicht aggressive Abgrenzung von der Linkspartei, den Grünen und der SPD statt. Während keine Differenzierung in Richtung der FDP wahrnehmbar

63 Vgl. u.a. Frank Pubantz, Michael Sack im OZ-Leser-Talk, in: OZ, 11.09.2021.

64 Stefan Ludmann, Droht der CDU Mecklenburg-Vorpommern die Selbstzerstörung?, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/wahlen_mv_2021/Droht-der-CDU-Mecklenburg-Vorpommern-die-Selbstzerstoerung,landtagswahlmv170.html(Stand: 12.11.2021).

65 Vgl. Henning Strüber, MV-Landtagswahl: So lief das TV-Duell zwischen Schwesig und Sack, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/wahlen_mv_2021/MV-Landtagswahl-So-lief-TV-Duell-zwischen-Schwesig-und-Sack-,wahlduell140.html(Stand: 12.11.2021).

66 Vgl. Ralph Sommer, Rücktritt von Landrat Sack gefordert, in: Nordkurier, 19.08.2021.

67 Vgl. Philipp Schulz, Attacke auf Landrat Sack im Kreistag läuft ins Leere, in: OZ, 25.08.2021.

68 Vgl. Anna-Lou Beckmann, Anzeige wegen Körperverletzung gegen Landrat Sack, in: NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Anzeige-wegen-Koerperverletzung-gegen-Landrat-Sack-,coronavirus5000.html(Stand: 12.11.2021).

69 Vgl. Stefan Ludmann, Muss die CDU ihre Wahlplakate in Schwerin abhängen?, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Muss-die-CDU-ihre-Wahlplakate-in-Schwerin-abhaengen,wahlplakate586.html(Stand: 12.11.2021).

70 Vgl. Andreas Becker, CDU droht ein Fiasko bei Wahlplakaten, in: Nordkurier, 19.08.2021.

war, wand man sich von der AfD ab.[71] Eine Auseinandersetzung mit ihr und ihren Themen war nicht Teil des christdemokratischen Wahlkampfes.

Zweierlei Argumentationsmuster dominierten den Angriffswahlkampf der CDU. Einerseits wiederholte sie unablässig die Sorge vor einer möglichen rot-rot-grünen Landesregierung. Gerade im Angesicht der rasant steigenden Beliebtheitswerte für die Sozialdemokrat*innen kurz vor der Wahl schwenkten die Bedenken spürbar in ernsthafte Warnungen um. Eine Koalition aus SPD, Linkspartei und Grünen bedeute für Mecklenburg-Vorpommern „eine Katastrophe", betonte Spitzenkandidat Sack eindringlich.[72] Das Land werde „rot-rot-grünen Experimenten" unterzogen, was konkret eine riskante Haushaltspolitik, finanzielle Mehrbelastungen für Bürger*innen und Unternehmen, die verstärkte Vernachlässigung des ländlichen Raumes sowie Verbote aller Art bedeute.[73] Vor zahlreichen Landwirt*innen ging Sack, beispielsweise in Friedland, mit den Grünen ins Gericht. So entstünden ihre umweltpolitischen Forderungen vorwiegend in städtischen Kontexten und unter ideologischer Beeinflussung, was deren Unvereinbarkeit mit der Lebensrealität im ländlichen Raum begründe. Die Forderungen nach mehr Klima- und Umweltschutz würden der Wettbewerbsfähigkeit der Agrarbetriebe in MV erheblich zusetzen.[74] Die Botschaft solcher Verlautbarungen ist eindeutig: wer Stabilität, Sicherheit und Vernunft will, wählt CDU. Der Motor des christdemokratischen Wahlkampfapparates schien in den letzten Wochen vor der Wahl mehr von sozial-ökologischer Furcht getrieben worden zu sein, als von der Kraft eigener Themensetzungen. Vor dem Hintergrund der Erfahrung mit einer rot-roten Landesregierung zwischen 1998 und 2006 bleibt fraglich, inwieweit derartige Schreckensszenarien in Ostdeutschland verfangen.

Andererseits nahm die CDU ihre langjährige Regierungspartnerin, die SPD, in ihrer Funktion als solche in die Pflicht. Sack zeigte sich überzeugt, die wesentlichen Fortschritte im Land seien durch die CDU realisiert worden, während die SPD entweder ausgebremst hätte oder mit sich selbst befasst gewesen sei.[75] So habe das zuständige, rot-geführte Kultusministerium die Digitalisierung der Schulen sowie die entsprechende Weiterbildung des Personals „komplett verpennt".[76] Auch sei das Corona-Krisenmanagement von Ministerpräsidentin Schwesig eigensinnig gewesen. Ihren Koalitionspartner habe sie ebenso ignoriert wie auch sämtliche Minister*innen.[77] Die SPD verzettele sich darüber hinaus beim Breitbandausbau und der Netzabdeckung in Planungs- und Prüfverfahren.[78] Einen glaubwürdigen Angriff an dieser Front vorzunehmen gestaltet sich grundsätzlich schwierig, war man selber doch 15 Jahre lang Partner der angezählten Regierungspartei. Das musste schon 2016 Lorenz Caffier erleben, der als Teil der Regierung die Offensive gegen seine politischen Weggefährt*innen der SPD suchen musste. Die Flügel der christdemokratischen Kritikfähigkeit waren sowohl 2016 als auch 2021 von vorne herein gestutzt.

71 Vgl. Axel Büssem, CDU-Chef lehnt höhere Steuern ab, in: OZ, 19.06.2021.
72 Frank Pubantz, Sack: Ich will die Fischer retten, in: OZ, 22.09.2021.
73 Vgl. etwa Andreas Becker/Gabriel Kords, Michael Sack schaltet auf Attacke, in: Nordkurier, 01.09.2021.
74 Vgl. Mirko Hertrich, CDU-Spitzenkandidat rührt bei Landwirten vor Ort Werbetrommel, in: Nordkurier, 07.08.2021.
75 Vgl. Becker/Kords, 2021.
76 Axel Büssem, CDU startet Wahlkampf-Tour: 150 Termine geplant, in: OZ, 20.07.2021.
77 Vgl. Andreas Becker u. Gabriel Kords, Michael Sack schaltet auf Attacke, in: Nordkurier, 01.09.2021.
78 Vgl. Axel Büssem, CDU startet Wahlkampf-Tour: 150 Termine geplant, in: OZ, 20.07.2021.

Wenige Tage vor der Wahl gestand Sack ein, dass diese nicht mehr zu gewinnen sei – zu gewaltig sei die Kluft zwischen Christ- und Sozialdemokrat*innen in den Umfragen. Dennoch bot er sich der SPD an, als Juniorpartner gemeinsam in eine erneute Große Koalition zu gehen.[79]

4. Wahlergebnis

Zum dritten Mal in Folge erzielte die CDU bei einer Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ihr historisch schlechtestes Ergebnis. Mit 13,3 Prozent landete sie weit hinter den Ergebnissen aller vorangegangener Wahlen (siehe Tab. 1). Der Verlust zur letzten Landtagswahl beträgt 5,7 Prozentpunkte. Die SPD zog mit 39,6 Prozent weit davon und selbst die AfD konnte ihren Vorsprung auf die CDU ausbauen. Trotz gestiegener Wahlbeteiligung verbuchte die Partei 31.532 Stimmen weniger.

Bei den prestigeträchtigen Direktmandaten blieb den Christdemokrat*innen von ehemals sieben nur eines übrig. Wirtschafts- und Gesundheitsminister Harry Glawe konnte seinen Wahlkreis verteidigen – alle anderen gingen an die SPD, nur im Wahlkreis 13 gewann die AfD. Damit gelang es nicht, die drei AfD-Wahlkreise zurückzuholen, diese färbten sich rot. Ein Hoffnungsschimmer liegt aber doch im Erststimmenergebnis, hier holte die CDU 17,3, also vier Prozentpunkte mehr als im Zweitstimmenergebnis. Die Zweitstimme ist im bundesdeutschen Wahlsystem jedoch die entscheidende, da sie über die Zusammensetzung des Parlaments entscheidet und als Votum für, beziehungsweise, wie in diesem Fall, gegen den Spitzenkandidaten gesehen werden kann. Bei der SPD war das Verhältnis umgekehrt, die Sozialdemokrat*innen konnten deutlich mehr Zweitstimmen für sich verbuchen als Erststimmen. Dank zweier Ausgleichsmandate hat die CDU-Fraktion nun zwölf Sitze im Parlament, damit vier weniger als in der vorangegangenen Legislaturperiode.

Die Zahlen zur Wähler*innenwanderung zeigten, dass die CDU deutlich an die SPD verlor. 29.000 Wähler*innen wechselten vom kleinen zum großen Partner in der Koalition. Zudem wanderten Stimmen zu Die LINKE, den Grünen und zur FDP. Kleinste Gewinne konnten vonseiten der AfD erzielt werden. Eintausend Wähler*innen kamen zur CDU zurück, 2016 hatten die Christdemokrat*innen noch 22.000 Stimmen an die AfD verloren.[80]

In den statistischen Analysen wird ersichtlich, dass jüngere Menschen immer weniger die CDU wählen. Bei den 18- bis 24-jährigen sowie bei den bis 34-jährigen ist die Partei nur einstellig. Hinzu kommen Verluste in allen Bildungsschichten. Am geringsten war der Rückgang bei Wähler*innen mit Hochschulabschluss. Dort war die Partei noch stärker als im Landesergebnis. Bei den Berufsgruppen war die CDU überdurchschnittlich bei den Beamt*innen und den Selbstständigen. Bei ersteren verlor sie aber neun Prozentpunkte.[81] Fast stabil blieb das Ergebnis bei den Renter*innen, dort erzielte die Partei nur zwei Prozentpunkte weniger.[82]

2016 verlor die Partei in Vorpommern spürbar. Zwar war sie 2021 dort mit 15,6 Prozent stärker als im Landesdurchschnitt, musste aber auch hier nochmals deutliche Verluste hinnehmen. Ein Blick auf die Ergebnisse in den Landkreisen und kreisfreien Städten verdeutlicht dies (siehe

79 Vgl. Andreas Becker, CDU-Chef schielt auf neue Große Koalition, in: Nordkurier, 23.09.2021.

80 Vgl. Daten zur Wähler*innenwanderung siehe Müller/Muno in diesem Band.

81 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Mecklenburg-Vorpommern, Eine Analyse der Landtagswahl vom 26. September 2021, Mannheim 2021, S. 34.

82 Vgl. infratest dimap (Hrsg.), WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021 Eine Analyse der Wahl vom 26. September 2021, Berlin 2021, S. 46.

Tab. 3). Die Verluste fielen im Landkreis Rostock am höchsten aus. Interessant sind die unterschiedlichen Einbußen in den beiden vorpommerschen Landkreisen. Im Landkreis von Michael Sack verlor die CDU weniger Wähler*innen. Das Image der „Vorpommern-Partei" ist trotzdem verblasst.

Tab. 3: Wahlergebnisse CDU in den Landkreisen und kreisfreien Städten 2016 und 2021

	SN	HRO	LRO	LUP	NWM	MSE	VG	VR
2021	11,6	9,1	13,3	13,6	12,6	13,7	15,4	15,6
2016	17,6	15,4	20,7	18,4	17,0	19,9	18,7	22,5
Saldo	–6,0	–6,3	–7,4	–4,8	–4,4	–6,2	–3,3	–6,9

Quelle: Eigene Berechnung nach Daten der Landeswahlleiterin, Angaben in Prozent

Welche Faktoren führten zur historischen Wahlniederlage der CDU? Sicherlich muss hier die Personalfrage an erster Stelle genannt werden. In einem personalisierten Wahlkampf konnte Michael Sack der Bekanntheit und der Beliebtheit der Ministerpräsidentin kaum etwas entgegensetzten. Er inszenierte sich als Zuhörer, der die Sorgen des ländlichen Raumes mit nach Schwerin nehmen wollte. Doch allzu oft stand er alleine da. Dabei hätte eine Teamlösung gegen Schwesig zumindest einen Kontrastpunkt gesetzt. Für den holprigen Wahlkampf trägt Sack nicht alleine die Schuld. In anderer Konstellation als Caffier scheiterte die CDU daran, sich als die bessere Regierungspartei zu verkaufen. Eine Art von kommunalpolitischer Opposition einzunehmen wirkte nur auf den ersten Blick glaubhaft, wenn Sack als Parteichef doch eine gewisse Mitsprache in Schwerin hatte und am „MV-Gipfel" nicht teilnahm[83]. Die Inszenierung Sacks als netten Kommunalpolitiker, der das Ohr an den Sorgen der Bürger*innen hat, passte zwar zum CDU-Wahlprogramm, bot aber nicht genügend Kontrast zum Image Schwesigs als handlungsstarke Ministerpräsidentin.

Ferner schaffte es die CDU nicht, mehr Wähler*innen von ihren Themen zu überzeugen. Das kurze Wahlprogramm war an vielen Stellen unkonkret und beschränkte sich auf thematische Allgemeinplätze. Trotz der langjährigen Regierungsarbeit trauten nur zwölf Prozent der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern der CDU zu, die zentralen Probleme am ehesten lösen zu können.[84] Bei dringenden Themen, wie zum Beispiel dem Klimaschutz, blieben konkrete Antworten aus.

In der einstigen Hochburg Vorpommern konkurrieren nun SPD, AfD und CDU um die Direktmandate. Zwar gab es eine deutliche Abgrenzung zur AfD – Sack sagte auf einem Parteitag, dass niemand diese Partei brauche[85] – doch Absagen der Kooperation konnten die verlorenen Wähler*innen nicht zurückgewinnen. Auch die Warnung vor überzogenen Klimaschutzmaßnahmen oder die Stimmungsmache gegen das „Gendern" trug ebenso wenig Früchte wie die Mahnung vor einem Linksbündnis.

Komplex war auch das Verhältnis zur Bundesebene. 2016 noch als „Kanzlerinnendilemma"[86] bezeichnet, fiel der Faktor Merkel 2021 kaum noch ins Gewicht. Ein positiver Bundestrend durch Armin Laschet blieb ebenfalls aus, während die Union im Bund um Geschlossenheit

83 Vgl. Andreas Becker, Das Coronavirus zerlegt die Große Koalition in MV, in: Nordkurier, 14.05.2021.

84 Siehe Beitrag von Müller/Muno in diesem Band.

85 Axel Büssem, CDU-Chef lehnt höhere Steuern ab, in: OZ, 19.06.2021.

86 Philipp Huchel, Die CDU – Gefangen im „Kanzlerinnendilemma", in: Martin Koschkar/Jan Müller/Christian Nestler, Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2016, S. 52–63, hier S. 62.

kämpfte, aber in den Umfragen abrutschte. So war auch das Ergebnis der Bundestagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ernüchternd: 15,7 Prozentpunkte weniger bedeuteten ebenfalls Rang drei hinter SPD und AfD.
Am Ende bleiben bei der CDU mehr Fragen als Antworten: das zukünftige Spitzenpersonal, die kommenden thematischen Schwerpunkte und die Profilierung gegenüber der SPD sind die kritischen Herausforderungen.

5. Bilanz und Perspektiven der CDU nach der Wahl

Michael Sack zog am Tag nach der Wahl Konsequenzen und trat als CDU-Chef zurück. Er sah sich nicht als derjenige, der die CDU zurück zu alter Stärke führen könne. Kommissarisch übernahm wieder Rehberg, der Sacks Aufstieg zum Parteichef 2020 maßgeblich forciert hatte. Gleichzeitig nahm Sack sein Mandat nicht an, etwas was er vor der Wahl noch ausgeschlossen hatte. Auch Generalsekretär Waldmüller gab seinen Posten auf.[87]
Die Fraktion tat den ersten Schritt in Richtung Erneuerung. Sie wählte Franz-Robert Liskow zum Vorsitzenden und Sebastian Ehlers zum Parlamentarischen Geschäftsführer, sie sind 34 respektive 39 Jahre alt.[88]
Liskow und Rehberg waren dann auch Teil des Sondierungsteams, welches die Gespräche über eine mögliche Regierungsbildung mit der SPD aufnahm. Als nach der zweiten Runde aber die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Die LINKE verkündigt wurde, wirkten die Christdemokrat*innen überrascht. Die CDU hielt in den Gesprächen an drei Ministerien fest, während Die LINKE sich mit zwei zufrieden gab.[89] Trotz der Unzufriedenheit stellte sich die Fraktion gleich auf Oppositionskurs ein und übte deutliche Kritik an den Koalitionsverhandlungen, auch wenn es sich um die Fortsetzung alter rot-schwarzer Projekte handelte.[90] Die Oppositionsbank wird hart sein. Zwar kennen Beate Schlupp, Torsten Renz und Harry Glawe diese noch aus der vierten Wahlperiode 2002 bis 2006, damals war die CDU aber die alleinige Oppositionspartei gegen das rot-rote Bündnis. Nun sitzt die Fraktion neben AfD, Grünen und FDP. Hier ist die Frage, ob es zu einem Wettbewerb der Ideen oder um die Aufmerksamkeit kommt.

87 Vgl. Frank Pubantz, CDU-Basis fordert Neuanfang, in: OZ, 28.09.2021.
88 Vgl. o.A., Beratungen der neuen Fraktionen - Liskow CDU-Fraktionschef, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/wahlen_mv_2021/Beratungen-der-neuen-Fraktionen-Liskow-wird-CDU-Fraktionschef,landtagswahlmv362.html (Stand: 29.10.2021).
89 Vgl. Frank Pubantz, Rot-Rot für MV: Schwesig will mit den Linken regieren, in: OZ, 14.10.2021.
90 Vgl. Max-Stefan Koslik, Die Pirouetten der CDU, in: SVZ, 29.10.2021.

Die LINKE – Das ist links?

Wolfgang Muno/Christoph Rath

1. Einleitung

Die Landtagswahl 2021 am 26. September 2021 in Mecklenburg-Vorpommern war für die LINKE die dritte als Oppositionspartei.[1] Als PDS hatte sie von 1998 bis 2006 in einer Koalition mit der von Harald Ringstorff geführten SPD regiert, die Koalition endete nach vermehrten Unstimmigkeiten zwischen den Parteien und einem äußerst knappen Wahlergebnis bei der Landtagswahl 2006. Die rot-rote Koalition hätte nur einen Sitz für eine Mehrheit im Landtag gehabt. Für Ringstorff eine zu instabile Konstellation, deshalb entschied er sich für eine Koalition mit der CDU.[2] Rot-schwarz regierte in den folgenden 15 Jahren Mecklenburg-Vorpommern.

Diese Durststrecke endete für die LINKE mit der Landtagswahl 2021. Trotz des schlechtesten Wahlergebnisses der Partei in der Geschichte des Bundeslandes schaffte es die Partei, Koalitionspartner der SPD unter Manuela Schwesig zu werden. Die Partei zeigte sich im Wahlkampf wie in den Koalitionsverhandlungen geeint und stand geschlossen hinter der Spitzenkandidatin, der Fraktionsvorsitzenden im Landtag Simone Oldenburg. Damit präsentierte sich die Landespartei zwar wesentlich besser als die Bundespartei, in der Streitigkeiten, insbesondere um Sahra Wagenknecht, an der Tagesordnung waren und den Bundeswahlkampf überlagerten, aber die schlechte Lage im Bund dürfte auch auf das Land ausgestrahlt haben.[3]

So schaffte die LINKE im Bund es mit lediglich 4,9 Prozent nur dank dreier Direktmandate (zwei in Berlin, eines in Leipzig) gerade noch in den Bundestag, im Land erhielt die Partei nur noch 9,9 Prozent.

Damit wurde die Linke Wahlverliererin und Wahlgewinnerin zugleich. Trotz des historisch schlechten Wahlergebnisses konnte die Partei doch noch ihr erklärtes Ziel einer erneuten Regierungsbeteiligung erreichen.

In diesem Beitrag werden die Ausgangslage der LINKEN, insbesondere die siebte Legislaturperiode 2016 bis 2021, und der Wahlkampf der Partei zur Landtagswahl 2021 dargestellt. Anschließend erfolgt eine Analyse der Wahlergebnisse im Kontext zentraler Faktoren wie Wahlgeographie, Parteibindung, sozialstrukturelle oder sozio-demographische Variablen, Kandidatenpräferenz und Issue- bzw. Themenorientierung. Abschließend erfolgen ein Fazit und ein Blick auf die neugebildete rot-rote Regierungskoalition.

---

1 Die Linke ist die Nachfolgepartei der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), die in der DDR regierte. 1989 bis 1990 nannte sie sich SED-PDS, 1990 bis 2005 PDS, 2005 bis 2007 „Die Linkspartei.PDS“. Im Juni 2007 fusionierte die Partei mit der WASG (Arbeit und Soziale Gerechtigkeit - die Wahlalternative) und es entstand „Die Linke“. Zeitgleich entstand in Mecklenburg-Vorpommern im Juni 2007 in Rostock der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern.

2 Vgl. Nikolaus Werz/Steffen Schoon, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 17. September 2006: ein halber Regierungswechsel und das Ende des Dreiparteiensystems, in: ZParl 1/2007, S. 67–83

3 Vgl. Timo Lehmann/Marc Röhlig, Wolf Wiedemann-Schmidt, Linke: Ein Wahlergebnis wie ein Schlag in die Magengrube, SPIEGEL Spezial 1, 28.9.2021

2. Die Linke in der Opposition 2016 bis 2021

Die Legislaturperiode 2016 bis 2021 begann für die LINKE mit Paukenschlägen.[4] 2011 hatte die Partei mit 18,4 Prozent noch ein ordentliches Wahlergebnis erreicht, ein leichter Zuwachs gegenüber der Wahl 2006, wenngleich immer noch deutlich unter dem besten Ergebnis mit 24,4 Prozent im Jahr 1998, 2016 bedeutete mit nur 13,2 Prozent das bis dato schlechteste Wahlergebnis im Land (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Wahlergebnisse LINKE 1990–2016

Wahljahr	1990	1994	1998	2002	2006	2011	2016
Wahlergebnis (%)	15,7	22,7	24,4	16,4	16,8	18,4	13,2

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Landeswahlleitung MV.

Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern war über Jahre tief gespalten zwischen der fundamentalistischen Antikapitalistischen Linken (AKL), die vom Bundesverfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft wird, und einem pragmatischen, reform- und regierungsorientierten Flügel, eine Spaltung, die sich nach starken innerparteilichen Auseinandersetzungen zwar 2015 mit dem Sieg des Reformer-Flügels unter dem Fraktionschef Helmut Holter auflöste, aber die Partei in Mitleidenschaft zog. Das schlechte Wahlergebnis 2016 führte schließlich auch zur Abwahl von Helmut Holter, der als Fraktionsvorsitzender von Simone Oldenburg abgelöst wurde.[5] Ein wesentlich größerer Schlag war aber der große Erfolg der AfD, die aus dem Stand 21,9 Prozent der Stimmen erhielt und zu einem beträchtlichen Teil Wähler*innen (insbesondere aber Wähler) der LINKEN an sich ziehen konnte. Wurde lange Zeit in der Parteienforschung darüber debattiert, ob die LINKE als ostdeutsche Volkspartei gelten konnte, so führte der überproportionale Erfolg der AfD in allen ostdeutschen Bundesländern nun zur Frage, ob die AfD die LINKE als ostdeutsche Regionalpartei ablöst.[6] Die LINKE in Mecklenburg-Vorpommern geriet nun mehr und mehr in eine Zange zwischen einer erfolgreichen, sozial orientierten SPD mit sehr populären Ministerpräsident*innen (zuerst Erwin Sellering, dann Manuela Schwesig) und der AfD, die sich erfolgreich als Sachwalter der Protestwähler*innen, der sich vernachlässigt fühlenden und allgemein unzufriedenen Menschen im Land, darstellte.

Ein weiteres strukturelles Problem liegt in der Tatsache, dass die LINKE kontinuierlich Mitglieder verliert. Zum Ende der DDR hatte die SED in den drei Nordbezirken Schwerin, Rostock und Neunbrandenburg etwa 200.000 Mitglieder, bei der Bildung des Landesverbandes der PDS im März 1990 waren davon nur noch etwa 33.000 übrig.[7] Die Zahl der Parteimitglieder sank auf

4 Vgl. Martin Koschkar/Steffen Schoon, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 4. September 2011: Bestätigung der Großen Koalition mit sozialdemokratischem Zugewinn, in: ZParl 1/2012, S. 3–18; Martin Koschkar/Christian Nestler, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 4. September: Zäsur des regionalen Parteienwettbewerbs und Fortsetzung der Großen Koalition, in: ZParl 1/2017, S. 25–39; Michael Maser/Christoph Scheele, Die LINKE – „Aus Liebe zu M-V", in: Martin Koschkar/Jan Müller/Christian Nestler (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung 36, Rostock 2016, S. 64–74.

5 Holter ist derzeit Kultusminister in Thüringen.

6 Vgl. Viola Neu, Die Linke als Volkspartei, in: Volker Kronenberg/Tilman Mayer (Hrsg.), Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Freiburg/Basel/Wien 2009, S. 190–227, Kai Arzheimer, Regionalvertretungswechsel von links nach rechts? Die Wahl von Alternative für Deutschland und Linkspartei in Ost-West-Perspektive, in: Harald Schoen/Bernhard Wessels (Hrsg.): Wahlen und Wähler - Analysen aus Anlass der Bundestagwahl 2017, Wiesbaden 2021, S. 61–80.

7 Vgl. Gudrun Heinrich, die PDS in Mecklenburg-Vorpommern, in: Nikolaus Werz/Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München: 2000, S. 114–139.

zuletzt 3.222 im Wahljahr 2021 (vgl. Tab. 2). Zudem ist die Mitgliederschaft stark überaltert, mit einem Altersschnitt von über 67 Jahren hat die LINKE die ältesten Parteimitglieder im Land.[8]

Tab. 2: Parteimitglieder LINKE 1990–2021

1990	1994	1998	2002	2006	2011	2016	2017	2018	2019	2020/21
33.000	14.154	10.614	7.991	6.423	5.123	3.853	3.725	3.581	3.402	3.222

Quelle: Eigene Darstellung, nach Koschkar/Nestler/Scheele 2013, Niedermayer 2017, Niedermeyer 2021, Angaben der Partei.

Angesichts dieser strukturellen und aktuellen Herausforderungen versprach die Legislaturperiode eine schwierige Zeit für die LINKE. Zunächst dominierte die Regierungsumbildung der SPD die Landespolitik, nachdem Ministerpräsident Erwin Sellering im Mai 2017 überraschend wegen Krankheit zurücktrat. Weitere wichtige Themen der Legislaturperiode waren die beitragsfreie Kita, die Verbrechen der rechtsextremen Gruppe NSU und die Ostseepipeline Nordstream 2.[9]
Die beitragsfreie Kita, ein Prestigeprojekt der SPD, wurde am 4. September 2019 beschlossen. Obwohl die LINKE grundsätzlich das Vorhaben unterstützte, scheiterte sie aber mit mehreren Änderungsanträgen zur Gesetzesvorlage, weshalb sie dann letztlich doch gegen das entsprechende Gesetz stimmte. 2018 begann ein Untersuchungsausschuss im Landtag die Hintergründe der Verbrechen der rechtsextremen Gruppe NSU zu untersuchen. Der Innenexperte der Linken, Peter Ritter, kritisierte massiv den Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern und legte, ergänzend zum 880-seitigen Abschlussbericht, einen 144 Seiten umfassenden eigenen Bericht mit dem Titel „Kein Ende der Aufklärung“ vor.[10] Bei der umstrittenen Ostseepipeline Nordstream 2 und der damit verbundenen Stiftung stellte sich die Linke ganz auf die Seite der Befürworter, der Journalist Uwe Reißenweber konstatierte süffisant:

> „Die Partei steht traditionell unverbrüchlich zum Reich im Osten. Dabei scheint es offenbar egal, ob gerade ein Kommunist oder einer, der sich als solcher ausgibt oder ein lupenreiner Staatskapitalist die Geschicke Russlands lenkt“.[11]

2020 wurde die LINKE dann nochmals von ihrer Vergangenheit eingeholt. Obwohl die Partei sich nach starken innerparteilichen Diskussionen schon frühzeitig von extremistischen Positionen distanziert hatte und der erste Landesverband war, der sich offiziell für DDR-Unrecht entschuldigte, blieb in der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern, wie allgemein in Deutschland, die Vergangenheitsbewältigung auf halbem Wege stecken. Die Wahl von Barbara Borchardt, einem Gründungsmitglied der Antikapitalistischen Linken, zum Mitglied des Landesverfassungsgerichts in Mecklenburg-Vorpommern im Mai 2020 sorgte für bundesweite Diskussionen.[12] 2017 führte ihre Nominierung zur stellvertretenden Richterin noch nicht zu Aufregung, aber zusätzliche relativierende und verharmlosende Aussagen zu Mauerbau und Mauertoten stellten ihre Eignung in Frage, die LINKE wiederum sah Borchardt als Opfer „rechter Hetze“[13]. Im Zuge der

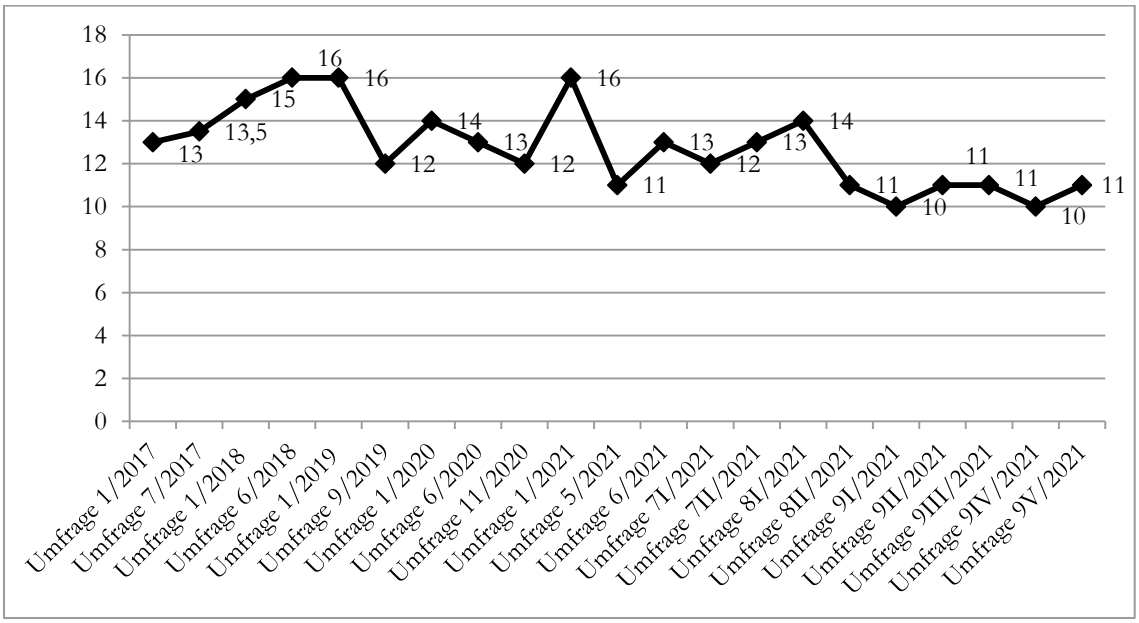
8 Vgl. Uwe Reißenweber, Warum die Parteien unsexy sind, in: SVZ, 15.01.2021.
9 Siehe dazu auch den Beitrag von Müller/Muno.
10 Vgl. Andreas Becker, NSU-Morde: Linke rechnet mit Verfassungsschutz ab, in: Nordkurier 03.06.2020; Udo Roll, Linke: Viele Fragen zu NSU-Aktivitäten ungeklärt, in: SVZ 03.06.2020
11 Uwe Reißenweber, Diese Russlandpolitik versprechen die Parteien in MV, in: SVZ 20.07.2021
12 Vgl. Marcel Leubecher, Verfassungsrichterin bleibt in der Antikapitalistischen Linken, in: Die Welt, 19.05.2020; Uwe Reißenweber, Genossin Verfassungsrichterin, in: SVZ, 29.05.2020.
13 Vgl. Peter Burghardt, Grundgesetz als Maßstab, SZ-online, abrufbar unter: https://www.sueddeutsche.de/politik/barbara-borchardt-landesverfassungsgericht-mecklenburg-vorpommern-antikapitalistische-linke-1.4919632 (Stand: 20.10.2021); vgl. Die Linke (Hrsg.), Zusammenhalt und Solidarität!, abrufbar unter:

Koalitionsverhandlungen im Oktober und November gab es dann erneut einen Flashback, Torsten Koplin, Abgeordneter und Co-Vorsitzender der Partei, wurde wegen seiner Tätigkeit als informeller Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit der DDR hinterfragt. Allerdings hatte Koplin seine Tätigkeit bereits vor langer Zeit transparent gemacht und sein Bedauern öffentlich geäußert.[14]

Dann überlagerte Corona seit März 2020 alle anderen Themen. Die Linke kritisierte zwar einzelne Maßnahmen, insbesondere Schulschließungen und andere Belastungen im Bildungsbereich, zeigte sich aber insgesamt staatstragend und unterstützte sowohl den Nachtragshaushalt wie auch Lockdowns.

Im Landtag versuchte sich die LINKE als linke Oppositionspartei zu profilieren, wurde aber kaum positiv wahrgenommen, wie Umfragen zur Leistungsbewertung der Parteien belegen.[15] Insbesondere im Bildungsbereich, dem Fachgebiet der Fraktionsvorsitzenden Simone Oldenburg, kritisierte die Partei Versäumnisse und Mängel der Regierung. Mit dieser Strategie schien die Partei zwar nicht zulegen zu können, blieb aber kontinuierlich bei Wahlen und Umfragen im zweistelligen Bereich, so bei der Bundestagswahl 2017 mit 17,8 Prozent, bei den Kommunalwahlen mit 16,3 Prozent landesweit und bei der Europawahl 2019 mit 13,9 Prozent. Bei allen Umfragen erhielt sie zwischen 10 und 16 Prozent, je näher der Wahltermin kam aber mit fallender Tendenz nur noch 10 bis 11 Prozent (vgl. Abb. 1). Bei der Zuschreibung von Parteikompetenzen offenbarte sich ein weiteres Problem: die LINKE wurde in keinem Issue von den Befragten als führend wahrgenommen, verlor vielmehr bei fast allen Sachgebieten, sogar bei dem LINKEN-Kernthema „Soziale Gerechtigkeit". Die SPD wurde bei sozialer Gerechtigkeit und Interessenvertretung der Ostdeutschen als kompetenter eingestuft.[16]

Abb. 1: LINKE – Umfragen zur Landtagswahl MV 2017–2021



Quelle: eigene Darstellung nach Umfragen Mecklenburg-Vorpommern, Wahlrecht.de, abrufbar unter: https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/mecklenburg-vorpommern.html (Stand:13.10.2021).

https://www.originalsozial.de/politik/aktuelles/detail/news/zusammenhalt-und-solidaritaet/ (Stand: 20.10.2021).

14 Vgl. Lutz Reuter, Stasi-Vergangenheit holt Linke-Politiker wieder ein, in: Nordkurier, 10.11.2021

15 Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 26. September 2021, Mannheim.

16 Vgl. Infratest dimap, WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021, Berlin

3. Wahlkampf

In Demmin wählten Delegierte am 13. und 14. März 2021 die Kandidatenliste zur Landtags- und Bundestagswahl. Simone Oldenburg konnte dabei 93,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Auf den weiteren Listenplätzen fanden sich mit Thorsten Koplin, Jeannine Rösler, Henning Stephan Foerster, Jacqueline Bernhardt und Eva Maria-Kröger fünf weitere Abgeordnete aus der siebten Legislaturperiode des Landtages wieder. Die Landesliste mit 25 Kandidierenden war bis zu Platz 20 abwechselnd mit Frauen und Männern besetzt. Auf der Bundestagsliste wurde der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag Dietmar Bartsch mit einer Zustimmung von 93,5 Prozent auf den Spitzenplatz gewählt.

Für den Wahlkampf investierte die Partei etwa 450.000 Euro, davon waren zwei Drittel, also gut 300.000 Euro, für den Landtagswahlkampf vorgesehen.[17] Damit gab die LINKE mehr aus als Bündnis 90/Die Grünen und die AfD, aber deutlich weniger als SPD oder CDU.

Am 12. Juni 2021 verabschiedete Die LINKE auf dem siebten Landesparteitag ihr Wahlprogramm mit dem Titel „Das ist links! Zukunftsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern“ und setzte damit ihre thematischen Schwerpunkte für die kommende Landtagswahl.[18] Erklärtes Ziel war eine erneute Regierungsbeteiligung mit der SPD oder in einem Regierungsbündnis mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Bereits in der Einleitung machte die Partei deutlich, dass es kein zurück zum Status *quo ante*, also zur Situation vor der COVID-19-Pandemie, geben solle. Stattdessen forderte die LINKE „ein besseres Leben“ sowie „bessere Bildung, bessere Gesundheitsversorgung, bessere Arbeit und sozial gerechten Klimaschutz“.[19]

Als Kernthema des Wahlkampfes wurde das Thema Bildung gewählt. Im Wahlprogramm wurde das Thema an erster Stelle gleich nach der Einleitung gesetzt und als Thema mit oberster Priorität bezeichnet.[20] Unterstrichen wurde der Stellenwert des Themas mit der Spitzenkandidatur der bisherigen Fraktionsvorsitzenden Simone Oldenburg. Oldenburg, die langjährige Berufserfahrung als Lehrerin und Schulleiterin aufweisen kann, war in der vergangenen Legislaturperiode bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion. Als Motto für eine linke Bildungspolitik wurde der Slogan „Klasse Bildung!“ gewählt.[21] Inhaltlich forderte die LINKE ein Schulbauprogramm in Höhe von einer Milliarde Euro, eine Senkung der Schülermindestzahl pro Klasse sowie ein kostenloses, warmes und gesundes Mittagessen für alle Schüler*innen.[22] Weiterhin forderte die Partei eine zusätzliche Lehrkraft pro Schule einzustellen, die Schulpflicht auf 10 Jahre zu erweitern und die Digitalisierung im Bildungsbereich voranzutreiben.[23]

Weitere Schwerpunkte des Wahlkampfes waren die Bekämpfung von Armut, insbesondere bei Kindern, die Erhöhung der Löhne in Mecklenburg-Vorpommern sowie gleichwertige Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland. Eine der Hauptforderungen der Partei waren dabei die Abschaffung von Hartz IV und die Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung.[24] Um der Kinderarmut im Land entgegenzuwirken, forderte die LINKE eine Kindergrundsicherung.[25]

---

17 Vgl. Frank Pfaff, Parteien in MV stecken enorme Beträge in den Wahlkampf, in: Nordkurier, 20.9.2021.
18 Vgl. Die LINKE: Das ist links! Zukunftsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2021, S. 1.
19 Ebd., S. 3.
20 Ebd., S. 4.
21 Ebd.
22 Ebd., S. 5.
23 Ebd., S. 5–7.
24 Ebd., S. 14.
25 Vgl. Ebd., S. 18.

Weiterhin forderte die Partei die Auflösung der nach Ost und West getrennten Tarifgebiete und die schnelle Angleichung des Rentenniveaus in Ost- und Westdeutschland.[26] Nach den zuletzt enttäuschenden Landtagswahlergebnissen in den ostdeutschen Bundesländern versuchte sich die Partei wieder klar als „Stimme des Ostens" zu präsentieren.[27]

Für den Plakatwahlkampf setzte die LINKE auf eine Kampagne mit dem Slogan „Machen wir". Dieser wurde auf verschiedenen Plakaten mit politischen Forderungen kombiniert. So zeigte ein Plakat Spitzenkandidatin Oldenburg und den Slogan „1000 neue Lehrkräfte für MV. Machen Wir." Die Plakate richteten sich mit klaren Wahlversprechen direkt an die Wähler*innen. Neben diesen Themenplakaten gab es zudem noch drei großflächige Plakate, von denen zwei Simone Oldenburg zeigten und eines die Linke als „Das Original" bewarb. Neben Oldenburg zeigten zwei der Großplakate zudem auch Dietmar Bartsch. Außer den landesweit sichtbaren Themen- und Großplakaten hatten alle Direktkandidat*innen eigene Wahlplakate, die im jeweiligen Wahlkreis hingen. Der digitale Wahlkampf fand hauptsächlich auf den Plattformen Facebook und Instagram statt, auf denen sich ab Juli Posts mit Forderungen aus dem Wahlprogramm, Vorstellungen der Kandidat*innen und Veranstaltungshinweise abwechselten. Zudem verfügten die meisten der Kandidierenden über eine eigene Website unter der Domain „gerechtes-mv.de", auf denen sie sich und ihre politischen Ziele präsentierten.

Der Wahlkampf war durch die thematische Ausrichtung auf den Bereich Bildung stark auf Oldenburg zugeschnitten. Sie absolvierte rund 250 Wahlkampfauftritte im ganzen Land.[28] Unterstützt wurde sie dabei von prominenten Politiker*innen der Linken wie der bereits erwähnte Dietmar Bartsch, Gregor Gysi, Janine Wissler oder Sahra Wagenknecht, welche im Rahmen des Land- und Bundestagswahlkampf Auftritte in Mecklenburg-Vorpommern absolvierten.

Ihren Wahlkampf richtete die LINKE hauptsächlich gegen die Regierungskoalition aus SPD und CDU. Hauptkritikpunkt an der Regierungsarbeit war wieder einmal das Thema Bildung: Spitzenkandidatin Oldenburg attackierte dabei Ministerpräsidentin Schwesig und beschuldigte sie, in der Corona-Pandemie die Kinder vergessen zu haben.[29] Oldenburg warf der Regierung zudem vor, kein ausreichendes Konzept zu haben, um die pandemiebedingten Lerndefizite der Schüler*innen aufzuholen.[30] Generalkritik an der rot-schwarzen Regierung übte die LINKE zudem daran, dass die Regierung jedes sechste im Koalitionsvertrag aufgeführte Vorhaben nicht umsetzte.[31] Weitere Angriffe in Richtung CDU zielten vor allem auf den Spitzenkandidaten der Christdemokraten Michael Sack, dem im Vorfeld der Wahl vorgeworfen wurde, er würde aufgrund seiner Wahlkampftätigkeit sein Amt als Landrat des Kreises Vorpommern-Greifswald vernachlässigen, weshalb sein Rücktritt vom Landratsamt gefordert wurde.[32]

Im Nachhinein erwies sich der Wahlkampf als problematisch für die LINKE. Das neue Hauptthema, das wahrscheinlich aufgrund der Kernkompetenz von Simone Oldenburg in den Mittelpunkt gestellt wurde, erwies sich nicht als Zugpferd, ebenso wenig die Spitzenkandidatin. Oldenburg erreichte sowohl bei Bekanntheitsgrad wie Zustimmung geringere Werte als die vorherigen Spitzenkandidaten Wolfgang Methling und Holter.[33] Bei der Zuschreibung von Kompetenzen

26 Ebd., S. 18f.
27 Vgl. Frank Pubantz, Linke will „Stimme des Ostens" sein, in: OZ, 14.06.2021.
28 Vgl. Karin Koslik, Guter Lohn für die Kellnerin, in: SVZ, 06.08.2021
29 Vgl. Andreas Becker, Linke: „Frau Schwesig hat die Kinder vergessen", in: Nordkurier, 08.06.2021.
30 Vgl. Udo Roll, „Da schwillt mir der Kamm", in: SVZ, 12.06.21.
31 Vgl. Karin Koslik, Linke Generalkritik an Rot-Schwarz in MV, in: SVZ, 23.06.2021.
32 Vgl. Ralph Sommer, Rücktritt von Landrat Sack gefordert, in: Nordkurier, 19.08.2021.
33 Vgl. Infratest dimap, WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021, Berlin.

wurde Bildung nicht in besonderem Maße mit der LINKEN verbunden, Oldenburg war zwar sogar beliebter als der CDU-Spitzenkandidat Michael Sack, aber weniger bekannt, und weit weg von den Werten, die Manuela Schwesig erreichte.[34]

4. Wahlergebnisse

„Der Wahlabend bescherte dem Landesverband das schlechteste Ergebnis seit den Wahlen 1990."[35] Mit diesen Worten beginnt die Analyse des Wahlergebnisses der LINKEN 2016, und mit diesen Worten muss auch die Analyse 2021 beginnen.[36] Mit 9,9 Prozent blieb die Partei deutlich hinter ihren Erwartungen zurück und verlor nochmals 3,3 Prozentpunkte auf das schon historisch schlechte Ergebnis 2016. Von der gestiegenen Wahlbeteiligung (im Verbund mit der Bundestagswahl) konnte die LINKE nicht profitieren, im Gegenteil. Sie erhielt absolut mit 90.881 Zweitstimmen etwa 15.000 Stimmen weniger als 2016 (vgl. Tab. 3).

Tab. 3: Das Landesergebnis 2021 für die LINKE (in Klammern 2016)

Partei	**Erstimmen**		**Zweitstimmen**		**Mandate**
	absolut	prozentual	absolut	prozentual	
Die LINKE	106.189 (119.374)	11,7 (-3,2)	90.881 (106.256)	9,9 (–3,3)	9 (–2)

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Landeswahlleitung MV.

Die Analyse der Wählerwanderung zeigt klar, dass die LINKE nur wenige Nichtwähler*innen mobilisieren konnte, die wenigsten im Vergleich aller größeren Parteien (vgl. Tab. 4). Über die Jahre hatte die Partei von der niedrigen Wahlbeteiligung im Land profitiert, da sie ihre Klientel mobilisieren konnte, aber wie bereits 2016 gelang es auch 2021 kaum, weitere Wählergruppen anzuziehen. Nur sehr wenige Wähler*innen konnten von AfD und CDU gewonnen werden, wenige gingen an Bündnis 90/Die Grünen verloren, aber ein deutlicher Verlust ist im Saldo zur SPD zu konstatieren. Die Zugkraft von Manuela Schwesig und der sozial ausgerichtete Wahlkampf der SPD zeigten hier deutlich Wirkung. Zudem verstarben schätzungsweise 11.000 Wähler*innen der Partei.[37]

Tab. 4: Wählerwanderung LINKE 2021

	SPD	AfD	CDU	Die LINKE	B90/Grüne	FDP	Nichtwähler*innen	Verstorbene
Die LINKE	– 14.000	+ 1.000	+ 1.000		– 1.000	± 0	+ 4.000	-11.000

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten von infratest dimap.

Unter wahlgeografischen Gesichtspunkten ist festzustellen, dass die LINKE in Mecklenburg überdurchschnittlich abschnitt, in Vorpommern unterdurchschnittlich, und wie bei den Landtagswahlen zuvor in größeren Gemeinden überdurchschnittlich mehr Stimmen erhielt als in kleinen Dörfern (vgl. Tab. 5). Die LINKE ist nur noch in Nordwestmecklenburg, Schwerin und Rostock zweistellig, in allen anderen Städten und Landkreisen einstellig. Hochburgen finden sich nach wie vor in den alten Bezirksstädten Schwerin, Neubrandenburg und Rostock, wenn auch

34 Vgl. Ebd.
35 Maser/Scheele, 2016, S. 70.
36 Siehe zu den Ergebnissen und Daten aller Parteien den Beitrag von Müller/Muno.
37 Infratest dimap, WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021, Berlin.

die etablierten Bindungen nachlassen. In Neubrandenburg fuhr die Partei sogar überdurchschnittliche Verluste ein (vgl. Tab. 6). Die alten SED-Eliten in den Bezirksstädten, eine treue Klientel der LINKEN, scheinen, über 30 Jahre nach dem Ende der DDR, an Bedeutung zu verlieren. Dazu passt eine deutlich nachlassende Parteibindung, in Umfragen sprechen nur noch 8 Prozent der Befragten von einer langfristigen Parteibindung an die LINKE.[38]

Tab. 5: LINKE – Landtagswahlergebnis 2021 in regionalen Kontexten

MV Gesamt	9,9
Mecklenburg	10,5
Vorpommern	8,6
bis 6.000 Wahlber.	8,6
bis 10.000 Wahlber.	8,8
bis 20.000 Wahlber.	9,2
über 20.000 Wahlber.	11,8

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der amtlichen Ergebnisse. Zweitstimmenanteile in Prozent auf Ämterebene inklusive Briefwähler*innen (N=116).

Tab. 6: LINKE –Landtagswahlergebnis 2021, Hochburgen und Diasporagebiete

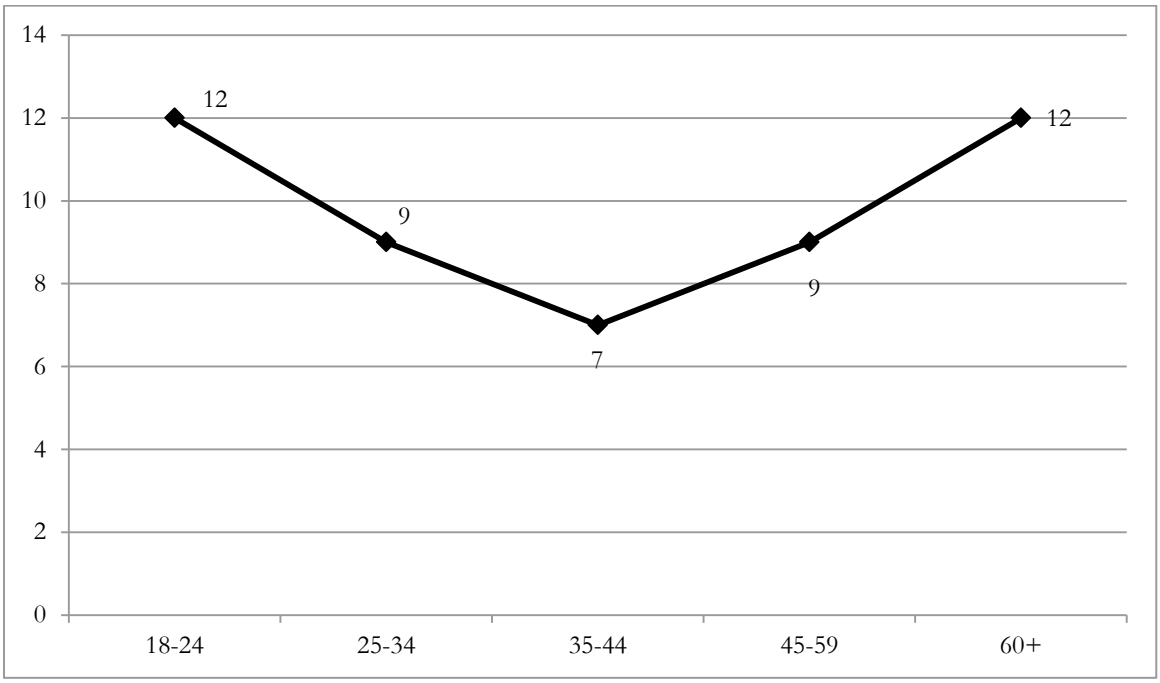
	Die Linke
MV Gesamt	9,9
Hansestadt Rostock III	14,7
Hansestadt Rostock II	14,2
Neubrandenburg I	12,8
Schwerin I	12,8
Hansestadt Rostock I	12,6
Ludwigslust-Parchim I	7,8
Vorpommern-Greifswald IV	7,6
Vorpommern-Greifswald V	7,5
Vorpommern-Greifswald III	7,4
Vorpommern-Greifswald II	7,3

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Landeswahlleitung MV, zeigt die fünf besten und die fünf schlechtesten Wahlkreise.

Der Blick auf die sozio-demographischen Strukturdaten zeigt hinsichtlich Alter, Geschlecht und Bildung bzw. Status Muster. In der jüngeren Alterskohorte der 18- bis 24-jährigen schnitt die LINKE mit 12 Prozentpunkten überdurchschnittlich gut ab, in den mittleren Alterskohorten von 25 bis 59 eher schwach, bei den über 60-jährigen wiederum mit 12 Prozentpunkten überdurchschnittlich gut. Damit zeigt sich in etwa eine V-förmige Verteilung der Altersstruktur der Wählerschaft (vgl. Abb. 2). Angesichts der Überalterung der Parteimitglieder ist das ein Hoffnungszeichen für die Partei, allerdings hatte die LINKE auf Bundesebene ein jüngeres Wählerprofil aufzuweisen. Die Überalterung der LINKEN in Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich hier nochmals deutlich.

[38] Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Analyse der Landtagswahl vom 26. September 2021, Mannheim.

Abb. 2: LINKE – Altersstruktur der Wählerschaft, Prozentpunkte in fünf Alterskohorten



Quelle: Eigene Darstellung nach infratest dimap und Forschungsgruppe Wahlen.

Bei der Geschlechterverteilung ist eine Gleichverteilung zwischen Männern und Frauen festzustellen. Schaut man sich Status und Bildung an, so schnitt die Partei überdurchschnittlich gut bei Wähler*innen mit höherer Bildung ab (12 Prozent bei Wähler*innen mit Abitur, sogar 16 Prozent bei Wähler*innen mit Hochschulabschluss). Überdurchschnittlich war der Erfolg bei Rentner*innen mit 11 Prozent, bei Arbeiter*innen hingegen mit 9 bis 10 Prozent leicht unterdurchschnittlich, am schlechtesten war die Zustimmung bei Beamt*innen und Selbständigen mit 4 bzw. 6 Prozent. Kombiniert man Bildung und Status, so wird das Bild noch deutlicher, der Bildungseffekt verstärkt sich. Ihr bestes Ergebnis erreicht die LINKE mit 22 Prozent bei älteren Menschen über 60 mit Hochschulbildung, besonders schlecht schneidet sie bei Menschen mittleren Alters mit geringem Bildungsabschluss ab (nur 2 Prozent), aber auch bei Älteren mit geringer Bildung (3 Prozent).[39] Dies ist besonders interessant, da sich die LINKE im Programm zur Landtagswahl auch auf Themen wie „soziale Gerechtigkeit", „Chancengleichheit", „gute Arbeit und gute Löhne" und die Angleichung von Löhnen und Renten in Ostdeutschland an das West-Niveau setzte und die Partei sich grundsätzlich als Verteidigerin des Sozialstaates im Interesse gesellschaftlich marginalisierter Teile der Bevölkerung versteht.[40]

Eine Zusammenfassung der sozialstrukturellen Faktoren zeigt, eine typische Wähler*in der LINKEN ist über 60 Jahre, Rentner*in, besitzt höhere Bildung bzw. einen Hochschulabschluss und wohnt in Rostock, Neubrandenburg, Schwerin oder Nordwest-Mecklenburg.

39 Vgl. Ebd.

40 Vgl. Tim Spier, Die Linke. Von der Regionalpartei Ost zur Partei des sozialen Souterrains?, in: Elmar Wiesendahl (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden 2017, S. 191–221.

5. Fazit

Mit 9,9 Prozent, dem schlechtesten Ergebnis seit 1990, blieb die LINKE deutlich hinter ihren Erwartungen zurück. Die Fokussierung auf Bildung im Wahlkampf erwies sich nicht als erfolgreich, ebenso wenig konnte Simone Oldenburg als Spitzenkandidatin besonders punkten. Es gelang der Partei ebenso wenig, Nichtwähler*innen zu mobilisieren wie neue Wähler*innen zu erschließen, vielmehr verlor die Partei deutlich insbesondere an die SPD, wie die Analyse der Wähler*innenwanderung zeigt. Die LINKE wurde gewissermaßen erdrückt zwischen den Sozialdemokrat*innen mit der beliebten Ministerpräsidentin und ihrem auch auf soziale Fragen ausgerichteten Wahlkampf einerseits und der AfD andererseits, die erfolgreich Protestwähler*innen und sich vernachlässigt fühlende und allgemein unzufriedene Menschen im Land (und besonders auf dem Land) anzog. Hinzu kommen strukturelle Probleme wie eine sinkende Parteibindung und eine stark überalterte Parteimitgliederschaft, die sich auch in dem überproportionalen Verlust an Wähler*innen an Friedhöfe ausdrückt. Das Bild einer idealtypischen Wähler*in der LINKEN offenbart diese Probleme: sie ist über 60 Jahre alt, Rentner*in, hat Hochschulabschluss und wohnt in einer Stadt. Insbesondere bei Menschen mittleren Alters oder mit geringer Bildung sowie im ländlichen Raum vermochte die LINKE nicht zu punkten. Optimistisch kann die Partei die Zustimmung bei sehr jungen Menschen stimmen, wenngleich ihr Anteil am Elektorat gering ist und tendenziell weiter zurückgeht.

Trotz des schlechten Ergebnisses konnte die LINKE aber eine Koalition mit der SPD bilden und wurde somit zugleich Wahlverliererin und Wahlgewinnerin.[41] Drei Faktoren dürften hierbei letztendlich den Ausschlag gegeben haben: die programmatische Nähe der beiden Parteien, das ruhige und geschlossene Auftreten der LINKEN, die damit einen Kontrapunkt zur CDU setzte, sowie die bescheidene Forderung nach nur zwei Ministerien.[42] Simone Oldenburg wurde Ministerin für Bildung und Kindertagesstätten, Jacqueline Bernhardt Ministerin für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz. Wurde in den sehr kurzen und sehr ruhigen Koalitionsverhandlungen immer wieder die Harmonie zwischen den Parteien und insbesondere den Spitzenfrauen betont, so muss die LINKE nun in der kommenden Legislaturperiode als Regierungspartei zeigen, wo letztlich ihre Existenzberechtigung liegt, um wieder mehr Menschen als Wähler*innen anzusprechen.

41 Vgl. Frank Pubantz, Rot-Rot für MV: Schwesig will mit den Linken regieren, in: OZ, 14.10.2021.

42 Vgl. die Beiträge von Müller/Sonnevend zur CDU sowie von Neuling zu Koalitionen in diesem Band.

Bündnis 90/Die Grünen – „Ein Landtag ohne Grün ist wie Klima ohne Schutz“

Leonard Björk/Christian Pfeiffer

1. Einführung

Bündnis 90/Die Grünen haben seit der Wende im Jahr 1990 einen traditionell schweren Stand im Nordosten. Auf den ersten Blick verwundert dies, hat das Bündnis doch seine Wurzeln in der Bürgerrechtsbewegung in Mecklenburg-Vorpommern, die einen wesentlichen Anteil am Fall der Berliner Mauer und der Wiedervereinigung hatte. Bei der Landtagswahl 1990 traten die beiden ostdeutschen Bürgerrechtsparteien Bündnis 90 und das Neue Forum zunächst getrennt von den 1980 in der BRD gegründeten Grünen an. Daraus, dass sie zusammen auf 9,3 Prozent kamen, aber keine alleine die Fünf-Prozent-Marke überwinden konnte, zogen die drei Parteien Konsequenzen, sodass sie sich im Juni 1993 zu Bündnis 90/Die Grünen vereinigten.[1] In der Folge sollte es der Partei jedoch nur einmal gelingen, in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns einzuziehen, in der Legislaturperiode 2011 bis 2016 war sie mit sieben Abgeordneten im Schweriner Schloss vertreten. Dieses auch im Bundesvergleich schwache Abschneiden in der Wähler*innengunst hat verschiedene Gründe, die in der Folge kurz dargestellt werden sollen.
Zunächst sind historische Gründe zu nennen. In den dreißig Nachwendejahren ist es den Grünen nicht gelungen, eine nennenswerte Verankerung im Bewusstsein der Bevölkerung zu erreichen, die über die Wahrnehmung des Bündnisses auf Bundesebene hinausgeht. Bereits 2006 schrieben Saalfeld und Socke der Partei ein „oppositionelles Schattendasein außerhalb des Parlaments“ zu.[2] Damit einher geht eine lange Zeit sehr schwach ausgeprägte Mitgliederstruktur im Bundesland, was für eine geringe Durchdringung der Bevölkerung mit grünen Themen steht. In den letzten Jahren war allerdings ein nennenswerter Mitgliederaufschwung zu verzeichnen, sodass die Partei in Mecklenburg-Vorpommern Stand Juli 2021 1.153 Mitglieder hinter sich vereinen konnte. Damit ist der Landesverband bundesweit zwar nach wie vor der kleinste der Partei, aber bezogen auf die in diesen Aspekt generell schwach aufgestellte Parteienlandschaft im Bundesland gehören die Grünen zu den wenigen, die überhaupt an Mitgliedern gewinnen können. Dennoch haben die wichtigsten Politiker*innen der Partei seit jeher einen geringen Bekanntheitsgrad in der breiten Bevölkerung. Kostadinov und Lemke urteilten allerdings in der letzten MV-Landtagswahlstudie bereits, dass die Grünen generell wegen Sachfragen gewählt werden und die personelle Aufstellung dementsprechend weniger entscheidend sei.[3] Dies wird durch die Nachwahlumfrage von infratest dimap zur Landtagswahl 2016 verdeutlicht. So äußerten sich 66 Prozent der befragten Grünen-Wähler*innen, dass sie die Partei in erster Linie wegen Lösungsvorschlägen zu Sachfragen gewählt haben.[4]

---

1 Michael Koch/Franziska Struck, Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 109-126, hier: S. 109.

2 Johannes Saalfeld/Carsten Socke, Landespolitisches Déjà-vu – Bündnis 90/Die Grünen, in: Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2007, S. 60–66, hier: 60.

3 Kalin Sebastian Kostadinov/Florian Lemke, Bündnis 90/Die Grünen – „Zukunft im Kopf. MV im Herzen.“, in: Martin Koschkar/Jan Müller/Christian Nestler (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg Vorpommern 2016 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2016, S. 75–83, hier: S. 79.

4 Infratest dimap (Hrsg.), Wahlreport Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern, Berlin 2016, S. 63.

Die regionale parteiinterne Struktur und Organisation konsolidierte sich mit den Jahren und ist in der Parteiorganisation fest verankert: Die Regionalorganisation der Partei besteht aus acht Kreisverbänden, derzeit insgesamt 14 Landesarbeitsgemeinschaften, die zur spezifischen Themenbearbeitung und Vernetzung dienen, sowie dem Landesfrauenrat. Zudem tagt einmal jährlich die Landesdelegiertenkonferenz, die alle zwei Jahre einen neuen Landesvorstand wählt. Auf allen politischen Ebenen gilt dabei eine strikt einzuhaltende Geschlechter-Parität.[5]
Der Hauptgrund für das bislang schwache Abschneiden der Grünen mag folglich ein anderer sein: Eine Partei wie die Grünen, deren Stammklientel bundesweit die urbane, junge, erwerbstätige und gut gebildete Mittelschicht ist[6], hat es in einem strukturschwachen Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern aus strukturellen Gründen schwer. Da das Land von einem großen Niedriglohnsektor geprägt ist und nach wie vor unter der Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen leidet, die insbesondere bis Anfang der 2010er Jahre abgewandert sind, ist das Wähler*innenpotential der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern eher begrenzt. Aussagen wie die der ehemaligen Spitzenkandidatin Silke Gajek, die auf der Landesdelegiertenkonferenz im Jahr 2016 ein Wählerpotential von 30 Prozent ausmachte[7], sind als eher unrealistisch zu bezeichnen.
In den folgenden Punkten lassen wir zunächst die außerparlamentarische Arbeit der Grünen in der siebten Legislaturperiode des Bundeslandes Revue passieren und gehen darauf folgend auf den Wahlkampf der Partei zu den Landtagswahlen am 26. September 2021 ein. Anschließend erfolgt eine Analyse des Wahlergebnisses und ein abschließender Ausblick auf die kommende Legislaturperiode.

2. Die Partei in der siebten Legislaturperiode 2016 bis 2021

Nach dem kurzen Intermezzo in der Legislaturperiode von 2011 bis 2016, in der die Partei erstmals im Landtag mit einer Fraktion vertreten war, fanden sich Bündnis 90/Die Grünen nach der Landtagswahl 2016 erneut in der außerparlamentarischen Opposition wieder. Mit einem Wahlergebnis von 4,8 Prozent schrammte die Partei nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde vorbei. Dass die mit der Partei zumindest zum Teil thematisch verwandte Tierschutzpartei 1,2 Prozent der Stimmen holte, sollte dabei einen großen Ausschlag geben. Dass der Verlust mit 3,9 Prozent gegenüber der vorherigen Landtagswahl deutlich größer ausfiel, mag verdeutlichen, dass die Gründe für das Nichteinziehen dennoch vielschichtiger waren. So mag ein möglicher Konflikt zwischen Fraktion und Partei in der vorherigen Legislaturperiode, der sich aus der Aufstellung der Landesliste mit vielen „neuen Gesichtern" ableiten lässt, einen gewissen Ausschlag auf das Wahlergebnis gehabt haben.
In der außerparlamentarischen Opposition fiel es der Partei naturgemäß schwer, Akzente zu setzen, um die politische Debatte und den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen. Eine personelle Neuordnung der Partei fand zunächst in Teilen statt. So wurde auf dem ersten Landesparteitag nach der Wahl am 15. Oktober 2016 Claudia Müller als Landesvorsitzende wiedergewählt. Johann-Georg Jaeger hingegen löste Andreas Katz, Landesvorsitzender seit 2012, in der Doppelspitze ab. Jaeger kündigte an „die Grünen als Diskussionsplattform in MV" etablieren zu wollen:

5 Koch/Struck 2016, S. 112f.
6 Ebd., S. 120.
7 Kostadinov/Lemke 2016, S. 75.

> „Gegen den Populismus und seine ‚einfachen Wahrheiten' müssen wir den Freiraum einer offenen und fairen Debatte setzen. Dazu gehört auch, alte Gewissheiten zu hinterfragen und in der Gesellschaft zur Diskussion stellen. Nur so kann es uns gelingen, gemeinsame Haltungen zu den großen Themen unserer Zeit immer wieder aufs Neue gesamtgesellschaftlich zu verankern - etwa bei der Energiewende. Auch die Schwierigkeiten auf diesem Weg müssen dabei klar benannt werden."[8]

Insgesamt war der Landesverband in seiner Führungsspitze jedoch einer offenkundigen personellen Fluktuation unterworfen. Nachdem Claudia Müller bereits im März 2017 zur Spitzenkandidatin der Landes-Grünen für die Bundestagswahl 2017 gewählt wurde, löste sie den vorherigen langjährigen einzigen grünen Bundestagsabgeordneten Mecklenburg-Vorpommerns Harald Terpe, der seit 2005 stets über die Landesliste in den Bundestag eingezogen war, in dieser Funktion ab und kündigte kurz nach der Wahl ihren Rückzug vom Landesvorsitz der Partei an. In der Bundestagesfraktion fungiert sie als Mittelstandsbeauftragte und Sprecherin für maritime Wirtschaft. Zu ihrer Nachfolgerin wurde Claudia Schulz gewählt.[9] Johann-Georg Jaeger wiederum wurde von der ehemaligen Landtagsabgeordneten Ulrike Berger im November 2018 abgelöst, die sich in einer Kampfabstimmung auf der Landesdelegiertenkonferenz knapp durchsetzen konnte. Berger gab ein starkes Abschneiden der Partei bei den Kommunalwahlen 2019 als Ziel aus, bei denen die Landesgrünen von den starken Umfrageergebnissen der Bundesgrünen bzw. deren „Rückenwind" profitieren sollten.[10] In der Tat konnten die Grünen bei den Kommunalwahlen mit insgesamt 10,3 Prozent ein sehr gutes Ergebnis einfahren. Dies hatte zur Folge, dass die Partei in allen Kreistagen und kreisfreien Städten politisch vertreten ist und in Greifswald mit Stefan Fassbinder seit Oktober 2015 gar den Oberbürgermeister stellt. Eine kommunale Verankerung der Partei war somit trotz der fehlenden parlamentarischen Vertretung auf Landesebene durchaus gegeben.

Trotz dieser durchaus vielversprechenden Ergebnisse wurde Anfang 2020 von innerparteilichen Querelen berichtet, in deren Zuge drei der neun Vorstandsmitglieder zurückgetreten waren.[11] Dies machte eine vorgezogene Vorstandwahl im August 2020 notwendig, bei der Weike Bandlow und Ole Krüger zur Doppelspitze gewählt wurden.[12]

Trotz dieser geringen Kontinuität auf der Führungsebene bestätigte sich der angesprochene Aufwärtstrend bei den Europawahlen, als die Grünen zwar mit 10,8 Prozent deutlich unter dem Sensationsergebnis der Partei auf Bundesebene zurückblieben (20,5 Prozent), jedoch mit dem auf

---

8 Manuel Zirm, Grüner Parteitag wählt Müller und Jaeger zu neuen Landesvorsitzenden, abrufbar unter: https://gruene-mv.de/start/news-detail/article/gruener_parteitag_waehlt_mueller_und_jaeger_zu_neuen_landesvorsitzenden/ (Stand: 08.11.2021).

9 Anne Kubik, Claudia Schulz zur neuen Parteichefin gewählt - Maßnahmen für Erhalt der Artenvielfalt beschlossen, abrufbar unter: https://gruene-mv.de/start/news-detail/article/claudia_schulz_zur_neuen_parteichefin_gewaehlt_massnahmen_fuer_erhalt_der_artenvielfalt_beschlossen/ (Stand: 08.11.2021).

10 Uwe Reißenweber, Frauen gewinnen Kampfabstimmung bei MV-Grünen, Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/frauen-gewinnen-kampfabstimmung-bei-mv-gruenen-2033486910.html (Stand: 09.11.2021).

11 O.A., MV-Grüne planen vorzeitige Vorstandswahl, Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/mv-gruene-planen-vorzeitige-vorstandswahl-2238173901.html (Stand: 09.11.2021).

12 Frank Pubantz, Grünen-Parteitag in Güstrow: Weike Bandlow und Ole Krüger sind die neuen Chefs in MV, OZ-online, abrufbar unter: https://www.ostsee-zeitung.de/Nachrichten/MV-aktuell/Gruenen-Parteitag-in-Guestrow-Weike-Bandlow-und-Ole-Krueger-sind-die-neuen-Chefs-in-MV (Stand: 09.11.2021).

Listenplatz 18 angetretenen Niklas Nienaß einen MV-Grünen in das Brüsseler Europaparlament entsenden konnten.[13]

Trotz außerparlamentarischer Opposition konnte der Landesverband in der Legislaturperiode von 2016 bis 2021 den größten Mitgliederzuwachs seiner Geschichte verzeichnen (von 645 auf 1.171) (siehe Tab. 1). Vor allem das Aufkommen der Bewegung „Fridays for Future" gab der Partei Auftrieb, auch wenn die Bewegung keine institutionelle sondern lediglich thematische Nähe zu den Grünen hat. Die starke Rezeption von „Fridays for Future" in der Öffentlichkeit sowie das immer drängendere Problem der globalen Erderwärmung mögen zudem zu den angesprochenen guten Wahlergebnissen bei Kommunal- und Europawahl beigetragen haben. Aus diesem Grund war die Hoffnung der Grünen im Vorfeld des Wahlkampfs, den Schwung aus den vorherigen Wahlen und aus der neuen Zentralität des Klimadiskurses in die Bundes- und Landtagswahlen mitzunehmen, nicht unbegründet.

Tabelle 1: Mitgliederentwicklung Bündnis90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern

Jahr	1990	2000	2005	2010	2015	2016	2017	2018	2019	2021
Mitgliederzahl	254	311	288	446	584	645	664	777	990	1.171

Quelle: Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland: Version 2020, in: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 31 (2020), S. 15-16; O.A., Grüne mit größtem Mitgliederzuwachs unter den Landesparteien, abrufbar unter: https://www.zeit.de/news/2021-04/06/gruene-mit-groesstem-mitgliederzuwachs-unter-den-landesparteien (Stand: 01.12.2021).

Im Vorfeld der Landtagswahlen erlebte die Partei tatsächlich einen weiteren Aufschwung und konnte in der Umfrage im Mai 2021 gar 14 Prozent der Wähler*innenpräferenz erreichen.[14] Sicherlich wurde der Landesverband dabei von dem kurzen Hype um die Bundesspitzenkandidatin Annalena Baerbock getragen, der aber bald darauf wieder abebbte, womit auch die Umfrageergebnisse der MV-Grünen deutlich abflachten. Dennoch konnten sie sich begründete Hoffnungen auf einen Wiedereinzug in den Landtag machen.

3. Wahlkampfstrategien

3.1. Themenwahlkampf

Beim coronabedingt ersten volldigitalen Parteitag am 5. und 6. Juni 2021 stimmten 91,5 Prozent der Delegierten dem Wahlprogramm der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern zu.[15] Der Landesparteitag verlief dabei ohne größere Unruhen und Entscheidungen konnten nahezu ohne Gegenstimmen gefällt werden. Dazu wurden bereits vor dem Parteitag rund 280 Änderungsanträge am Programmentwurf in Arbeitsgruppen diskutiert.[16]

---

13 Gerald Kleine Wördemann, MV-SPD verliert EU-Sitz, Grüne gewinnen zwei, OZ-online, abrufbar unter: https://www.ostsee-zeitung.de/Nachrichten/MV-aktuell/Europawahl-in-Mecklenburg-Vorpommern-SPD-verliert-ihren-Sitz-in-Bruessel-Gruene-gewinnen-zwei (Stand: 09.11.2021).

14 Udo Roll, 14 Prozent für die Grünen in MV - wie realistisch ist dieses Szenario bei der Landtagswahl, SVZ-online, abrufbar unter: https://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/14-Prozent-fuer-die-Gruenen-in-MV-wie-realistisch-ist-dieses-Szenario-id32838667.html (Stand: 09.11.2021).

15 Anna-Lou Beckmann, Breite Zustimmung bei den Grünen in MV für das Wahlprogramm, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Breite-Zustimmung-bei-Gruenen-in-MV-fuer-Wahlprogramm,gruene1454.html (Stand: 06.06.2021).

16 Ebd.

In dem „Mal ehrlich: Für Klima, Land und Miteinander." betitelten Programm konzentriert sich die Partei auf eine zukunftsorientierte Vision für MV, mit ökologisch-nachhaltigen Forderungen und Vorschlägen. Die Spitzenkandidatin der Grünen, Anne Shepley, sagte: „Das Programm ist eine Investition in die Zukunft."[17] Auf ungefähr 130 Seiten, unterteilt in 14 Kapiteln, wird versucht, alle relevanten Themen abzudecken. Besonders soziale Belange erhalten weitreichende Bedeutung und sollen verdeutlichen, dass sich Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit nicht gegenseitig ausschließen würden. Die Schwerpunkte Klima, Umwelt und Nachhaltigkeit sind dabei in fast allen Themenbereichen vertreten, Aspekte wie Finanzen und Wirtschaft stehen dahingegen nicht im Fokus des Wahlprogramms. „Konkret wollen die Grünen das Land bis 2035 klimaneutral gestalten. Radwege sowie Bus- und Bahnanbindungen sollen weiter ausgebaut werden und E-Autos verstärkt zum Einsatz kommen."[18] Der Individualverkehr im ländlichen Raum soll klimafreundlicher gestaltet, das Auto aber nicht abgeschafft werden. Darüber hinaus fordern die Grünen den Ausbau der Windräder und das die Anliegergemeinden von diesen profitieren sollen. Der ökologische Landbau soll auf 30 Prozent der Nutzflächen ausgebaut und der Einsatz von Düngemitteln begrenzt werden.[19]
Im Bereich der Rechtsstaatlichkeit fordern die Grünen eine Überarbeitung des Verfassungsschutzes und Reformen bei der Polizei. In der Bildungspolitik stehen neben der Förderung von Nachhaltigkeit und Demokratie im Unterricht auch die Sanierung und Modernisierung der Schulen im Land im Fokus. Zur „Bekämpfung" des Fachkräftemangels setzen die Grünen auf bessere Ausbildung, bessere Bezahlung und das Anwerben ausländischer Fachkräfte. Um zusätzlich den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu fördern, soll unter anderem eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle geschaffen werden. Die Familienpolitik der Grünen ist mit einer Politik gegen die Armut gleichzusetzen und sieht unter anderem die Überarbeitung des Kindertagesförderungsgesetzes vor. Dies implementiert die gesetzliche Verankerung von Standards und Qualität der Kindertagesförderung im Land sowie die Schaffung von weiteren Stellen zur Förderung von Sozialarbeit in Kitas mit besonderem Bedarf. In den Themengebieten der Finanz- und Wirtschaftspolitik zielen die Grünen auf eine nachhaltigere Entwicklung des Bundeslandes ab. Zudem soll der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 die Unterstützung entzogen werden. Die Grünen haben sich damit als einzige größere Partei gegen die Inbetriebnahme der Pipeline ausgesprochen. Die Partei stört sich hierbei nicht nur an der Schädlichkeit des Erdgases für die Natur, sondern auch an einer drohenden geopolitischen Abhängigkeit Deutschlands gegenüber Russland. Im Rahmen der Gleichstellung fordert die Partei die Schaffung eines Paritätsgesetzes für Kommunal- und Landtagswahlen sowie die Senkung des Wahlalters in Mecklenburg-Vorpommern auf 16 Jahre.[20]
Trotz aktueller Schwerpunkte, wie etwa Nord Stream 2, weist das Parteiprogramm insgesamt große Überschneidungen zum Programm von 2017 auf.

3.2. Personenwahlkampf

Im August 2020 wählten die Delegierten einen neuen Landesvorstand der Bündnis 90/Die Grünen. Mit Weike Bandlow und Ole Krüger setzte man dabei erneut auf die traditionelle „Doppel-

17 Ebd.
18 Ebd.
19 Bündnis 90/Die Grünen MV: Für Klima, Land und Miteinander. Wahlprogramm 2021, abrufbar unter: https://gruene-mv.de/userspace/MV/lv_mv_Wahlen_2020/210721_Wahlprogramm_LTW_21_final.pdf (Stand: 12.11.2021), S. 8–23.
20 Ebd., S. 25–69.

spitze“. Auf dem folgenden Landesparteitag in Güstrow, Ende Oktober, wurde eine solche „Doppelspitze“ auch für die Landtagswahl 2021 gewählt.[21] Dabei wurde der erste Listenplatz, nach der Satzung der Grünen, einer Frau zugeschrieben. Mit Anne Shepley erhielt dabei eine junge und unerfahrene Politikerin das Vertrauen, die Partei im Wahlkampf zu führen. Shepley ist erst seit 2018 Mitglied der Grünen und übernahm am 1. März 2021 den Fraktionsvorsitz im Kreistag von Nordwestmecklenburg, nachdem sie bereits als Stellvertreterin tätig war. In der Abstimmung um die Parteiführung konnte sie sich direkt im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gegen die ehemaligen Landesvorsitzenden Claudia Schulz und Ulrike Berger durchsetzen. Auch der männliche Spitzenkandidat Harald Terpe wurde mit absoluter Mehrheit gewählt und unterstützte mit seiner Erfahrung Anne Shepley.[22] Terpe war bereits seit 1990 Mitglied bei Bündnis 90 und vertrat die Partei zwischen 2005 und 2017 im Bundestag.[23] Diese Erfahrung reichte allerdings nicht aus, um die Bekanntheit der Spitzenkandidatin zu fördern. In einer Erhebung von infratest dimap kurz vor der Wahl gaben nur 22 Prozent der befragten Personen an, Anne Shepley zu kennen.[24] Die Spitzenkandidaten konnte daher nur wenig für ihre Partei und Themen werben. Aus der Unbekanntheit der Kandidaten ergab sich zudem, dass ein Personenwahlkampf der Grünen von Beginn an aussichtslos erschien und daher Themen in den Mittelpunkt des Wahlkampfs gerückt wurden.

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes trat die Kanzlerkandidatin der Grünen, Annalena Baerbock bei einer Diskussionsveranstaltung in Rostock auf. Der Landtagskandidat aus Rostock, Christopher Dietrich, bezeichnete diese Veranstaltung als den Höhepunkt des Wahlkampfes in Mecklenburg-Vorpommern. Neben Baerbock sprachen auch Anne Shepley, Harald Terpe sowie die Bundestagskandidatin Claudia Müller. Annalena Baerbock warb für die Landtagswahl mit der Aussage, dass ohne die Grünen im Landtag der Klimaschutz hinten runterfallen würde.[25]

3.3. Angriffswahlkampf

Als außerparlamentarische Opposition fehlte den Grünen die Bühne des Landtags, um einen medienwirksamen Angriffswahlkampf zu führen. Stattdessen konzentrierte man sich auf die kommunale Ebene, das Ehrenamt und Auftritte in den Medien. Ein erster Schritt war der frühe Beschluss des Wahlprogramms der Partei.

Mit diesem Programm wolle man Versäumtes korrigieren, so Terpe auf dem Parteitag im Juni. Dem NDR sagte er weiter, dass Klimapolitik eine andere Energiepolitik brauche und kritisierte, dass die Energiepolitik der SPD in Teilen veraltet sei. Dies bestätige sich durch die Tatsache, dass die Landesregierung Erdgas weiterhin als eine Brückentechnologie bezeichne. Terpe richtete seine Kritik dabei nicht nur gegen das von Christian Pegel (SPD) geführte Energieministerium, sondern auch gegen das von SPD-Mann Till Backhaus geleitete Landwirtschaftsministerium. In diesem seien jahrelang Fehler begangen und nicht korrigiert worden. Terpe kritisiert dabei auch den

21 Vgl. o.A., Neuer Landevorstand der Grünen gewählt, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Guestrow-Gruene-haben-neuen-Landesvorstand-gewaehlt,gruene1372.html (Stand: 30.06.2021).

22 Vgl. o.A., Grünes Spitzenteam gewählt: Anne Shepley und Harald Terpe, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Gruenes-Spitzenteam-gewaehlt-Anne-Shepley-und-Harald-Terpe,gruene1390.html (Stand: 31.10.2020).

23 Ebd.

24 Infratest dimap (Hrsg.), Erhebung zwischen 13.09. und 15.09, Tagesschau-online, abrufbar unter: https://www.tagesschau.de/inland/mecklenburg-vorpommern-trend-101.pdf (Stand: 12.10.2021).

25 Diskussionsveranstaltung der Bündnis 90/Die Grünen in Rostock am 06.09.2021.

Umgang mit Alt Tellin und die Inkonsequenz der SPD-Politik in diesen Bereichen. Dabei spielt er auf den Großbrand in der Schweinemastanlage in Alt Tellin an, bei dem über 50.000 Schweine verbrannten.[26]
Auf dem Landesparteitag der CDU attackierte der Spitzenkandidat der CDU, Michael Sack, die Grünen als eine Partei, für die alles „außerhalb der Universitätsstädte [...] eine No-go-Area" sei.[27] Gleichzeitig versuchte er sich eine mögliche Koalition offenzuhalten und sagte: „Die Grünen sind für die CDU ein möglicher Koalitionspartner. Nicht weniger. Aber auch nicht mehr."[28] Zuvor hatte der Kreisverband der Grünen in Vorpommern-Greifswald einen Prüfantrag zur Dienstpflichtverletzung gegen Michael Sack beim Innenministerium eingereicht, dabei ging es um die Verzögerung bei der Weitergabe von Corona-Fallzahlen. In einer gemeinsamen Erklärung mit SPD und LINKE forderten die Grünen den Rücktritt von Sack als Landrat, nachdem dieser im NDR-Sommerinterview erklärte, er wolle in den Schweriner Landtag einziehen. Mit dieser Absicht, könne er nicht zeitgleich als Landrat tätig sein und solle daher zurücktreten, so die Begründung.[29]

3.4. Besonderheiten im Wahlkampf

Der gesamte Wahlkampf der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern wurde von Missgeschicken und kleineren Skandalen begleitet. So überklebte beispielsweise Katharina Horn, die Vorsitzende der Grünen Jugend MV und Listenplatz zwei für die Bundestagswahl, Wahlplakate der CDU mit Aufklebern, auf denen „Korrupt" zu lesen war, und erhielt dafür neben einer Anzeige wegen Sachbeschädigung und einem Ermittlungsverfahren des Staatsschutzes auch viel negative Presse. Horn musste sich anschließend öffentlich entschuldigen.[30] Nach dem Skandal wurde sie weitestgehend aus dem Wahlkampfveranstaltungen herausgehalten. Bei dem Besuch von Annalena Baerbock in Rostock sollte sie eigentlich als Gast auftreten, nach dem Vorfall wurde davon allerdings abgesehen.
Auch der Landtagskandidat für die Region Stavenhagen, Malchin und Altentreptow, Stefan Frey, sorgte mit einem „Anti-AfD-Video" für negative Presse. Die Ostsee-Zeitung schrieb von einem Wahlkampfvideo mit verstörenden Kriegsszenen und Wehrmachtssoldaten.[31] Dazu der Slogan: „Überlassen Sie unsere Zukunft nicht Gestrigen und Klimaleugnern".[32] Die Grünen distanzierten

---

26 Vgl. Anna-Lou Beckmann, Breite Zustimmung bei den Grünen in MV für das Wahlprogramm, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Breite-Zustimmung-bei-Gruenen-in-MV-fuer-Wahlprogramm,gruene1454.html (Stand: 06.06.2021).

27 Andreas Becker, CDU warnt vor einer rot-rot-grünen Mehrheit in MV, Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/cdu-warnt-vor-einer-rot-rot-gruenen-mehrheit-in-mv-1843972206.html (Stand: 18.06.2021).

28 Ebd.

29 Vgl. Steffan Ludman, Sack kontert Rücktrittsforderung von SPD, Linke und Grünen, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Sack-kontert-Ruecktrittsforderung-von-SPD-Linke-und-Gruenen,cdu1574.html (Stand: 18.08.2021).

30 Ralph Sommer, Mehrere Anzeigen gegen Grüne-Kandidatin Katharina Horn, Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/anklam-greifswald-pasewalk-ueckermuende/mehrere-anzeigen-gegen-gruenen-kandidatin-katharina-horn (Stand: 30.10.2021)

31 O.A., Nach Kriegs-Video: Seenplatte-Landtagskandidat verlässt Grüne, OZ-online, abrufbar unter:https://www.ostsee-zeitung.de/Nachrichten/MV-aktuell/Seenplatte-Landtagskandidat-Stefan-Frey-verlaesst-Gruene-nach-Kriegs-Video(Stand: 16.08.2021).

32 O.A., Grüne distanzieren sich von Kriegswahlvideo eines Kandidaten, SZ-online, abrufbar unter: https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-schwerin-gruene-distanzieren-sich-von-kriegswahlvideo-eines-kandidaten-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210815-99-852619 (Stand: 15.08.2021).

sich ausdrücklich davon, „Menschen, die dem wissenschaftlichen Konsens zum Klimawandel widersprechen, unreflektiert mit Nationalsozialisten gleichzusetzen“.[33] Frey musste die Partei anschließend verlassen und trat als parteiloser Kandidat zur Wahl an.
In einer Interview-Reihe mit den Spitzenkandidat*innen zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern war Anne Shepley bei Tilo Jung zu Gast. In insgesamt 110 Minuten stellte sie sich den Fragen des Journalisten und offenbarte dabei ihre politische Unerfahrenheit. Auf viele Fragen konnte sie keine Antwort geben und zeigte sich dabei von sich selbst überrascht. „Ich finde es so krass, dass ich mir über diesen Punkt noch keine Gedanken gemacht habe“, antwortete sie auf die Frage welche Aspekte in möglichen Koalitionsverhandlungen priorisiert werden sollten.[34]
Ebenfalls zu erwähnen ist eine Wahlkampfspende in Höhe von einer Millionen Euro durch einen Greifswalder Software-Entwickler und Grünen-Mitglied an die Bundespartei sowie eine Spende in Höhe von 52.000 Euro, ebenfalls aus Mecklenburg-Vorpommern.[35]
Insgesamt betrachtet kann somit von einem durchwachsenen Wahlkampf der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern gesprochen werden, der von personellen Fehlern, Unachtsamkeiten und Naivität gekennzeichnet war. Lichtblicke in der Performance sind in den besseren personellen und strukturellen Rahmenbedingungen zu erkennen, die sich der Partei im Gegensatz zu vorherigen Landeswahlkämpfen boten, bedingt durch die deutlich angewachsene Mitgliederzahl und die gestiegene Präsenz auf kommunaler Ebene.

4. Wahlergebnis

Nach dem Scheitern in der letzten Wahl gelang es den Grünen, 2021 wieder in den Landtag einzuziehen. Mit einem Zugewinn von 1,5 Prozent erhielt die Partei insgesamt 6,3 Prozent der Stimmen und ist damit genau wie die FDP, der ebenfalls der Wiedereinzug in das Schweriner Schloss gelang, mit fünf Sitzen im neuen Landtag vertreten.
Bei einer Erhebung von infratest dimap im Juni 2021 erhielten die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern noch 14 Prozent. Das endgültige Wahlergebnis lag 7,7 Prozentpunkte unter diesem Wert. Dennoch wird von einer erfolgreichen Wahl gesprochen, was an dem eigentlichen Ziel der Grünen liegt: Dem Einzug in den Landtag – und dieses Ziel wurde erreicht.[36]
Bei der Betrachtung der einzelnen Wahlkreise zeigt sich ein bekanntes Bild. Wie in vorherigen Wahlen gelang es den Grünen nicht, das Klientel des ländlichen Raums für sich zu gewinnen. Im Wahlkreis Vorpommern-Greifswald IV erzielten die Grünen mit 2,1 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis. Die Ergebnisse aus den Wahlkreisen Vorpommern-Greifswald V (2,2 Prozent) und Mecklenburgische Seenplatte II (2,4 Prozent) verdeutlichen diese Problematik. Im Gegensatz dazu gelang es den Grünen, ihren Stimmengewinn in den Städten auszubauen. Das stärkste Ergebnis erzielten sie in den Universitätsstädten, in den Wahlkreisen Hansestadt Rostock III (18 Prozent) und Greifswald (14,4 Prozent). Aber auch in den Wahlkreisen Hansestadt Rostock IV (12,9 Prozent), Schwerin I (11,8 Prozent) und Stralsund II (10,0 Prozent) konnten die Grünen

33 Ebd.
34 Tilo Jung, Anne Shepley, Grüne-Spitzenkandidatin in Mecklenburg-Vorpommern - Jung & Naiv: Folge 529, abrufbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=-gkSudsqGNM&t=4884s (Stand: 31.08.2021).
35 O.A., Millionen-Spende für die Grünen aus Greifswald, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Millionen-Spende-fuer-die-Gruenen-aus-Greifswald-,gruene1418.html (Stand: 30.06.2021).
36 Umfragen Mecklenburg-Vorpommern, Wahlrecht.de, abrufbar unter: https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/mecklenburg-vorpommern.html (Stand:13.10.2021).

zweistellige Ergebnisse erzielen.[37] Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Alter der Grünen-Wähler*innen. In der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen erhielt die Partei 13 Prozent, mehr als dreimal so viel als in der Gruppe 60+ (4 Prozent).[38] Somit gelang es den Grünen aber dennoch nicht, die jüngere Wählerschaft für sich zu gewinnen, sie lagen in den Umfragewerten hinter der SPD (20 Prozent), hinter den sonstigen Parteien (18 Prozent) und auch hinter der AfD (17 Prozent).[39] Die Wahlanalyse von infratest dimap ergibt, dass die typische Grün-Wähler*in jung und weiblich ist, darüber hinaus hat sie einen hohen Bildungsabschluss, befindet sich in einer guten bis sehr guten wirtschaftlichen Lage und arbeitet als Beamtin oder Selbständige.[40]

Historisch gesehen stand die Partei in Mecklenburg-Vorpommern vor einer großen Herausforderung, anders als im Rest der Bundesrepublik haben die Themen Umweltschutz und Klimawandel nur einen geringen Stellenwert. Im September 2021 gaben lediglich 10 Prozent der Befragten an, dass diese Themen zu den wichtigsten Herausforderungen im Land zählten.[41] Deutlich wichtiger waren den Befragten Aspekte zur Bildung, Schule und Ausbildung, aber auch bezüglich der Arbeitslosigkeit und des Arbeitsmarkts. Auf die Frage, welche Partei die Probleme im Land am besten lösen könnte, erhielten die Grünen lediglich 3 Prozent der Stimmen und schnitten damit unter den kommenden Landtagsparteien am schlechtesten ab.[42] Unter den Grün-Wählenden gaben 76 Prozent der Befragten an, dass das Thema Umwelt und Klima die größte Rolle bei ihrer Wahlentscheidung gespielt hat.[43]

Das Abschneiden der Tierschutzpartei kann als ein weiterer Aspekt für das Wahlergebnis der Grünen verstanden werden. Mit 15.188 Stimmen erhielt sie 1,66 Prozent. Dabei besteht die Möglichkeit, dass sich das Wähler*innen-Klientel beider Parteien stark überschneidet und es den Grünen nicht gelang, dieses Wähler*innenpotenzial für sich zu nutzen.[44] Bei der Betrachtung der Wähler*innenwanderung fällt auf, dass die Grünen ungefähr 1.000 Stimmen an Kleinstparteien verloren haben, die Tierschutzpartei gleichzeitig rund 5.000 Stimmen im Vergleich zur vorherigen Wahl dazugewonnen hat. Zeitgleich gelang es den Grünen, ca. 5.000 Stimmen von bisherigen Nichtwähler*innen zu gewinnen, 3.000 Stimmen von der CDU und 1.000 Stimmen von Die LINKE.[45]

Angesprochen auf die Bundesumfragewerte sagte die Landesvorsitzende der Grünen, Weike Bandlow: „Wir Bündnisgrünen im Osten können uns nicht allein auf den Bundestrend verlassen.“[46] Und auch Ole Krüger erklärte, dass die Voraussetzungen im Land andere seien, als im

---

37 O.A., Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern. Ergebnisse in den Wahlkreisen, ZDF-online, abrufbar unter: https://wahltool.zdf.de/wahlkreise/e2021-09-26-LT-DE-MV.html (Stand: 29.09.2021).

38 Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Mecklenburg-Vorpommern, Eine Analyse der Landtagswahl vom 26. September 2021, Mannheim 2021.

39 Ebd.

40 Infratest dimap (Hrsg.), WahlREPORT Landtagswahl, Mecklenburg-Vorpommern 2021, Eine Analyse der Wahl vom 26. September 2021, Berlin 2021, S. 52.

41 Infratest dimap (Hrsg.), Mecklenburg-VorpommernTREND September 2021, abrufbar unter: https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/mecklenburg-vorpommern/laendertrend/2021/september/ (Stand: 13.10.2021).

42 Ebd.

43 O.A., Mecklenburg-Vorpommern. Landtagswahlen 2021, Tagesschau-online, abrufbar unter: https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-LT-DE-MV/index.shtml (Stand: 14.10.2021).

44 Siehe den Beitrag von Lorenz/Voß in diesem Band.

45 O.A., Mecklenburg-Vorpommern. Landtagswahlen 2021, Tagesschau-online, abrufbar unter: https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-LT-DE-MV/index.shtml (Stand: 14.10.2021).

46 Anna-Lou Beckmann, So reagiert die Politik in MV auf die Wahl in Sachsen-Anhalt, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/So-reagiert-die-Politik-in-MV-auf-die-Wahl-in-Sachsen-Anhalt,landtagswahl4194.html (Stand: 30.06.2021).

Bund.[47] Bei einem Vergleich von Bundes- und Landestrend ist eine Kausalität jedoch nicht zu übersehen. So hatten die Bundesgrünen ihren Umfragehöhepunkt Anfang Mai 2021 (26 Prozent nach infratest dimap), die Grünen auf Landesebene hatten ebenfalls kurz darauf ihren Umfragehöchstwert (14 Prozent nach infratest dimap).[48] Nach dem Umfragehoch sanken die Werte für die Grünen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Obwohl die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern ihre Umfragewerte nicht allein im Zusammenhang mit dem Bundestrend sehen, zeigen die Daten somit eine deutliche Abhängigkeit der Umfragewerte im Land zu denen im Bund.

5. Ausblick

Im Rahmen der ersten Fraktionssitzung wurde Harald Terpe einstimmig als Fraktionsvorsitzender gewählt. Die eigentliche Spitzenkandidatin, Anne Shepley, wurde lediglich zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt, soll aber nach der Hälfte der Legislaturperiode den Fraktionsvorsitz übernehmen. Als parlamentarische Geschäftsführerin vervollständigt Constanze Oehlrich den Fraktionsvorstand.[49]

Durch den Gewinn der Landtagsmitgliedschaft und die damit verbundene Einrichtung der Wahlkreisbüros erhält die Partei die Möglichkeit, ihre eigenen Strukturen, insbesondere im ländlichen Raum, auszubauen und so wieder eine Präsenz zu schaffen, die sie zuvor aufgrund ihrer Abwesenheit im Parlament verloren hatte.

Nach eigenen Aussagen waren die Grünen an einer Regierungsbeteiligung interessiert, mit dem Beschluss einer Koalition aus SPD und Die LINKE werden sie sich allerdings auf die Oppositionsrolle beschränken müssen.

Da sich die Grünen als einzige der größeren Parteien in Mecklenburg-Vorpommern gegen die Ostseepipeline Nord-Stream 2 ausgesprochen haben, besteht in diesem Punkt die Möglichkeit, eine starke Oppositionsarbeit zu leisten, sollte die Inbetriebnahme der Pipeline weiter ein Thema der politischen Debatte bleiben. Diese Abgrenzung zu den anderen Parteien wird auch zwingend notwendig sein, um unter einer Rot-Roten-Regierung nicht an Bedeutung zu verlieren. Anne Shepley kritisierte die Koalitionsverhandlungen von SPD und Die LINKE, ihre „Ziele seien unrealistisch und unzureichend, der Linken komme es offenbar nur darauf an mitzuregieren und nicht so sehr darauf, was inhaltlich dabei rauskomme."[50] Die Grünen werden langfristig von einer steigenden Relevanz der Umweltfragen profitieren, eine Thematik, die aber auch von Die LINKE auf Landesebene vermehrt aufgegriffen wird und zu einer zukünftigen Konkurrenz um das gleiche Wähler*innenklientel führen könnte. Die oberste Maxime der Grünen für die kommende Landtagslegislatur lautet daher: Präsenz zeigen, um so trotz weniger Sitze Deutungsmacht zu gewinnen.

---

47 O.A., Wie hilft Baerbocks Kanzlerkandidatur den Grünen in MV?, NDR Nordmagazin vom 19.04.2021, abrufbar unter: https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/nordmagazin/Wie-hilft-Baerbocks-Kanzlerkandidatur-den-Gruenen-in-MV,nordmagazin84090.html (Stand: 30.06.2021).

48 Infratest dimap (Hrsg.), Sonntagsfrage Bundestagswahl, abrufbar unter: https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/ (Stand: 14.10.2021).

49 O.A., GRÜNE Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat sich konstituiert, abrufbar unter: https://gruene-mv.de/start/news-detail/article/gruene-fraktion-im-landtag-von-mecklenburg-vorpommern-hat-sich-konstituiert/ (Stand: 14.10.2021).

50 O.A., MV-Grüne wollen in Land und Bund kooperieren, NDR- online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/MV-Gruene-wollen-in-Land-und-Bund-kooperieren,gruene1490.html (06.11.2021).

Die FDP – Wiedereinzug in den Landtag

Layla Siebert/Simon Junghans

1. Einleitung

Wiedereinzug in den Schweriner Landtag, hieß es am 26. September 2021 für die FDP in Mecklenburg-Vorpommern. Seit zehn Jahren war die Partei dort nicht mehr vertreten gewesen. Sie bekam damit erneut die Möglichkeit, aus dem Parlament heraus, die Politik in MV mitzugestalten.[1]

Dies war nicht das erste Mal, dass die FDP nach mehreren Legislaturperioden in der außerparlamentarischen Opposition in den Landtag zurückkehrte. Von 1990 bis 1994 bildete die FDP mit der CDU eine Koalitionsregierung, konnte die Zusammenarbeit jedoch nach der Wahl 1994 nicht fortsetzen, da sie nur 3,8 Prozent der Stimmen erhielt. Auch in den darauffolgenden Jahren gelang es der Partei nicht, die Fünf-Prozent-Hürde zu meistern. Erst 2006 erlangte die FDP, bei positivem Bundestrend, ihr bislang bestes Ergebnis mit 9,6 Prozent und war über eine Legislaturperiode hinweg im Landtag vertreten. Ihr schlechtes Ergebnis 2011, mit 2,8 Prozent, wurde unter anderem mit dem negativen Bundestrend begründet, der 2013 auch zu dem Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag führte. Innerhalb der Partei vollzog sich nach diesem schlechten Wahlergebnis ein Wandel, um sich personell und strategisch neu zu orientieren. Auf Bundes- und Landesebene traten die Vorsitzenden zurück, zum Vorsitzenden der Landespartei wurde 2013 René Domke gewählt, während die Parteiführung auf Bundesebene im selben Jahr von Christian Lindner übernommen wurde.[2]

In dem folgenden Beitrag soll die Entwicklung der FDP als außerparlamentarische Kraft von 2016 bis 2021 analysiert und der Umgang mit der Coronakrise mit größerer Aufmerksamkeit betrachtet werden (2.). Darüber hinaus wird auf den Wahlkampf (3.) und auf das Wahlergebnis (4.) geschaut und versucht zu erklären, wie die Aussichten und Zukunftschancen der Partei als Rückkehrer in den Landtag aussehen (5.).

2. Die FDP in der fünften Legislaturperiode 2016 bis 2021

Bei den Wahlen im September 2016 hatte die FDP den Einzug in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns mit 3,0 Prozent der Zweistimmen deutlich verpasst.[3] Ein besseres Ergebnis konnte die Partei dagegen bei der Bundestagswahl 2017 mit 6,2 Prozent[4] der Zweitstimmen erreichen und stellte mit diesem Ergebnis einen Bundestagsabgeordneten, Hagen Reinhold.[5] Bei der fol-

1 Vgl. Torsten Roth, Liberaler Aufbruch, in: SVZ, 27.09.2021.

2 Vgl. Michèle Fischer/Daniel Möck, FDP – Den Einzug in den Landtag erneut verpasst, in: Martin Koschkar/Jan Müller/Christian Nestler (Hrsg.) Die Landtagswahl in Mecklenburg- Vorpommern 2016 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2016, S. 98–102, hier: S. 95f.

3 Vgl. ebd. S. 100.

4 Der Bundeswahlleiter, Bundestagswahl 2017, Mecklenburg- Vorpommern, Endgültige Ergebnisse, Zweitstimmenanteile, abrufbar unter: https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99/land-13.html (Stand 25.11.2021).

5 Der Bundeswahlleiter, Bundestagswahl 2017, Mecklenburg-Vorpommern, Gewählte auf Landeslisten der Partei, abrufbar unter: https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/gewaehlte/bund-99/land-13.html#06fa130e-2e7b-4722-8c0b-23d67b2bea29 (Stand 25.11.2021).

genden Europawahl 2019 schnitt die FDP dagegen mit 3,9 Prozent wieder deutlich schlechter ab.[6]

Die Partei sah sich nach dem erfolglosen Abschneiden der Landtagswahl mit der Aufgabe konfrontiert, Umstrukturierungen vorzunehmen und als außerparlamentarische Kraft die Wähler*innen von ihrem Programm zu überzeugen. Dafür Sorge tragen sollte René Domke, der bereits seit 2013 Landesvorsitzender der FDP in Mecklenburg-Vorpommern ist und ebenfalls zum Spitzenkandidaten der Landtagswahl gewählt wurde.[7] Insgesamt stellte die FDP 21 Männer und 6 Frauen auf ihrer Landesliste auf.[8] Bei den Bekanntheitswerten konnte der Spitzenkandidat keine besonders guten Ergebnisse erzielen. In einer vom 9. September veröffentlichten Umfrage gaben nur 22 Prozent der Befragten an, René Domke zu kennen. Mit seiner Arbeit zufrieden waren 9 Prozent, während 13 Prozent weniger oder gar nicht zufrieden waren.[9]

Ein Blick auf die Mitgliederzahlen zeigt, dass sich diese seit 2016 auf einem konstanten Niveau befanden mit lediglich leichten Rückgängen. Anfang 2016 hatte die FDP 720 Mitglieder, im Januar 2020 waren es nur noch 678. Der Altersdurchschnitt lag bei 52 Jahren.[10] Während sich bei der Entwicklung der Mitgliederzahlen keine große Veränderung zeigte, stiegen die Umfragewerte seit Anfang 2021 an. In einer Umfrage im August 2021 lag die FDP bei 8 Prozent und erreichte ihren höchsten Wert seit Beginn der Legislatur. In den Jahren zuvor lag die FDP in Meinungsumfragen konstant zwischen 3 und 5 Prozent.[11] René Domke gab in einer Selbsteinschätzung folgende Gründe für diesen Anstieg an: „Mit unserer sachlichen Kritik am Coronakurs, dem Freiheitsgedanken und den Forderungen zu Bildung, Digitalisierung sowie Wirtschaft und Beschäftigung bieten wir den Wählerinnen und Wählern ein attraktives Politikangebot".[12] Eine Umfrage aus dem Nordkurier im selben Monat zeigt, dass Themen wie Bildung, Arbeitsplätze, verbesserter Löhne und Ausbau der Digitalisierung sowie Corona-Politik den Wähler*innen besonders wichtig waren und dass sich die FDP in ihrem Wahlkampf stark an diesen Themen orientierte.[13] Als sicher galt der Einzug in den Landtag jedoch nicht. In einer weiteren Umfrage lag die FDP mit 6 Prozent wieder nur knapp über der Fünf-Prozent-Hürde.[14]

Bei der Landtagswahl 2021 spielte der Umgang mit der Coronakrise eine neue und wichtige Rolle im Wahlkampf. Seit eineinhalb Jahren befand sich Deutschland in einer „epidemischen Lage nationaler Tragweite". Hier hatte sich die FDP auch in der außerparlamentarischen Opposition eine Stimme in Mecklenburg-Vorpommern verschafft, in dem sie die Landesregierung stark kritisierte. Dabei standen die Schließungen der Landesgrenze und der Schulen, wie auch die Kommunikation der Landesregierung im zentralen Fokus der Kritik. Die FDP bemängelte erstens den

6 Der Bundeswahlleiter, Europawahl 2019, Mecklenburg-Vorpommern, Endgültige Ergebnisse, abrufbar unter: https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/ergebnisse/bund-99/land-13.html (Stand 25.11.2021).

7 Vgl. Fischer/Möck, 2016, S. 96.

8 FDP Mecklenburg-Vorpommern, Landesliste zur Landtagswahl, abrufbar unter: https://www.fdp-mv.de/node/12393638 (Stand: 07.09.2021).

9 Vgl. Gerald Kleine Wördemann, SPD legt zu, CDU abgeschlagen, Umfrage zur Landtagswahl, in: OZ, 09.09.2021.

10 Vgl. o.A., Mitglieder-Zahlen, Große Parteien verlieren - Grüne und AfD wachsen, in: Nordkurier-online, abrufbar, unter: https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/grosse-parteien-verlieren-gruene-und-afd-wachsen-1138057601.html (Abruf: 07.09.2021).

11 Umfragen Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/mecklenburg-vorpommern.htm (Stand: 07.09.2021).

12 Vgl. o.A., Stimmen zur Meinungsumfrage vor der Landtagswahl, in: SVZ, 27.08.21.

13 Vgl. Gabriel Kords, MV findet sich auf dem Weg zu Rot-Rot-Grün, in: Nordkurier, 16.08.2021.

14 Vgl. Max Stefan Koslik, Schafft die CDU den Haseloff-Effekt? „Nordkurier" und „Forschungsgruppe Wahlen" mit Meinungsbild eine Woche vor Urnengang, in: SVZ, 18.09.2021.

strikten Kurs von Manuela Schwesig, die die Landesgrenzen Mecklenburg-Vorpommerns für den Tourismus und für Menschen mit Zweitwohnsitz erst spät wieder öffnete.[15] Als zweites wurden die Maßgaben, welche die Schulen betreffen, kritisiert. Diesbezüglich wünschte sich die FDP eine schnellere Öffnung und bessere Maßnahmen, wie Luftfilteranlagen in den Klassenzimmern.[16] Drittens wurde die Kommunikation der Landesregierung bemängelt. Im Fokus standen hier die von Schwesig verkündigten Landesverordnungen über Social-Media. Die FDP hatte sich eine Absprache zusammen mit den zuständigen Ämtern gewünscht.[17]
Weitere Forderungen beinhalteten im Juli 2021 die Aufhebung der Corona-Testungen in Hotels und Gastronomie[18], wie auch die Aufhebung von Grundrechtseinschränkungen für geimpfte Personen. Eine Impflicht lehnte die FDP in Mecklenburg-Vorpommern ab.[19] Eine breite Impfkampagne unterstützte die Partei dennoch und forderte spezielle Impfaktionen für Studierende an den Universitäten und Fachhochschulen.[20] Zudem lehnte es René Domke im August ab, dass Bürger*innen für die Corona-Tests bezahlen müssen.[21]

3. Wahlkampf

3.1. Themenwahlkampf

Das Wahlprogramm der FDP trug die Überschrift: „Veränderung braucht einen Anfang - Das Wahlprogramm der FDP Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl 2021“. Passend zum Wahljahr gliederte sich der Aufbau des Programms in 21 unterschiedliche Themenschwerpunkte und hatte eine Länge von 120 Seiten.[22] Die ersten drei Überschriften orientierten sich an den Themen Bildung, Digitalisierung und Wirtschaft, die sich als Schwerpunkte des Programms ausmachen ließen. Bei dem Thema Bildung bestanden die Forderungen darin, bereits im frühen Alter gleiche Entwicklungs- und Bildungschancen zu ermöglichen,[23] einer Bildungspolitik, bei der das Einkommen der Eltern keinen Einfluss auf die schulische Entwicklung hat, sowie mehr Autonomie für einzelne (Hoch-)Schulen. Darüber hinaus sollte es ein weitreichendes Modernisierungsprogramm an Schulen geben, um diese technisch besser auszustatten, wobei das Hauptaugenmerk in der Ausrüstung von MINT-Räumen lag.[24] Bei dem Kernthema Digitalisierung richtete sich der Fokus auf den landesweiten Ausbau einer digitalen Infrastruktur. Ziel war eine „Gigabit-Gesellschaft“, in der schnelles Internet bei 1000 Mbit/s anfängt, um auf „künftige

15 Vgl. FDP MV, Tweet vom 21.07.2021, abrufbar unter: https://twitter.com/FDP_MV/status/1417778391542022144 (Stand 03.11.2021).
16 Andreas Becker/Gabriel Kords, Was der Chef der MV-FDP zu liberalen Machtoptionen sagt, in: Nordkurier, 17.09.2021.
17 Vgl. ebd.
18 Vgl. FDP MV, Tweet vom 13.06.2021, abrufbar unter: https://twitter.com/FDP_MV/status/1404048741817065480 (Stand 03.11.2021).
19 Vgl. FDP MV, Tweet vom 02.07.2021, abrufbar unter: https://twitter.com/FDP_MV/status/1410860311519928321 (Stand 03.11.2021).
20 Vgl. FDP MV, Tweet vom 21.07.2021, abrufbar unter: https://twitter.com/FDP_MV/status/1406964732893057026 (Stand 03.11.2021).
21 Vgl. FDP MV, Tweet vom 11.08.2021, abrufbar unter: https://twitter.com/FDP_MV/status/1425438292112195587 (Stand 03.11.2021).
22 FDP Mecklenburg-Vorpommern, Veränderung braucht einen Anfang - Das Wahlprogramm der FDP Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl 2021, S. 1.
23 Vgl. ebd. S. 5.
24 Vgl. ebd. S. 7.

Technologiesprünge“ vorbereitet zu sein.[25] Die FDP wollte dahingehend unter anderem das gesamte Autobahnnetz in Mecklenburg-Vorpommern für „Gigaliner“-LKW und Pilotprojekte zum autonomen Fahren freigeben.[26] Darüber hinaus sollten durch eine verbesserte digitale Infrastruktur Verwaltungsprozesse effizienter und Bürokratie im Allgemeinen abgebaut werden.[27] Bei dem Thema Wirtschaft setzten sie auf einen freien Wettbewerb und eine stärkere soziale Marktwirtschaft in Kommunen und auf Landesebene. Die FDP verteidigte auch den Punkt, sich für eine Gewerbe- und Vertragsfreiheit sowie freie Preisbildung einsetzen zu wollen.[28] Des Weiteren wollte die Partei, dass „Neuverschuldungsverbote nicht nur auf Bundes- und Landesebene, sondern auch für die kommunale Ebene umgesetzt werden“.[29] Die Themen einer starken digitalen Infrastruktur sowie einer starken Marktwirtschaft zogen sich in vielen Punkten durch das Programm der Freien Demokraten. So wurde in der Energie-[30] und Agrarpolitik[31] auf die Entwicklung und technischen Fortschritt gesetzt, während Landwirt*innen Freiraum in ihrem unternehmerischen Handeln erhalten sollten.[32] Um sich darüber hinaus thematisch breit aufzustellen, waren in dem Wahlprogramm einzelne Kapitel zu Tourismus, Sozialpolitik, Kultur, Gesundheitswesen, Europapolitik und Sport enthalten.[33]

3.2. Personenwahlkampf

Die Landtagswahlkampagne der FDP wurde vom Spitzenkandidaten René Domke angeführt. Seit 2013, und damit auch zur Wahl 2016, war Domke zwar schon Vorsitzender der FDP in MV, die Spitzenkandidatin wurde aber mit der jungen Bildungsreferentin und Französin Cécile Bonnet-Weidhofer gestellt. Zur letzten Landtagswahl wurde ihre Herkunft hervorgehoben, um den europäischen, weiblichen, jungen und dynamischen Charakter der FDP in den Vordergrund zu stellen.[34] Mit Domke als Spitzenkandidat für 2021 begab sich die FDP dagegen wieder in eine andere Richtung. Die Ausrichtung auf die personelle und nicht die inhaltliche Konzentration blieb, allerdings mit anderen Charakteristika. Der Diplom-Finanzwirt und gebürtige Wismarer betonte in seinen Vorstellungen und Werbevideos seine Herkunft aus Mecklenburg-Vorpommern. Er stellte sich unter anderem auf Plattdeutsch mit dem Spruch „Teiden Johr nix as snacken, nu war tied tau´n anpacken“, was so viel heißt wie: Jedes Jahr wird nur geredet, jetzt wollen wir anpacken, in seinem Wahlwerbespot vor.[35] Dies entsprach einer ähnlichen Aussage des Spitzenkandidaten Christian Linder auf Bundesebene „Nie gab es mehr zu tun“.[36] Domke trat neben dem Listenplatz eins auch als Direktkandidat im Wahlkreis 10 (Wismar) an. In seiner Heimatstadt sitzt er seit 2006 in der Bürgerschaft. Damit konnte eine Nähe zu den Bürger*innen betont werden.

---

25 Vgl. ebd. S. 21.
26 Vgl. ebd. S. 36.
27 Vgl. ebd. S. 21.
28 Vgl. ebd. S. 26.
29 Vgl. ebd. S. 86.
30 Vgl. ebd. S. 47.
31 Vgl. ebd. S. 52.
32 Vgl. ebd.
33 Vgl. ebd. S. 4.
34 Vgl. Fischer/Möck, 2016, S. 98–99.
35 Vgl. FDP Mecklenburg-Vorpommern, Taten sprechen lassen!, abrufbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=PHl846bYYGk (05.08.2021).
36 Vgl. FDP, Bundeswahlprogramm der Freien Demokraten 2021, Berlin 2021.

Durch die gleichen Wahltermine auf Landes- und Bundesebene überschnitten sich auch die Wahlkämpfe. Mit René Domke auf den Plakaten, Informationsflyern und Wahlspots in Grautönen, mit rosa Balken und gelben Schriftzug wurde das Corporate Design der Bundes-FDP übernommen. Der Unterschied stellte sich nur darin dar, dass nicht Christian Linder auf den Plakaten abgebildet war, sondern Domke. Die FDP setzte mit der Wahlkampagne auf ein gemeinsames Auftreten. So veranstalteten Christian Lindner und René Domke eine gemeinsame und mehrtägige „Sommertour", die auf Usedom, Rügen, in Zingst, Warnemünde und Kühlungsborn stattfand.[37] Auf den Bildern der Social-Media-Kanäle der FDP-MV wurde Lindner im Vordergrund und Domke verschwommen im Hintergrund abgebildet.[38] Dies könnte einerseits auf eine größere Medienaufmerksamkeit auf den Bundestagswahlkampf oder andererseits die Priorität auf Christian Lindner im gemeinsamen Wahlkampf hindeuten.

4. Wahlergebnis

Die Landtagswahl 2021 war für die FDP ein großer Erfolg. Nach zehn Jahren Abwesenheit konnte sie wieder in den Landtag einziehen. Die Partei erhielt dabei 52.963 bzw. 5,8 Prozent der Zweitstimmen – Insgesamt 2,8 Prozentpunkte mehr, als noch 2016.[39] Zwar wurde das Ziel René Domkes von 6 Prozent knapp und die vorzeitigen Prognosen von relativ stabilen 7 und 8 Prozent nicht erreicht, zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen und der SPD gehört die FDP aber zu den Gewinnerinnen der Wahl. Wie auch bei den letzten Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern konnten sie mehr Erststimmen (6,3 Prozent) als Zweitstimmen (5,8 Prozent) für sich gewinnen. Besonders in den Wahlkreisen 29 (Vorpommern-Greifswald II) mit 9,4 Prozent, 26 (Stralsund II) mit 9,0 Prozent und 12 (LK Rostock II) mit 8,4 Prozent holte die FDP die meisten Erststimmen.[40] Hier waren die Direktkandidaten Christian Bartelt, Ralf Klingschat und Christian Joachim aufgestellt. Bartelt überzeugte bereits 2016 mit den meisten Erststimmen für die FDP. Der Spitzenkandidat René Domke, der selbst in Wahlkreis 10 (Wismar) angetreten war, erhielt 7,3 Prozent der Stimmen. Das waren weit mehr, als die 5,9 Prozent mit dem zweiten Wahlkreuz vor Ort. Die meisten Zweitstimmen erhielt die FDP in den Wahlkreisen 7 (Hansestadt Rostock IV) mit 7,5 Prozent, 8 (Schwerin I) mit 7,3 Prozent und 12 (LK Rostock II) mit 7,2 Prozent.

Die wenigsten Stimmen konnte die FDP in Vorpommern-Greifswald V (4,0 %), Mecklenburgische Seenplatte I, Vorpommern-Greifswald I (4,2 %) und Vorpommern-Greifswald IV (4,4 %) gewinnen.[41] Aus den Zweitstimmen ließen sich wider Erwarten keine großen Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen in der Wähler*innenschaft der FDP erschließen.

Der Zuwachs an Stimmen aus der vorherigen Wahl war vielfältig gestaltet. Jeweils 5.000 Menschen, die in 2016 die AfD bzw. CDU gewählt hatten, entschieden sich 2021 für die FDP. Die SPD verlor 1.000 Stimmen an die FDP. Weitere 2.000 Stimmen kamen von Wähler*innen von

37 Vgl. FDP MV, Tweet vom 27.07.2021, abrufbar unter: https://twitter.com/fdp_mv/status/1420046560440766467 (Stand 03.11.2021).

38 Vgl. ebd.

39 Die Landeswahlleiterin, Endgültige Ergebnisse, Landtagswahl am 26. September 2021 in Mecklenburg- Vorpommern. Wahlkreisbewerber (Erststimmen absolut), abrufbar unter: https://wahlen.mvnet.de/dateien/ergebnisse.2021/landtagswahl/html/l_abs_erst.html (Stand 25.11.2021).

40 Ebd.

41 Ebd.

Kleinstparteien. Ganze 8.000 Stimmen konnte sie von ehemaligen Nichtwähler*innen mobilisieren.[42]

Eine Studie der Forschungsgruppe Wahlen zeigte, dass je 6 Prozent der Männer und Frauen die Zweitstimme der FDP gaben und damit keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern ausgemacht werden können.[43] Im Gegensatz dazu verzeichnete infratest dimap eine geringe Mehrheit männlicher FDP-Wähler*innen. Wie im Bundestrend wählten auch in MV weitestgehend junge Bürger*innen die FDP. Mit einem Zuwachs von 6 Prozentpunkten entschieden sich 13 Prozent der 18- bis 24-Jährigen mit der Zweitstimme für die FDP.[44] Relativ beliebt waren die Freien Demokraten bei Selbstständigen. Hier erhielt sie 12 Prozent der Stimmen, während mit 4 Prozent die Partei bei Arbeiter*innen am unbeliebtesten war.[45] Auch zeigte sich, dass sich vor allem Wähler*innen mit gehobenem Bildungsabschluss für die FDP entschieden.[46] Auffällig war zudem der Wahlgrund für die FDP-Wähler*innen. Trotz eines höheren Erststimmenanteils gaben 70 Prozent an, die FDP aufgrund des Wahlprogramms gewählt zu haben.[47] Ein Prototyp an FDP-Wähler*in wäre in dem Fall beispielsweise ein junger Abiturient, der gerade studiert oder Jungunternehmer ist.

Durch das Wahlergebnis gingen fünf Mandate, darunter ein Ausgleichsmandat, an die FDP. Diese Mandate wurden durch René Domke, David Wulff, Sandy van Baal, Barbara Becker-Hornickel und Sabine Enseleit besetzt. Damit ist die FDP im Landtag mit zwei Männern und drei Frauen vertreten.

Nach der Wahl setzte sich die FDP als erste der sechs im neuen Landtag vertretenen Parteien zu einer Fraktionssitzung zusammen. In dieser wurde der Spitzenkandidat René Domke zum Vorsitzenden gewählt und Sabine Enseleit zu seiner Stellvertreterin.[48] Domke teilte nach den Wahlen mit, dass er sich sowohl eine Regierungsbeteiligung, als auch Oppositionsarbeit vorstellen kann. Bezüglich möglicher Sondierungsgespräche teilte Domke dem Nordkurier mit, dass er für Gespräche mit der SPD zu Verfügung stände. Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung wären für die FDP der Abbau der Bürokratie und die Anwerbung neuer Lehrkräfte.[49] Allerdings war eine Regierungsbeteiligung keine Präferenz für Domke: „Für mich persönlich käme auch eine Minderheitsregierung in Frage, bei der wir ein anderes Bündnis tolerieren".[50] Rechnerisch hätte eine sogenannte Ampelkoalition, sprich zusammen mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, eine Mehrheit gehabt. Mit 34 Sitzen für die SPD und jeweils 5 für die Partner*innen wäre diese Option mit 44 von insgesamt 79 Sitzen mit einer stabilen Mehrheit im Landtag vertreten gewesen. Dabei wurde dieser Möglichkeit nie eine wirkliche Chance zugerechnet. Für eine Mehrheit reichte der SPD nur eine Koalitionspartnerin, die entweder mit der Partei Die LINKE oder der

42 Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021, Berlin 2021, S.54.
43 Forschungsgruppe Wahlen (Hrsg.), Wahl in Mecklenburg-Vorpommern: Eine Analyse der Landtagswahl vom 26. September 2021, Mannheim, 2021, S. 33.
44 Vgl. Infratest dimap (Hrsg.), WahlREPORT Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021, Berlin 2021, S.55.
45 Ebd., S. 36
46 Ebd., S.38
47 Ebd., S.55.
48 Vgl. o.A., FDP-Fraktion in MV steht: Vorsitzender ist René Domke, die ZEIT, abrufbar unter: https://www.zeit.de/news/2021-09/27/fdp-fraktion-in-mv-steht-vorsitzender-ist-ren-domke? (Stand 26.11.2021)
49 Phoenix, Wahl in MV: Interview mit René Domke (FDP), abrufbar unter https://www.youtube.com/watch?v=T9DE1ipZ2JE (Stand 30.09.2021).
50 Andreas Becker/Gabriel Kords, Was der Chef der MV-FDP zu liberalen Machtoptionen sagt, in: Nordkurier, 17.09.2021.

CDU möglich wäre. Von zwei Sondierungsrunden der SPD war die „Ampel" nur in der ersten vertreten. Die FDP stellt sich damit auf eine „kritisch-konstruktive Oppositionsarbeit ein".[51]

5. Ausblick

Durch die Ankündigung der SPD, mit die Die LINKE ein Regierungsbündnis eingehen zu wollen, stand für die FDP schnell fest, einen Platz in der Opposition, neben AfD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen einzunehmen.[52] In der vorherigen Legislatur war die FDP als außerparlamentarische Opposition vertreten und hatte sich besonders durch ihre Kritik an der Regierung in Bezug auf die Coronakrise deutlich positioniert. Neben der konservativeren CDU könnte es für die FDP schwieriger werden, sich abzugrenzen und ihr Profil zu schärfen. Auch bleibt die Frage offen, ob sich die FDP in Mecklenburg-Vorpommern ohne den Rückenwind des Bundestrends im Landtag etablieren kann oder nach der Legislatur wieder in die außerparlamentarische Opposition zurückfallen wird.
Darüber hinaus hatte unter anderem Bündnis 90/Die Grünen angekündigt, eine „konstruktive" Oppositionsarbeit leisten zu wollen und sich in diesem Sinne auch mit der FDP auszutauschen.[53] Auch die AfD hatte CDU und FDP zu einer Zusammenarbeit aufgerufen und wollte für eine bürgerlich-konservative Oppositionspolitik eintreten. Beide Parteien, sowohl FDP als auch CDU, hatten eine Zusammenarbeit mit der AfD im Vorfeld bereits ausgeschlossen und betont, dass keine gemeinsame Oppositionsarbeit stattfinden wird. [54]

[51] FDP MV, Tweet vom 13.10.2021, abrufbar unter https://twitter.com/FDP_MV/status/1448342701573873664 (Stand 04.11.2021).
[52] Vgl. Andreas Becker, Schwesig-Wahl schon am 15. November, in: Nordkurier, 30.10.2021.
[53] Vgl. o.A., Grüne wollen konstruktiv in Opposition arbeiten, in: OZ, 19.10.2021.
[54] Vgl. o.A., Holm und Schult führen AfD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Die Welt, 23.10.2021.

Die NPD – Rechtsextremisten auf dem Rückzug

Tom Moritz/Lucas Neuling

1. Einleitung

Nachdem es der NPD bei der Landtagswahl 2011 noch gelang, durch den wiederholten Einzug ins Schweriner Schloss bundesweit für Aufmerksamkeit zu sorgen, setzte spätestens mit der Halbierung ihrer Stimmenanteile bei der zurückliegenden Landtagswahl ein deutlicher Abwärtstrend ein. Die neue Konkurrenz am rechten Rand in Gestalt der AfD, welche 2016 erstmals bei einer Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern angetreten war, ließ die Partei zusammen mit dem Druck des laufenden Parteiverbotsverfahrens[1] auf magere drei Prozentpunkte zusammenschrumpfen und nach zuvor zehn Jahren im Landtag wieder von der parlamentarischen Bildfläche verschwinden.[2] Damit konnten die Nationaldemokraten in der zurückliegenden Legislaturperiode nicht mehr aus den Ressourcen einer eigenen Landtagsfraktion schöpfen, womit eine bedeutende Finanz- und Informationsquelle für die rechtsextreme Szene versiegte. Rund 1,3 Millionen Euro an jährlichen Fraktionsmitteln fehlten der Partei fortan, um ihre internen Strukturen abzusichern.[3] Ebenso verlor sie ihr organisatorisches Zentrum sowie einen wichtigen Aktionsraum zur Herstellung von Aufmerksamkeit.[4] Das Ausbleiben von Wahlerfolgen und die neue Konkurrenzsituation bedingten schließlich auch einen Aderlass an der Mitgliederbasis. Allein im Zeitraum von 2015 bis 2019 schrumpfte die Zahl der NPD-Mitglieder nach Angaben des Verfassungsschutzes von 340 auf 200 Mitglieder. Dies entspricht in etwa auch der Dynamik des Mitgliederrückgangs der Bundespartei, welche im gleichen Zeitraum 1.600 ihrer ehemals 5.200 Mitglieder verlor.[5] Gleichzeitig ist mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern eine leichte, aber kontinuierliche Zunahme der Mitgliedschaften bei „parteiungebundenen Strukturen" zu verzeichnen, was darauf hindeuten könnte, dass sich rechtsextremistische Personenpotenziale zunehmend vom Banner der NPD abwenden.[6] Die NPD-Parteispitze diskutierte in diesem Zusammenhang auf einer Klausurtagung am 21./22. September 2019 in Berlin, inwiefern noch an der ‚Marke NPD' festgehalten werden kann, da sie mit Bedeutungsverlust und Unglaubwürdigkeit assoziiert würde. Die Rechtsextremisten bescheinigten sich selbst am Tiefpunkt zu sein, woraufhin Parteichef Frank Franz die Frage nach einer Neuorientierung auftat: „Suchen wir auf diesem Schlacht-

1 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), NPD-Verbotsverfahren: Bundesrat reicht Antrag beim Bundesverfassungsgericht ein, abrufbar unter: https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/174659/npd-verbotsverfahren-04-12-2013 (14.05.2021).

2 Vgl. Landeswahlleiterin MV (Hrsg.), Ergebnisse der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 im Überblick, abrufbar unter: https://www.laiv-mv.de/Wahlen/Landtagswahlen/2016/ (14.05.2021).

3 Vgl. Christoph Titz, NPD in Mecklenburg-Vorpommern: Wähler verloren, Geld futsch, in: Spiegel-online, abrufbar unter: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/npd-nach-pleite-in-mecklenburg-vorpommern-noch-klammer-a-1111182.html (23.09.2016).

4 Vgl. Gudrun Heinrich/Steffen Schoon, Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 145–167, hier: S. 149.

5 Vgl. Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2016, 2017, S. 21; Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2019, 2020, S. 21.

6 Vgl. ebd.; Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2017, 2018, S. 22.

feld [...] weiterhin die Auseinandersetzung? Oder wagen wir einen Neustart, mit frischen Ideen und jawohl – auch einen neuen Namen."[7] Zwar ließen diese Gedankenspiele bislang noch keine Taten folgen – gleichwohl muss im Falle eines weiteren Schwindens der Mitgliederbasis und ausbleibenden Wahlerfolgen mit ihrer möglichen Umsetzung gerechnet werden.

2. Die Partei in der siebten Legislaturperiode 2016 bis 2021

In der letzten Publikation dieser Analysereihe merkte Gudrun Heinrich an, dass die weitere strategische Ausrichtung der NPD sehr wesentlich vom Parteiverbotsverfahren und dessen Ausgang vor dem Bundesverfassungsgericht abhänge.[8] Die Verhandlungssache fand im Jahr 2017 seinen offiziellen Abschluss: Die NPD überstand die Anklage und wurde nicht verboten. In der Urteilsbegründung bestätigten die Karlsruher Richter*innen der Partei zwar auf planvolle und qualifizierte Weise die „[…] Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung […] [und] einen an der ethnischen „Volksgemeinschaft" ausgerichteten autoritären „Nationalstaat" […]"[9] anzustreben, sahen allerdings keine Anhaltspunkte einer erfolgreichen Umsetzung der Ziele in näherer Zukunft. Trotz des Nicht-Verbotes klassifizierten die obersten Gesetzeshüter*innen die Nationaldemokraten offiziell als „verfassungswidrig". Diese juristische Einstufung ermöglichte dem Gesetzgeber weitere Alternativen. Mittels eines einstimmigen Bundesratsbeschlusses und einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag sollte die NPD fast vollständig von der Parteienfinanzierung ausgeschlossen und gleichzeitig die steuerliche Absetzbarkeit von Parteispenden unterbunden werden.[10] Was ein verheerender Schlag für die NPD darstellen sollte, entwickelte sich mittlerweile zur Geduldsprobe, da die Verhandlungssache noch beim Bundesverfassungsgericht liegt und auf eine Entscheidung wartet.[11]

Der erhoffte Auftrieb durch den „Freispruch" blieb allerdings aus. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 verlor die Partei 2017 in Mecklenburg-Vorpommern bei Erst- und Zweitstimmen massiv. Besonders deutlich zeigte sich dies im eigentlichen „Stammland", dem Wahlkreis 16 „Mecklenburgische Seenplatte I – Vorpommern-Greifswald II". Dort rutschte die Partei wieder unter die Fünf-Prozent-Linie und büßte dabei fast 5.700 Stimmen und ganze vier Prozentpunkte ein.[12]

Bei der Europawahl 2019 setzte sich dieser Trend nahtlos fort. Auch hier verlor die NPD mehr als die Hälfte der Stimmen. In Vorpommern-Greifswald konnte man das gute Ergebnis von 2014

---

7 Vgl. Endstation Rechts (Hrsg.), Die NPD erfindet sich neu, abrufbar unter: https://www.endstation-rechts.de/news/die-npd-erfindet-sich-neu.html (14.05.2021).

8 Vgl. Gudrun Heinrich, Die NPD – Eine Bewegungspartei verlässt die parlamentarische Bühne, in: Martin Koschkar/Jan Müller/Christian Nestler (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2016, S. 84–94, hier: S. 94.

9 BVerfG (Hrsg.), Leitsätze zum Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017, abrufbar unter: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/01/bs20170117_2bvb000113.html (26.04.2021).

10 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.), Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung beantragt, abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2019/07/antrag-ausschluss-npd-parteienfinanz.html (19.10.2021).

11 Vgl. Frank Jansen, Rechtsextremisten profitieren von jahrelanger Hängepartie, in: Tagesspiegel-online, abrufbar unter: https://www.tagesspiegel.de/politik/npd-kassiert-weiter-steuergelder-rechtsextremisten-profitieren-von-jahrelanger-haengepartie/27252976.html (11.07.2021).

12 Vgl. Statistisches Amt MV (Hrsg.), Wahl zum Deutschen Bundestag in Mecklenburg-Vorpommern am 24. September 2017, in: Statistische Hefte Mecklenburg-Vorpommern, 1/2018, S. 14–16.

nicht annähernd bestätigen.[13] Bemerkenswert war jedoch, dass die NPD bei der bundesweiten „U18-Wahl" landesweit auf 4,56 Prozent kam und in Vorpommern-Greifswald mit 11,4 Prozent die zweitmeisten Stimmen erhielt.[14]

Bei der parallel stattfindenden Kommunalwahl – deutlich wichtiger für die Partei, um lokal vertreten zu bleiben – brachen der NPD mehr als die Hälfte ihrer Stimmanteile weg. Von ihren bisherigen 17 Sitzen in den Kreistagen des Landes verteidigte sie lediglich sieben. In der Stadtvertretung Schwerin und der Rostocker Bürgerschaft ist sie seitdem nicht mehr vertreten und in Vorpommern-Greifswald gewann sie nur zwei von vormals fünf Mandaten.[15] Damit einher ging ein spürbarer Verlust an lokaler Sichtbarkeit und Wirkungspotential. Im Wahlkampf selbst setzte die Partei unter anderem auf den Slogan „Migration tötet"[16], was zu einer erneuten Auseinandersetzung mit dem Bundesverfassungsgericht führte. Dieses gab Rundfunk- und Fernsehsendern Recht, die sich weigerten, einen Spot der NPD auszustrahlen.[17] In Mecklenburg-Vorpommern wurden Plakate mit dieser Aufschrift wegen Volksverhetzung seitens der Behörden in allen Landkreisen und Städten abgenommen, nachdem die NPD eine Frist zur eigenen Entfernung verstreichen ließ.[18] Im Nachgang der Wahl bildete sich einzig im Kreistag von Ludwigslust-Parchim eine Fraktion unter NPD-Beteiligung. Der Landesvorsitzende der Nationaldemokraten Stefan Köster ist hier Teil der Fraktion „Heimat und Identität" unter der Leitung von Dennis Augustin. Dieser war zuvor Co-Landeschef der AfD in Mecklenburg-Vorpommern und fiel durch Äußerungen gegen seine Parteifreunde in Ungnade.[19]

3. Wahlkampfstrategien

Den Wahlkampfstart markierte die Aufstellung der Landesliste im April 2021 auf einem Parteitag in Anklam.[20] Im Anfang September veröffentlichten Wahlkampfvideo – unter dem Hauptslogan: „Wir halten Kurs für unser Land!" – trat Spitzenkandidat Frank Franz als Hauptredner und -akteur auf. Inhaltlich arbeitete man sich vor allem an den selbstdefinierten Missständen im Land ab.[21] Es folgten weitere kurze Clips, in denen erneut vorrangig Franz auftrat. Er stellte ebenfalls

13 Vgl. StAMV (Hrsg.), Europawahl in Mecklenburg-Vorpommern am 26. Mai 2019, in: Statistische Hefte Mecklenburg-Vorpommern, 1/2020, S. 12.

14 Vgl. Kreisjugendring Vorpommern-Greifswald e.V. (Hrsg), Europawahl 2019 - Die Jugend hat gewählt!, abrufbar unter: https://kjr-vg.de/index.php/aktuelles/78-europawahl-2019-die-jugend-hat-gewaehlt (28.04.2021).

15 Vgl. StAMV (Hrsg.), Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 26. Mai 2019: Kreistage der Landkreise sowie der Stadtvertretung Schwerin und der Bürgerschaft Rostock, in: Statistische Hefte Mecklenburg-Vorpommern, 2/2020, S. 19–20.

16 Vgl. Holger Schacht, NPD-Plakate werden wieder eingezogen, in: Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/anklam/landkreis-zieht-npd-plakate-ein-1535496005.html (16.05.2021).

17 Vgl. ebd.

18 Vgl. Till Wimmer, NPD im Wahlkampf abgehängt, in: taz-online, abrufbar unter: https://taz.de/Wahl-in-Mecklenburg-Vorpommern/!5596076/ (10.06.2021).

19 Vgl. o.A., Ex-AfD-Landeschef Augustin nimmt NPD-Politiker auf, in: Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/ex-afd-landeschef-augustin-nimmt-npd-politiker-auf-1441038310.html (28.04.2021).

20 Vgl. NPD Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Die NPD startet ins Wahljahr 2021!, abrufbar unter: https://www.npd-mv.de/?p=20059 (04.05.2021).

21 Vgl. NPD Mecklenburg Vorpommern (Hrsg.), Wahlfilm MV 2021 – Wir halten Kurs für unser Land!, abrufbar unter: https://www.npd-mv.de/?p=20435 (12.10.2021).

eine Telefonnummer zur Verfügung, unter der er Fragen von Bürger*innen beantworten würde. Die Partei postete über ihre Online-Kanäle allerdings nur insgesamt fünf Antworten von Franz.[22]

Personenwahlkampf

Bei der in Anklam erfolgten personellen Aufstellung für die Landtagswahl wählte die Partei sehr überraschend den NPD-Bundesvorsitzenden Frank Franz auf den Spitzenplatz einer Liste mit zehn männlichen Kandidaten. Dieser kommt ursprünglich aus dem Saarland und musste seinen Wohnsitz verlegen, um auch den gesetzlichen Antrittsvoraussetzungen zu entsprechen. Ziel der Entscheidung war es sicherlich, ein vergleichsweise prominentes Gesicht an die Spitze der Kampagne zu platzieren, um in der einstigen Hochburg Mecklenburg-Vorpommern nicht in der endgültigen Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Der Landesvorsitzende Köster – welcher selbst eine Spitzenkandidatur frühzeitig ablehnte – bestätigte den Medien gegenüber den eindeutigen Wunsch aus den Reihen des Landesverbandes, Franz zu nominieren.[23]

Tab. 1: Landesliste der NPD zur Landtagswahl 2021

Listenplatz	Name	Veränderung zu 2016
1	Frank Franz	neu
2	Stefan Köster	+2
3	Michael Andrejewski	±0
4	Adrian Wasner	+10
5	Dirk Arendt	neu
6	Tino Müller	–4
7	Enrico Hamisch	+1
8	Andreas Theißen	–2
9	Kristian Belz	+7
10	Stefan Suhr	–1

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Landeswahlleiterin.

Der Charakter einer geschlossenen Liste mit Kandidierenden, die bereits 2006, 2011 und 2016 die vorderen Listenplätze einnahmen,[24] kann nur noch in Teilen bestätigt werden. Zwar kandidierten wieder acht derjenigen, die bereits 2016 auf der Liste vertreten waren, aber auf den ersten vier Plätzen gab es erstmals seit der Wahl 2006 Veränderungen. Adrian Wasner – Geschäftsführer der bereits erwähnten Kreistagsfraktion „Heimat und Identität" im Kreistag Ludwigslust-Parchim[25] – stieg insgesamt zehn Plätze auf. Gänzlich neu war der auswärtige Spitzenkandidat Frank Franz. Der auf Platz fünf gelistete Dirk Arendt kehrte, nachdem er bereits bei den Landtagswahlen 2006 und 2011 sowie bei der Bundestagswahl 2005 für die NPD antrat, zurück auf die Liste.[26] Überraschend erschien das Fehlen von Udo Pastörs, dem Spitzenkandidaten der letzten drei Landtagswahlen.[27] Auf dem Anklamer Wahlparteitag trat er allerdings dennoch als Redner auf und be-

22 Vgl. NPD Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Facebook-Auftritt, abrufbar unter: https://de-de.facebook.com/npdmup/ (12.10.2021).

23 Vgl. Carsten Korfmacher, NPD-Bundeschef tritt im Nordosten zur Landtagswahl an, in: Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/npd-bundeschef-tritt-in-mv-zur-wahl-an-1743171804.html (04.05.2021).

24 Vgl. Heinrich 2016, S. 88.

25 Vgl. Katja Frick, Neue Fraktion mit NPD-Nähe, SVZ-online, abrufbar unter: https://www.svz.de/lokales/parchimer-zeitung/Neue-Fraktion-mit-NPD-Naehe-id30308237.html (04.05.2021).

26 Vgl. Abgeordnetenwatch (Hrsg.), Profil von Dirk Reinhard Arendt, abrufbar unter: https://www.abgeordnetenwatch.de/profile/dirk-reinhard-arendt (04.05.2021).

27 Vgl. Heinrich 2016, S. 88.

schwor die „[…] positive Aggressivität […]“[28] seiner Partei für den anstehenden Wahlkampf. Wenige Tage vor der Wahl lieferte sich Pastörs mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig auf einer SPD-Veranstaltung in Hagenow eine öffentlichkeitswirksame Konfrontation.[29] Darüber hinaus ist auch das Fehlen von David Petereit – dem stellvertretenden Landesvorsitzenden – festzuhalten. Petereit galt eigentlich als wichtige Stütze des Landesverbandes, verzichtete laut Köster aber auf eine Kandidatur.[30]

Themenwahlkampf

Programmatisch unternahm die NPD keinerlei Neuaufstellung zur Landtagswahl, sondern trat mit dem gleichen Partei- und Aktionsprogramm wie zur vorherigen Wahl an. Aus diesem Grund sind auf die Ausführungen der vorherigen Studie zur Landtagswahl 2016 von Gudrun Heinrich zu verweisen.[31] Wesentlich zusammengefasst setzte die Partei auf Forderungen zur sozialpolitischen Besserstellung der (deutschen) Bürger*innen, kombiniert mit klarer fremdenfeindlicher und rassistischer Attitüde. Sie folgte damit altbekannten familien- und sicherheitspolitischen Denkmustern. Außerdem blieb die Ablehnung jeglicher bestehenden supra- und internationalen Kooperation – mit Ausnahme der eigenen russlandfreundlichen Haltung – ein wichtiger Teil des Programms. Die fehlende Aktualität zeigte sich in der Forderung, das Handelsabkommen „CETA“ zu verhindern,[32] welches allerdings bereits seit 2017 weitestgehende Anwendung findet, obwohl juristische Verfahren noch anhängig sind.[33]
In der Wahlzeitung zur Landtagswahl setzten die Nationaldemokraten mit der Kritik an der bisherigen Pandemiepolitik einen weiteren thematischen Schwerpunkt. Die Forderung nach dem Ende jeglicher Maßnahmen flankierten sie mit den Schlagworten: „[…] Gesetzesbrüche, „gefakte“ Bettenbelegungen […]“[34]. Dabei folgte man keinesfalls dem Duktus der Corona-Leugnung, sondern erkannte Existenz und mögliche tödliche Folgen des Virus‘ an. Der Fokus lag ganz klar auf der Rückgabe von sämtlichen Freiheitsrechten und einer deutlichen Absage zur Impflicht mittels sozialer Repressalien.[35]

Angriffswahlkampf

Wie bereits bei der zurückliegenden Landtagswahl sah sich die NPD durch die Konkurrenz der AfD am rechten Rand konfrontiert, welche als Partei jedoch deutlich stärker im medialen Fokus stand. Die Nationaldemokraten setzten daraufhin auf konsequente Abgrenzung und rückten auf der eigenen Website immer wieder die personellen Konflikte innerhalb der AfD in den Mittelpunkt.[36] So solidarisierten sie sich etwa mit dessen ehemaligen parlamentarischen Geschäftsführer

28 Vgl. NPD Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Die NPD startet ins Wahljahr 2021!, abrufbar unter: https://www.npd-mv.de/?p=20059 (04.05.2021).
29 Vgl. Konstantin Pavel, Hagenower löchern Manuela Schwesig und Elisabeth Aßmann mit Fragen, in: SVZ-online, abrufbar unter: https://www.svz.de/33735682 (12.10.2021).
30 Vgl. Korfmacher, 2021.
31 Vgl. Heinrich 2016, S. 90.
32 Vgl. NPD Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Das Aktionsprogramm für Mecklenburg und Pommern, abrufbar unter: https://www.npd-mv.de/?page_id=17288 (12.10.2021).
33 Vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.), Ratifizierung des Handelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA)–Rechtliche Aspekte, abrufbar unter: https://www.bundestag.de/resource/blob/816856/d6f16f2cc8255676bed742d48e46fd79/19-9-928_Stellungnahme_Mayer-data.pdf (12.10.2021).
34 Vgl. NPD Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Die Zeitung der NDP-MV zur Landtagswahl 2021, abrufbar unter: https://issuu.com/npd-mv.de/docs/20210816_zeitung_npd-mv_wahlzeitung (12.10.2021).
35 Vgl. ebd., S. 1–2.
36 Vgl. NPD Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), AfD-Fraktion im Kreistag Vorpommern-Greifswald zerbricht!, abrufbar unter: https://www.npd-mv.de/?p=20202 (14.10.2021).

Ralph Weber,[37] der sich offen gegen die eigene Partei stellte und in den Wochen vor der Wahl durch eine von ihm als „Gurkentruppen-Analyse" titulierten Social-Media-Kampagne mit einzelnen Funktionär*innen abrechnete.[38]
Darüber hinaus bezogen die Rechtsextremisten insbesondere in Form von intensiver Plakatwerbung Stellung gegen sämtliche Parteien, verzichteten aber auf eine Abgrenzung zu anderen Kleinstparteien im rechten Spektrum. Mit Slogans wie „Kampfansage" oder „Gesunde Politik gegen ein krankes System" vermied die NPD nahezu vollständig das Setzen eigener Themen und präsentierte sich stattdessen als reine Anti-System-Partei. Im parteieigenen Zeitungsorgan „Deutsche Stimme" arbeiteten sich die Nationaldemokraten unter der Überschrift „Die Grünen – Trojanisches Pferd der Volksfeinde" dabei vordergründig an den Bündnisgrünen ab.[39] In diesem Zusammenhang warnte NPD-Chef Franz im Interview vor der „Errichtung einer Klima-Diktatur" und betonte die Rolle seiner Partei als „echte Systemalternative".[40]

Fazit zum Wahlkampf

Im Vergleich zur Landtagswahl 2016 forcierte die Partei eine stärkere Abgrenzung zur AfD, etablierte sich jedoch nicht als echte Alternative. Der Wahlkampf beinhaltete durch personelle Teilerneuerung und Kritik an der Pandemiepolitik – ohne als Corona-Leugner aufzutreten – zwar neue Elemente, konnte allerdings durch das Festhalten an alten Denkmustern keinen Aufbruch erzeugen.

4. Wahlergebnis

Mit einem Zweitstimmenergebnis von 0,8 Prozent verschlechtern die Nationaldemokraten ihr mageres Ergebnis von 2016 nochmals deutlich, wobei sie ausnahmslos in allen Wahlkreisen an Zustimmung verloren. Aufgrund flächendeckender Verluste im ganzen Land verpassten sie die Ein-Prozent-Marke, womit sie nicht mehr durch die staatliche Parteienfinanzierung berücksichtigt werden. Nachdem die NPD bei der zurückliegenden Landtagswahl in jedem Wahlkreis – mit Ausnahme von Rostock III – diese auch symbolisch wichtige Marke noch deutlich übersprang, schaffte sie dies fünf Jahre später nur noch in acht der 36 Wahlkreise. Lediglich in Vorpommern-Greifswald IV (2,5 %/–6,2 Prozentpunkte) und Vorpommern-Greifswald II (2,0 %/–4,4 Prozentpunkte) erreichte sie mindestens zwei Prozent der Zweitstimmen, musste jedoch gleichzeitig gravierende Stimmverluste verkraften. Wie bereits bei der Landtagswahl 2016 verzichtete die Partei auf die Aufstellung von Direktkandierenden, weshalb auf sie keine Erstimmen entfallen konnten.
Mit Blick auf die Hochburgen ist zu konstatieren, dass die NPD trotz allem eine Partei des ländlichen Raums bleibt, die insbesondere im Osten des vorpommerischen Landesteils verankert ist. Ein nennenswertes Ergebnis erreichten sie darüber hinaus im Heimatwahlkreis des ehemaligen NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs, Ludwigslust-Parchim I (1,6 %). Diasporagebiete lassen sich vor allem in den städtischen Zentren ausmachen, so schnitt die Partei im Wahlkreis Rostock

37 Vgl. NPD Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Die AfD schießt sich das Gehirn weg – und setzt Professor Ralph Weber als Landtagskandidaten ab.–Übrig bleibt nur heiße Luft., abrufbar unter: https://www.npd-mv.de/?p=20190 (14.10.2021).
38 Siehe Beitrag von Markmann/Rother in diesem Band.
39 Vgl. Deutsche-Stimme-Verlag (Hrsg.), Deutsche Stimme: Sonderausgabe Wahljahr 2021, S. 1.
40 Vgl. ebd., S. 6–7.

III (0,2 %/-0,6 Prozentpunkte) erneut am schwächsten ab. Die relativen Stimmverluste unterscheiden sich im Vergleich zwischen den Hochburgen und Diasporagebieten kaum.

5. Fazit

Nach der krachenden Wahlniederlage richtete sich Spitzenkandidat Frank Franz im für die NPD üblichen militärischen Duktus an die Öffentlichkeit: „War eine Schlacht nicht erfolgreich, zieht man sich zurück, analysiert die Lage und die Ursachen und rüstet sich für weitere Aufgaben.“[41] Der Versuch, trotz des Wahlergebnisses, Optimismus zu vermitteln, scheint unter den Umständen und Zukunftsaussichten der Partei nötiger denn je. Wie existenzbedrohend die Niederlage für die NPD ist, wird mit Blick auf die staatlichen Zuwendungen deutlich. Ob sie unter diesen Umständen den „Deutsche-Stimme-Verlag“ und ihre Immobilien erhalten kann, bleibt fraglich. Auch mit Blick auf die stetig sinkenden Mitgliederzahlen stellt sich immer deutlicher die Frage nach der Existenzfähigkeit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands. Hoffnung könnte die Partei einzig aus den Ergebnissen der U18-Bundestagswahl schöpfen. Im Landkreis Vorpommern-Greifswald erreichte die NPD zehn Prozent der Stimmen und im Wahlkreis IV des Landkreises wurde sie mit knapp 20 Prozent sogar stärkste Kraft.[42] Am Ende bleibt zu konstatieren, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Gültigkeit über die juristischen Folgen hinaus behielt: Die NPD hat schlichtweg ihre politische Bedeutung verloren.

41 Vgl. NPD Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Weiter gehts! – Wir halten Kurs für unser Land!, abrufbar unter: https://www.npd-mv.de/?p=20546 (11.10.2021).

42 Vgl. Leoni Gau, U18-Wahl: NPD stärkste Kraft im Süden Vorpommerns, in: OZ, 22.09.2021.

Die Kleinstparteien und Einzelbewerber*innen

Bettina Lorenz/Per Niklas Voß

1. Einleitung

Die Kleinstparteien und Einzelbewerber*innen finden in den Umfragen vor Wahlen eigentlich kaum Berücksichtigung. Unter der Kategorie „Sonstiges" verschmelzen sie zu einer anonymen Masse und es lässt sich nur schwer einschätzen, wie erfolgreich oder nicht einzelne Akteur*innen bei der Wahl sein werden. Vor der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern lag der Durchschnitt der „Sonstigen" im Jahr 2021 bei 7,34 Prozent.[1] Erst mit der Veröffentlichung der endgültigen Wahlergebnisse durch die Wahlleitung lichtete sich der Nebel und es zeigte sich das Gesamtbild.

Insgesamt hätten bei 913.863 gültigen Zweitstimmen zur Landtagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern 45.694 Wähler*innen überzeugt werden müssen[2], um die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden und in den Landtag einzuziehen. Was bei 1.312.470 Wahlberechtigten zunächst machbar erscheint, stellt vor allem für die Kleinstparteien ein kaum überwindendbares Hindernis dar. Dies liegt vor allem an den rechtlichen, finanziellen, personellen, organisatorischen und programmatischen Rahmenbedingungen, die dafür sorgen, dass Kleinstparteien nicht in signifikantem Maße aktiv und gestaltend am Entscheidungsprozess und an der Auswahl politischen Führungspersonals teilhaben.[3] Trotz dieser schwierigen Ausgangslage ließen sich mit 18 Kleinstparteien so viele wie nie zuvor zu einer Landtagswahl in M-V aufstellen.[4]

Des Weiteren werden der Rubrik „Sonstige" auch die Einzelbewerber*innen zugeordnet. Hierbei handelt es sich um Personen, die ohne Parteiunterstützung in einem Wahlkreis antreten, um mit der Mehrheit der Erststimmen ein Direktmandat für den Landtag zu gewinnen. Auch ihre Chancen zur Wahl sind aufgrund fehlender Ressourcen und Bekanntheit im Regelfall sehr gering.[5]

Der folgende Beitrag beschäftigt sich im Detail mit der Betrachtung und Analyse der „Sonstigen" zur Landtagswahl am 26. September 2021. Nach der Einleitung werden zunächst die zur Wahl zugelassenen Kleinstparteien und Einzelbewerber*innen aufgeführt. Hier soll auch ein kurzer Überblick über die Wahlprogramme und den Wahlkampf der Akteur*innen erfolgen (2.). Im Anschluss steht das allgemeine Abschneiden der „Sonstigen" im Fokus (3.), bevor eine Einzelanalyse der erfolgreichsten Kleinstparteien und Einzelbewerber erfolgt (4.). Abschließend wird ein Fazit gezogen (5.).

---

1 Nach der Übersicht der Umfragen Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/mecklenburg-vorpommern.htm (Stand: 13.10.2021).

2 Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern, Endgültiges Ergebnis Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 26. September 2021, abrufbar unter: https://wahlen.mvnet.de/wahl/land (Stand: 13.10.2021).

3 Vgl. Dirk Van den Boom, Politik diesseits der Macht? Zu Einfluss, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1999, S.21.

4 Vgl. dazu: Christian Nestler, Die Kleinstparteien in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar, Christian Nestler, Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 183.

5 Vgl. Christian Nestler, Einzelbewerber bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 2013: zahlreich, aber chancenlos, in: ZParl, 4/2014. S. 796–811.

2. Wahlzulassung, Wahlprogramme und Wahlkampf zur Landtagswahl 2021

Gemäß der Bekanntmachung der Landeswahlleiterin vom 29. März 2021 wurden alle Bürger*innen aufgefordert, bis 10. Juni 2021, 18:00 Uhr, Wahlvorschläge für die Landtagswahl 2021 einzureichen. Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurde die Zahl der benötigten Unterstützerunterschriften auf 100 gesenkt.[6] Insgesamt folgten der Aufforderung auch 18 Kleinstparteien.

1. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)[7]
2. PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ (Tierschutzpartei)
3. FREiER HORIZONT
4. Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI)
5. FREIE WÄHLER Mecklenburg-Vorpommern (FREIE WÄHLER)
6. Piratenpartei Deutschland (PIRATEN)
7. Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
8. Bündnis C - Christen für Deutschland (Bündnis C)
9. Aktion Partei für Tierschutz (TIERSCHUTZ hier!)
10. Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis)
11. DEMOKRATIE IN BEWEGUNG (DiB)
12. Freiparlamentarische Allianz (FPA)
13. Liberal-Konservative Reformer (LKR)
14. Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)
15. Partei der Humanisten (Die Humanisten)
16. Partei für Gesundheitsforschung (Gesundheitsforschung)
17. Team Todenhöfer - Die Gerechtigkeitspartei (Team Todenhöfer)
18. UNABHÄNGIGE für bürgernahe Demokratie (UNABHÄNGIGE)

Des Weiteren hatten neun Einzelbewerber, in Bemühung um ein Direktmandat in ihren jeweiligen Wahlkreisen, die Kandidatur zur Landtagswahl 2021 angemeldet.

1	Wahlkreis 9 (Schwerin II)	Heiko Steinmüller
2	Wahlkreis 10 (Wismar)	Gerald Wolter
3	Wahlkreis 11 (Landkreis Rostock I)	Thomas Junginger
4	Wahlkreis 13 (Mecklenburgische Seenplatte I – Vorpommern-Greifswald I)	Andreas Kohl
5	Wahlkreis 22 (Mecklenburgische Seenplatte V)	Thomas Beckmann
6	Wahlkreis 26 (Stralsund II)	Michael Philippen
7	Wahlkreis 32 (Ludwigslust-Parchim V)	Thomas Frost
8	Wahlkreis 33 (Vorpommern-Rügen IV)	Friedrich Kunschke
9	Wahlkreis 35 (Vorpommern-Greifswald IV)	Jörg Rohr

Von ihnen war bisher noch keiner zu einer Landtagswahl angetreten. Mit neun Einzelbewerbern 2021 wurde nur knapp das höchste Aufkommen von 10 Einzelbewerbern bei der Landtagswahl

[6] Ministerium für Inneres und Sport, Vorbereitung und Durchführung von Landtagswahl und Kommunalwahlen am 26. September 2021. AmtsBl. M-V 2021 S. 326, abrufbar unter: https://www.landesrecht-mv.de/bsmv/document/VVMV-VVMV000010269 (Stand: 10.11.2021).

[7] In diesem Artikel wird die Partei nicht weiter in den Tabellen aufgeführt. Siehe zur NPD Moritz/Neuling in diesem Band.

1998 verfehlt.[8] Hierbei fällt auf, dass auch in diesem Jahr keine Frauen als Einzelbewerberinnen zur Landtagswahl antraten. Damit setzt sich der Trend in Mecklenburg-Vorpommern fort, dass sich in erster Linie Männer als Parteilose für ein Direktmandat in ihrem Landkreis aufstellen lassen. Nur zweimal traten mit Angelika Kraft 2002 und Kathrin Stein 2016 auch Frauen als Einzelbewerberinnen an.[9]

Unter dem Motto „Besser eine Kleine als Keine“[10] schlossen sich in diesem Jahr fünf Parteien zum gemeinsamen Wahlkampf zusammen, um Ressourcen zu bündeln und allgemein für die Wahl von Kleinstparteien zu werben[11]. Das „lose[..] Netzwerk“[12] aus der Piratenpartei, der Partei für Gesundheitsforschung, Demokratie in Bewegung (DiB), der Freiparlamentarischen Allianz (FPA) und der Partei der Humanisten präsentierte sich zusammen auf Plakaten und führte gemeinsame Wahlkampfveranstaltungen durch. So wurden u. a. Diskussionsveranstaltungen zu den Themen Bildungspolitik, Korruption und Lobbyismus und Bedingungsloses Grundeinkommen ausgerichtet. Diese fanden in Greifswald, Wismar und Schwerin statt und konnten ebenfalls online verfolgt und später abgerufen werden.[13] Des Weiteren veranstalteten die Parteien drei digitale Informationsabende zu den Themen „ÖPNV in Mecklenburg-Vorpommern“, „Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern“ und „Alternativen zur repräsentativen Demokratie“ über die Plattform Zoom.[14] Außerdem teilte sie über die Domain landtagswahl-mv.de neben den Hinweisen auf die inhaltlichen Positionen und Ziele der eigenen Parteien auch allgemeine Informationen zur Landtagswahl.[15] Eine derartige Zusammenarbeit von Kleinstparteien ist in Mecklenburg-Vorpommern erstmalig.

Der Wahlkampf der Tierschutzpartei nahm insbesondere das Thema Tierschutz stark in den Fokus. Dennoch wurden seitens der Partei betont, getreu ihres vollständigen Namens – Partei Mensch Umwelt Tierschutz – weitere Inhalte zu bedienen.[16] So fordert sie in ihrem offiziellen Wahlwerbespot zur Landtagswahl 2021 u.a. neben der Abschaffung der Massentierhaltung in Verknüpfung mit dem Brand in der Schweinezuchtanlage Alt Tellin am 30. März des Jahres ebenfalls eine „bessere Anbindung von Stadt und Land“ aus sozialen und ökologischen Grün-

8 Vgl. Daniel Möck/Christian Nestler, Die Kleinstparteien und Einzelbewerber, in: Martin Koschkar/Jan Müller/Christian Nestler (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2016, S.103–113, hier: S.105 f.

9 Ebd., S. 106.

10 Landtagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern, Wählen!, abrufbar unter: landtagswahl-mv.de/waehlen/ (Stand: 28.10.2021).

11 Landtagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern, Parteien auf dem Stimmzettel, abrufbar unter: landtagswahl-mv.de/parteien-auf-dem-stimmzettel/. (Stand: 28.10.2021).

12 Martini, Stephan, Bedingungsloses Grundeinkommen? Heute Abend öffentliche Debatte in der Volkshochschule, 2021, abrufbar unter: piratenpartei-mv.de/blog/2021/08/19/bedingungsloses-grundeinkommen-heute-abend-oeffentliche-debatte-in-der-volkshochschule/ (Stand: 28.10.2021).

13 Abrufbar bei youtube.com über den Kanal Aktivismus Schwerin: youtube.com/channel/UC8dG6QREM__dZODpvdFBrew (Stand: 05.11.2021).

14 Landtagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern, Informationsveranstaltungen, abrufbar unter: landtagswahl-mv.de/informationsveranstaltungen/ (Stand: 28.10.2021).

15 Landtagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: landtagswahl-mv.de/ (Stand: 28.10.2021).

16 LV Mecklenburg-Vorpommern – Tierschutzpartei, abrufbar unter: facebook.com/Mensch.Umwelt.Tierschutz.Mecklenburg.Vorpommern/photos/a.1642751265960934/3112860625616650 (Stand: 28.10.2021).; Carius, Luisa Maria, Die „Sonstigen“ wollen in den Landtag, in: NDR-online, abrufbar unter: ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/wahlen_mv_2021/Die-Sonstigen-wollen-in-den-Landtag,landtagswahlmv138.html (Stand: 02.11.2021).

den.[17] Statt eines Wahlprogramms veröffentlichte die Tierschutzpartei auf ihrer Website eine 2.704 Wörter lange Übersicht der „wichtigste[n] Themen“[18] für das Land. In der sechsteiligen Auflistung steht an erster Stelle der Punkt „Abschaffung der Massentierhaltung und Einsatz gegen Tierleid“[19]. Daraufhin folgen Forderungen aus Bereichen der Bildungs-, Infrastruktur-, Umwelt-, Landwirtschafts-, Sozial- und Gesundheitspolitik.[20] Dieser Versuch, eine thematische Breite zu bedienen, steht im Kontrast zu analytischen Schlussfolgerungen in Bezug auf die Landtagswahl von 2016. Möck und Nestler attestierten der Partei damals eine monothematische Ausrichtung.[21]

Die Freien Wähler, welche sich in den letzten Jahren bundesweit im Aufwind befanden[22] und in der INSA-Umfrage vom 01. Juli 2021 zwischenzeitlich nicht mehr im Block der „Sonstigen“, sondern mit einem Ergebnis von 3 Prozent einzeln aufgeführt wurden[23], setzten insbesondere auf regionale Themen. Ihre Forderungen beinhalteten dabei sowohl den Ausbau des Rufbussystems als auch die Umstellung der Lehrer*innen-Ausbildung zu einem dualen System.[24] Gleichzeitig stellt ihr als „Vertragsangebot“[25] formuliertes Wahlprogramm eine stärkere Bürger*innenbeteiligung durch mehr direkte Demokratie und die politische Stärkung der Gemeinden in den Vordergrund.[26] Entgegen der Annahme, Kleinstparteien würden sich lediglich auf wenige oder gar nur ein einziges Kernthema fokussieren[27], decken die Freien Wähler mit ihrem Wahlprogramm ein weites Feld ab. Zu den Gebieten Bildung, Sicherheit und Soziales werden ebenso Forderungen formuliert wie zu Familie, Finanzen oder auch Energie und Umwelt.[28]

Der Schwerpunkt der zweitstimmenstärksten Kleinstpartei, der 2020 neugegründeten Partei Basisdemokratische Partei Deutschland (dieBasis), lag im Wahlkampf auf der Ablehnung der im Rahmen der Corona-Pandemie getroffenen Maßnahmen und damit im Zusammenhang stehenden Themen. So plakatierte sie u.a. gegen „Lockdown, Impfzwang, Maskenpflicht, PCR-Tests“[29]. Statt eines Wahlprogramms veröffentlichte der Landesverband der Basis lediglich Anfang des

17 Partei Mensch.Umwelt.Tierschutz: Unser Wahlwerbespot zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: tierschutzpartei.de/unser-wahlwerbespot-zur-landtagswahl-in-mecklenburg-vorpommern. (Stand: 28.10.2021).

18 Partei Mensch Umwelt Tierschutz, PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ – Tierschutzpartei – zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: tierschutzpartei.de/landtagswahl-mecklenburg-vorpommern-am-26-09-2021 (Stand: 28.10.2021).

19 Ebd.

20 Ebd.

21 Vgl. Möck/Nestler 2016, S.109.

22 Seit 2008 sitzen die Freien Wähler im Bayrischen Landtag und sind seit 2018 an der Regierung beteiligt. Bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz 2021 und in Brandenburg 2019 (hier im Zusammenschluss Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler) schaffte die Partei ebenfalls den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Zudem konnte sie 2019 in das Europaparlament einziehen. Quelle: Carius, 2021; O.A., Nach den Landtagswahlen – Freie Wähler - eine Partei im Aufwind, in: ZDF-online, 15.03.2021, abrufbar unter: zdf.de/nachrichten/politik/freie-waehler-landtagswahlen-rlp-bw-100.html (Stand: 02.11.2021).

23 Wahlrecht.de, Umfragen Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: wahlrecht.de/umfragen/landtage/mecklenburg-vorpommern.htm (Stand: 28.10.2021).

24 TV:Schwerin (2021), Bundesvorsitzender der FREIEN WÄHLER zu Besuch in Schwerin, abrufbar unter: youtube.com/watch?v=_cRtX2-mYZU (Stand: 28.10.2021).

25 Freie Wähler, Programm der Landesvereinigung FREIE WÄHLER Mecklenburg-Vorpommern, 2021, abrufbar unter: freie-waehler-mv.eu/wp-content/uploads/2021/05/Programm-LTW-2021-1.pdf (Stand: 28.10.2021).

26 Ebd.

27 Vgl. Christian Nestler, Die Kleinstparteien in Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden2013, S.169–185, hier: S. 181.

28 Freie Wähler 2021.

29 Basisdemokratische Partei Deutschland – Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Plakate zum Download, abrufbar unter: diebasis-partei-mv.de/aktuelles/plakate-diebasis/ (Stand: 28.10.2021).

Jahres ein „Rahmenprogramm“[30], um die „Richtung, erste Vision und Orientierung der Partei vor[zu]geben“[31]. Hierin wird grundlegend für eine „Entflechtung des geistig-kulturellen, rechtlichen und wirtschaftlichen Bereichs“[32] geworben. Allgemein bestehen große Überlappungen zum gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahlkampf. Dies lässt sich auch daran festmachen, dass kein eigener Landtagswahlwerbespot existiert. Ebenfalls wurden in den Sozialen Medien seitens des Landesverbands vielfach Beiträge, die sich nicht spezifisch auf die Landespolitik beziehen, geteilt.[33] Hervorzuheben ist des Weiteren, dass die Partei in der Zeit vom 17. bis 23. September 2021 dreizehn Wahlkampfauftritte vor Ort wahrnahm[34], während andere Kleinstparteien ihren Wahlkampf eher ins Digitale verlegten.

3. Das Wahlergebnis

Insgesamt traten mit Tierschutz hier!, dieBasis, DIB, FPA, den Humanisten, der Partei für Gesundheitsforschung, Team Todenhöfer und UNABHÄNGIGE für bürgernahe Demokratie im Jahr 2021 acht Parteien erstmals zu einer Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern an. Von den somit zusammengenommen 17 „Sonstigen“ konnten die FREIEN WÄHLER die meisten Erststimmen auf sich vereinigen (siehe Tabelle). Das höchste Zweitstimmenergebnis erzielte mit einem knappen Vorsprung von absolut 9 Stimmen dieBasis vor der Tierschutzpartei (beide 1,7 %). Zudem hat das Gesamtergebnis der „Sonstigen“ mit 8,5 % den höchsten Wert bei einer Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern erreicht und damit den bisherigen Höchstwert von 5,7 % (1998) deutlich überschritten. Als erfolgreichster Einzelbewerber ging Michael Philippen (Wahlkreis Stralsund II) aus der Wahl hervor (siehe auch Kap. 4.4).

30 Basisdemokratische Partei Deutschland, Rahmenprogramm des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der Partei Basisdemokratische Partei Deutschland, 2021, S. 1.

31 Ebd., S. 2.

32 Ebd., S. 4.

33 Vgl. z.B. Beiträge auf der Facebookseite des Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern vom 21. - 24.09.2021, abrufbar unter: facebook.com/Die-Basis-MV-Landesverband-Mecklenburg-Vorpommern-103400525194174. (Stand: 28.10.2021).

34 Basisdemokratische Partei Deutschland – Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, Veranstaltungen von dieBasis LV MV, abrufbar unter: diebasis-partei-mv.de/veranstaltungen. (Stand: 28.10.2021).

Tab.1: Ergebnis der Kleinstparteien und Einzelbewerber bei der Landtagswahlen 2021

Partei	Erststimmen		Zweitstimmen	
	absolut	prozentual	absolut	prozentual
Tierschutzpartei	6.902	0,8	15.212	1,7
FREiER HORIZONT	2.491	0,3	3.348	0,4
Die PARTEI	1.826	0,2	7.023	0,8
FREIE WÄHLER	18.324	2,0	10.075	1,1
PIRATEN	1.774	0,2	3.706	0,4
DKP	–	–	727	0,1
Bündnis C	186	0,0	827	0,1
TIERSCHUTZ hier	–	–	3.883	0,4
dieBasis	16.319	1,8	15.221	1,7
DiB	–	–	563	0,1
FPA	708	0,1	436	0,0
LKR	–	–	221	0,0
ÖDP	–	–	936	0,1
Die Humanisten	–	–	1.105	0,1
Gesundheitsforschung	–	–	2.030	0,2
Team Todenhöfer	–	–	1.631	0,2
UNABHÄNGIGE	558	0,1	2.331	0,3
Heiko Steinmüller	279	0,0	–	–
Gerald Wolter	323	0,0	–	–
Thomas Junginger	293	0,0	–	–
Andreas Kohl	75	0,0	–	–
Thomas Beckmann	325	0,0	–	–
Michael Philippen	1.126	0,1	–	–
Thomas Frost	821	0,1	–	–
Friedrich Kunschke	230	0,0	–	–
Jörg Rohr	336	0,0	–	–

Quelle: Eigene Darstellung nach den Daten der Landeswahlleiterin Mecklenburg-Vorpommern.

4. Ausgewählte „Sonstige“ in der Einzelanalyse

4.1. Die Tierschutzpartei

Die Tierschutzpartei schaffte es bei dieser Landtagswahl, 1,7 Prozent der Wähler*innen-Stimmen auf sich zu vereinigen. Damit konnte sie ihr Ergebnis im Vergleich zur letzten Wahl, bei der sie erstmalig antrat, um 0,5 Prozentpunkte verbessern.[35] Ihr höchstes Ergebnis sowohl an Erst- (4,3 % mit dem Kandidaten Christoph Volkenand) als auch an Zweitstimmen (3,5 %) erzielte sie im Wahlkreis Greifswald. Bei den Zweitstimmenergebnissen folgen die Wahlkreise Stralsund II (2,8 %) und Rostock II (2,5 %). Des Weiteren ist auffallend, dass die Partei in jedem Wahlkreis, in welchem sie um Direktmandate konkurrierte, ein höheres Erst- als Zweitstimmenergebnis erzielen konnte.

Die niedrigsten Ergebnisse nach Zweitstimmen mit jeweils 1 Prozent erhielt die Tierschutzpartei in den Wahlkreisen Mecklenburgische Seenplatte II und Nordwestmecklenburg II. Zu erwähnen ist außerdem, dass sie in dem Bezirk Alt Tellin, auf den sich u.a. ihr Wahlkampf bezog, lediglich 0,6 Prozent der Zweitstimmen erzielen konnte. In absoluten Zahlen wurde sie hier von einer Person gewählt.

35 Vgl. Möck/Nestler 2016, S. 106 ff.

Insgesamt lässt sich der Trend der letzten Wahl bestätigen, dass die Partei eher in urbanen Zentren gewählt wird. Besonders das hohe Ergebnis in Greifswald kann zudem darauf zurückgeführt werden, dass die Tierschutzpartei in der Greifswalder Bürgerschaft eine gemeinsame Fraktion mit DIE LINKE bildet und insofern die Stadtpolitik in einigen Punkten aktiv mitbestimmt.[36] Der allgemeine Erfolg mag außerdem damit zusammenhängen, dass das Thema Umweltschutz, welches ein Kernthema der Partei ist, bei der Wahlentscheidung einen höheren Stellenwert eingenommen hat.[37] Ebenso besteht die Möglichkeit, dass die Stimmenzuwächse im Zusammenhang mit dem Brand in Alt Tellin stehen und damit auch Tierschutz als Thema eine höhere Aufmerksamkeit erhalten hat.
Die Reaktionen auf die Wahl fanden eher gering bis gar nicht statt. Lediglich in einem Beitrag des Bundesverbands auf Facebook wurde das Ergebnis der Tierschutzpartei im Land erwähnt. Ansonsten reagierten sowohl der Landesverband als auch die sich auf den obersten fünf Listenplätzen und die restlichen beiden Spitzenkandidat*innen über die sozialen Medien[38] und der eigenen Internetseite nicht auf die Ergebnisse.

4.2. dieBasis

Die Partei dieBasis wurde am 4. Juli 2020 in Kirchheim in Hessen aus der Partei Widerstand2020 heraus gegründet, die ursprünglich aus den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen der Politik hervorgegangen war. Ihr Ziel ist es, basisdemokratische Elemente in der Gesellschaft und in der Politik voranzubringen.[39] Die Säulen der Arbeit der Partei sind dabei laut eigener Aussage Freiheit, Machtbegrenzung, Achtsamkeit und die Schwarmintelligenz.[40] Am 23. Januar 2021 wurde im Hotel „Elephant" Schwerin der Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern gegründet. Er gliedert sich in die vier Kreisverbände Mecklenburgische Seenplatte, Rostock Land, Vorpommern-Rügen, Vorpommern-Greifswald und den Bezirksverband Westmecklenburg.[41] Zur ersten Landesvorsitzenden der Partei wurde die 40-jährige Diplom-Sozialpädagogin Jana Beschorner gewählt.[42] Diese wurde aber bereits am 24. April 2021 auf einem außerordentlichen Parteitag in Güstrow von Daniel Hameister abgelöst.[43] Aktuelle Landesvorsitzende ist Mareike Wittig.[44]

---

36 Die Linke – Partei Mensch Umwelt Tierschutz – Bürgerschaftsfraktion in Greifswald, abrufbar unter: linksfraktion-greifswald.de/fraktion/mitglieder/ (Stand: 28.10.2021).

37 12 Prozent der Wähler*innen nannten dies laut Forschungsgruppe Wahlen als wichtigstes Thema für ihre Wahlentscheidung. Damit ist der Wert zwar deutlich geringer als bei der gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl, aber dennoch höher als bei der Landtagswahl 2016. Quellen: ZDF-online, Die wichtigsten Probleme, 27.09.2021, abrufbar unter: wahltool.zdf.de/wahlergebnisse/2021-09-26-LT-DE-MV.html?i=11(Stand: 05.11.2021). ZDF, Die wichtigsten Probleme, 2016, abrufbar unter: wahltool.zdf.de/slides16/2016-09-04-LT-DE-MV.html (Stand: 05.11.2021). Tagesschau-online, Welche Themen entscheiden die Wahl?, 26.09.2021, abrufbar unter: tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-wahlentscheidend.shtml. (Stand: 05.11.2021).

38 Es wurde sich bei der Recherche auf die Webseiten Facebook, Youtube, Twitter und Instagram beschränkt.

39 DieBasis, Geschichte der Partei, 2020, abrufbar unter: https://diebasis-partei.de/partei/geschichte/# (Stand: 18.10.2021).

40 DieBasis, Rahmenprogramm, 2020, abrufbar unter: https://diebasis-partei.de/wp-content/uploads/2021/07/2020-11-dieBasis-Rahmenprogramm.pdf (Stand: 18.10.2021).

41 DieBasis M-V, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, 2021, abrufbar unter: https://www.diebasis-partei-mv.de/- (Stand: 18.10.2021).

42 O.A., Demokratie per Schwarmintelligenz, in: Schweriner Volkszeitung, 23.02.2021.

43 Ronny Poge, dieBasis MV stellt sich auf, 2021, abrufbar unter: https://www.diebasis-partei-mv.de/pressestelle/. (Stand: 20.10.2021).

44 DieBasis M-V, Der Vorstand des LV Mecklenburg- Vorpommern, 2021, abrufbar unter: https://www.diebasis-partei-mv.de/aktuelles/vorstand/. (Stand: 20.10.2021).

Insgesamt wurden für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 17 Kandidat*innen auf die Landesliste gewählt, wobei die größte mediale Aufmerksamkeit bei Dr. Wolfgang Wodarg lag, der als Spitzenkandidat des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern für die Bundestagswahl 2021 aufgestellt war.[45] Dr. Wodarg war von 1994 bis 2009 Mitglied des Bundestags für die SPD[46] und verließ die Partei im April 2021 nach einigen sehr umstrittenen Aussagen zur Corona-Pandemie.[47] Noch im selben Monat wechselte er zur Basisdemokratischen Partei Deutschland. Als Beweggrund für seine Kandidatur gab er an, dass derzeit in der Politik „welche am Ruder" seien, die man „nicht weiter steuern lassen" könne, da sie „sehr viel Schaden angerichtet" hätten.[48]

Trotz aller Kritik an den Corona-Maßnahmen sieht die Partei sich selbst nicht nur als Ein-Themen-Partei. In einem Interview erklärte Fred Hlawa, Kreisschatzmeister des Kreisverbandes Landkreis Rostock: „Unser Themenspektrum reicht außerdem viel weiter. Die Basis beschäftigt sich auch mit Militär-, Renten-, Gesundheits- und ganz besonders Bildungspolitik." Sie möchte in Zukunft auch auf kommunaler Ebene mitgestalten.[49]

Insgesamt kam die Partei bei der Landtagswahl auf 1,7 Prozent der Zweitstimmen und verpasste damit klar den Einzug in den Landtag. Ihr bestes Ergebnis erzielte sie im Wahlkreis 11 (Landkreis Rostock I), in welchem sie 2,5 Prozent der Zweitstimmen für sich gewinnen konnte.[50] Über zwei Prozent der Zweitstimmen konnten sie außerdem in den Wahlkreisen 3 (Neubrandenburg II), 7 (Hansestadt Rostock IV), 12 (Landkreis Rostock II), 22 (Mecklenburgische Seenplatte V), 26 (Stralsund II), 31 (Ludwigslust-Parchim IV), 34 (Vorpommern-Rügen V) und 35 (Vorpommern-Greifswald IV) erreichen, sodass sich sagen lässt, dass die Partei sowohl in Städten als auch im ländlichen Raum Wähler*innen von sich überzeugen konnte. Als einen kleinen Erfolg kann die Partei für sich verbuchen, dass sie mit dem Erreichen von mehr als einem Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen bei der Landtagswahl für ihre Liste unter die Parteienfinanzierung fällt und somit für jede gültige Stimme 1.05 € erhält.[51]

Einen Tag nach der Wahl bedankte sich dieBasis mit einem Video bei allen Wähler*innen, Unterstützer*innen und Mitgliedern und gab an, auch weiterhin für Demokratie und Grund- und Freiheitsrechte kämpfen zu wollen. Auch um weitere Mitglieder wird geworben.[52] Man kann also davon ausgehen, dass die Partei auch in Zukunft ihre Arbeit fortsetzen wird.

---

45 Ebd.

46 O.A., Wolfgang Wodarg – Geschichtswerkstatt SPD, abrufbar unter: https://www.spd-geschichtswerkstatt.de/wiki/Wolfgang_Wodarg. (Stand: 20.10.2021).

47 Gerrit Hencke, SHZ.DE, Partei „Die Basis" in Mecklenburg-Vorpommern: Wolfgang Wodarg wird Spitzenkandidat, in: Der Nordschleswiger, 18.10.2021, abrufbar unter: https://nordschleswiger.dk/de/deutschland-politik-gesellschaft-suedschleswig/wolfgang-wodarg-wird-spitzenkandidat. (Stand: 20.10.2021).

48 Ebd.

49 O.A., Neue Partei „Die Basis" setzt auf Basisdemokratie, in: Güstrowjournal. Ausgabe Mai 2021. S. 11.

50 Bekanntmachung der Landeswahlleiterin, Endgültiges Ergebnis Landesliste (Zweitstimmen in %), 2021, abrufbar unter: https://wahlen.mvnet.de/dateien/ergebnisse.2021/landtagswahl/html/l_proz_zweit.html. (Stand: 20.10.2021).

51 Deutscher Bundestag, Festsetzung der staatlichen Mittel für das Jahr 2020, abrufbar unter: https://www.bundestag.de/resource/blob/835922/0853db22122a388008ce071e287d8441/finanz_20-data.pdf. (Stand: 20.10.2021).

52 DieBasis M–V, DieBasis MV sagt Dankeschön, 2021, abrufbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=YE2oxq8WA4o. (Stand: 20.10.2021).

4.3. FREiE WÄHLER

Mit einem Gesamtergebnis von 1,1 Prozent können die Freien Wähler im Jahr 2021 auch bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern weitere Zuwächse für sich verbuchen und fallen damit ebenfalls unter die Parteienfinanzierung. Ihre höchsten Werte nach Zweitstimmen erzielte die Partei in den Wahlkreisen Ludwigslust-Parchim V (1,6 %), Schwerin I (1,5 %) sowie Mecklenburgische Seenplatte IV und Landkreis Rostock III (jeweils 1,4 %). Unterdurchschnittlich schnitt sie dagegen vor allem in Neubrandenburg II (0,5 %), Mecklenburgische Seenplatte I-Vorpommer-Greifswald I (0,7 %) und Vorpommern-Greifswald V (ebenfalls 0,7 %) ab. Jeweils 0,8 % Stimmenanteile erlangten die Freien Wähler des Weiteren in den städtisch geprägten Wahlkreisen Greifswald, Wismar, Stralsund II und Hansestadt Rostock III. Insofern ist erkennbar, dass die Partei eher in ländlichen Gebiete Erfolge verzeichnen kann, während sie tendenziell weniger in Städten lebende Personen anspricht.
Das höchste Erststimmenergebnis der Partei erreichte die Direktkandidatin Rita Falkert im Wahlkreis Vorpommern-Rügen I. Die sich in Rente befindende Finanzökonomin mit kommunalpolitischer Erfahrung bemängelte an erster Stelle das Fehlen von dienstleistungsbezogenen Fachkräften im Wahlkreis, „[i]nsbesondere im Hotel- und Gaststättengewerbe“[53]. Ähnlich wie bereits bei der Tierschutzpartei ist auffallend, dass das Erststimmenergebnis der Freien Wähler in jedem Wahlkreis, in dem Direktkandidat*innen aufgestellt wurden, über dem Zweitstimmenergebnis liegt.

4.4. Einzelbewerber Michael Philippen (WK 26 Stralsund II)

Der Einzelbewerber Michael Philippen trat zur Landtagswahl 2021 im Wahlkreis 26 (Stralsund II) an und konnte dort 5,9 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Damit war er mit insgesamt 1126 Stimmen der erfolgreichste Einzelbewerber in Mecklenburg-Vorpommern. Philippen wurde 1968 in Stralsund geboren und ist hauptberuflich als Maler tätig. Vielen Bürger*innen seines Wahlkreises ist er als ehemaliger Handballspieler und Trainer des Stralsunder HV bekannt, aber auch als Kommunalpolitiker machte er sich in den letzten Jahren einen Namen. Seit 2004 sitzt er als gewählter Vertreter für die Bürger für Stralsund (BfS) in der Bürgerschaft und ist seit 2009 auch Vorsitzender der Fraktion.[54] Des Weiteren hat er seit der Kreisgebietsreform 2011 ein Mandat im Kreistag Vorpommern-Rügen und ist seit 2014 stellvertretender Fraktionsvorsitzender der BfS/FDP.[55] Zu den Kernthemen, die auch seinen Wahlkampf prägten, zählen u.a. Bildung, sozialer Wohnungsbau, die Unterstützung des Sports und die Förderung des Ehrenamtes.[56] Trotz Rückendeckung seiner Fraktion im Wahlkampf konnte er sich nicht gegen seine Mitbewerber*innen durchsetzen. Auf Nachfrage der OZ, was passieren würde, wenn er kein Direktmandat erlangen könne, gab er vor der Wahl an: „Na, dann geh ich normal weiter arbeiten und bleibe im

53 O.A., Es fehlen Fachkräfte im Dienstleistungsbereich, in: OZ, 18.09.2021, S. 13.
54 Michael Philippen, Michael Philippen – Direktkandidat Landtagswahl MV 2021, abrufbar unter: https://www.michaelphilippen.de/ (Stand: 11.10.2021).
55 Landkreis Vorpommern-Rügen: Bürgerinfoportal – Michael Philippen, abrufbar unter: https://ris.kreis-vr.de/sessionnet/bi_vr/kp0050.php?__cwpnr=10&__cselect=0&__kpenr=650 (Stand: 11.10.2021).
56 O.A., OZ-Check zur Wahl: Kandidaten aus der Region für den Landtag (Wahlkreis 26) – Mehr Lehrer und ein einheitliches Abitur, in: OZ Ausgabe Stralsund, 15.09.2021, S. 12.

Ehrenamt. Ich falle in kein Loch.“[57] Das Direktmandat ging an Beatrix Hegenkötter (SPD), die mit 25,5 Prozent deutlich vor ihm lag.

5. Fazit und Ausblick: Neue Strategien, geringe Erfolge

Bei der diesjährigen Wahl war es keiner Partei aus dem Block der „Sonstigen“ möglich, den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde zu schaffen, geschweige denn in deren Nähe zu kommen. Dennoch gelang es einigen von ihnen, Zugewinne für sich zu verbuchen. Der im Rahmen der Proteste gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie entstanden Partei dieBasis gelang es auf Anhieb, auf dem ersten Platz unter den „Sonstigen“ zu landen. In welche Richtung es für sie bei kommenden Wahlen – auf dem Gebiet der gesamten Bundesrepublik – geht, bleibt abzuwarten. Knapp dahinter folgte die Tierschutzpartei, deren Relevanz im Land tendenziell zuzunehmen scheint. Auch die Freien Wähler schafften es, ihren Stimmenanteil zu verbessern. Dennoch bleibt in Mecklenburg-Vorpommern der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde, wie er bereits in Bayern und Rheinland-Pfalz gelang, aus.

Auffallend ist im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl der zunehmende Umfang der Programme der – erfolgreichsten – Kleinstparteien. Auch wenn häufig weiterhin ein Kernthema im Vordergrund steht, wird der Versuch unternommen, die Weite der Politikfelder abzudecken. Zusammen mit der größer werdenden Zahl an Kleinstparteien liegt hierbei die Vermutung nahe, dass sie sich selbst als nicht irrelevante Akteurinnen im politischen Wettbewerb sehen. Zumindest scheinen sie die Hoffnung zu besitzen, etwas verändern zu können. Gleichzeitig deutet auch der in Teilen gemeinsam geführte Wahlkampf einiger Kleinstparteien darauf hin, dass sie sich nicht aufgegeben haben und neue Strategien ausprobieren, um den eingangs erwähnten einschränkenden Rahmenbedingungen durch die Bündelung ihrer Ressourcen etwas entgegenzusetzen. Die weitere Beobachtung dieser Entwicklungen sowie tiefergehende Analysen des Selbstverständnisses und der Motivation der Akteur*innen können weitere Erkenntnisse liefern.

Nicht nur die zusammengenommenen deutlichen Stimmenzuwächse und der Anstieg der zur Wahl angetreten Parteien verweist auf die (zunehmende) Bedeutung der Situation der Kleinstparteien. Dies nicht nur in Hinblick auf ihre Potenziale bei Wahlen, sondern auch bezüglich allgemeinerer Fragen zur Verwirklichung von Pluralismus und repräsentativer Demokratie.

57 O. A., Als Einzelkämpfer: Michael Phillipen will in den Landtag ziehen, in: OZ, 04.08.2021, S. 11.

Teil III: Thematische Aspekte

Die Frauen für MV! Eine Krise der repräsentativen Demokratie?

Ludmila Lutz-Auras/Dennis Bastian Rudolf

In der Politikwissenschaft stellt die viel zitierte „Krise der Demokratie" weniger eine Gegenwartsdiagnose oder Forschungsheuristik dar, sondern bildet vielmehr einen Topos innerhalb des Fachs, welcher seinen Ursprung bereits in der griechischen Antike hat. Seitdem haben semantische Transformation der Positivierung, Futurisierung und institutionellen Anreicherung einen auf die Vergangenheit der antiken Stadtstaaten bezogenen Negativbegriff, in positives Zukunftsprojekt moderner Flächenstaaten überführt.[1] Dass sich die Krise der Demokratie nach wie vor als ein ergiebiges Forschungsprogramm erweist, ist jedoch nicht nur auf neue strukturelle Herausforderungen spätmoderner Gesellschaften zurückzuführen, sondern ergibt sich gerade durch die Umstrittenheit des Begriffes sowie die Vielzahl der damit verbundenen Theorien, Bilder und Bedeutungen. Weder im Kontext einer Geschichte der Demokratie noch in der gegenwärtigen Debatte kann daher für ein prinzipiell unabschließbares Projekt ein unhinterfragbares Selbstverständnis vorausgesetzt werden.

Eng verbunden mit dem „Siegeszug" der Demokratie im 20. Jahrhundert bleibt dennoch das Ideal einer repräsentativen Demokratie nach westlichem Vorbild, auf welches sich die meisten zeitgenössischen Krisendiagnosen beziehen.[2] Unter veränderten Kontextbedingungen bildet die periodische Wahl politischer Repräsentant*innen entweder das zentrale normative Element der moralischen Überlegenheit im Kampf der politischen Systeme oder eben die Grundlage für eine ideologiekritische Auseinandersetzung mit postdahlischer Politokratien. Nur allzu selten wird im Rahmen einer solchen Standardisierung demokratischen Systemwissens, im Sinne eines relativ klar abgesteckten, liberal-repräsentativen Bedeutungskerns,[3] jedoch ein genauerer Blick auf das Wesen der Repräsentation bzw. deren problematischem Verhältnis zur Demokratie geworfen.[4]

Im Sinne einer engen Definition bildet Repräsentation oft lediglich die institutionelle Voraussetzung für jedes politische System, das größer ist als eine idealtypische Polis. Als Grundelement westlich-liberaler Demokratien vertreten durch Wahlen legitimierte Repräsentant*innen im politischen Aushandlungsprozess den Willen des Volkes. Weil im Rahmen des Erstarken (rechts-) populistischer und autoritärer Strömungen jedoch gerade die Beziehung zwischen den Bürger*innen und dieser Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie nachhaltig gestört zu sein scheint, greift ein entsprechender Zugang zur sogenannten *mandate representation* jedoch theoretisch wie empirische nicht selten zu kurz. Dieses Problem spiegelt sich ganz grundsätzlich in dem von Heinz Eulau formulierten *Puzzle of Representation* wider: „We have representative institutions, but like the Greeks we do not know what they are about"[5]. Was bedeutet also Repräsentation?

---

1 Vgl. Hubertus Buchstein, Moderne Demokratietheorien, in Manfred Schmidt/Frieder Wolf/Stefan Wurster (Hrsg.), Studienbuch Politikwissenschaft, Wiesbaden 2013, S. 103–130.

2 Vgl. Selen A. Ercan/Jean-Paul Gagnon, The Crisis of Democracy: Which Crisis? Which Democracy?, in: Democratic Theory, Nr. 1 (2014), S. 1–10.

3 Joachim Raschke, Die Erfindung der modernen Demokratie: Innovationen, Irrwege, Konsequenzen, Wiesbaden 2000, S. 105.

4 Hanna F. Pitkin, Representation and Democracy: Uneasy Alliance, in: Scandinavian Political Studies, Nr. 27 (2004), S. 335–342, hier S. 335.

5 Heinz Eulau, Changing Views of Representation, in: Ithiel de Sola Pool I (Hrsg.), Contemporary Political Science. Toward Empirical Theory, New York 1967, S. 53–83, hier S. 81.

Welche Ziele und Ansprüche verfolgt sie? Was sind ihre normativen bzw. institutionellen Bedingungen? Welche Formen, Funktionen und Praktiken bestehen? Wann ist sie gelungen bzw. fühlen sich heute viele Bürger*innen nicht mehr adäquat repräsentiert?
Vor dem Hintergrund der folgenden Wahlanalysen will der Beitrag daher einen kurzen Einblick in die semantischen Schattierungen geben, welche das Verständnis von Repräsentation aus theoretischer Sicht bündeln. Entgegen einer formalen Reduktion des Konzepts auf eine *conditio sine qua non*, steht dann weniger die Krise der Demokratie bzw. ihrer repräsentativen Institutionen im Zentrum, sondern die explizite „Dauerkrise der Repräsentation“[6] selbst. Ein besonderes Augenmerk soll dabei exemplarisch am bisher kaum erforschten Fall des Landes Mecklenburg-Vorpommern liegen – einem Bundesland, in dem trotz eines leicht überdurchschnittlichen Niveaus ein bundesweit verbreiteter Trend der weiblichen Unterrepräsentation im 2021 gewählten Parlament herrscht.

Die Krise der Demokratie als Krise der Repräsentation

Ein entsprechender Zugang zum Wesen der Repräsentation über die Ideengeschichte des Konzepts, verweist daher auf dessen fortdauernde (Weiter-)Entwicklung von der Antike bis in die (Spät-)Moderne, und zwar mitunter deshalb, weil es ein solches Konzept in der heute oft idealisierten griechischen Polis gar nicht gab bzw. es sich im antiken Rom auf eine Form des Rollenspiels im Senat oder bei Gericht bezog (*representare* = sich darstellen). Folglich hat bereits Jean-Jacques Rousseau festgehalten, dass es sich bei der politischen Repräsentation um eine ‘moderne’ Idee handelt, die sich aus dem ungerechten und absurden System der aristokratischen Feudalherrschaft ergibt: „In ancient republics and even in monarchies, the people never had representatives; the very word was unknown“[7]. Über theologische Wendungen des Begriffs als symbolische Repräsentation der Einheit bei Tertullian (Der Vater durch den Sohn ↓; die Gemeinde durch ihre geistlichen Führer ↑) oder der Delegation im Konziliarismus (Das Konzil durch den Papst ↑) sowie absolutistische Wendungen im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit, beginnt sich erst ab dem 17. Jahrhundert ein unabhängiges säkulares Konzept zu bilden, durch welches der Souverän Herrschaftsgewalt gleichfalls erlangt und abgibt, um (demokratisch-repräsentative) Politik im modernen Sinne überhaupt möglich zu machen.[8]
Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser modernen Idee war und ist im 20. Jahrhundert geprägt durch Hannah F. Pitkins Arbeit *The Concept of Representation*, in welcher sie einerseits eine Definition von Repräsentation liefert und andererseits deren unterschiedliche Perspektiven aufzeigt: „[R]epresentation, taken generally, means the making present in some sense of something which is nevertheless not present literally or in fact“[9] Repräsentation findet demnach immer dann und dort statt, wenn und wo etwas prinzipiell Abwesendes (die Repräsentierten und/oder ihre Interessen) in einer bestimmten Weise (durch die Handlungen und/oder Darstellungen von Repräsentant*innen) gegenwärtig gemacht wird. Um mögliche Krisen der Repräsentation zu identifizieren, lassen sich prinzipiell zwei Dimensionen unterscheiden. (1) Handlungsbezogen (*acting for*) konstituiert die notwendige *formalistische Repräsentation* (Wahlen, Delegation, Losverfah-

6 Thomas Meyer, Die Transformation des Politischen, Frankfurt am Main 1994, S. 75.
7 Jean-Jacques Rousseau, The Social Contract and Discourses, London [1762] 1923, S. 83.
8 Vgl. Monica Brito Vieira/David Runciman, Representation, Cambridge 2008, S. 3f.
9 Hanna F. Pitkin, The Concept of Representation, Berkeley 1976, S. 8.

ren etc.) die Beziehung zwischen den Repräsentierten und ihren Repräsentant*innen über Formen der Autorisierung oder Verantwortlichkeit. Sie setzen damit die eigentliche *substantielle Repräsentation*, in welcher die Repräsentant*innen durch aktives inhaltliches Handeln die Interessen des Elektorats vertritt, überhaupt erst in Gang. (2) Darstellungsbezogen (*standing for*) umfasst die *deskriptive Repräsentation* jene Aspekte, welche die Repräsentation vom Umfang der Übereinstimmung der Eigenschaft und Einstellungen der Repräsentant*innen mit dem Elektorat abhängig machen. Dieses Prinzip der Deckungsgleichheit stellt für Pitkin zwar eine mögliche, jedoch nicht unbedingt zielführende oder effektive Form der Repräsentation dar. Unter *symbolischer Repräsentation* sind zudem jene passive Aspekte zu verorten, die als affektive und emotionale Identifikation mit Etwas oder Jemandem, auf die symbolische Darstellung eines ideativen Seins abzielen[10].

Die unterschiedlichen Perspektiven, die das von Pitkin ausformulierte Paradox erzeugen, wurden bis heute auf unterschiedliche Weise bearbeitet. Gerade abseits formalistischer Beiträge zum Verhältnis von Repräsentation und der Gestaltung des Wahlsystems haben Autor*innen auf die Bedeutung der Beziehung zwischen Wählern sowie Wählerinnen und Repräsentanten sowie Repräsentantinnen hingewiesen, die über den eigentlichen Wahlakt hinaus gehen muss. Zudem sind neue, dynamische Repräsentationsansprüche abseits der demokratischen Legitimation durch Wahlen erwachsen. Im Bereich der deskriptiven Ansätze finden sich neben Arbeiten zur Unterrepräsentation von marginalisierten Gruppen und Minderheit mit schwachen Interessen vor allem Beiträge mit Bezug zur feministischen Theorie. Diesen gemeinsam ist, dass sie trotz Pitkins Verweis auf die vermeintliche Ineffektivität der Parlaments-Repräsentativität eine grundlegende Frage adressieren: „why should it matter who our representatives are?“.[11] Denn gerade aus den Problemen und Spannungen zwischen individuellen wie gruppenspezifischen Interessen und Anliegen, ergeben sich typische Argumentationsweisen für eine explizite Krise der Repräsentation. Wie kann es sein, dass das im allgemeinen Interesse stehende Gute, Wahre oder Notwendige allzu oft unterlaufen wird? Warum kann die gegenwärtige Praxis der politischen Repräsentation die Verwirklichung des Gleichheitsanspruchs in der Demokratie in Bezug auf sozial schwache oder marginalisierte Bevölkerungsschichten nicht gewährleisten? Damit verbundene Krisensymptome (sinkende Wahlbeteiligung und Mitgliederzahlen der politischen (Volks-)Parteien; Entfremdung vom parlamentarischen System bzw. in der Vertrauenserosion gegenüber Politiker*innen; Erstarken illiberaler und populistischer Partien etc.) dokumentieren zwar den empirischen Zustand repräsentativer Institutionen bzw. der daraus hervorgehenden mangelnden Qualität und Integrationsfähigkeit, im Rahmen konventioneller Lösungen gerichtet, finden sich für Lösungen jedoch hoffnungsvolle Zukunftsperspektiven, sondern vielmehr Anpassungsversuche und vage Hoffnungen.[12]

Als grundlegenderes Problem einer Krise der Repräsentation erkennen Danny Michelsen und Franz Walter einen generellen Trend hin zu einer „unpolitischen Demokratie“, mit der auch das Ende der liberalen (Parteien-)Demokratie im Raum steht. Im Kern dieses Trends scheint eine Verkrustung des demokratischen Systems zu liegen, die das lebendige Politische verdrängt und zu einer weitgehenden Schließung des öffentlichen Verhandlungsraumes führt. Im Sinne einer instrumentellen, a-/moralischen und alternativlosen Politik, hat sich diese Entwicklung mit dem

10 Vgl. ebd., S. 38f.

11 Vgl. Anne Phillips, Democracy and Representation: Or, Why Should it Matter Who Our Representatives Are?, in: Anne Phillips (Hrsg.), Feminism and Politics, New York 1998, S. 224–241.

12 Markus Linden/Winfried Thaa, Krise und Repräsentation, in: Markus Linden/Winfried Thaa (Hrsg.), Krise und Reform politischer Repräsentation, Baden-Baden 2011, S. 10–43, hier S. 24.

Neoliberalismus als antipolitische Ideologie bis heute immer weiter zugespitzt. Moderne liberale Demokratien stehen demnach vor dem Problem, dass sie Repräsentation als „legitimen Antriebsstoff für jene interinstitutionellen Dynamiken“[13] zwar benötigen, sie diese jedoch unzulässig und hierarchisch verengen.

Als Reaktion verweist Simon Tormey daher auf jene zivilgesellschaftlichen Selbsthilfeversuche gegenüber einer alternativlosen, technokratischen Sachzwangsherrschaft, die sich außerhalb des formalisierten Wahlakts entwickelt haben (bspw. Politik-Influencer; *Occupy Wall Street*, *Fridays For Future*). Mit diesen informellen Aspekten essenziell verbunden ist für ihn eine Infragestellung des dominierenden Repräsentationsverständnisses und eines Narrativs rund um Hierarchie und Autorität. Abseits konventioneller Formen gehen Krisenlösungen daher Hand in Hand mit einem Umdenken bzw. einer Neuverhandlung des Verhältnisses von Repräsentation und Demokratie an sich; was dieses bedeutet, wie es funktioniert und für wen.[14] Ob im Rahmen eines Paradigmenwechsels – weg von der hierarchischen Repräsentation durch politische Parteien und Politiker, hin zu einer postrepräsentativen Resonanz durch individualisierte, unmittelbare, autonome Politikstilen – wirklich auf den prinzipiellen Eigenwert einer formal-elektoraler Repräsentation (legitimierte, öffentlich beobacht-, zuschreib- und bewertbaren Handlungen von Repräsentant*innen) verzichtet werden kann, bleibt – auch mit Verweis auf die durch eine digitale Revolution entstandenen Spielregen – allerdings fraglich.

Wenn der „Siegeszug“ westlicher Demokratievorstellungen bis heute jedoch vor allem auf der erfolgreichen Adaption veränderter Umwelt- und Kontextbedingungen beruht, könnte es bei der Suche nach Krisenlösungen durchaus heilsam sein, alte Modelle, Paradigmen, Strukturen und Metaerzählungen der Repräsentation infrage zu stellen. Diese Einsicht gilt vornehmlich für eine liberale Säule der Demokratie, die sich – und hier wird der liberale Gedanke oft missverstanden – nicht auf bestimmte Freiheitskonzeptionen, Abwehrrechte, Minderheitenschutz und den Einbau eines Repräsentativsystems beschränken kann, sondern in der plurale Lebensweisen und Perspektiven gleichberechtigt nebeneinander gehören und berücksichtigt werden müssen. Dies gilt gerade für Parteien und Politikern sowie Politikerinnen, die innerhalb des politischen Wettbewerbs – und entlang von alten und neuen Konfliktlinie – als hierarchische „Organe einer Repräsentation ganz bestimmter Interessen und Werte der Gesellschaft im politischen System“[15] fungieren. Vom jeweiligen Verständnis des Konzepts – als auch der Strukturen, in denen die Praxis politischer Repräsentation – stattfindet, ist somit aber auch jene republikanische Säule der Demokratie betroffen, welche die Einlösung des Versprechens nach gleicher und möglichst unmittelbarer Teilhabe an den politischen Entscheidungen beinhaltet. Die Störung dieser Balance ist nun nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass Lösungen für das Überleben der Demokratie gegenwärtig weniger in der Wiedergewinnung ihres partizipativen Moments als vielmehr in der Rationalisierung des bestehenden demokratischen Systems und seines institutionellen Repräsentativsystems gesucht werden.[16]

Die Krise der Repräsentation kann vor dem Hintergrund von Pitkins konzeptueller Ausarbeitung somit durchaus als Krise ihrer Paradigmen in Bezug auf die sozio-ökonomische sowie politisch-kulturelle (formalistischer) Exklusivität, fehlender (substantieller) Responsivität und mangelnde

13 Danny Michelsen/Franz Walter, Unpolitische Demokratie: Zur Krise der Repräsentation, Berlin 2013, S. 290.
14 Simon Tormey, The End of Representative Politics, Cambridge 2015, S. 136.
15 Thomas Meyer, Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung, Wiesbaden 2009, S. 85.
16 Hubertus Buchstein/Dirk Jörke, Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: Leviathan, Nr. 31 (2003), S. 470–495, hier S. 476.

(deskriptive) Repräsentativität verstanden werden. Gerade für Letztere stellt sich jedoch nach wie vor die Frage, warum es denn überhaupt ein Problem darstellt, wenn diese vermeintliche ineffektive Form der Repräsentation keine ausreichende Berücksichtigung findet. Oder überspitzt für die Frage der Unterrepräsentation von Frauen in deutschen Parlamenten: Warum sollte es einen Unterschied machen, ob ein 70-jähriger Mann eine 18-jährige Frau repräsentiert – *et vice versa*? Als Gegenargument wird hier oft, und durchaus zurecht, vorgebracht, dass die Repräsentation bestimmter Interessen nicht automatisch durch Zuordnung zu einer Gruppe erfolgt. Ebenso wie Ersterer sich für die Belange von jungen Frauen einsetzen kann, gewährleistet die Vertretung durch Letztere nicht, dass diese „entgegen" bzw. zugunsten anderer Interessen handelt. Prinzipiell schwinden mit großen Verzerrungen und Disproportionalitäten[17] jedoch Möglichkeiten sich in die Lebenswelten andere hineinzuversetzen, wodurch die Gefahr einer hierarchischen Fürsprache prinzipiell steigt. Diese kann noch so gut gemeint und durch Erfahrung, Fähigkeiten etc. begründet sein, sie bleibt als paternalistisches Argument für Repräsentation jedoch stets problematisch. Aus intersektionaler Perspektive endet die Frage nach der Repräsentation von Lebenswelten jedoch mitnichten bei der dichotomen Unterscheidung der Geschlechter. Die Unterrepräsentation von Frauen ist in dieser Hinsicht nur die Spitze des Eisbergs der Unterrepräsentation von LGBTs, BPoCs, Menschen mit Handicaps, Arbeitern und Arbeiterinnen, Singles, Muslimen und Musliminnen, Landbewohnern und Landbewohnerinnen oder auch Nicht-Berufspolitikern und Nicht-Berufspolitikerinnen. Damit verbunden kann jedoch ausdrücklich keine identitätspolitische Forderung nach einer Spiegelgleichheit der Parlamente sein. Politik muss, im liberalen Sinne, im Interesse aller – mehr oder minder starken, individuellen oder kollektiven – und nicht nur einiger weniger Sonderinteressen gemacht werden. Gerade deshalb ist jedoch im Umkehrschluss eine möglichst vielfältige deskriptive Repräsentation der Gesellschaft notwendig. Wenn Politik, im praktischen Sinne, als „Kunst des Möglichen" verstanden werden kann, gehen nicht erst der Problemlösung politische, soziale, ökonomische, kulturelle etc. Konstruktionsprozessen voraus. Bereits bei der Identifikation von Problemlagen zeigt sich, inwiefern strukturelle Benachteiligungen an der unmittelbaren politischen Teilhabe mit institutionellen weitreichenden Folgen verbunden sind. Problemdefinitionen sind hochgradig selektiv und die daraus hervorgehenden Lösungen, stellen dementsprechend keine neutralen Lösungen dar. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Gruppe (Weiße, Männer, Akademiker*innen, Jurist*innen etc.) nur ihr spezifisches Verständnis in die Lösung eines nur vermeintlich objektiven Problems einbringt, steigt somit unweigerlich mit ihrer Homogenität. Das gilt sowohl für die wissenschaftliche wie auch die politische Auseinandersetzung mit Krisen.

Die Politik und mit ihr die liberal-repräsentative Demokratie lebt von der Pluralität ihrer Lebenswelten und -entwürfe. Aus ihnen ergeben sich nicht nur unterschiedliche Probleme, sondern eben auch konkurrierende Lösungsvorschläge. Fragen deskriptiver Repräsentation sind demnach keine Fußnote im institutionellen Arrangement des Repräsentativsystems, sondern müssen entsprechend Gehör finden. Dies gilt gerade in Bezug auf die Unterrepräsentation von Frauen und die These, dass die Parteien selbst die zentralen Weichensteller für politische Karrieren[18] und natürlich für Reformen der eignen Struktur sind.

17 Vgl. Robert Putnam, Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy, Princeton 1993.

18 Vgl. Elke Wiechmann/Lars Holtkamp, Politischer Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik, in: GENDER, Nr. 3 (2011), S. 128–137.

Gleichstellung zwischen Wunsch und Wirklichkeit

„Ich wollte die Gleichstellung als imperativen Auftrag an den Gesetzgeber verstanden wissen. Ich hatte nicht geglaubt, daß 1948/1949 noch über die Gleichberechtigung überhaupt diskutiert werden müßte und ganz erheblicher Widerstand zu überwinden war!“,[19] so charakterisierte Elisabeth Selbert (1896–1986), Politikerin, Juristin und eine der vier „Mütter des Grundgesetzes“, in späteren Jahren die Debatte um rechtliche Verankerung der Gleichstellung der Geschlechter. Seit 18. Januar 1949 heißt es im Artikel 3 der deutschen Verfassung:

> „(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. (3) Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Trotz des formellen Bekenntnisses bleiben die männlichen Abgeordneten über drei Jahrzehnte in den Landesparlamenten der Bundesrepublik Deutschland nahezu gänzlich unter sich: Nach der Bundestagswahl 1972 machten Frauen lediglich fünf Prozent der Abgeordneten aus, auf Länderebene waren es zu jenem Zeitpunkt etwa doppelt so viele. Seit den 1980er und 1990er Jahren bis in die frühen 2000er erhöhte sich der Anteil der Parlamentarierinnen, insbesondere aufgrund der partiellen Einführung innerparteilicher Quoten, auf rund 30 Prozent.[20] Insgesamt lässt sich eine Reihe positiver Ergebnisse konstatieren: Frauen sitzen im Bundestag, in den Landtagen, in den Gemeinde- und Stadträten sowie in zahlreichen anderen relevante Entscheidungen treffenden Gremien. Seit 1993 amtieren auch Ministerpräsidentinnen, seit 2005 erstmals auch eine Bundeskanzlerin, derweil Ministerinnen, Staatssekretärinnen und Staatsrätinnen keine explizite öffentliche Erwähnung erfahren, da dies als Selbstverständlichkeit begriffen wird. Auch die Leitung großer Bundesministerien, an deren Spitze sich traditionell Männer befanden, wie dem der Verteidigung oder Justiz, durch weibliche Politikerinnen erscheint als völlig normal.
Allerdings stagniert diese positive Entwicklung seit ungefähr 2015, wobei die Zahl der Frauen je nach Bundesland und Gebiet grundsätzlich niedriger als der Männeranteil ausfällt oder sogar rückläufige Tendenzen aufweist. Auch wenn der Frauenanteil nach den Wahlen 2021 leicht stieg – von knapp 31 Prozent im Jahr 2017 auf 34,7 Prozent[21] – steht das Narrativ, der Frauenanteil im Bundestag und in den Landtagen werde langsam aber doch stetig immer weiter ansteigen, auf wackeligen Füßen. In vielen Landesparlamenten liegt der Anteil der Mandatsträgerinnen deutlich unter 30-Prozentmarke, noch nie übernahm eine Frau die Aufgabe der Bundespräsidentin, bis zur Wahl der ersten Ministerpräsidentin in Schleswig-Holstein dauerte es von der Verfestigung

---

19 Zitiert nach Böttger, Barbara: Das Recht auf Gleichheit und Differenz: Elisabeth Selbert und der Kampf der Frauen um Art. 3.2 Grundgesetz, Münster 1990, S. 166.

20 Vgl. hierzu Armin Schäfer, Der Verlust politischer Gleichheit: Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt am Main 2015, S. 138 f.

21 Vgl. hierzu Der Bundeswahlleiter (Hrsg.), Wahl zu 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, abrufbar unter: https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/e0d2b01f-32ff-40f0-ba9f-50b5f761bb22/btw17_heft4.pdf (02.11.2021); Deutscher Bundestag (Hrsg.), Der Bundestag wird weiblicher und jünger, abrufbar unter: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw39-wahlstatistik-863722 (02.11.2021).

des Gleichberechtigungsartikels im Grundgesetz an 44 Jahre, die „harten" Ressorts wie Inneres oder Finanzen verharrten im Bund bislang ausschließlich in männlicher Verantwortung.
Welchen Stellenwert nimmt die Gleichstellung der Geschlechter in der politischen Gestaltung, vor allem innerhalb der einzelnen Parteien, Mecklenburg-Vorpommerns ein? Inwiefern spiegelt sich dieser in den aktuellen Ergebnissen der Bundes- und Landtagswahlen 2021 wider? Gibt es ersichtliche Gründe für die Annahme, es breite sich eine beträchtliche Krise der Repräsentanz über das Land aus?

Frauen in der Politik: Triumph, Regress, Stillstand?

Ungeachtet der Tatsache, dass im Jahr 2020 rund 42,13 Millionen Frauen und 41,0 Millionen Männer die deutsche Bevölkerung bildeten, gehört die Unterrepräsentanz weiblicher Abgeordneten auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene im 21. Jahrhundert noch immer zum politischen Alltag. Auch Mecklenburg-Vorpommern stellt in diesem Kontext keine Ausnahme dar, sondern liegt 2021 auf einem leicht überdurchschnittlichen Niveau im generellen Trend: Die 815.526 Einwohnerinnen sowie 792.612 Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns (2019) werden im achten Parlament des Landes von 29 Frauen und 49 Männern vertreten.[22] So hinkt die Quote weiblicher Abgeordneten trotz offenkundiger Fortschritte bei der Gleichberechtigung weiterhin klar hinterher: Hätten Frauen in der Politik die Stimmen, welche proportional der Bevölkerungsstruktur entsprechen, wären mindestens 50 Prozent aller gewählten Entscheidungsträger*innen weiblich.
Im Zuge der acht Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern seit der deutschen Wiedervereinigung gelang es 606 Kandidierenden, ein Abgeordnetenmandat zu erlangen. 169 Frauen insgesamt freuten sich dabei über einen Einzug in das Parlament, 2021 zogen 29 Repräsentantinnen ein, was mit 36,7 Prozent gegenüber der bisherigen Besetzung von 23,9 Prozent einer spürbaren Potenzierung entspricht. Den höchsten Frauenanteil verzeichnen die fünfköpfigen Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP mit jeweils drei Frauen beziehungsweise 60 Prozent, Die LINKE stellt fünf Mandatsträgerinnen (55 Prozent). 12 Frauen gehören zur 34-köpfigen SPD-Fraktion, was einer Quote von 35 Prozent entspricht. Bei der CDU beträgt sie mit vier weiblichen Abgeordneten 33 Prozent, bei der AfD mit zwei Vertreterinnen demnach 14 Prozent.[23]
Die variierende Anzahl der weiblichen Abgeordneten im Schweriner Landtag seit den ersten freien Wahlen 1990 versinnbildlicht eine Entwicklung von der anfänglichen Regression über einen verheißungsvollen Anstieg in den frühen 2000ern hin zu einer starren Stagnation, welche nun erneut positive Tendenzen verbucht. In der Legislaturperiode 1990-1994 betrug der Frauenanteil im Parlament 18,4 Prozent, erhöhte sich bis 2002 auf 35,5 Prozent, fiel 2016 auf 23,9 Prozent und glänzte 2021 mit einem erstmaligen Höchstwert von 36,7 Prozent.

---

22 Vgl. hierzu Landesamt für innere Verwaltung Statistisches Amt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch – Ausgabe 2021, abrufbar unter: https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Abt4.Statistisches%20Amt/Dateien/Publikationen/Statistisches%20Jahrbuch/Aktuell%20nach%20Kapiteln/1%20Bevölkerung.pdf (20.09.2021); Landtag MV (Hrsg.), Landtagswahl am 26. September 2021, abrufbar unter: https://www.landtag-mv.de/landtag/wahlen/landtagswahl-2016 (2.10.2021).

23 Die Landeswahlleiterin (Hrsg.), Landtagswahl am 26. September 2021 in Mecklenburg-Vorpommern, Endgültige Ergebnisse, abrufbar unter: https://wahlen.mvnet.de/wahl/land (10.11.2021).

Die Zusammensetzungen der jeweiligen Landtage prägten in erster Linie die parteipolitischen Konstellationen: Die niedrige Frauenrate von 25,7 Prozent im Jahr 2006 lässt sich anhand des Einzugs der NPD mit sechs Männern und der FDP mit sieben Abgeordneten, unter diesen lediglich eine Vertreterin, erklären. Der Progress 2021 basiert auf dem Wiedereinzug von Bündnis 90/Die Grünen und der in diesem Fall eher Frauen favorisierenden FDP, der Entsendung von fünf Frauen seitens Die LINKE sowie dem triumphierenden Wahlsieg der SPD mit 39,6 Prozent, welcher 12 Repräsentantinnen den Weg in das Parlament ebnete.

Trotz der konstanten Unterrepräsentation bekleiden vorrangig Frauen die politischen Spitzenpositionen im Parlament in Mecklenburg-Vorpommern: Bei der konstituierenden Sitzung des Landtags am 26. Oktober 2021 freute sich die SPD-Politikerin Birgit Hesse über die erneute Wahl zur Landtagspräsidentin, die CDU-Abgeordnete Beate Schlupp erhielt bei der Abstimmung über die Besetzung des Postens der Ersten Vizepräsidentin 62 von 79 abgegebenen Stimmen, Elke-Annette Schmidt (Die LINKE) avancierte mit 51 Stimmen zur Zweiten Vizepräsidentin.[24]

Auch die Vorstellung der erstmals paritätische aufgestellten Kabinetts am 11. November 2021 sowie die Wahl der populären SPD-Frau Manuela Schwesigs zur Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns am 16. November 2021 lässt anmuten, dass die Politikerinnen bei künftigen Regierungsentscheidungen eine stärkere Stellung einnehmen sollen. An der Spitze der vier von acht Landesministerien befinden sich in der gegenwärtigen Legislaturperiode Frauen, zwei aus der SPD und zwei aus Die LINKE. Die Leitung des Ministeriums für Soziales und Gesundheit übernahm Stefanie Drese (SPD), der neu geschaffenen Einrichtung Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europa-Angelegenheiten Bettina Martin (SPD), des Ministeriums für Bildung und Kindertagesstätten Simone Oldenburg (Die LINKE) sowie des Ministeriums für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung Jacqueline Bernhardt (Die LINKE). Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass die Vergabe solch hoher Ämter in einem demokratischen politischen System sich nicht ausschließlich auf Aspekte der geschlechtlichen Gleichstellung stützt.

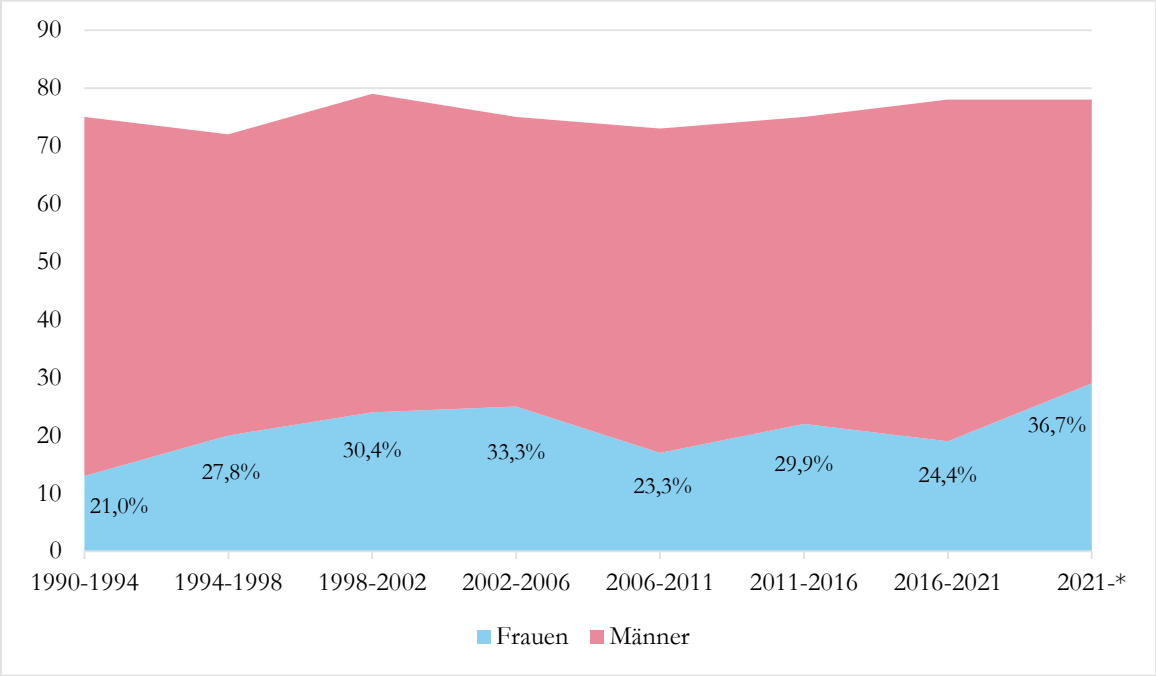
Tab. 1: Anzahl der Frauen in Schweriner Landtagen.

Legislaturperiode	Mandatsträger*innen gesamt	Frauen
1990-1994	75	13
1994-1998	72	20
1998-2002	79	24
2002-2006	75	25
2006-2011	73	17
2011-2016	75	22
2016-2021	78	19
2021-*	79	29

Quelle: Eigene Darstellung nach: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Die Abgeordneten früherer Wahlperioden, abrufbar unter: https://www.landtag-mv.de/landtag/abgeordnete/ehemalige-abgeordnete (11.12.2021); Ders., Die Abgeordneten des Landtages, abrufbar unter: https://www.landtag-mv.de/landtag/abgeordnete/sitzordnung (11.12.2021).

[24] Vgl. hierzu Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.), Plenarprotokoll 8/1, 26.10.2021, S. 17–21.

Abbildung 1: Mandatsträgerinnen in Schweriner Landtagen.



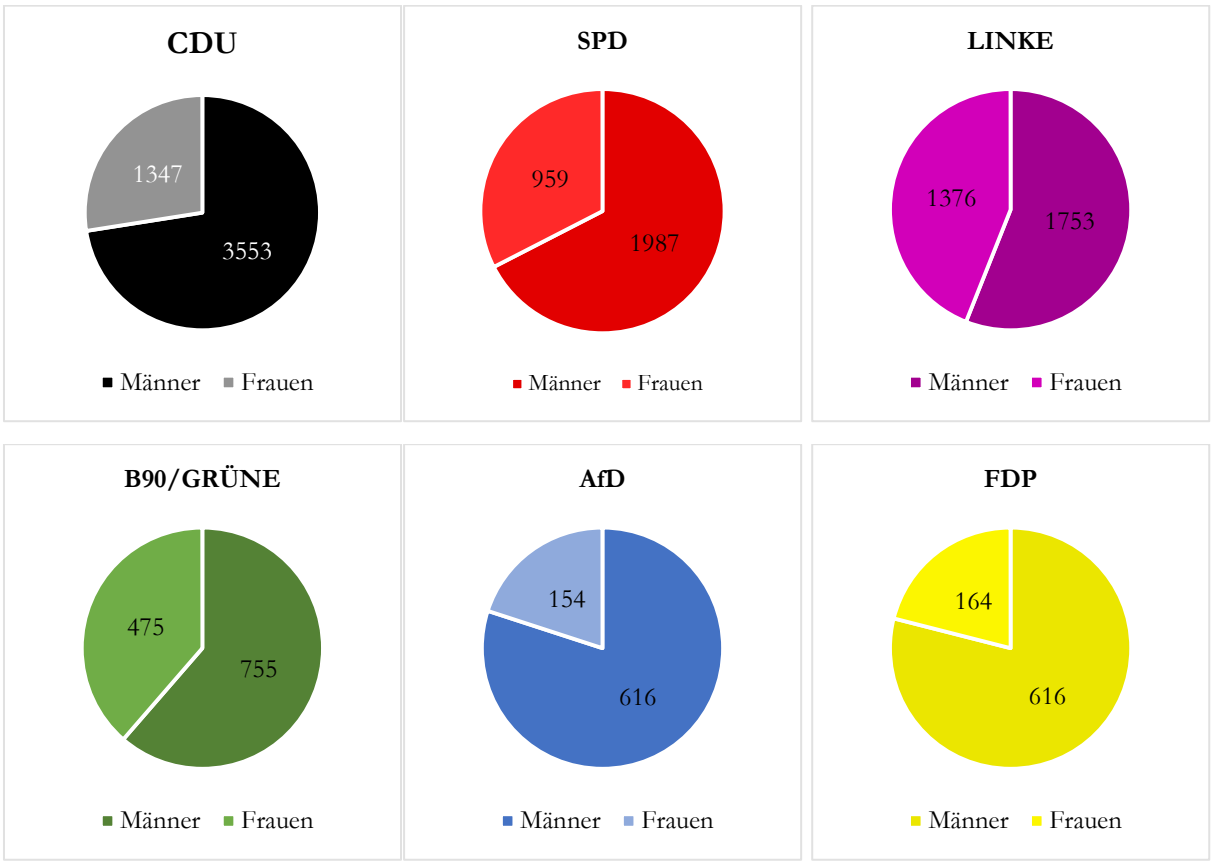
Quelle: Eigene Darstellung nach: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Die Abgeordneten früherer Wahlperioden, abrufbar unter: https://www.landtag-mv.de/landtag/abgeordnete/ehemalige-abgeordnete (11.12.2021); Ders., Die Abgeordneten des Landtages, abrufbar unter: https://www.landtag-mv.de/landtag/abgeordnete/sitzordnung (11.12.2021).

Stunde der Wahrheit: Zahlen, Listen und Programme

Die parlamentarische Unterrepräsentation von Frauen beginnt bereits bei der Parteimitgliedschaft – auch in Mecklenburg-Vorpommern, wo sich bislang nur wenige weibliche Engagierte für einen Beitritt entschieden. In der mitgliederstärksten Landespartei CDU machen Frauen von 4.969 Mitgliedern gerade einmal 28 Prozent aus, bei Die LINKE 43,4 Prozent von 3.222, bei der SPD 32,4 Prozent von 2.950, bei Bündnis 90/Die Grünen von 1.047 Mitgliedern 38,8 Prozent, bei der FDP 18,2 Prozent von 670,[25] bei der AfD sind es 20 Prozent bei 770 Mitgliedern.

[25] Vgl. hierzu Uwe Reißenweber, Warum die Parteien unsexy sind, in: SVZ, 15.01.2021.

Abb. 2: Mitgliederzahlen der im Landtag vertretenen Parteien nach Geschlecht.



Quelle: Eigene Darstellung nach Uwe Reißenweber, Warum die Parteien unsexy sind, in: SVZ, 15.01.2021; sowie nach Angaben der Parteien.

Sobald sich Frauen in einer Partei gut integriert haben, fallen die Unterschiede in ihrem Partizipationsverhalten zu den ihrer männlichen Kollegen kaum ins Gewicht. Bei der Relation der aufstiegsbezogenen „Geschlechterlücke" zwischen Mitgliedern und Abgeordneten kristallisiert sich anhand der Frauenanteile heraus, dass Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE, Sozialdemokrat*innen sowie auf etwas geringerem Niveau auch die FDP über die faktische Ausgangsbedingung ihrer zahlenmäßigen Basis hinauswachsen: Das bedeutet, dass die Anzahl der Mandatsträgerinnen höher als in der Partei insgesamt ausfällt. Den Christdemokrat*innen und der AfD gelang es bisher nicht, der Unterrepräsentation von Frauen effektiv entgegenzuwirken, beispielsweise durch eine strengere Quotenregelung bei der Wahlnominierung.

Zur Landtagswahl 2021 bewarben sich in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 464 Personen auf 24 Listen um einen Sitz im Parlament, darunter 148 Frauen (29,7 Prozent) und 316 Männer. Zur Landtagswahl 2016 waren es 389 Kandidierende, darunter 99 Mandatsanwärterinnen, die eine Quote von 25,5 Prozent bildeten.[26] Während die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE ihre Listen paritätisch gestalteten, verzichteten die CDU, FDP sowie AfD auf dieses Vorgehen. Ein analytischer Blick auf die Zahlen der vergangenen Wahlgänge zeigt, dass selten mehr als 25 dieser Plätze es in den Landtag schafften. Dieses hat an sich keine große Relevanz,

[26] Statistisches Amt MV (Hrsg.), Wahlheft 2/2021; Daten der Landeswahlleiterin, abrufbar unter: http://www.wahlumfrage.de/389-kandidatinnen-und-kandidaten-treten-zur-landtagswahl-2016-in-mecklenburg-vorpommern-an/ (Stand: 08.11.2021).

offenbart allerdings, dass nicht alle antretenden Parteien die Möglichkeit einer vollständigen Gleichstellung angemessen ausschöpfen.

Auch in ihren Wahlprogrammen nahmen die nun das Schweriner Parlament formenden Parteien eine recht uneinheitliche Gewichtung der Themen wie Gleichstellung, Gender Mainstreaming, Gleichberechtigung oder Frauenförderung vor. Die CDU proklamierte die Chancengleichheit als eine Selbstverständlichkeit, für die sie „bereits mit der Bildung von Kindern und Jugendlichen, damit alle Frauen und Männer in ihrem Berufsleben, in der Politik und in der Gesellschaft gleichermaßen teilhaben können" einen Grundstein lege. In der Rubrik „Bloß nicht!" heißt es, die Partei bevorzuge eine gleichberechtigte Nennung der Geschlechter, wehre sich jedoch gegen die Einführung des Gendersternchens, welches eine Weiterentwicklung der deutschen Sprache behindere.[27] Die FDP setzte sich mit der Gleichstellung in erster Linie vor dem Hintergrund der familiären Konstellationen auseinander, gleiche Rahmenbedingungen für alle Lebensmodelle dabei fordernd: „Wir Freie Demokraten unterstützen aktiv die Gleichstellung früherer eingetragener Lebenspartnerschaften und kämpfen gegen die Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder Identität. Wir stehen für eine gesellschaftliche Akzeptanz der Geschlechtervielfalt."[28] Die AfD verfasste kein gesondertes Kapitel zur Gleichstellung in ihrem 84-seitigen Dokument, brachte ihre Meinung aber im Abschnitt zur Wirtschaft zum Ausdruck: „Geschlechterquoten bei der Mitarbeitereinstellung lehnen wir ab, Maßstab darf allein die Qualifikation sein. Verordnete Stellen für Gleichstellungsbeauftragte sind wirtschaftlicher und bürokratischer Unsinn. Wir stehen für Gleichberechtigung statt Gleichmacherei."[29]

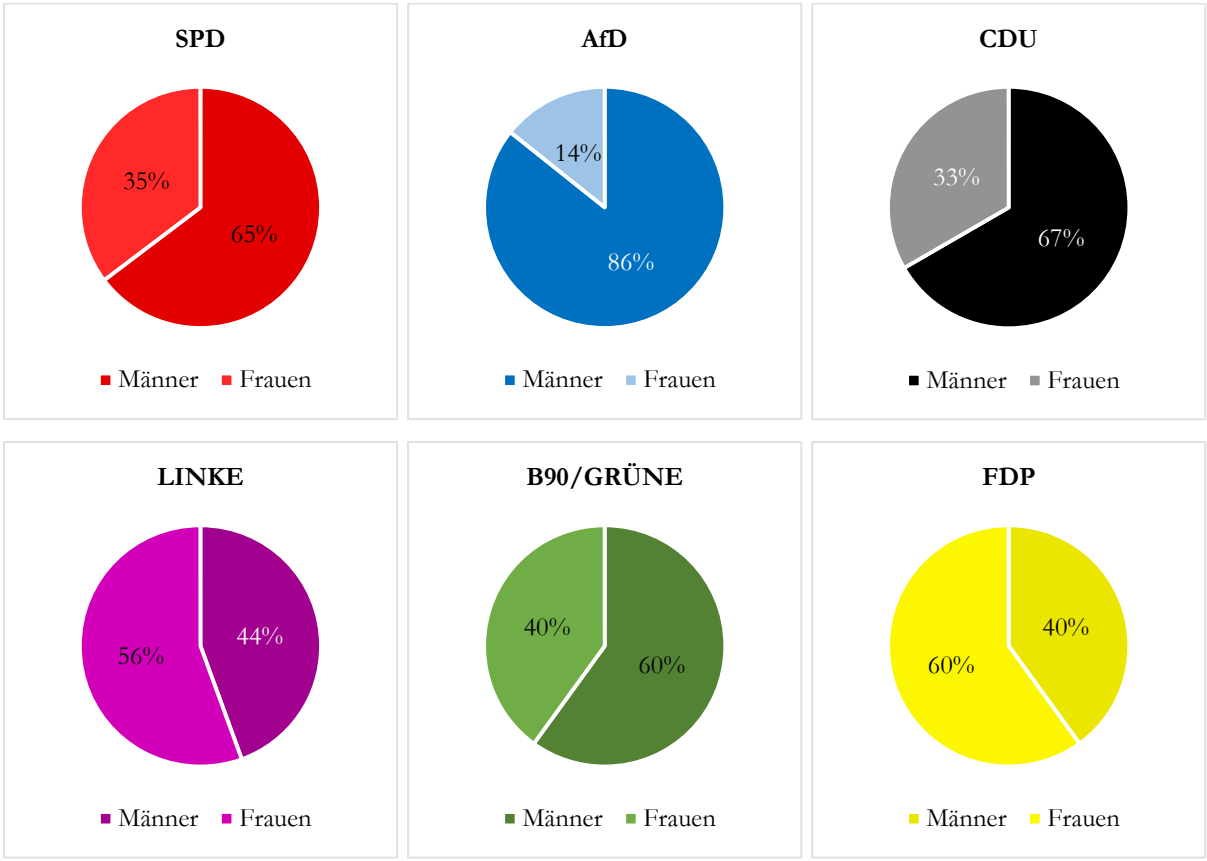
Bündnis 90/Die Grünen kritisierten die in Deutschland vorherrschenden Umstände, in denen Bürgerinnen lediglich formal die gleichen Rechte wie Bürger besitzen, was beispielsweise die zusätzlichen Belastungen der Frauen im Zuge der Corona-Pandemie noch einmal greifbar veranschaulichte. Die Partei möchte dem aktuell aufblühenden, als ein gesamtgesellschaftliches Problem definierten Antifeminismus mit der Maxime „Frauen können alles" konsequent begegnen, eine Etablierung der Stelle „Staatssekretär*in für Gleichstellung" dabei anvisierend.[30] Für Die LINKE verkörperte der Kampf für die Gleichstellung von Frauen, Männern sowie von Menschen egal welcher sexuellen Orientierung oder welchen Geschlechts einen humanistischen Ansatz, eine Grundlage allen politischen Denkens und Handelns. Gefordert wurde u.a. die Vermittlung der Genderkompetenz während der Lehrer*innen- und Erzieher*innen-Ausbildung, die Ausarbeitung eines ganzheitlichen gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms sowie eine sichere und auskömmliche Finanzierung dieses Ressorts.[31] Die recht detaillierte Passage zur Gleichstellung im SPD-Programm lehnte jegliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen sowie die Verbreitung tradierter Rollenbilder ab, betonte die Wichtigkeit des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit", versprach eine strengere Einhaltung einer gendergerechten Sprache in allen offiziellen Veröffentlichungen seitens des Landes oder der Kommunen. Des Weiteren wurde festgehalten: „Nach wie vor ist Politik ein männlich dominierter Bereich, der Anteil politisch engagierter Frauen sinkt weiter. Unser Ziel ist es, dass sich der Frauenanteil in der Bevölkerung

27 CDU MV (Hrsg.), Entwurf des Wahlprogramms: 37. Landesparteitag der CDU MV Güstrow, den 18. Juni 2021.
28 FDP MV (Hrsg.), Veränderung braucht einen Anfang - Das Wahlprogramm der FDP MV zur Landtagswahl 2021, S. 89.
29 AfD MV (Hrsg.), MV will leben! Wahlprogramm Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2021, S. 12.
30 Grüne MV (Hrsg.), Für Klima, Land und Miteinander. Wahlprogramm 2021 Bündnis 90/Die Grünen MV.
31 Die LINKE MV (Hrsg.), Das ist Links! Zukunftsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl am 26. September 2021.

auch in den politischen Vertretungen widerspiegelt. Deshalb werden wir verfassungskonforme Paritäts-Regelungen für Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern erarbeiten.“[32]

Fehlende Geschlechtergerechtigkeit entpuppt sich als eine der größten Herausforderungen für die gegenwärtigen Demokratien[33], welche vorrangig die Vertreter*innen der aktiv an politischen Bestimmungsprozessen beteiligten Parteien prägen. Während bei der Mitwirkung als gewählte Mandatsträger*innen die geschlechtsspezifischen Divergenzen am Gehalt einbüßen, spielen beim Einzug in den Landtag bestimmte strukturelle Begebenheiten eine Rolle, welche den Frauen das Erklimmen der Karriereleiter entweder erleichtern oder aber erschweren. Denn obwohl die Mehrheit der im Landtag vertretenen Parteien den Reißverschlussprinzip bei der Gestaltung ihrer Landeslisten anwendete sowie Lösungsansätze für die Gleichstellungsproblematik in ihren Programmen skizzierte, gab es kaum paritätische Berücksichtigung der Kandidatinnen bei der Verteilung der Direktwahlkreise. Die Schwierigkeiten dieser Handhabung reflektieren folgenden Ergebnisse: Unter den 34 erzielten Direktmandaten der SPD befinden sich lediglich 12 Frauen, wohingegen bei Die LINKE fünf von neun, den Bündnis 90/Die Grünen und der FDP jeweils drei von fünf Kandidierenden über die Listen als weibliche Abgeordnete sich einen Platz im Schweriner Parlament erkämpften.

Abb. 3: Anteil der Mandatsträger*innen in den dem Landtag angehörenden Parteien.



Quelle: Eigene Darstellung nach: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Die Abgeordneten des Landtages, abrufbar unter: https://www.landtag-mv.de/landtag/abgeordnete/sitzordnung (11.12.2021).

32 SPD MV (Hrsg.), Verantwortung für heute und morgen. Regierungsprogramm 2021-2026, S. 57.

33 Vgl. hierzu Ronald Inglehart/Pippa Norris/Christian Welzel, Gender Equality and Democracy, in: Comparative Sociology 3–4/2002, S. 321–345.

Das achte Parlament: Von Chancen- zur Ergebnisgleichheit?

„Die Koalitionspartner werden ein Zeichen für die Gleichberechtigung der Geschlechter setzen und den internationalen Frauentag am 8. März durch eine Anpassung des Feiertagsgesetzes zum gesetzlichen Feiertag erklären,“[34] verkündeten die SPD und Die LINKE in der ausgehandelten Vereinbarung für ihre gemeinsame Regierung 2021-2026. Im Prozess der nationalen Staatenbildung etablierte sich der offizielle Festtagskalender zu einem substanziellen Bestandteil der symbolischen Ordnung – er markiert, welche historischen Phänomene als erinnerungswürdig gelten, und trifft damit Aussagen über die in einem Land oder einer Region bzw. innerhalb eines gesellschaftlichen Systems propagierten Normen und Werte.[35] Die Feiertage stellen dabei eine äußerst originelle Übertragungsform des kulturellen Erbes dar, transferieren die erwünschte geistig- moralische Praxis und übernehmen eine sich an bestimmten ideellen Instruktionen orientierende Erziehungsfunktion bei der heranwachsenden Generation. Darüber hinaus dienen die arbeitsfreien Daten selbstverständlich stets als einer Kumulation positiver Emotionen, Erholung und Freude, was bei der Mehrheit der Bevölkerung auf großes Wohlwollen stößt. Dies berücksichtigend erlebt das Thema „Gleichstellung der Geschlechter“ eine höchst imposante symbolische Aufwertung, welche nicht zuletzt auf der Tatsache fußt, dass zwei Spitzenpolitikerinnen des Landes – Manuela Schwesig (SPD) und Simone Oldenburg (Die LINKE) – die mehrwöchigen Verhandlungsrunden für die anstehende Legislaturperiode leiteten.

Obwohl die Gleichstellung der Bürger*innen als eine „in allen Politik- und Handlungsfeldern als Querschnittsaufgabe“ im aktuellen Koalitionsvertrag in unterschiedlichen Kontexten relativ viel Beachtung erfährt, fallen die Formulierungen zu den konkreten Vorgehensweisen etwas unpräzise aus. Wie im vorherigen Dokument (2016-2021) übernimmt die aktuelle Fassung die Passage, dass „politischen Stiftungen und kommunalpolitischen Vereinigungen hierfür wichtige Partner und Impulsgeber“[36] verkörpern, lässt allerdings in diesem Zusammenhang einen breiten Interpretationsraum für die genau Rolle der Regierenden offen.

Die seitens des neuen Kabinetts angestrebten Aktionen wie die Erarbeitung eines ressortübergreifenden gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft, die Intensivierung der bestehenden Mentoringprojekte für mehr weibliche Gesichter in sämtlichen Führungspositionen oder die Fortsetzung der Auszeichnungsveranstaltung „Frau des Jahres“ erscheinen längst nicht als überholt. Denn der prüfende Blick durch die Berliner Reichstagskuppel, in die Büros der Bürgermeister*innen deutscher Ratshäuser oder auf die Stuhlreihen im Schweriner Schloss offenbart: Die Politik bleibt konstant ein eher männlich geprägtes Universum.

Laut der im Herbst 2019 seitens der Konrad-Adenauer-Stiftung bundesweit durchgeführten Umfrage spricht sich die eindeutige Majorität der deutschen Bevölkerung dafür aus, dass Frauen in der Politik mehr Verantwortung tragen – sei es in der Regierung (87 Prozent) oder in den Parteien (85 Prozent).[37] Das im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns seit 1990 anhaltende Repräsentationsdefizit kommt diesem Wunsch bislang nicht nach, wodurch die These einer „parlamentarischen Krise“ keineswegs als utopisch realitätsfern zu betrachten ist.

---

34 Vgl. hierzu Koalitionsvereinbarung 2021-2026, S. 62.

35 Vgl. hierzu Peter Niedermüller, Zeit, Geschichte, Vergangenheit: Zur kulturellen Logik des Nationalismus im Postsozialismus, in: Historische Anthropologie 2/1997, S. 259 f.

36 Vgl. hierzu Koalitionsvereinbarung 2021-2026, S. 62.

37 Vgl. hierzu Viola Neu/Christine Henry-Huthmacher, Mehr Frauen in die Politik? Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Analysen & Argumente 375/November 2019.

Koalitionen im Laboratorium Mecklenburg-Vorpommern – Eine Analyse

Lucas Neuling

1. Einleitung

In dem im Jahr 2013 veröffentlichten Band „Politik in Mecklenburg-Vorpommern" bezeichneten die Autoren die Politik und den Parteienwettbewerb des Landes durch seine Rahmenbedingungen als „Laboratorium", was den Wert als politikwissenschaftliche Fallstudie maximiert.[1] Das Buch selbst und die regelmäßigen Landtagswahlstudien des Institutes für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock legen ihren Fokus vorrangig auf die Parteien des Landes und den gegenseitigen Wettbewerb in Wahlen. Folgt man an der Stelle wesentlichen Denkmustern der Politwissenschaft, sollte die parteienbasierte Regierungsbildung als signifikante Kenngröße ebenfalls Teil einer derartigen Analyse sein. So formulierte unter anderem Kaare Strøm die Regierungsfunktion als unabdingbaren Sinn moderner Parteien.[2] Da die Koalitionsbildung im bundeslandeigenen Parteiensystem seither nur eine nebensächliche Beachtung erfuhr, analysiert dieser Artikel die bisherigen Regierungen anhand grundlegender Theoreme der Koalitionsforschung. Ziel ist die Identifikation von Mustern in der parlamentarischen Mehrheitsbildung.

2. Koalitionstheoretische Grundlagen

„Office-seeking"-Theorien

Den allgemeinen Start der Koalitionsforschung markierte William H. Riker 1962 mit seiner Theorie der „minimal winning coalition". Sie ist Teil der sogenannten „Office-seeking"-Theorien, die den Wunsch nach Regierungsämtern als entscheidenden Grund für die Koalitionsbildung ansehen. Konkret handelt es sich um siegreiche Koalitionen – Voraussetzung ist eine absolute Mehrheit – die bei Verlust oder Ausscheiden eines Koalitionspartners die parlamentarische Mehrheit verlieren. Das Hauptproblem der Theorie ist die fehlende Präzision, da sie eine Vielzahl von theoretisch möglichen Koalitionen zum Ergebnis hat.[3]

William A. Gamson veröffentlichte analog zu Riker im selben Jahr die Theorie der „minimum winning coalition", bei der die Größe der Koalition mit dem Ertrag für die Mitglieder in Zusammenhang gebracht wird. Die absolute Mehrheit beschränkt sich dabei auf die kleinstmögliche Anzahl an Parlamentssitzen, womit jeder Koalitionspartner den größtmöglichen Ertrag erzielt. Grundbedingung ist allerdings ein Nullsummenspiel, was voraussetzt, dass der Ertrag für die Koalitionsmitglieder stets konstant ist.[4]

---

1 Vgl. Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele, Laboratorium Mecklenburg-Vorpommern, in: Martin Koschkar/Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.), Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Wiesbaden 2013, S. 11–23, hier: S. 12.

2 Vgl. Kaare Strøm, Parties at the Core of Government, in: Russell Dalton/Martin Wattenberg (Hrsg.), Parties without Partisans: Political Change in Advanced Industrial Democracies, New York 2000, S. 180–207, hier: S. 182.

3 Vgl. Wolfgang Müller, Koalitionstheorie, in: Ludger Helms/Uwe Jun (Hrsg.), Politische Theorie und Regierungslehre: Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung, Frankfurt am Main 2004, S. 267–301, hier: S. 269–270.

4 Vgl. ebd.

Eine dritte grundlegende Theorie, die dem „Office-seeking"-Ansatz folgt, stammt von Michael A. Leierson (1968/70) und stellt die Anzahl der Parteien in den Vordergrund. Kern seiner „minimum number of parties"-Theorie ist, dass sich die Koalition mit der kleinstmöglichen Parteienzahl bildet. Leierson begründet dies mit der Verhandlungssituation („bargaining proposition"). Nach seinen Vorstellungen steigen die Verhandlungskosten parallel zu den Zugeständnissen bei der Regierungsbildung sowie während der Regierungszeit mit der Anzahl der Parteien.[5]
Der vielfältigen Idee des kleinstmöglichen Gewinnkriteriums von Koalitionen steht die „surplus majority coalition" gegenüber – übergroße Koalitionen, die sowohl mehr Sitze als auch mehr Parteien als notwendig in ihren Reihen wissen. So kann die Koalition den Austritt eines Partners verkraften und die parlamentarische Mehrheit behalten, was unter realpolitischen Umständen jedoch eher unüblich ist.[6]

„Policy-seeking"-Theorien

Eine zweite wesentliche Gruppe zur Kategorisierung von Koalitionsbildungstheorien betrachtet vordergründig die politischen Vorhaben. Die Präferenz bei der Regierungsbildung ist hier abhängig von den Politikinhalten. Die politischen Akteure interessieren sich also nicht nur für Ämter, sondern vorrangig für die Inhalte der zukünftigen Regierungspolitik. Dieses Prinzip wird in der Politikwissenschaft als „Policy-seeking" umschrieben.[7]
Abram de Swaan (1973) entwickelte den Ansatz bis zur sogenannten „Policy distance"-Theorie weiter. Politische Parteien lassen sich nach seiner Ansicht auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Skala aufgrund ihrer Ausrichtung und Präferenzen einordnen. Koalitionen, die eine unnötige Ausweitung der ideologischen Spannweite verhindern, sind demnach stabiler.[8] Darauf aufbauend entwickelte de Swaan weitere Koalitionstheorien, die sich vorrangig auf eine geringstmögliche innerkoalitionäre ideologische Bandbreite bezogen.[9]
Einen weiteren sehr einflussreichen Ansatz entwickelten die Autoren Michael Laver, Norman Schofield und Kaare Strøm (1990). Sie betrachteten Koalitionsbildungen streng nach dem „Policy-seeking"-Theorem und stellten fest, dass es dabei keine klaren Gewinner und Verlierer mehr gibt. Aus dem Grund ersetzten sie das Gewinnkriterium („winning") durch ein „Government-viability"-Theorem, welches die politische Überlebensfähigkeit einer Koalition an die Alternativlosigkeit seiner mindestens relativen Mehrheit knüpft. Dieses veränderte Gewinnaxiom lässt auch Minderheitsregierungen und Tolerierungsstrategien zu.[10]

Theorien unter Einbezug von Parteiensystemcharakteristika

Im Wesentlichen gibt es zwei bedeutende Theorien, die die Mitgliedschaft bestimmter Parteien in einer Koalition als Einflussgröße untersuchen. Zum einen das Modell des „dominant player" von Laver und Schofield (1990), die so die Partei titulieren, welche durch mehrere Koalitionsoptionen

5 Vgl. ebd.
6 Vgl. Ludger Helms, Regierungsorganisation und politische Führung in Deutschland, Wiesbaden 2005, S. 95.
7 Vgl. Müller 2004, S. 273.
8 Vgl. Sabine Kropp/Roland Sturm, Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen: Theorie, Analyse und Dokumentation, Wiesbaden 1998, S. 37.
9 Vgl. Müller 2004, S. 274–275.
10 Vgl. Sabine Kropp, Regieren in Koalitionen: Handlungsmuster und Entscheidungsbildung in deutschen Länderregierungen, Wiesbaden 2001, S. 33.

eine große Verhandlungsmacht ausüben kann. Alternativen stehen ihr selbst unausgesprochen als Druckmittel zur Verfügung, woraus zumeist eine asymmetrische Verhandlungsmacht resultiert.[11]
Die zweite einflussreiche Theorie beschäftigt sich mit dem sogenannten „Median legislator". Laver und Schofield (1990) bezeichneten so den Abgeordneten, der in einem Links-Rechts-skalierten Parlament exakt gleich viele Abgeordnete links und rechts von sich zu sitzen hat. Seine Fraktion – sofern eine vorhanden ist – wäre die Medianpartei im Parlament und fungiert bei ausschließlicher Policy-Orientierung der Parteien als „Policy-dictator".[12] Sie gilt als zentraler Akteur des gesamten Verhandlungsspiels, da ihr eindeutige und die wahrscheinlich meisten Koalitionsalternativen zur Verfügung stehen. Das definiert den überragenden Einfluss auf Regierungsbildung und -programm.[13]

Ende von Koalitionskabinetten

In der politikwissenschaftlichen Forschung herrscht weitgehende Einigkeit in der Frage, wann ein Kabinett als beendet gilt. Erstens, wenn sich die parteipolitische Zusammensetzung verändert. Zweitens, bei jeglichem geplanten oder ungeplanten Wechsel im Amt des Regierungschefs, was teilweise bereits in Verfassungen geregelt ist und drittens, beim Ende der Legislaturperiode durch vorgezogene oder periodische Parlamentswahlen, wobei auch Fortsetzungskabinette als neue Regierung verstanden werden.[14]

3. Koalitionsregierungen in Mecklenburg-Vorpommern

Tab. 1: Wahlergebnisse nach Mandaten in Mecklenburg-Vorpommern

Wahlperiode	PDS/Die LINKE	SPD	B'90/Die Grünen	FDP	CDU	AfD	NPD
1990-1994	12	21	-	4	29	-	-
1994-1998	18	23	-	-	30	-	-
1998-2002	20	27	-	-	24	-	-
2002-2006	13	33	-	-	25	-	-
2006-2011	13	23	-	7	22	-	6
2011-2016	14	27	7	-	18	-	5
2016-2021	11	26	-	-	16	18	-
seit 2021	9	34	5	5	12	14	-

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Landeswahlleitung MV.

Auflösung des „Patts": CDU-FDP 1990–1994

Bei der ersten freien Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 1990 gab es zwar mit der CDU einen Wahlsieger, allerdings zunächst keine klaren Verhältnisse, da die präferierte CDU-FDP Koalition nur auf 33 der 66 Stimmen kam – genauso viele wie SPD und PDS. Die SPD, welche in einem Überschwang der Siegessicherheit bereits im Vorfeld ihre gesamte Regierungsmann-

11 Vgl. ebd.
12 Vgl. Müller 2004, S. 276.
13 Vgl. Kropp/Sturm 1998, S. 38.
14 Vgl. Helms 2005, S. 95.

schaft inklusive Landtagspräsidentin vorstellte,[15] konnte gegenüber der schwarz-gelben Mehrheit spät in der Wahlnacht noch ein Patt provozieren.[16]

Problematisch für die Sozialdemokrat*innen entwickelte sich daraufhin die Posse um den Rostocker Kandidaten Wolfgang Schulz. Dieser trat während des Wahlkampfes aus der SPD aus, nachdem ihm Parteifreunde MfS-Zuarbeit unterstellten. Die Wahllisten waren zu dem Zeitpunkt allerdings nicht mehr änderbar.[17] CDU-Spitzenkandidat Alfred Gomolka betrachtete Schulz als potentiellen Partner mit dem man ein „verbindliches Koalitionspapier" erarbeitet müsste, welches über die Wahl des Ministerpräsidenten hinausginge.[18]

Noch bevor Schulz seine endgültige Entscheidung bekannt gab, einigten sich Union und FDP auf ein Regierungsbündnis. Gomolka wurde erwartungsgemäß Ministerpräsident einer Koalition, bei der die CDU sechs und die FDP zwei Ministerien bekam. Die Liberalen erhielten dabei die Zuständigkeiten für ihr Kernressort Wirtschaft sowie für Gesundheit und Soziales.[19] Ein mögliches Alternativbündnis – die „Große Koalition" – lehnten die Sozialdemokrat*innen zuvor strikt ab.[20] Wenig später verkündete der parteilose Landtagsabgeordnete Schulz seine Unterstützung für die Koalition von CDU und FDP, um so Handlungsfähigkeit herzustellen. Im Gegenzug sicherte ihm Gomolka das neugeschaffene Amt des Bürgerbeauftragten im Rang eines parlamentarischen Staatssekretärs zu.[21] Dem Anschein eines klassischen politischen Tauschhandels ist nur schwerlich etwas entgegenzusetzen.

Bei der koalitionstheoretischen Einordnung ist zunächst festzuhalten, dass es sich nicht um eine Koalition mit absolutem Gewinnkriterium handelte, da Schulz dem Regierungsbündnis nie formal beitrat. Die Gründe müssen daher in der geringen „Policy distance" beider Parteien verortet werden. Das schwarz-gelbe Bündnis stand beiderseits nie zur Debatte und schien der politisch präferierte Weg zur Macht. Unterstützend kommt hierbei das Merkmal der „Government viability" hinzu, da durch die Tolerierung von Schulz und die damalige Unmöglichkeit eines SPD-PDS-Bündnisses keine andere Mehrheit politisch möglich war. Bei genauerer Betrachtung der Parteien fällt auf, dass die CDU das Kriterium des „dominant player" zumindest abgeschwächt erfüllt, da Teile der SPD eine Koalition strikt ablehnten. Die Sitzordnung im Links-Rechts-skalierten Parlament[22] machten die FDP darüber hinaus zur Medianpartei.

Die Koalition geriet im März 1992 in der Werften-Debatte in eine schwere Krise. Ministerpräsident Gomolka war währenddessen auch der Kritik aus den eigenen Reihen so stark ausgesetzt, dass er eine Kabinettsumbildung nicht mehr ausschloss, was einer Ankündigung gleichkam.[23] Einen seiner schwersten Widersacher – Justizminister Ulrich Born – entließ er infolgedessen aus der Regierung. Die Schweriner CDU-Fraktion entzog ihrem Ministerpräsidenten daraufhin mehrheitlich die Unterstützung.[24] Nach dem alternativlosen Rücktritt Gomolkas nominierte die CDU – sehr überraschend – ihren bisherigen Landesgeneralsekretär Berndt Seite als neuen Ministerpräsidenten.[25] Dass auch andere Kandidaten sich durchaus gute Chancen auf diese Nominie-

15 Vgl. Lutz Jordan, Per Tandem in die Zukunft, in: SVZ, 05.10.1990.
16 Vgl. Jordan, Wahlkrimi nach 24 Uhr, in: SVZ, 16.10.1990.
17 Vgl. o.A., Alle bekloppt, in: Der Spiegel, 21.10.1990.
18 Vgl. o.A., Die CDU will mit Schulz koalieren, in: SN, 18.10.1990.
19 Vgl. o.A., Koalition von CDU und FDP ist perfekt, in: SN, 25.10.1990.
20 Vgl. o.A., Koalition für den Landtag perfekt, in: SVZ, 22.10.1990.
21 Vgl. o.A., Jetzt alles klar in Mecklenburg, in: HH Ab, 23.10.1990.
22 Vgl. o.A., Rechts, mitte, links – doch wo sitzt ein Parteiloser?, in: SVZ, 17.10.1990.
23 Vgl. o.A., Läßt Gomolka Köpfe rollen?, in: MoPo, 12.03.1992.
24 Vgl. o.A., Regierung Gomolka in den letzten Zügen, in: SVZ, 14.03.1992.
25 Vgl. o.A., Seite als Nachfolger Gomolkas nominiert, in: SVZ, 16.03.1992.

rung erhofften, belegt die Tatsache, dass Seite erst im zweiten Wahlgang eine Mehrheit fand.[26] Koalitionstheoretisch ergaben sich für das neue Kabinett keine Änderungen.

Die erste „Große Koalition": 1994–1998

Die Landtagswahl 1994 produzierte das lange charakteristische Dreiparteiensystem aus CDU, SPD und PDS. Im Vergleich zu 1990 konnten alle drei Parteien Mandate hinzugewinnen, wofür das Scheitern der FDP und die Erhöhung der Sitzanzahl im Parlament ursächlich waren. Aus dem Wahlergebnis leiteten die Spitzenkandidaten der großen Parteien – Ministerpräsident Seite und Harald Ringstorff (SPD) – jeweils einen Anspruch auf das höchste Amt im Land ab.[27] In der SPD-Landesspitze zeigte sich jedoch schnell eine Bevorzugung der Großen Koalition, was Ringstorff der Gefahr aussetzte, in Isolation zu geraten.[28] Zudem schaltete sich in dieser Frage die Bundes-SPD ein, was zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Union führte.[29] Allerdings schaffte es die Landes-SPD, aus dieser Situation noch einen Sieg zu erzielen, da die sachpolitischen Übereinstimmungen mit der PDS den Spielraum in den Koalitionsverhandlungen mit der Union erweiterten.[30]

Auch angesichts der Alternativlosigkeit einigten sich Union und SPD nach hartem Diskurs um die Positionen auf einen 113-seitigen Koalitionsvertrag. Berndt Seite blieb Ministerpräsident, allerdings setzte die SPD inhaltlich und personell starke Akzente.[31] Die CDU behielt die Schlüsselressorts Inneres und Finanzen, wohingegen die Sozialdemokrat*innen ihre Schlüsselkompetenzen Wirtschaft, Soziales und Bildung sowie zusätzlich Justiz besetzten. Für Gesprächsstoff sorgte die unionsinitiierte Zerschlagung des geplanten Ressorts für Umwelt und Landwirtschaft in die beiden Ministerien für Landwirtschaft und Naturschutz sowie Bau, Landesentwicklung und Umwelt, was aus Sicht der SPD einer „faktischen Liquidation" gleichkam.[32] Es entstand der Eindruck, dass die Herauslösung der Kompetenzen im Bereich Bau aus dem Innenministerium und die Zerschlagung des Umweltressorts einzig der Parität der verteilten Ministerien dienten.

Wichtige Instrumente des Koalitionsvertrages bestanden einerseits in der Verpflichtung, im Landtag oder Ausschüssen nicht mit wechselnden Mehrheiten zu votieren, was eine Absicherung für die CDU darstellte. Andererseits einigten sich beiden Parteien darauf, dass kein Koalitionspartner im Kabinett überstimmt werden darf, was die SPD gegen die Ministeriumsaufstockung der Union absicherte.[33]

Aus Sicht der Koalitionstheorie erfüllte das Bündnis das „minimal-" aber nicht „minimum winning"-Kriterium, da sich die größere Zweiparteienkoalition zusammenfand. Das Theorem der kleinstmöglichen Parteienanzahl sah sich ebenfalls erfüllt. Die SPD fungierte im Zentrum des Dreikräfteparlaments als Medianpartei. Zusätzlich versuchte sie in die Rolle des „dominant player" zu gelangen, indem man stets auch die Möglichkeit erwähnte, links der Mitte eine Mehrheit zu

26 Vgl. o.A., Seite im zweiten Anlauf gewählt, in: MoPo, 20.03.1992.
27 Vgl. o.A., Zwei Männer fordern ein Amt, in: NNN, 19.10.1994.
28 Vgl. Stefan Koslik, SPD-Wind dreht sich in Richtung Große Koalition, in: NNN, 19.10.1994.
29 Vgl. Karsten Grabow, Das Parteiensystem in Mecklenburg-Vorpommern, in: Melanie Haas/Uwe Jun/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 265–290, hier: 269.
30 Vgl. Frank Ruhkieck: As aus dem Ärmel, in: NNN, 28.10.1994.
31 Vgl. Wilfried Erdmann/Anette Pröber, Neue Minister und ihre Pläne, in: OZ, 26.11.1994.
32 Vgl. o.A., Die Minister-Riege steht, in: OZ, 02.12.1994.
33 Vgl. Michael Laasch, Der Ehevertrag, in: OZ, 08.12.1994.

suchen – exemplarisch an der Frage der Landtagspräsidentschaft.[34] Dies gelang ihr allerdings noch nicht final.

„Tabubruch" in MV: Acht Jahre Rot-Rot (1998–2006)

Die Landtagswahl 1998 verschob die Machtverhältnisse, da die SPD erstmals vor der CDU als eindeutige Wahlsiegerin feststand. Es folgten Sondierungsgespräche mit der Union und der PDS. Die CDU-Landeschefin Angela Merkel verdeutlichte, dass ihre Partei nicht um jeden Preis in eine Regierung eintreten würde und einen Dialog zwischen gleichberechtigten Partnern sucht. Ringstorff verwies seinerseits auf die neuen politischen Realitäten.[35] Ringstorff strebte nun endgültig ein Bündnis mit der PDS an, welches er selbst seit 1996 als Fraktionsvorsitzender vorbereite,[36] zumal die PDS bereits im Vorfeld der Wahlen auf einige ihrer Extremforderungen verzichtete.[37] Nach den Sondierungsgesprächen entschied sich die SPD für Verhandlungen über eine „konstruktive Zusammenarbeit" mit der PDS – wobei man das Wort „Koalition" bewusst vermied.[38] Auch von der Bundes-SPD gab es diesmal Rückendeckung.[39]

Mit viel Ambitionen gestartet, erwiesen sich die Koalitionsverhandlungen als sehr schwierig für die PDS. Sämtliche Kernforderungen verhandelte die SPD bis zur Unkenntlichkeit herunter – beispielhaft an den öffentlichen Dauerarbeitsplätzen, der Ausbildungsplatzgarantie, dem Verbandsklagerecht im Naturschutzgesetz und den Bau der Autobahn 20. Das Regierungspapier ähnelte fast gänzlich dem SPD-Programm. Die PDS gab nach, wo immer es die SPD forderte. Zur Billigung dieser Politik musste der Landesparteitag der PDS mit zwei Dritteln zustimmen – eine letzte Hürde,[40] die mit „berauschender Mehrheit" die erste Koalition zwischen SPD und PDS in der Bundesrepublik begründete. Auf personeller Ebene sicherte sich die SPD die Schlüsselressorts Finanzen, Inneres, Kultus und Wirtschaft sowie Landwirtschaft. Die PDS erhielt ihre Kernkompetenz Familie, Jugend und Soziales sowie Arbeit – aufgewertet durch Bau und Landesplanung. Zusätzlich besetzte sie das Umweltressort.[41]

Das Regierungsbündnis erfüllte die Merkmale der kleinstmöglichen Gewinnkoalition nach Parteien („minimal") und Sitzen („minimum"). Fast automatisch erhielt somit auch die Theorie der „minimum number of parties" Aussagekraft. Da für die SPD eine Koalitionsalternative mit der CDU vorhanden war, die sich mit der der Konkretisierung von Rot-Rot verstärkte, nahm sie die Rolle des dominanten Akteurs ein. Das Merkmal der Medianpartei behielt sie ebenfalls.

Die Landtagswahl 2002 entwickelte sich zu einem Erdrutschsieg der SPD, wohingegen die PDS ihrer „Umfallermentalität" hohen Tribut zollen musste. Umgehend nach der Wahl begannen die Vorbereitungen zur Neuauflage der rot-roten Koalition. Ringstorff sah die Gründe für die Verluste der PDS außerhalb des Landes, während die PDS selbst davon sprach, dem Erwartungsdruck nicht standgehalten zu haben.[42]

Die PDS setzte in den Fortführungsverhandlungen tatsächlich deutlich mehr eigene Themen durch, exemplarisch in Steuer- und Tariffragen oder im kostenfreien Vorschuljahr, wobei die

34 Vgl. o.A., SPD: Mehrheit auch links der Mitte, in: FAZ, 12.11.1994.
35 Vgl. o.A., SPD kündigt Sondierungsgespräche mit CDU und PDS an, in: SZ, 30.09.1998.
36 Vgl. Gudrun Heinrich, Kleine Koalitionspartner in Landesregierungen: Zwischen Konkurrenz und Kooperation, Opladen 2002, S. 220.
37 Vgl. o.A., PDS verzichtet auf Forderungen für Gespräche mit der SPD, in: FAZ, 24.09.1998.
38 Vgl. Christoph Seils, SPD will PDS erstmals an Landesregierung beteiligen, in: BZ, 12.10.1998.
39 Vgl. Heinrich 2002, S. 223.
40 Vgl. Jan Emendörfer, Für die PDS wird es eng im Koalitionspoker, in: OZ, 23.10.1998.
41 Vgl. Michael Seidel/u.a., „Kapitän Harald" nimmt Ruder für Pilotprojekt in die Hand, in: NNN, 02.11.1998.
42 Vgl. Arne Boecker, Vorbereitungen für rot-rote Koalition laufen, in: SZ, 24.09.2002.

Positionen beider Seiten nicht weit voneinander entfernt lagen.[43] Personell änderte sich nahezu nichts, die Struktur blieb bestehen. Die PDS tauschte lediglich die Sozialministerin und die SPD den Bildungsminister intern aus.[44] Koalitionstheoretisch blieben alle Merkmale bestehen. Allerdings sollten sie durch das Theorem einer geringen „Policy distance" ergänzt werden, da der thematische Konsens bei der zweiten Regierungsbildung deutlich stärker in den Fokus rückte.

Rot-Schwarze Beständigkeit 2006–2021

Die Landtagswahl 2006 führte zu einer verstärkten Fragmentierung des parlamentarischen Parteiensystems – die SPD blieb stärkste Kraft, war angesichts von zehn verlorenen Mandaten jedoch keine strahlende Siegerin. Auch Rot-Rot behielt seinen Mehrheitsstatus, dieser schrumpfte jedoch auf nur noch 36 von 71 Sitzen. Bereits am Wahlabend erteilte Ministerpräsident Ringstorff der Koalition keine klare Absage, aber setzte ein großes Fragezeichen dahinter.[45] SPD-Landeschef Till Backhaus rief angesichts der neuerlichen Machtverhältnisse den sogenannten „Heide-Mord"[46] ins Gedächtnis. Auch Ringstorff sah die Gefahr, dass sich das Erpressungspotenzial der PDS in entscheidenden Situationen massiv zu seinen Ungunsten auswirken könnte.[47] Angesichts dieser Lage bot sich die CDU als Partner an, Generalsekretär Lorenz Caffier sprach dabei von einer „Koalition der Vernunft".[48] Die SPD bildete in der Folge eine Große Koalition mit der Union aus dem nüchternen Grund der politischen Stabilität.[49]

Die Sozialdemokrat*innen gingen davon aus, dass eine in der Defensive befindliche CDU – anders als die PDS – weniger Stärke und Erpressungspotenzial mit sich bringt, was das Regieren erleichterte. Daher müssen die Gründe für die Regierungsbildung definitiv im „Office-seeking" verortet werden, da keine zwingenden Policy-Präferenzen der Bündnisbildung zugrunde lagen. Umso deutlicher erscheint dieser Umstand mit Blick auf die eigentlich geplante Weiterführung einiger rot-roter Großprojekte, beispielsweise die Verwaltungsreform, die Ausweitung der Gemeinschaftsschule und die Haushaltskonsolidierung.[50] Personell betrachtet, besetzte die SPD mit Soziales, Finanzen und Landwirtschaft ihre Kernressorts[51] und erhielt zusätzlich den Bereich Bau und Verkehr. Das ebenfalls favorisierte Bildungsressort ging zusammen mit den Ressorts für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, Justiz und Inneres an die Union, die auch hier ihre Kernbereiche übernahm.[52]

Die Regierungsbildung bestätigte Wolfgang Müllers Argumente gegen Koalitionen mit dem „minimum"-Charakteristika. Er sprach dabei von der Notwendigkeit einer „working majority", um sich vor dem Abspringen und dem Erpressungspotenzial unsicherer Koalitionspartner zu schützen. Auch die breitere Verteilung der Kosten und Lasten politischer Verantwortlichkeit sollte in dieser Hinsicht nicht außer Acht gelassen werden.[53] Letzterer Punkt war vor allem dahingehend

43 Vgl. Wolfgang Rex, Schwerin: Ein Vertrag ist da, das Personal noch nicht, ND, 25.10.1992.
44 Vgl. o.A., Nur zwei neue Gesichter in Schweriner Regierung, in: FR, 04.11.2002.
45 Vgl. Christoph Wunnicke, Harald Ringstorff: Von der Werft in die Staatskanzlei, Bonn 2018, S. 263.
46 Die amtierende Ministerpräsidentin Schleswig-Holsteins, Heide Simonis (SPD), versuchte 2005 ihre Koalition mit einer Stimme Mehrheit fortzuführen, aber ein Abgeordneter versagte ihr die Zustimmung und sie fiel durch sämtliche Wahlgänge.
47 Vgl. Wunnicke 2018, S. 264.
48 Vgl. o.A., CDU fordert eine Koalition der Vernunft, in: Nordkurier, 19.09.2006.
49 Vgl. Grabow 2008, S. 274.
50 Vgl. Wunnicke 2018, S. 264.
51 Vgl. ebd. S. 265.
52 Vgl. Landtag MV (Hrsg.), Landtagsnachrichten Mecklenburg-Vorpommern, Nr. 7 (2006), S. 7.
53 Vgl. Müller 2004, S. 271–272.

erfüllt, dass die SPD die Verwaltungs- und Kreisreform, die Durchführung des G8-Gipfels in Heiligendamm und die Bildungsreform in CDU-Hand gab.[54]

Im Laufe der Legislaturperiode kam es zum Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten, der auch unter dem Gesichtspunkt schlechter SPD-Kommunalwahlergebnisse stand. Ringstorff erkannte, dass ein neuer Kandidat einige Zeit brauche, um einen Amtsbonus bei der kommenden Wahl ausspielen zu können. Im Oktober 2008 übergab er sein Amt dem bisherigen Sozialminister Erwin Sellering (SPD), der bereits zuvor von der Partei zum Landeschef und damit zum „Kronprinz" gewählt worden war.[55]

Bei der Landtagswahl 2011 gewann die SPD mit Spitzenkandidat Sellering erneut hinzu, während die Union gleichermaßen verlor. Die eigene positive Bewertung der Regierungsarbeit und die schlichtweg fehlenden Koalitionsoptionen ließen die CDU offen für die Fortführung des rot-schwarzen Bündnisses sein.[56] Die neuen Mehrheitsverhältnisse schlugen sich vor allem in der personellen Struktur wieder, da die SPD das Bildungsministerium und den Bereich Arbeit zurückbekam.[57]

Im Zuge der Landtagswahl 2016 gab es Diskussionen über eine Neuauflage des rot-roten Bündnisses als Alternative zur Großen Koalition. Diese Bestrebungen scheiterten schlussendlich aus strategischen Gründen. Der damalige Ministerpräsident Sellering sah im Bündnis mit der Linkspartei – neben der knapperen Mehrheit im Landtag – den Verlust der sozialpolitischen Wirkungsmacht im Land als parteitaktische Gefahr. Es folgte die Fortführung der Großen Koalition.[58] Die nahezu unveränderten Mehrheitsverhältnisse nach der Landtagswahl änderten – abgesehen vom Austausch einiger Unterkompetenzen – nichts an der generellen koalitionären Zusammensetzung.[59] Im Juli 2017 übergab Sellering seine Amtsgeschäfte wegen einer Krebserkrankung an Manuela Schwesig (SPD). Die vorherige Bundesfamilienministerin hielt zunächst am bestehenden Kabinett fest.[60]

Die langjährige Große Koalition, die drei Legislatur- und fünf Kabinettsperioden überdauerte, war charakteristisch für eine Koalition mit kleinstmöglicher Parteienanzahl. Das „minimum-winning"-Theorem blieb jedoch konstant unerfüllt, da mit der Linkspartei durchgängig die Option für ein kleineres – der Theorie folgend gewinnmaximierendes – Bündnis für die SPD verfügbar gewesen wäre. Für die Sozialdemokrat*innen selbst ein stetig nutzbares Druckmittel mit Erpressungspotenzial. Die Arbeit der Koalition zeichnete sich durch die forcierte politische Stabilität aus, so konnten Wechsel im Amt der Ministerpräsident*in, die Streitigkeiten um SPD-Finanzminister Mathias Brodkorb,[61] der Skandal um CDU-Innenminister Lorenz Caffier[62] sowie im Duell ausgetragene Wahlkämpfe die Koalition nur schwerlich ins Wanken bringen.

---

54 Vgl. Wunnicke 2018, S. 265.

55 Vgl. ebd. S. 273–274.

56 Vgl. Philipp Huchel/Stefan Rausch, Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern, in: Koschkar/Nestler/Scheele 2013, S. 55–85, hier: S. 75.

57 Vgl. Landtag MV (Hrsg.), Landtagsnachrichten Mecklenburg-Vorpommern, Nr. 8 (2011), S. 6–8.

58 Vgl. Bernhard Honnigfort, Geringe Chancen für Rot-Rot in Schwerin, FR-online, abrufbar unter: https://www.fr.de/politik/geringe-chancen-rot-rot-schwerin-11095473.html (14.11.2021).

59 Vgl. Landtag MV (Hrsg.), Landtagsnachrichten Mecklenburg-Vorpommern, Nr. 8 (2016), S. 6–10.

60 Vgl. o.A., Manuela Schwesig zur Ministerpräsidentin gewählt, Zeit-online, abrufbar unter: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-07/mecklenburg-vorpommern-landtag-schwerin-sondersitzung-manuela-schwesig-erwin-sellering (29.07.2021).

61 Siehe Beitrag Böker/Karge in diesem Band.

62 Siehe Beitrag Müller/Sonnevend in diesem Band.

Da die CDU 2016 ihren Status als zweitstärkste Partei gegenüber der AfD einbüßte, war das für das deutsche Parteiensystem spezifische, an den Terminus „Große Koalition" gebundene, Merkmal der Regierungsbildung der zwei mandatsstärksten Parteien nicht mehr gegeben. Die Weiterverwendung dieser Klassifikation erfuhr allerdings durch die Fortführung der Lager-übergreifenden Zusammenarbeit von SPD und CDU mit ihren historisch gewachsenen Rollen als politische Blockführer eine analytische Basis.[63]

Rot-Rote Neuauflage

Die Landtagswahl 2021 brachte vor allem zwei Ergebnisse hervor: Einen Erdrutschsieg der SPD von Ministerpräsidentin Schwesig und eine noch nie dagewesene Fragmentierung des parlamentarischen Parteiensystems. Der Zugewinn der Sozialdemokrat*innen überstrahlte sogar die eigentlich zu prognostizierende Schwierigkeit der Mehrheitsbildung in einem Vielparteienlandtag. Die SPD konnte zwischen nahezu allen verfügbaren Optionen wählen, die entweder im Land selbst oder anderenorts erfolgreich erprobt wurden: Eine Fortführung der Großen Koalition und ein Bündnis mit der Linkspartei als Zweierkonstellationen sowie die „Ampel" (SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen) und Rot-Rot-Grün als Dreierkoalitionen. Flankierend dazu kündigte die SPD Sondierungen mit CDU, Die LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und FDP an.[64]
Die nach der Wahl schwer gebeutelte CDU ließ über ihren kommissarischen Vorsitzenden Eckhardt Rehberg und den bisherigen Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Harry Glawe die Bereitschaft für Sondierungen verlauten, was der Parteivorstand mehrheitlich abgesegnete.[65] Unterstützung erhielten sie von der Vereinigung der Unternehmerverbände (VUV) in Mecklenburg-Vorpommern, der sich ebenfalls für die Fortführung der Großen Koalition aussprach.[66] Schwesig selbst nannte vor und nach der Wahl – neben inhaltlichen Übereinstimmungen – den stabilen und soliden Charakter des Bündnisses als wichtiges Kriterium.[67] Die Nachwuchsorganisationen von SPD (Jusos) und Die LINKE (Linksjugend) forderten geschlossen die Bildung einer gemeinsamen „progressiven Regierung" und damit verbunden den Ausschluss der CDU von Regierungsverantwortung.[68] Nachdem die SPD alle im Parlament vertretenden Parteien – mit Ausnahme der AfD – zu Gesprächen einlud, folgte ausschließlich mit Linkspartei und CDU eine zweite Sondierungsrunde, in deren Folge die SPD erstgenannter ein Koalitionsangebot machte.[69] Ministerpräsidentin Schwesig benannte vor allem die „Verlässlichkeit und Konstruktivität" des

63 Wolfgang Müller, Warum Große Koalitionen? Antworten aus koalitionstheoretischer Sicht, in: ZSE, 3/2008, S. 499–523, hier: S. 500-501.

64 Vgl. o.A., SPD will mit vier Parteien über Regierungsbeteiligung reden, Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/spd-will-mit-vier-parteien-ueber-regierungsbeteiligung-reden-2745283109.html (01.10.2021).

65 Vgl. Andrea Dernbach, CDU in Meck-Pomm will weiter mitregieren, Tagesspiegel-online, abrufbar unter: https://www.tagesspiegel.de/politik/trotz-hoher-verluste-cdu-in-meck-pomm-will-weiter-mitregieren/27657338.html (01.10.2021).

66 Vgl. Andreas Becker, Wirtschaft in MV will neue Große Koalition, Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/wirtschaft-in-mv-will-neue-grosse-koalition-3045316609.html (01.10.2021).

67 Vgl. o.A., So eine Koalition strebt Schwesig nach der Wahl an, Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/so-eine-koalition-strebt-schwesig-nach-der-wahl-an-2145190909.html (01.10.2021).

68 Vgl. o.A., Jusos und Linksjugend: Rot-rote Koalition für MV, Zeit-online, abrufbar unter: https://www.zeit.de/news/2021-09/27/jusos-und-linksjugend-rot-rote-koalition-fuer-mv (01.10.2021).

69 Vgl. o.A., Sondierungen: Schwesig traf sich mit CDU und Linken, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/wahlen_mv_2021/Sondierungen-Schwesig-traf-sich-mit-CDU-und-Linken,landtagswahlmv374.html (11.10.2021).

Verhandlungsteams um LINKE-Spitzenkandidatin Simone Oldenburg als ausschlaggebenden Grund. Beide Eigenschaften hätte die Partei bereits in der temporären Zusammenarbeit im Zuge der Corona-Pandemie bewiesen.[70] Auch die ausgelebte „Bescheidenheit" der Linkspartei übte sicherlich wesentlichen Einfluss aus, da sie sich auf die Besetzung von lediglich zwei Ministerien beschränkte, wohingegen die Union auf drei Ressorts beharrte.[71]

Nach mehrwöchigen Verhandlungen in sieben separaten Arbeitsgruppen und einem Hauptausschuss einigten sich die Parteien auf ein 77-seitiges Koalitionspapier. Aus koalitionstheoretischer Sicht erfüllt das neuaufgelegte rot-rote Bündnis als kleinstmögliche Zweiparteienkoalition die „minimum"- und „minimal"-Merkmale. Aus „Office-seeking"-Perspektive ist ebenfalls die Bereitschaft der Linkspartei zu benennen, im Gegensatz zur CDU auf ein Ministerium zu verzichten. In der Übernahme des Innenministeriums ins SPD-Ressortportfolio lag ein wichtiger Einigungspunkt, da dort nach 15 Jahren CDU-Führung Probleme in Fragen des Rechtsextremismus und im Verfassungsschutz unbestreitbar sind.[72] Bei der personellen Ausgestaltung der Kabinettsposten setzte Schwesig auf Kontinuität und hielt am Kern ihrer Vertrauten fest, wenn auch teilweise in neuen Rollen. Mit der Besetzung des Bildungsministeriums durch Simone Oldenburg konnte Die LINKE nicht nur Einfluss bei einer entscheidenden Landeskompetenz gewinnen, sondern erhielt ihr Kernressort schlechthin. Zusätzlich übernahm sie das Justizministerium.[73]

Auch mit Bezug auf die „Policy distance"-Theorie sind integrative Faktoren vorhanden. In Fragen der Tarifbindung bei öffentlichen Aufträgen, der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und bei der Energieversorgung bestand bereits im Vorfeld Einigkeit. Mit der Einführung eines Klimaschutzgesetzes und der verbindlichen Zusage an 1.000 neuen Lehrkräften fürs Land setzte Die LINKE starke Akzente, wohingegen die SPD mit dem Seniorenticket und dem Festhalten an der Schuldenbremse ihre Wahlversprechen erfüllte. Zur Stärkung der innerkoalitionären Stabilität installierten die beiden Partner einen Koalitionsausschuss, die stetige Konsensorientierung sowie ein Überstimmungsverbot in Grundsatzfragen als politische Instrumente.[74]

Mit Blick auf die Parteien selbst verstärkte die SPD in Mecklenburg-Vorpommern ihre Rolle als dominanter parlamentarischer Akteur, da die Koalition mit der Linkspartei nicht mehr nur noch eine Erpressungsstrategie gegenüber der Union darstellt. Außerdem erschienen mit Rot-Rot-Grün und der „Ampel" zwei weitere Koalitionsoptionen möglich. Auch im neuen Landtag blieben die Sozialdemokrat*innen trotz annähernd maximaler Fragmentierung zentrale Medianpartei.

---

70 Vgl. o.A., Schwesigs SPD strebt Koalition mit der Linken an, in: NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/wahlen_mv_2021/Schwesigs-SPD-strebt-Koalition-mit-der-Linken-an,koalition816.html (14.10.2021).

71 Vgl. o.A., Geteiltes Echo auf die Koalitionspläne der SPD in MV, in: NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/wahlen_mv_2021/Geteiltes-Echo-auf-die-Koalitionsplaene-der-SPD-in-MV,koalition816.html (15.10.2021).

72 Vgl. ebd.

73 Andreas Becker, Das sind die Mitglieder der neuen Schwesig-Regierung, in: Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/das-sind-die-mitglieder-der-neuen-schwesig-regierung-1145868511.html (12.11.2021).

74 Vgl. Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern für die 8. Legislaturperiode 2021-2026, Schwerin 2021.

4. Fazit

Bei Betrachtung der Koalitionsregierungen in Mecklenburg-Vorpommern fällt auf, dass das Modell der „minimal winning coalition" nur sehr geringes Vorhersagepotenzial besitzt. Zwar stimmen die Merkmale für jede Koalition seit 1994 überein, jedoch hätte die Theorie pro Legislaturperiode durchgehend mindestens eine weitere Regierungsbildung vorhergesagt. Darunter auch Bündnisse, die im politisch schier unmöglichen Bereich zu verorten sind (beispielsweise CDU-PDS oder SPD-AfD), was die schwache Vorhersagekraft dieser Theorie nochmals bekräftigt. Das Theorem der „minimum winning coalition", welches ebenfalls die kleinstmögliche Sitzanzahl miteinbezieht, sah sich alleinig im Rot-Roten Bündnis von SPD und PDS/Die LINKE erfüllt.
Auffallend ist die durchgängige Erklärbarkeit der Koalitionen in Mecklenburg-Vorpommern durch das Charakteristikum der „minimum number of parties". Einzig realistische Ausbrüche aus den Zweiparteiendogma wären 2011 und 2021 durch möglicherweise ideologisch näherliegende, aber übergroße rot-rot-grüne Alternativen und 2021 durch eine „Ampel"-Koalition, die sich parallel auf Bundesebene bildete, vorhanden gewesen. Kritik am Prognosepotenzial ist allerdings auch dahingehend berechtigt, dass auch hier stets andersartige Zweiparteienbündnisse möglich gewesen wären.
Deutlich signifikanter ist die Tatsache, dass sich seit 1990 nahezu keine Koalition ohne den „dominant player" und die Medianpartei bildete. In den ersten beiden Legislaturperioden definierten die jeweiligen Juniorpartner den „Median legislator" in ihren Reihen, ehe die SPD dieses Merkmal ab 1998 mit ihrem Mehrheitsstatus verband. Die Rolle des dominanten Akteurs bedienen die Sozialdemokrat*innen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1998 ebenfalls nahezu idealtypisch, da sie als zentrale Kraft mit wechselnden Koalitionspartnern die Regierung bildeten. Die daraus resultierende Fähigkeit mit unterschiedlichen Parteien eine Mehrheitskoalition zu begründen, macht sie zudem zum „Policy dictator". Ein Merkmal, welches sie seither unabhängig der Fragmentierung des Parteiensystems behaupten konnte. Einzig 1994 etablierte sich keine Partei in einer dominanten Position, da andere Mehrheiten nur auf dem Papier bestanden.
Als Schlüssel für die Koalitionsbildung in Mecklenburg-Vorpommern zeigte sich das „Office-seeking"-Theorem der kleinstmöglichen Parteienanzahl, wobei das Bündnis stets den dominanten Akteur und die Medianpartei umfasste. Parallel zu dieser Erkenntnis steht die Tatsache, dass – mit Ausnahme von Koalitionen der SPD mit der PDS/Die LINKE – politische Stabilität und weitere strategische Erwägungen die Akteure bei der parlamentarischen Mehrheitsbildung leiteten.

Die Bundestagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern

Valerian Thielicke

1. Einleitung

Mit den Bundestagswahlen 2021 verabschiedete sich die wohl bekannteste mit Mecklenburg-Vorpommern verbundene Politikerin in den Ruhestand: Angela Merkel. Sie ist gleichzeitig die erste amtierende Kanzler*in, die sich nicht zur Wiederwahl stellt, weshalb die Bundestagswahlen 2021 eine Besonderheit mit sich brachten: keine Spitzenkandidat*in konnte den sogenannten Kanzerl*innenbonus mit in den Wahlkampf nehmen.[1] Entsprechend war es kaum verwunderlich, dass verschiedene Parteien die Wahl als eine Wechselwahl definierten, was je nach Wahlergebnis unterschiedlich erfolgreich war.[2] Die parallel stattfindenden Wahlen zum Landtag Mecklenburg-Vorpommerns standen hingegen aufgrund der dominanten Stellung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) nicht unter dem Motiv der Wechselwahlen. [3] Nichtsdestoweniger stellt die Gleichzeitigkeit der beiden Abstimmungen für die Wissenschaft stets einen interessanten Untersuchungsfall dar, da hierbei der Zusammenhang von Land- und Bundestagswahlen sowie mögliche gegenseitige Einflüsse untersucht werden kann. Dabei ist Mecklenburg-Vorpommern unter allen Ländern besonders, da bis 2002 die Wahlen stets parallel stattfanden.[4] Erst Gerhard Schröders Misstrauensfrage und die damit einhergehenden vorgezogenen Neuwahlen 2005 brachen die Synchronität auf, welche aber durch die Verlängerung der Legislaturperiode des mecklenburg-vorpommerschen Landtags auf fünf Jahre 2021 zu einem gleichzeitigen Wahlgang führte.[5]

In der Forschung werden Landtagswahlen gemeinhin als ‚second-order-elections' beschrieben, also der nationalen Ebene nachgeordnete Wahlen, was einerseits anhand der geringeren Veränderungsmöglichkeiten für die bundesweite Politik, andererseits mit der geringeren Wahlbeteiligung begründet wird.[6] Entsprechend wurde lange davon ausgegangen, dass Bundes- Landtagswahlen beeinflussen, wobei bereits länger Zweifel an diesem einfachen Erklärungsmodell bestehen – in den letzten Jahren kam vermehrt die Vermutung auf, dass einige Landtagswahlen als eigenständig erachtet werden müssen.[7] Daher wird sich in diesem Beitrag dem Vergleich der Wahlergebnisse der Bundestagswahl und der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2021 gewidmet.

---

1 Vgl. Nico Fried: Verunsicherte Volksparteien, sz-online, abrufbar unter: www.sueddeutsche.de/politik/spd-cdu-csu-merkel-1.4664036-0 (Stand: 10.11.2021).

2 Vgl. Albert Funk, Es ist genug, in: Der Tagesspiegel, 18.05.2021.

3 Siehe Beitrag in diesem Band von Müller/Muno.

4 Vgl. Markus Steinbrecher/Eva Wenzel, Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern 1990 bis 2002: der besondere Einfluss gleichzeitig stattfindender Bundestagswahlen, in: ZParl, 3/2007, S. 335–361, hier: 355 f.

5 Vgl. o.A., Landtagswahl für den 26. September 2021 geplant, in: NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Landtagswahl-fuer-den-26-September-2021-geplant,wahlenmv104.html (Stand: 10.11.2021).

6 Vgl. Jochen Müller, German regional elections: Patterns of second-order-voting, in: Regional & Federal Studies, 3/2018, S. 301–324, hier: S. 308 f.

7 Vgl. ebd. S. 323 f.

2. Wahlen und ihre Erklärungen

Eine nicht theoriegeleitete Analyse von Wahlergebnissen läuft schnell Gefahr, in eine self-fulfilling-prophecy Falle zu tappen und beispielsweise bei einem personalisierten Wahlkampf schnell von einer Wahlentscheidung auszugehen, die auf die Spitzenkandidierenden zurückzuführen ist. Eine theoretische Perspektive hilft dabei nach weiteren Faktoren, die nicht auf der Hand liegen, zu fragen. Daher wird in diesem Beitrag das oft verwendete sozialpsychologische Modell hinzugezogen, welches eine Vielzahl verschiedener Erklärungsfaktoren der Wahlentscheidungen für unterschiedliche Wählergruppen ausmacht.[8] Der Ansatz positioniert sich daher klar gegen monokausale Erklärungsstrategien, wie die Reduktion der Wahlentscheidung auf eine nutzenmaximierende Rational-Choice-Stimmabgabe. Zur Erklärung von Wahlergebnissen dienen einerseits die Werte und Gruppennormen sowie Interessen, die gemeinsam eine gewisse Parteiidentifikation präformieren, andererseits aber auch eine Themen- und Kandidatenorientierung, welche gemeinsam schlussendlich die verschiedenen Wahlentscheidungen bestimmen.[9]
Zusätzlich stellt sich die Frage des Zusammenhangs zwischen Bundes- und Landtagswahlen, ein ohne Zweifel bisher wenig beachteter Bereich der bundesrepublikanischen Wahlforschung. Dabei sind die Sonderausgabe der Zeitschrift für Parlamentsfragen (Jahrgang 38, Heft 3) zu den Landtagswahlen aus dem Jahr 2007, Kerstin Völkls Dissertation von 2009[10] und dem im selben Jahr erschienen einschlägigen Sammelband von Völkl, Schnapp, Holtmann und Gabriel[11] besonders zu würdigen. In den Folgejahren erschienen noch vereinzelte Artikel, die sich mit der Frage auseinandersetzen.[12] Grundlegend kann aber als Forschungsstand festgehalten werden, dass für die Bundesrepublik keine klaren Aussagen getroffen werden können.[13] So gibt es Bundesländer in denen bundespolitische Erwägungen scheinbar stärker die Wahlentscheidung leiten, andere hingegen erscheinen als unabhängig davon. Insbesondere seit Beginn der Berliner Republik kann eine Entkopplung der beiden Ebenen festgestellt werden. Für Österreich, ebenso wie die Bundesrepublik Deutschland durch Land- und Bundestagswahlen geprägt, kann der gleiche Trend festgehalten werden.[14] Trotzdem konnte die Forschung feststellen, dass bei Landtagswahlen die Bewertung der Spitzenkandidat*in für die Wahlentscheidung ausschlaggebender ist als bei Bundestagswahlen.[15]

3. Die Wahllisten der Parteien in Mecklenburg-Vorpommern

Aufgrund des bundesrepublikanischen Wahlrechts werden die Mandate über Landeslisten verteilt, um somit neben dem politischen Verhältniswahlrecht auch einen regionalen Proporz nach Bundesländern durchzusetzen. Entsprechend werden die Mandate zwischen den Ländern nach

8 Vgl. Kerstin Völkl, Reine Landtagswahlen oder regionale Bundestagswahlen?: Eine Untersuchung des Abstimmungsverhaltens bei Landtagswahlen 1990-2006, Baden-Baden 2009, S. 58–62.
9 Vgl. Kerstin Völkl, Welchen Einfluss hat die Bundespolitik auf die Wahlentscheidung der Bürger bei Landtagswahlen?: Eine Analyse von Individualdaten im Bundesländer- und Zeitvergleich, in: ZParl, 3/2007, S. 480–491, hier: S. 482.
10 Vgl. Völkl 2009.
11 Kerstin Völkl/u.a. (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008.
12 Jochen Müller 2018.
13 Vgl. Oscar Gabriel/Everhard Holtmann: Ober sticht unter?, in: ZParl, 3/2007, S. 445–462, hier: S. 462.
14 Vgl. Kai-Uwe Schnapp, Landtagswahlen und Bundespolitik: immer noch eine offene Frage? Neue Antworten im Ländervergleich auf Aggregatdatenbasis, in: ZParl, 3/2007, S. 463–480, hier S. 464 f.
15 Vgl. Völkl 2007, S. 491.

ihrem Bevölkerungsanteil verteilt. Aufgrund des personalisierten Verhältniswahlrechts, d. h. der Verbindung aus einer Verhältniswahl mit einer Fünf-Prozent-Sperrklausel und der direkten Wahl eines Kandidierenden durch relative Mehrheitswahl in den einzelnen Wahlkreisen, kann es zu dem Umstand kommen, dass innerhalb einzelner Bundesländer eine Partei mehr Direktmandate erhält als ihr über den Zweitstimmenanteil der Landesliste zustehen würde. Dabei handelt es sich um die sogenannten Überhangsmandate, welche aber wegen des Primats der Verhältniswahl mit Ausgleichsmandaten sowohl politisch als auch regional aufgewogen werden, was seit geraumer Zeit zur steten Vergrößerung des Bundestags führt.[16] Im Zuge dieses Prozesses wird aktuell gar eine Gefährdung der Arbeitsfähigkeit des Bundestags diskutiert, weshalb Debatten über eine Reform des Wahlgesetzes zur Begrenzung von Überhangsmandaten nicht verwunderlich sind.[17] Die Landesverbände der Parteien Mecklenburg-Vorpommerns konnten aber vom geltenden Recht profitieren, indem sie trotz eines Bevölkerungsrückgangs im Zeitverlauf immer mehr Abgeordnete nach Berlin entsenden durften. Aktuell vertreten 16 Abgeordnete die Interessen des nordöstlichsten Bundeslandes im nationalen Parlament.

Da in den letzten Jahren meist die CDU und in geringerem Maße die SPD die Direktwahlkreise gewinnen konnten, sind die Landeslisten für die kleineren politischen Parteien die einzige Möglichkeit, Bundestagsmandate zu erringen. Daher kann einem der nähere Blick auf sie die Verfassung der bundespolitisch engagierten Vertreter*innen und ihrer Stellung in den Landesverbänden verraten. An dieser Stelle tritt ein interessantes Spannungsverhältnis auf, welches in der Forschung bisher wenig beachtet wurde. Während die Landtagswahlen als ‚second-order-elections' bezeichnet werden und auch in der Wahlbeteiligung im Vergleich zur nationalen Ebene das Nachsehen hat, sind die Landesverbände der Parteien (sowie die CSU für Bayern) zentral für die Rekrutierung der Bundestagsabgeordneten. Durch die Wahl in den Bundesländern existiert für die politische Rekrutierung keine genuin nationale Ebene. Vielmehr müssen sich die meisten Kandidierenden der sogenannten ‚Ochsentour' in ihren Landesverbänden unterwerfen, d. h. sich durch Parteiarbeit über die Zeit für Kandidaturen für politische Ämter zu qualifizieren. Dabei werden sehr oft Erstkandidierende auf hintere Listenplätze verwiesen, auf denen sie sich ‚beweisen' müssen, um eine Chance auf den Einzug in den Bundestag über die Liste zu erhalten.[18] Da also die föderale Ebene der Landes- und Kreisverbände die Rekrutierung der möglichen Abgeordneten kontrollieren, können die Listen gerade bei gleichzeitig stattfindenden Wahlen die jeweilige Priorisierung der Wahlgänge durch die einzelnen Parteien anzeigen: Je nachdem, wo die möglichen ‚Parteigranden' stehen – ob auf der Landes- oder Bundesliste, ist für den Landesverband der politische Schwerpunkt gelegt. Für die Zusammensetzung des Bundestages besteht also ein Spannungsverhältnis zwischen der klar föderal strukturierten Rekrutierung der möglichen Abgeordneten und den politikwissenschaftlichen Erklärungen des Wähler*innenverhaltens, die bundespolitische und sozialstrukturelle Faktoren favorisieren. Die föderale Ebene wird oft außer Acht gelassen.

Um daher den Rahmen nicht zu sprengen, werden einzig die Landeslisten der 2021 erfolgreichen Parteien dargestellt. Als stärkste Partei 2017 musste die Christlich-Demokratische Union (CDU) einige Änderungen an ihrer Liste vornehmen, da sich nicht nur ihre einstige Spitzenkandidatin

16 Vgl. Dieter Nohlen, Wahlrecht/Wahlsystem, in: Uwe Andersen/u.a. (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2021, S. 992–1000, hier: S. 999 f.

17 Vgl. Melanie Amann/u.a., Es ist ein Treppenwitz, in: Der Spiegel, 11.09.2021.

18 Vgl. Klaus von Beyme, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2017, S. 268 ff.

Angela Merkel in den Ruhestand verabschiedete, sondern auch weitere Personen nicht nochmal antraten. Die Partei nutzte diese Möglichkeit zur partiellen Verjüngung des Kandidat*innentableaus. Neuer Spitzenkandidat war der in den Medien bekannte vorpommersche Jurist Philipp Amthor, der aufgrund von Korruptionsvorwürfen nicht mehr als Kandidat für das Spitzenamt im Land in Frage kam.[19] Insgesamt stellte die CDU acht Personen auf, darunter drei Frauen, welche auf dem dritten und den beiden letzten Listenplätzen nominiert wurden. Die Alternative für Deutschland (AfD)[20] nominierte ebenso acht Personen, darunter zwei Frauen, wobei die ersten drei Plätze im Vergleich zur letzten Wahl unverändert blieben. Spitzenkandidat war der im Rahmen der politischen Flügelkämpfe innerparteilich umstrittene Landesvorsitzende und ehemalige Radiomoderator Leif-Erik Holm.[21] Die Partei Die LINKE nutzte ebenfalls die Wahlen 2021 zur Verjüngung ihrer Liste unter ihrem landes- und bundesweiten Spitzenkandidaten Dietmar Bartsch und stellte drei Männer und drei Frauen auf, wobei letztere auf dem zweiten, dritten und fünften Platz zu finden waren. Die SPD verjüngte zur Wahl 2021 ihre Kandidierendenliste ebenso. Älteste Person ist der 1967 geborene Spitzenkandidat Frank Junge, während mehr als die Hälfte aller Kandidierenden, auch auf den ersten Plätzen, unter 40 Jahren ist. Insgesamt stellten sie sechs Frauen und fünf Männer zur Wahl, welche abwechselnden mit Frank Junge auf Platz 1 nominiert wurden. Auch die Freie Demokratische Partei (FDP) stellte ein junges achtköpfiges Kandidat*innenteam unter ihrem Spitzenkandidaten, dem amtierenden Bundestagsabgeordneten, Hagen Reinhold zusammen, wenngleich sich nur eine Frau auf Platz fünf finden lässt. Wesentlich weiblicher geprägt ist hingegen die Liste der Partei Bündnis90/Die Grünen: Auf der Liste unter Führung Claudia Müllers, die zur Wiederwahl antrat, fanden sich zwei weitere Frauen und ein Mann auf dem letzten Platz.[22]

4. Der Wahlkampf in der BRD und Mecklenburg-Vorpommern

Während die besondere Situation der COVID-19-Pandemie die Nominierung der Kandidierendenlisten nur wenig einschränkte, stellte sie die Parteien im Wahlkampf vor neue, bisher unbekannte Herausforderungen. So wurde bereits im Vorfeld des Wahlgangs vonseiten verschiedener Politikwissenschaftler*innen spekuliert, dass das Internet und die Sozialen Medien zentraler Schauplatz der Mobilisierungs- und Kampagnenarbeit sein werden, der Straßen- und Haustürwahlkampf hingegen in seiner Relevanz sinken wird. Daneben wurde dem Plakat ein Revival vorausgesagt – was weder bestätigt noch falsifiziert werden kann.[23] Dennoch, für Wahlwerbung im Internet zahlten die Parteien so viel wie noch nie und griffen auf neue professionalisierte Strukturen zurück.[24] So konnte man an den verschiedensten Orten, wie beispielsweise Online-Wörterbüchern, Nachrichtenseiten etc. Wahlwerbung für verschiedene Parteien finden. Dabei

19 Vgl. Bundeswahlleiter, Landeslisten der Parteien 2021 – Mecklenburg-Vorpommern, abrufbar unter: https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/wahlbewerber/bund-99/land-13.html#01d23fb5-a122-447d-b181-e3c3f0228ab1 (Stand: 10.11.2021).

20 Die Reihenfolge entspricht dem Wahlzettel, d. h. dem Stimmanteil bei der letzten Bundestagswahl.

21 Vgl. Frank Pubantz, AfD: Streit um Holms Nominierung, in: OZ, 22.02.2021.

22 Vgl. Bundeswahlleiter 2021a.

23 Vgl. Frank Decker, Wer gewinnt die Bundestagswahl?: Ausgangslage und Szenarien der Regierungsbildung, in: GWP, 2/2021, S. 145–154, hier. S. 151.

24 Vgl. o.A., Parteien schalten Werbung für vier Millionen Euro, in: Spiegel-online, abrufbar unter: https://www.spiegel.de/netzwelt/bundestagswahl-2021-parteien-schalteten-auf-facebook-und-co-werbung-fuer-4-7-millionen-euro-a-de29e3b2-71a1-4b75-9094-527b1fcc306a (Stand: 10.11.2021).

wurden sowohl klassische Formen wie Digitalversionen der Wahlplakate, professionelle Wahlwerbespots, als auch modernere Formate wie GIFs, Memes oder ‚Reels' und Kurzvideos unter den Nutzer*innen der sozialen Medien als beworbener ‚Content' verbreitet. Beispielsweise waren die Wahlwerbespots der SPD, CDU, FDP und den Grünen auf der Videoplattform YouTube regelmäßig den Videos vorgeschaltet. In Anbetracht dessen, dass ca. 40 Prozent der Deutschen diese Plattform wöchentlich nutzt, ist es ein enormes Verbreitungsmedium für Wahlinhalte.[25] Entgegen der Prognosen verlor aber der Straßenwahlkampf und Postwurfsendungen nicht so sehr an Relevanz wie anfangs vermutet, da aufgrund einer sich entspannenden Infektionslage während der ‚heißen' Wahlkampfphase mehr Aktivitäten ohne Gefahr möglich waren. So fanden in Mecklenburg-Vorpommern sogar große Wahlkampfabschlussveranstaltungen wie beispielsweise bei der SPD mit der bekannten Band *Keimzeit* in Warnemünde statt.[26]

Zentrales Motiv des Wahlkampfes war die Forderung nach Veränderung und einem Regierungswechsel, was mit vielen Projekten begründet wurde, die während der letzten Jahre nicht ausreichend angegangen wurden. Die Partei Bündnis90/Die Grünen unterstrich diesen Änderungsanspruch durch die erstmalige Nominierung einer Kanzlerkandidatin, Annalena Baerbock, da Umfragen im Frühjahr 2021 diese Möglichkeit als denkbar erschienen ließen.[27] Ihr standen mit Olaf Scholz (SPD) und Armin Laschet (CDU) zwei Männer im Rennen um die Kanzlerschaft gegenüber. Auf Bundesebene prägten dabei drei Themen die inhaltlichen Debatten: der Klimawandel, soziale Fragen sowie die Digitalisierung, welche zusammen sich zu einer Richtungsfrage um die Zukunft des „Wirtschaftsstandortes Deutschland" vereinigten. Weder die Frage der Migration, welche 2017 ein dominantes Thema war, noch die Eindämmungsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie wurden vergleichbar rezipiert. Einzig die AfD und unter Abstrichen die FDP platzierten das Thema in der Öffentlichkeit. Eine Klammer über alle Themen stellte auch der Klimawandel dar, da seine Auswirkungen durch die Unwetterkatastrophen im Ahrtal das erste Mal in ihrer Deutlichkeit auch in Deutschland zu spüren waren – sich dem Phänomen zu verweigern war keine Option mehr. Dennoch wurden Fragen der Art und Weise des Klimaschutzes debattiert, d. h. welche Maßnahmen ergriffen und wie die Belastungen verteilt werden sollen. Dabei wurde von den LINKEN, Grünen und der SPD darauf hingewiesen, dass der Wandel mit Blick auf seine sozialen Folgen gestaltet werden solle, während CDU, AfD und FDP vor allem bei möglichen Kosten die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Gefahr sah. Bei sozialen Themen stand insbesondere die Höhe des Mindestlohns sowie die Zukunft des umlagefinanzierten Rentensystems im Fokus des Wahlkampfes, bei dem verschiedene Modelle – von einer Erhöhung der Steuerfinanzierung, hin zu mehr privater Vorsorge – vorgeschlagen wurden. Das Thema der Digitalisierung wurde ebenso mehrheitlich als zentrales Thema ausgemacht, insbesondere da die Bundesrepublik Deutschland in diesem Feld europaweit nur im Mittelfeld rangiert.[28]

---

25 Vgl. Initiative klicksafe im Connecting Europe Facility Telecom Programm der Europäischen Union, Zahlen und Fakten – YouTube-Nutzung in Deutschland, abrufbar unter: https://www.klicksafe.de/themen/kommunizieren/youtube/zahlen-und-fakten-youtube-nutzung-in-deutschland/ (Stand: 10.11.2021).

26 Vgl. Frank Pubantz, Mit bekannten Bands und Politik-Promis: So bitten die Parteien in MV zum Wahlkampfabschluss, OZ-online, abrufbar unter: https://www.ostsee-zeitung.de/Nachrichten/MV-aktuell/Mit-Bands-und-Politik-Promis-So-bitten-die-Parteien-in-MV-zum-Wahlkampfabschluss (Stand: 10.11.2021).

27 Vgl. Helene Bubrowski, Die Bühne gehört ihr, in: FAZ, 20.04.2021.

28 Vgl. Europäische Kommission, Digital Economy and Society Index (DESI) 2020, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/newsroom/dae/document.cfm?doc_id=67086 (Stand: 10.11.2021).

Innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns unterschied sich der Bundestagswahlkampf nur minimal von der nationalen Ebene. Einzig gewisse Themen, die in den Augen der jeweiligen Parteien für das Land besondere Relevanz haben, wurden fokussiert, wie Landwirtschaft oder der Ausbau der digitalen Infrastruktur. Viele Landstriche im ländlichen Raum sind weiterhin noch nicht an schnelle Internetverbindungen angeschlossen, was schlussendlich wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten einschränkt.[29] Darüber hinaus standen Bundes- und Landtagswahlkampf in Konkurrenz miteinander, wobei es von der jeweiligen Partei abhing, welcher Wahlkampf schlussendlich im Fokus stand.

Für beide Ebenen und über die großen Parteien hinweg kann man aber die langfristige Tendenz zur Personalisierung des Wahlkampfes feststellen, wobei insbesondere SPD und FDP voranschritten. Bei ihnen nahmen die jeweiligen Spitzenkandidat*innen eine zentrale Stellung in der Kampagnenarbeit ein.[30] Die CDU hingegen reduzierte die Präsenz ihres Spitzenkandidaten, was vermutlich zum einen an den schlechten Umfragewerten lag und zum anderen daran, dass der mecklenburg-vorpommersche Landesverband schon von Anfang an mit ihm gefremdelt hatte.[31] Bei Bündnis90/Die Grünen und die LINKE standen die Inhalte etwas mehr im Fokus. Für erstere hatte sich eine Personalisierung des Wahlkampfes nicht angeboten, da ihre Kandidatin Annalena Baerbock durch Unachtsamkeiten zu Anfang der Kampagne diskreditiert war[32] – für letztere scheint ein Fokus auf inhaltliche Wahlkampagnen üblich zu sein. Inhaltlich fällt die AfD aus dem Reigen, da sie weiterhin ihre Evergreens wie Migration und die Europäische Union bediente. Zusätzlich versuchte sie Stimmen von Gegner*innen der Corona-Maßnahmen durch ihre eigene Positionierung zu gewinnen.[33] Entsprechend führten sie einen Oppositionswahlkampf, da ihnen bewusst war, dass für sie weiterhin keine Koalitions- und Regierungsoption vorhanden ist. Die Union versuchte sich im Rahmen des Wahlkampfes als Kraft der Kontinuität der Merkel-Ära darzustellen. Ihr Koalitionspartner SPD, Anfang des Jahres noch fern von einer Chance, Wahlsiegerin zu werden, setze dagegen bereits früh auf einen Wechselwahlkampf – ebenso die FDP, die LINKE sowie Bündnis90/Die Grünen.

Insgesamt verlief der Bundestagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern ohne große Vorkommnisse und regionale Besonderheiten. Einzig eine False-Flag-Aktion, bei der in und um die mecklenburgische Kleinstadt Teterow CDU-Plakate aus den 50er Jahren aufgehängt wurden, welche die deutsche Ostgrenze (Oder-Neiße-Linie) in Frage stellte und alte Gebiete wie Pommern, Schlesien oder Königsberg forderte, konnte internationale Aufmerksamkeit erringen. Da die Plakate derart interpretiert werden könnten, dass sie die territoriale Integrität der Russländi-

29 Vgl. o.A., In 150 Tagen ist Bundestagswahl, in: Nordkurier, 29.04.2021.

30 Vgl. Renate Köcher, Gespannt und Ratlos, in: FAZ, 15.09.2021.

31 Vgl. o.A., CDU in MV favorisiert Friedrich Merz, in: NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/CDU-in-MV-favorisiert-Friedrich-Merz,cdu1452.html (Stand: 10.11.2021).

32 Vgl. Constanze von Bullion, Ausflug in die Todeszone, in: SZ, 21.05.2021; Patrick Gensing, Das Netz vergisst nicht, tagesschau-online, abrufbar unter: https://www.tagesschau.de/faktenfinder/baerbock-lebenslauf-101.html (Stand 10.11.2021).

33 Vgl. Ann-Kathrin Müller, Unter Esoterikern, in: Spiegel, 30.04.2021.

schen Föderation in Frage stellten, fühlte sich schließlich der Sprecher des Kremls in Moskau bemüßigt, darauf zu reagieren.[34]

5. Die Wahlergebnisse der Bundestagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich

Am 26. September gaben die Mecklenburger*innen, Vorpommer*innen und alle Bürger*innen im Bundesgebiet ihre Stimmen zur Zusammensetzung des neuen Bundestags ab. Durch die COVID-19-Pandemie fand diese Wahl unter bisher ungekannten Umständen statt. Um entsprechend das Infektionsrisiko im Laufe des Wahlvorgangs zu minimieren, griffen mit 47,3 Prozent so viele Bundesbürger*innen wie noch nie auf die Möglichkeit der Briefwahl zurück, wobei MV hier mit 34,9 Prozent klar unter dem bundesschnitt lag.[35] Das führt zur interessanten Forschungsfrage, ob die vermehrte frühzeitige Stimmabgabe Einfluss auf das Wahlergebnis hat, da folglich Wähler*innen nicht mehr auf aktuelle Entwicklungen des Wahlkampfes reagieren können. Dennoch sollte der Effekt nicht überschätzt werden, da davon auszugehen ist, dass unentschiedene Personen ihre Stimme nicht frühzeitig abgeben.

Im Vorlauf der Wahl 2021 wurde einerseits durch die Coronapandemie ein negativer Effekt auf die Wahlbeteiligung befürchtet[36], andererseits durch die Offenheit ihres Ausgangs ein positiver Einfluss erwartet.[37] Beide Effekte schienen sich auszugleichen, wodurch sie sich mit einem Zuwachs um 0,4 Prozent im Vergleich zu 2017 (76,2 %) nur geringfügig veränderte. Ob Angst vor einer Ansteckung die Bürger*innen von der Abstimmung fern hielt oder die Nichtwähler*innen keinen Grund sahen, trotz der veränderten Situation von ihrem Recht Gebrauch zu machen, darüber lassen sich schlussendlich keine klaren Aussagen treffen. Die Gründe hierfür dürfen ebenso mannigfaltig sein wie für die einzelnen Wahlentscheidungen.

Die Ergebnisse zeigen, sowohl bundes- wie auch landesweit klare Veränderungen zu 2017. Bundesweit erhielt die Union aus CDU und CSU mit 24,1 Prozent so wenig Stimmen wie noch nie zuvor bei einer Wahl und musste mit 8,9 Prozent einen enormen Verlust an Wähler*innenstimmen hinnehmen. Darüber hinaus verlor sie ihren Status als größte Fraktion im Bundestag an die SPD mit 25,7 Prozent der Zweitstimmen, welche sich im Vergleich zur letzten Bundestagswahl somit um 5,2 Prozent verbessern konnte. Obschon es sich bei der Differenz zwischen den beiden größten Fraktionen nur um einen kleineren Unterschied handelt, zeigen die Stimmgewinne und -verluste klar an, dass es sich 2021 bei der Union um die klare Wahlverliererin handelt. Dieser Platzierungswechsel wird von vielen Seiten mit den beiden Spitzenkandidaten erklärt, wobei insbesondere unter den CDU/CSU-Anhänger*innen Armin Laschet keinen großen Zuspruch fand. Dazu kommt, dass die CDU kein geschlossenes Bild abgab, da einerseits ein Teil der Partei mit ihrem Spitzenkandidaten haderte, und andererseits der CSU-Vorsitzende Markus Söder durch regelmäßige Kritik an Armin Laschet den Kandidaten weiter desavouierte. Viele scheinen daher ihre Stimme der Partei mit der Person, der sie das Amt des Kanzlers eher zutrau-

34 Vgl. o.A., Nachdrucke von alten Wahlplakaten in MV erzürnen Kreml, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Nachdrucke-von-alten-Wahlplakaten-in-MV-erzuernen-Kreml-,wahlplakate590.html (Stand 10.11.2021).

35 Vgl. Bundeswahlleiter, Pressemitteilung Nr .53/21 vom 15. Oktober 2021, abrufbar unter: https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/bundestagswahl-2021/53_21_briefwahlbeteiligung.html (Stand: 10.11.2021).

36 Vgl. Andrea Dernbach, Macht Corona wahlmüde?, in: Der Tagesspiegel, 28.07.2021.

37 Vgl. Albert Funk, Es ist genug, in: Der Tagesspiegel, 18.05.2021.

en, gegeben zu haben: der SPD und Olaf Scholz.[38] Drittplatzierte 2021 wurden Bündnis 90/Die Grünen, die mit 14,8 Prozent das beste Ergebnis in ihrer Geschichte erringen konnten, was einerseits Ausdruck der geänderten Präferenzen der Wähler*innen darstellt, andererseits auch die Dringlichkeit der Klimaschutzfrage verdeutlicht. Die FDP fand sich am Wahlabend mit einer leichten Verbesserung auf 11,5 Prozent auf dem vierten Platz, wobei sie besonders für junge Wähler*innen attraktiv war. Als Gründe hierfür werden oft ihr Fokus auf Fragen der Digitalisierung und ihr Spitzenkandidat Christian Lindner genannt. Die AfD musste im Vergleich zur letzten Wahl leichte Verluste hinnehmen, konnte sich aber mit 10,3 Prozent im Bundestag behaupten. Die Partei die LINKE musste den gesamten Wahlabend um ihren Wiedereinzug ins Parlament bangen, da sie in Hochrechnungen sich stets um die Fünf-Prozent-Sperrklausel bewegte, welche sie schlussendlich nicht überschritt. Dennoch kann sie aufgrund der Dreidirektmandatsregel mit 4,9 Prozent in Fraktionsstärke im Bundestag vertreten sein.

Tab.1: Bundestagszweitstimmenergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern seit 1994

	CDU	SPD	PDS/LINKE	FDP	Grüne	AfD	Wahlbeteiligung
BTW 1994	38,5	28,8	23,6	3,4	3,6	-	72,8
BTW 1998	29,3	35,3	23,6	2,2	2,9	-	79,4
BTW 2002	30,3	41,7	16,3	5,4	3,5	-	70,6
BTW 2005	29,6	31,7	23,7	6,3	4,0	-	71,2
BTW 2009	33,1	16,6	29,0	9,8	5,5	-	63,0
BTW 2013	42,5	17,8	21,5	2,2	4,3	5,3	65,3
BTW 2017	33,1	15,1	17,8	6,2	4,3	18,6	70,9
BTW 2021	17,4	29,1	11,1	8,2	7,8	18,0	71,1

Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Landeswahlleiterin.

Im Fokus des Beitrags stehen aber die mecklenburg-vorpommerschen Ergebnisse der Bundestagswahl, die sich von den Bundesergebnissen enorm unterscheiden. In Tabelle 1 finden sich die Bundestagswahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern seit 1994, welche die Besonderheit der diesjährigen Ergebnisse verdeutlichen. Allen voran kehrte sich das Verhältnis zwischen CDU und SPD in MV um: während die CDU 2017 noch 33,1 Prozent erhielten, stürzte sie mit 17,4 Prozent auf nahezu die Hälfte ab. Die SPD konnte sich stattdessen mit nun 29,1 Prozent fast verdoppeln. Die LINKE, ehemals eine zentrale Kraft setzte ihren Trend seit 2009 mit weiteren harschen Verlusten fort und liegt nun nur noch bei 11,1 Prozent. Ebenso unterlag die AfD auch in MV ihrem Bundestrend, verlor leicht und steht nun bei 18,0 Prozent, dem schlechtesten Ergebnis unter den ostdeutschen Bundesländern. Sowohl Grüne und FDP lagen, wie man Tabelle 2 entnehmen kann, wie die Wahlen davor unter ihrem bundesweiten Ergebnis. Beide konnten sich aber verbessern und kommen nun auf 7,8 Prozent (+ 3,5) und 8,2 (+2). Bei den Direktmandaten zeigt sich ebenfalls der enorme Verlust der CDU. Während sie 2017 noch alle sechs Wahlkreise des Landes gewinnen konnte, verlor sie dieses Jahr alle an die SPD. So konnten insbesondere junge Kanditat*innen bereits amtierende und letztmalige Gewinner schlagen. Beispielsweise konnte Erik von Malottki den amtierenden Abgeordneten Philipp Amthor verdrängen. Einer der vielen Gründe hierfür wird wahrscheinlich der Skandal um das Unternehmen August Intelligence Anfang des Jahres 2020 gewesen sein, was das Vertrauen in seine Integrität erodieren hat lassen.[39] Auch bei den Bundestagswahlen lässt sich die mecklenburg-vorpommersche Wahlgeographie

[38] Vgl. Catrina Schläger/u.a., Analyse zur Bundestagswahl 2021, Bonn 2021, S. 10 ff.
[39] Vgl. Frank Pubantz, Amthor als Zugpferd für die Wahl zum Bundestag, in: OZ, 02.03.2021.

beobachten, bei der das historische Mecklenburg insbesondere die Basis für SPD und LINKE darstellt, das historische Vorpommern eher konservativ-rechts wählt, d. h. CDU oder AfD.[40]

Tab. 2: Differenz der Zweitstimmenergebnisse im Bund zu Mecklenburg-Vorpommern*

	CDU	SPD	PDS/LINKE	FDP	Grüne	AfD	Wahlbeteiligung
BTW 1994	2,9	7,6	–19,2	3,5	3,7	0	6,2
BTW 1998	5,8	5,6	–18,5	4,0	3,8	0	3,8
BTW 2002	8,2	–3,2	–12,3	2,0	5,1	0	8,5
BTW 2005	5,6	2,5	–15,0	3,5	4,1	0	6,5
BTW 2009	0,7	6,4	–17,1	4,8	5,2	0	7,8
BTW 2013	–1,0	7,9	–12,9	2,6	4,1	–0,6	6,2
BTW 2017	–0,2	5,4	–8,6	4,5	4,6	–6,0	5,3
BTW 2021	6,7	–3,4	–6,2	3,3	7,0	–7,7	5,5

* Ein positiver Wert bedeutet, dass die Partei im Bund besser als im Land abschnitt.
Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Landeswahlleiterin.

Vergleicht man nun die Bundestagswahlergebnisse in MV mit denen zur Landtagswahl, lassen sich zwei Trends erkennen. Bei den ersten Landtagswahlen, die noch gleichzeitig mit denen zum Bundestag stattfanden, hielt sich die Differenz zwischen den Ergebnissen in einem sehr kleinen Rahmen. Es gab wenn nur kleinere Unterschiede, die insbesondere mit der jeweiligen Bewertung der Spitzenkandidat*innen erklärt werden kann. Mit der Entkopplung des Wahltermins traten erstmals enorme Differenzen auf, welche sich in das Bild der ‚second-order-election' einfügen, allen voran, die Wahlbeteiligung, die zu unabhängig stattfindenden Landtagswahlen wesentlich niedriger ist. Die Differenzen zwischen den Parteien lassen sich nur teilweise durch bundespolitische Erwägungen erklären, wenn z. B. Unzufriedenheit mit der Regierungsleistungen mit der Stimmabgabe für eine andere Partei quittiert werden.[41] Es treten dennoch derart enorme Differenzen auf, die schließlich landesspezifisch erklärt werden müssen.

Tab. 3 Differenz der Zweitstimmenergebnisse der Bundestags in MV zu den Landtagswahlen*

	CDU**	SPD	PDS/LINKE	FDP	Grüne	AfD	Wahlbeteiligung
1994	0,8	–0,7	0,9	–0,4	–0,1	-	–0,1
1998	–0,9	1,0	–0,8	0,6	0,2	-	0,0
2002	–1,1	1,1	–0,1	0,7	0,9	-	0,0
2005/2006	0,8	1,5	6,9	–3,3	0,6	-	19,3
2009/2011	10,1	–19,0	10,6	7,0	–3,2	-	11,5
2011/2013	19,5	–17,8	3,1	–0,6	–4,4	5,3	13,8
2016/2017	14,1	–15,5	4,6	3,2	–0,5	–2,2	9,0
2021	4,1	–10,5	1,2	2,4	1,5	1,3	0,3

* Positive Werte bedeuten, dass das Bundestagswahlergebnis besser als das zur Landtagswahl ist.
**Für den Vergleich wurde die Union als Ganzes herangezogen.
Quelle: Eigene Darstellung nach Daten der Landeswahlleiterin.

Die regionalen Ergebnisse lassen sich mithilfe der beiden Tabellen und Kenntnis der politischen Lage teilweise erklären. So lässt sich für die Bundestagswahlen, bei denen Merkel als amtierende

40 Vgl. Martin Koschkar/Christian Nestler, Die Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern – ein Überblick, in: diess. (Hrsg.), Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2016, S. 9–30, hier S. 20–23.

41 Völkl 2007, S. 488.

Kanzlerin antrat (2009, 2013, 2017) die größte Differenz zwischen den zwei Ebenen feststellen: mit bis zu 20 Prozentpunkten Differenz. Dennoch erklärt sich das nicht in einem besonders hohen Ergebnis für die CDU in MV bei den Bundestagswahlen, sondern durch ein besonders schlechtes Abschneiden der Partei bei den Landtagswahlen. Die Partei verliert bis auf einen geringen Gewinn zur Landtagwahl 2002 ohne Unterlass Stimmen. 1990 noch mit 38,3 Prozent, wesentlich stärker als die SPD gestartet, verlor sie ab 2006 mit zunehmender Geschwindigkeit Zuspruch im Land. Interessanterweise liegen in MV im gleichen Zeitraum relativ durchschnittliche Bundestagswahlergebnisse vor. Auf den ersten Blick scheint es, dass kein besonderer Merkelbonus in MV als ihrem Herkunftsland zu bemerken ist. Vielmehr unterscheiden die Wähler*innen klar zwischen der Bundes-CDU, vertreten durch ihre damalige Vorsitzende, und der Landes-CDU. Zweitens könnte ein strukturelles Problem des fehlenden Nachwuchses auf lokaler Ebene vorliegen, da die Partei seit der Einverleibung der ostdeutschen CDU einen Mitgliederschwund zu vermelden hat.[42] Ein dritter Grund für zumindest den aktuellen Wahlgang sind die Leistungen und Skandale des weiteren politischen Personals aus MV. Insbesondere die Skandale um den ehemaligen Landesvorsitzenden Lorenz Caffier, dem nachgesagt wird, dass er rechtsextreme Bestrebungen nicht effizient in seinen Landesinstitutionen bekämpft hat.[43] So wurden im Zuge einer von der Bundespolizei durchgeführten Hausdurchsuchung im Rahmen der Ermittlungen zum Prepper- und Neonazinetzwerk Nordkreuz die Landesbehörden nicht informiert, da ansonsten Strafvereitelung durch Mitglieder der Landespolizei befürchtet wurde.[44] Schließlich musste Lorenz Caffier zurücktreten, da er sehr enge Kontakte mit einer Schlüsselperson dieses Netzwerkes pflegte und gar von dieser eine Waffe gekauft hatte.[45] Neben den Problemen beim landespolitischen Personal der CDU scheint zusätzlich der Wegfall des möglichen Merkelbonus das desaströse Ergebnis der CDU zu erklären. Daneben gab es noch den Skandal um die sogenannte Aserbaidschan-Connection der mittlerweile verstorbenen Bundestagsabgeordneten Karin Strenz[46] und die bereits genannten Korruptionsvorwürfe gegen Philipp Amthor. Hierbei kann man wieder auf die bisherige Erkenntnis zurückgreifen, dass die Bewertung des Spitzenpersonals bei Wahlen entscheidend ist. So konnte Armin Laschet nur spärlich als katholischer und karnevallliebender Rheinländer im wenig religions- und karnevalsaffinen Nordosten punkten, insbesondere da der örtliche Landesverband auch mit ihrem Spitzenkandidaten fremdelte.

Für die Sozialdemokrat*innen lassen sich gegenteilige Effekte feststellen. Während sie bis zum Abgang von Gerhard Schröder in MV relativ im Bundeschnitt lagen, verloren sie danach derart, dass hier von einem negativen Merkeleffekt auszugehen ist. Hierfür spricht auch, dass in ihrer Amtszeit die SPD in MV bei Bundestagswahlen unterdurchschnittlich abschnitt, 2021 hingegen

42 Vgl. Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland, Berlin 2020, S. 21.

43 Vgl. Andreas Becker, Polizeiskandal: Caffier hat Polizei nicht mehr im Griff, Nordkurier-online, abrufbar unter: https://www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/caffier-hat-polizei-nicht-mehr-im-griff-1536441108.html (Stand 10.11.2021).

44 Vgl. Andreas Meyer, Schon wieder Rostock: Entsetzen über Terror Razzia, OZ-online, abrufbar unter: https://www.ostsee-zeitung.de/Mecklenburg/Rostock/Schon-wieder-Rostock-Entsetzen-ueber-Terror-Razzia (Stand 10.11.2021).

45 Vgl. Julian Feldmann, Weitere Vorwürfe gegen Waffenhändler, in: tageeschau-online, abrufbar unter: https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr/nordkreuz-waffenhaendler-101.html (Stand 10.11.2021); Ludmann, Stefan, Angeblicher Waffenkauf: hat Caffier gelogen, NDR-online, abrufbar unter: https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Angeblicher-Waffenkauf-Hat-Caffier-gelogen,caffier522.html (Stand 26.11.2021).

46 Vgl. Bastian Obermayer/Jana Anzlinger, Wohnung und Abgeordnetenbüro der CDU Abgeordneten Strenz durchsucht, SZ-online, abrufbar unter: https://www.sueddeutsche.de/politik/cdu-strenz-aserbaidschan-lintner-1.4778138 (Stand 10.11.2021).

ihre Bundestagswahlergebnisse im Land 3,4 Prozent höher lagen als im Rest der Republik. Dazu kam noch die mangelnde Sympathie im Elektorat für Armin Laschet. Trotz beider Effekte konnte die SPD die Ergebnisse für die zwei politischen Ebenen nicht wieder angleichen. Es ist zu vermuten, dass der Grund hierfür bei der Landes-SPD gesucht werden muss, die sich zu einer Art Regionalpartei entwickelt, was sich zum Teil in der besonderen Beliebtheit ihrer Ministerpräsident*innen, aktuell Manuela Schwesig, begründet. In Anbetracht dessen, dass in MV sogar mehr Bürger*innen als im Bundeschnitt für die Partei gestimmt haben, kann man vermuten, dass Manuela Schwesig, die Ergebnisse auch für die Bundestagswahlen nach oben gezogen hat. Ihr Effekt war aber bei den Bundestagswahlen wesentlich geringer, da alle anderen Parteien bei den Bundestagswahlen besser als bei den Landtagswahlen abschnitten. Dennoch bleibt in Frage, ob die Partei ihre Ergebnisse in Zukunft auch ohne populäre Gallionsfigur halten kann.

Die Ergebnisse der Partei Die LINKE lassen sich ebenfalls einordnen: seit 1990 erhält sie in MV immer mehr Stimmen als im Bundesschnitt, was in ihrer regionalen Verankerung als Rechtsnachfolgerin der SED begründet liegt. Sie hatte somit ihre Mitglieder- und Wähler*innenbasis im Gebiet der ehemaligen DDR. Trotz des politischen Drucks während der 90er Jahre[47] konnte die Partei weiterhin gute Ergebnisse einfahren, weshalb sie in der Wissenschaft oft auch als politische Vertretung der ‚Ostdeutschen' betrachtet wurde.[48] Hierin lässt sich aber auch der Grund für ihren kontinuierlichen Stimmverlust finden, da sie einerseits durch Alter und Tod, andererseits durch den größer werdenden historischen Abstand zum Beitritt der neuen Bundesländer zum Geltungsbereich des Grundgesetzes immer mehr Mitglieder und Wähler*innen verliert. Daneben erhielt sie ab 2017 mit der AfD Konkurrenz bei der Frage der Vertretung ‚ostdeutscher' Interessen. Während die rechtsoffene Partei 2013 in MV ein relativ durchschnittliches Ergebnis erhielt, mauserte sich die Partei im Laufe der ersten vier Jahre zu einer Partei mit einer starken Basis in den neuen Bundesländern.[49] Aufgrund dessen wurde die Partei in den Medien immer stärker als ostdeutsche Partei diskutiert, was aber aus den Augen verliert, dass die Mehrheit der Führungskader einen westdeutschen Hintergrund hat. Ihr leichter Stimmverlust zu 2021 scheint im Bundestrend zu liegen. [50]

Die Ergebnisse für die Grünen und der Liberalen liegen beide jeweils im Bundestrend und zeigen zusätzlich, dass beide in Mecklenburg-Vorpommern schwächer als in anderen Bundesländern verankert sind. Sie schneiden weiterhin jede Wahl im Land unterdurchschnittlich ab. Besonders die Grünen haben ein Verankerungsproblem, da sie in etwa nur die Hälfte des bundesweiten Stimmanteils erhalten. Die FDP befindet sich hingegen etwas näher an den Bundesergebnissen.

---

47 Vgl. o.A., Alte Gesichter, in: Spiegel 23.08.1992, abrufbar unter: https://www.spiegel.de/politik/alte-gesichter-a-3db4f959-0002-0001-0000-000013689916 (Stand 10.11.2021).

48 Vgl. Marcel Görmann, AfD ist Ostdeutschland-Partei: erschreckender Trend in allen neuen Bundesländern, DerWesten-online, abrufbar unter: https://www.derwesten.de/politik/afd-sachsen-anhalt-landtagswahl-mecklenburg-vorpommern-sachsen-brandenburg-thueringen-wahl-id232467969.html (Stand 10.11.2021).

49 Vgl. Oliver Makasan, Wo Zahnärzte Volksverräter schreien, NZZ-online, abrufbar unter: https://www.nzz.ch/international/afd-in-ost-deutschland-was-sind-die-gruende-ihres-erfolgs-ld.1649588 (Stand: 10.11.2021).

50 Vgl. Eckart Lohse, Geliebter Anführer aus dem Lager des Feindes, FAZ-online, abrufbar unter: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wieso-es-afd-wortfuehrern-nuetzt-wenn-sie-westdeutsche-sind-16315709.html (Stand: 10.11.2021).

6. Schluss

In der Gesamtschau können die ehemaligen Ergebnisse für Mecklenburg-Vorpommern über den Zusammenhang von Land- zu Bundestagswahlen als überholt erachtet werden.[51] Die Ergebnisse zu beiden Wahlen unterscheiden sich heute derart, sodass eine Entkopplung der Wahlergebnisse festzuhalten ist. Die Wähler*innen unterscheiden in MV also klar, auch bei gleichzeitigem Wahltermin, ob sie für das Bundes- oder Landesparlament abstimmen. Behauptungen, dass bei gleichzeitigen Wahlterminen Vermengungen beider Ebenen stattfinden, kann aus der Perspektive der mecklenburg-vorpommerschen Ergebnisse widersprochen werden. Selbst das gleichzeitige Stattfinden der Landtagswahlen, bei der die bundespolitischen Einflüsse am Größten sein sollen, ließen 2021 die Wahlergebnisse sich nicht angleichen.[52]

Die Bundestagswahlen haben also immer weniger Einfluss auf die Ergebnisse der Landtagswahlen – zieht man auch aktuelle Erkenntnisse zu Wahlentscheidungen heran, laut denen neben der eigenen politischen Positionierung insbesondere die Bewertung des Spitzenpersonals ausschlaggebend ist, können in MV erste Indizien für eine Beeinflussung der Bundestagswahlergebnisse durch die Landesebene ausgemacht werden. So ließe sich das gute Abschneiden der SPD im Bund mit der Beliebtheit der Partei im Land erklären[53].

Die feststellbare Entkopplung der Landtagswahlen von den Bundestagswahlen verweist darauf, dass der Föderalismus weiterhin zukunftsträchtig ist und seine Stärken beweisen kann. Einzig die föderalen Strukturen sind in der Lage diese Differenzen zu verarbeiten und politisch umzusetzen, weshalb eine weitere Zentralisierung große Gefahren birgt.

51 Vgl. Gabriel/u.a. 2007, S. 461.

52 Vgl. Ossip Fürnberg, Landtagswahlen im „Schatten" von Bundestagswahlkämpfen: Welchen Einfluss hat der Wahltermin?, in: ZParl, 3/2012, S. 564–579, hier: S. 579.

53 Vgl. Völkl 2007, S. 491.

Teil IV: Anhang

Abb. 1: Wordcloud des Wahlprogramms der SPD

„Wordclouds" sind eine nützliche Form zur grafischen Präsentation von Wahlprogrammen. Texte lassen sich nach Häufigkeit der Wörter visualisieren. Eine Bewertung der Inhalte ist damit zwar nicht möglich, aber Schwerpunkte und mehrfach verwendete Begriffe lassen sich erkennen.
Quelle: SPD Mecklenburg-Vorpommern, Verantwortung für heute und morgen. Regierungsprogramm 2021-2026, Wismar 2021.
Bearbeitet mit: http://www.wordclouds.com/.

Abb. 2: Wordcloud des Wahlprogramms der AfD

Quelle: AfD Mecklenburg-Vorpommern, MV will leben! Unser Landtagswahlprogramm 2021, Schwerin 2021.
Bearbeitet mit: http://www.wordclouds.com/.

Abb. 3: Wordcloud des Wahlprogramms der CDU

Quelle: CDU Mecklenburg-Vorpommern, Zusammen. Zu neuer Stärke, Schwerin 2021.
Bearbeitet mit: http://www.wordclouds.com/.

Abb. 4: Wordcloud des Wahlprogramms von Die LINKE

Quelle: Die LINKE Mecklenburg-Vorpommern, Das ist links, Zukunftsprogramm zur Landtagswahl am 26.09.2021, Rostock.
Bearbeitet mit: http://www.wordclouds.com/.

Abb. 5: Wordcloud des Wahlprogramms von Bündnis 90/Die Grünen

Quelle: Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern, Für Klima Land und Miteinander, Wahlprogramm 2021, Schwerin 2021.
Bearbeitet mit: http://www.wordclouds.com/.

Abb. 6: Wordcloud des Wahlprogramms der FDP

Quelle: FDP Mecklenburg-Vorpommern, Veränderung brauch einen Anfang - Das Wahlprogramm der FDP Mecklenburg-Vorpommern zur Landtagswahl 2021, Schwerin 2021.
Bearbeitet mit: http://www.wordclouds.com/.

Abb. 7: Wordcloud des Wahlprogramms von FREiER HORIZONT

Quelle: FREiER HORIZONT, PROGRAMM der Partei FREiER HORIZONT für die Wahlen zum Landtag in Mecklenburg-Vorpommern am 26. September 2021.
Bearbeitet mit: http://www.wordclouds.com/.

Abb. 8: Wordcloud des Wahlprogramms der Freien Wähler

Quelle: FREiE Wähler Mecklenburg-Vorpommern, Programm der Landesvereinigung FREIE WÄHLER Mecklenburg-Vorpommern 2021.
Bearbeitet mit: http://www.wordclouds.com/.

STRÖER
DIE FRAU FÜR MV

CDU
Zusammen anpacken. Wirtschaft stärken.
Michael Sack
michaelsack.jetzt

Unser Angebot steht!
FREIE WÄHLER
Mecklenburg-Vorpommern
Die große Koalition ist Mist.
JÜRGEN DETTMANN

RENÉ DOMKE FÜR MV
ALLENS BLIWWT
BIN OLLEN. NUR BESSER.
TATEN SPRECHEN LASSEN.
Freie Demokraten
FDP

PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ
Tierschutzpartei
Mitgefühl wählen!
Meeresschutz statt Überfischung

Durchblick und Rückgrat
Masken?
Lockdown?
Impfzwang?
Kontrollstaat?
Schluss damit!
Bundestagswahl 2021
dieBasis
Basisdemokratische Partei Deutschland
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Wolfgang Wodarg
www.dieBasis-Partei-MV.de

Ökologisch-Demokratische Partei
ödp
Keine Chance für Korruption!
DAS GUTE GEWINNT

IN DEN LANDTAG
STEFFEN REINICKE
FÖRSTER
MV ABER NORMAL.
AfD

PIRATEN PARTEI
DiB
DEMOKRATIE IN BEWEGUNG
Besser eine
Kleine
als
Keine
landtagswahl-mv.de

CDU
Zusammen. Zu neuer Stärke.

IHRE WAHL:
ARBEITERVERRÄTER
CORRUPT UNION
KOMPLETT IRRE ANSAMMLUNG
WENDEHALSE
FÜR VOLK UND HEIMAT
AUSBEUTERCREW
Leere Flaschen
DARUM:
NPD

Simone Oldenburg
1000 neue Lehrkräfte für MV.
Machen wir
DIE LINKE.

Freie Demokraten
FDP
NORMAN KLIMT FÜR MV
SCHULEN AUF.
SCHULEN ZU?
NICHT MIT UNS.
TATEN SPRECHEN LASSEN.

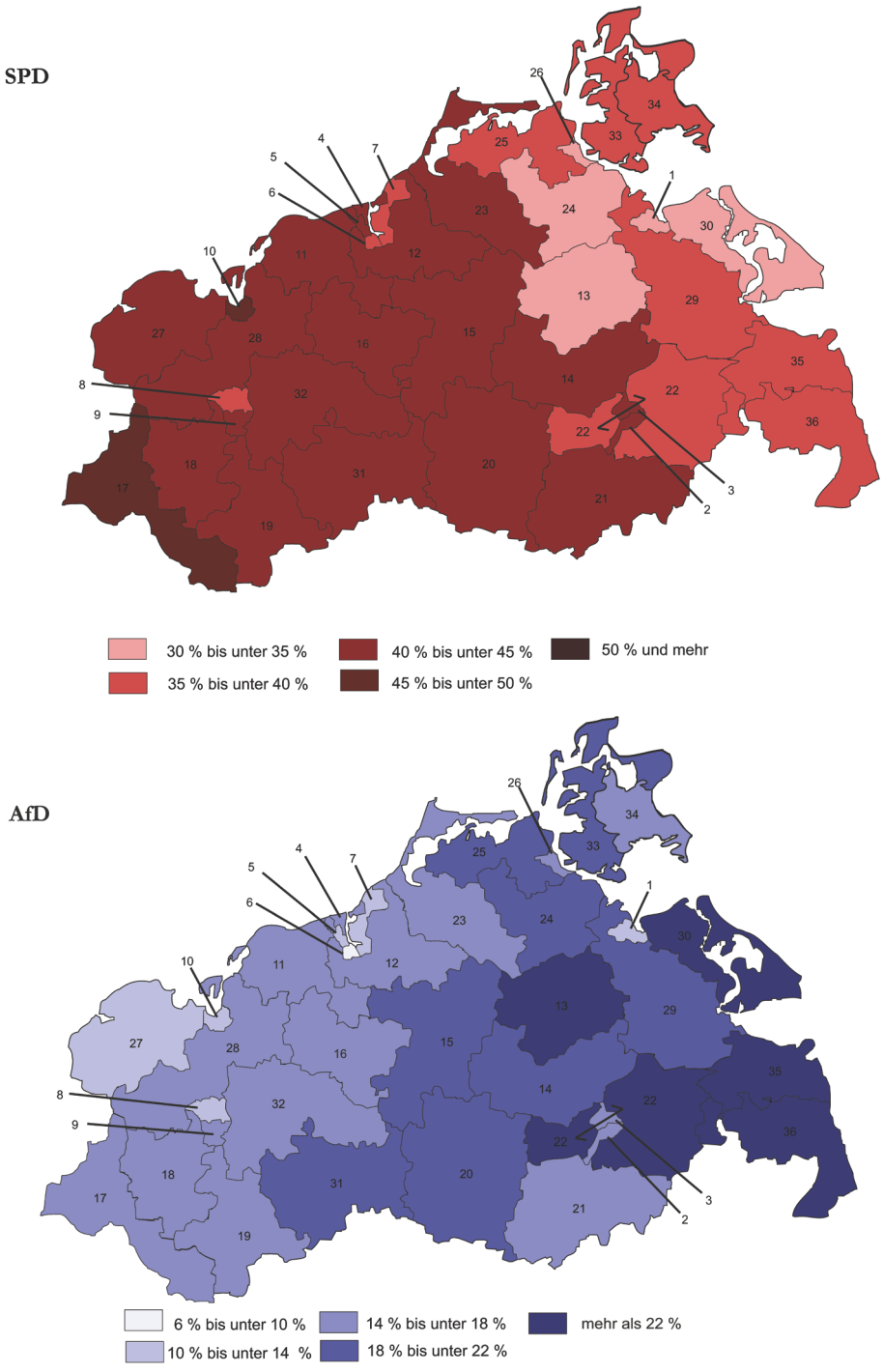
CDU
Peter Stein
Immer Mensch bleiben

KATRIN ZSCHAU
SPD
Renten sichern und erhöhen!
Tierschutzpartei

Keine halben Sachen!
Dr. Daniel Trepsdorf wählen!
DIE LINKE.
100% SOZIAL

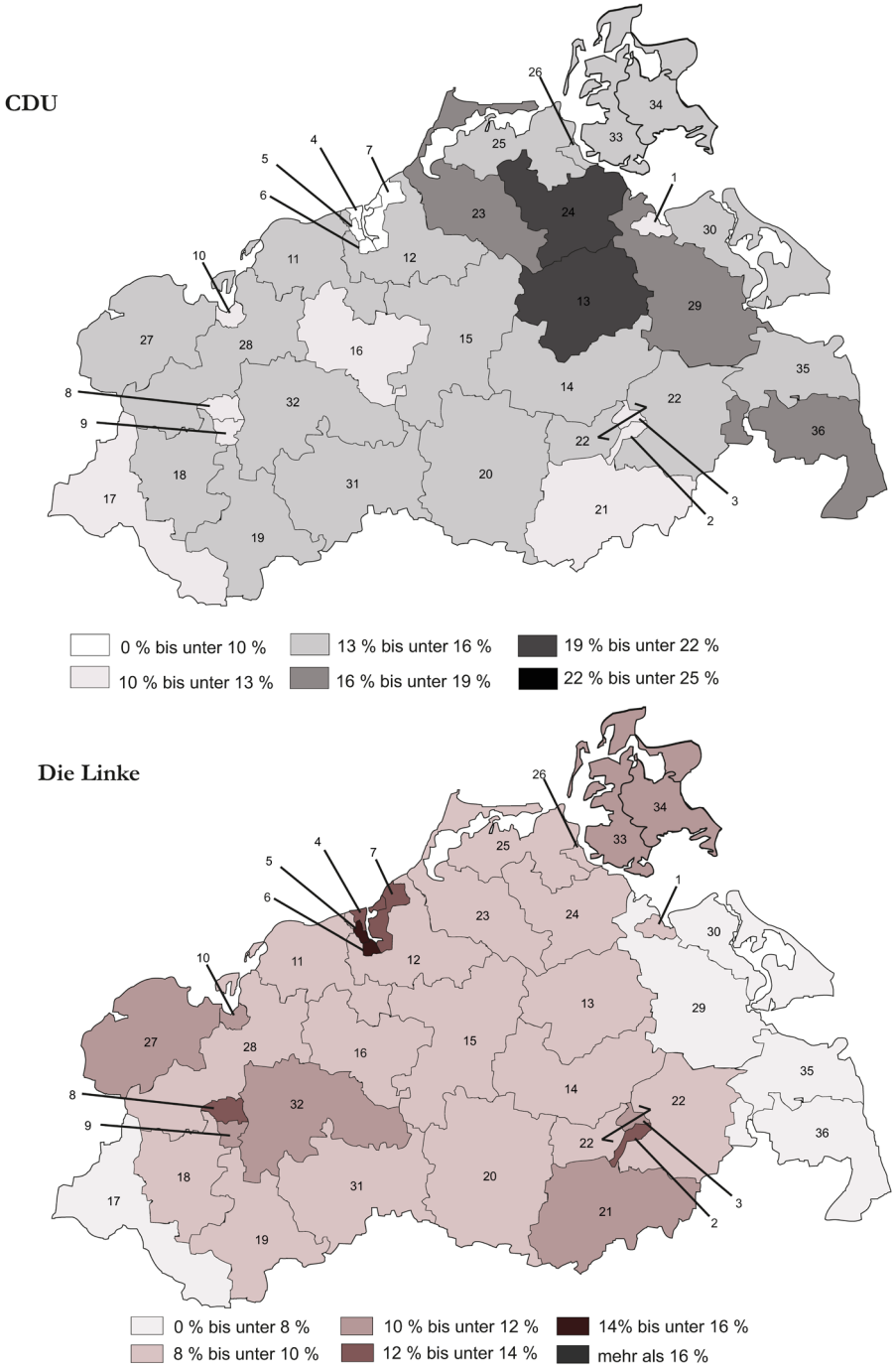
SPD
MECKLENBURG VORPOMMERN
26.9.
RAINER ALBRECHT
#GEMEINSAMVORAN
Diesmal den richtigen Albrecht wählen:
Christian Albrecht
DIE LINKE.

Karte 1: Ergebnisse von SPD und AfD bei der Landtagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern nach Wahlkreisen



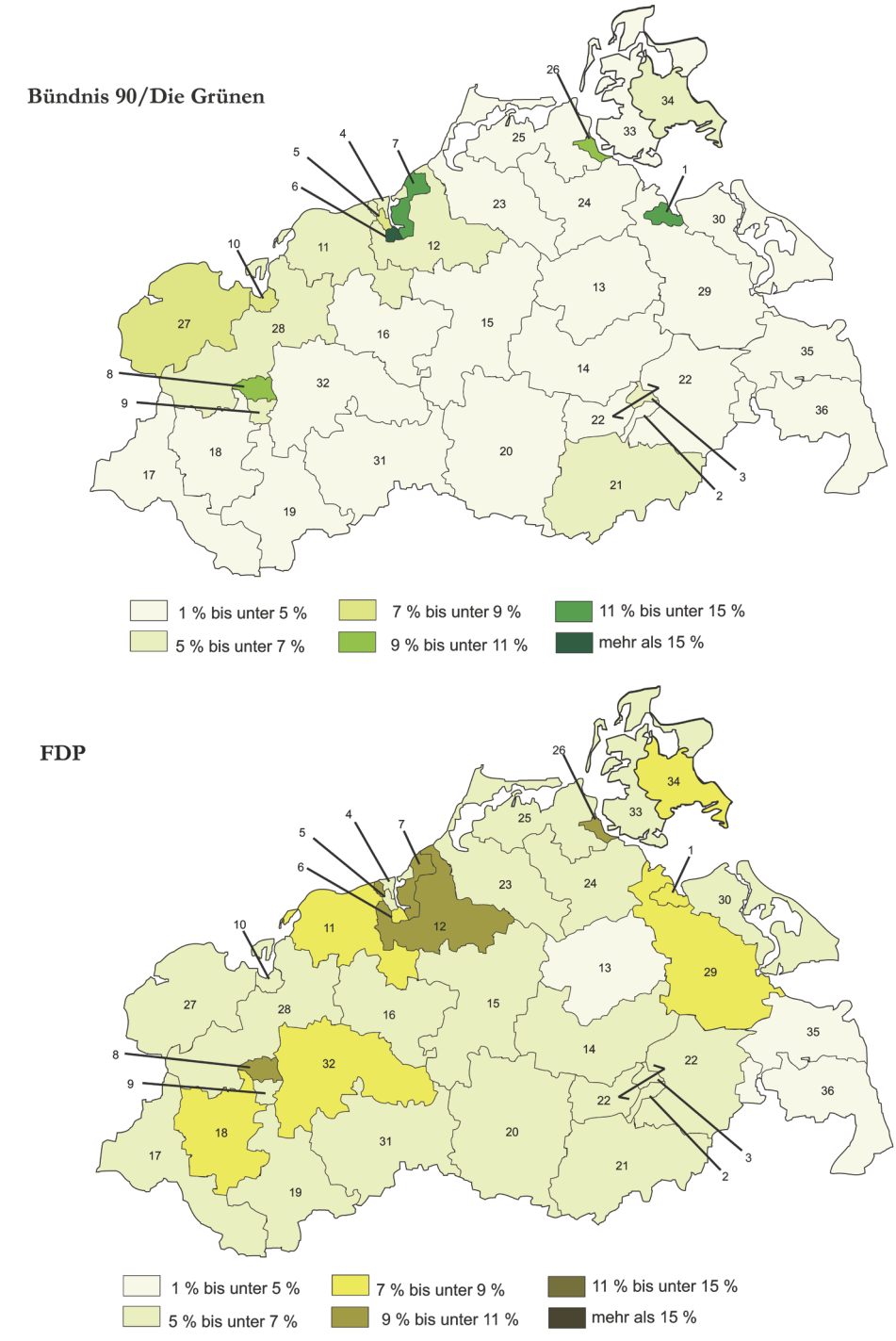
Darstellung: Jan Müller, Steffen Schoon.

Karte 2: Ergebnisse von CDU und Die LINKE bei der Landtagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern nach Wahlkreisen



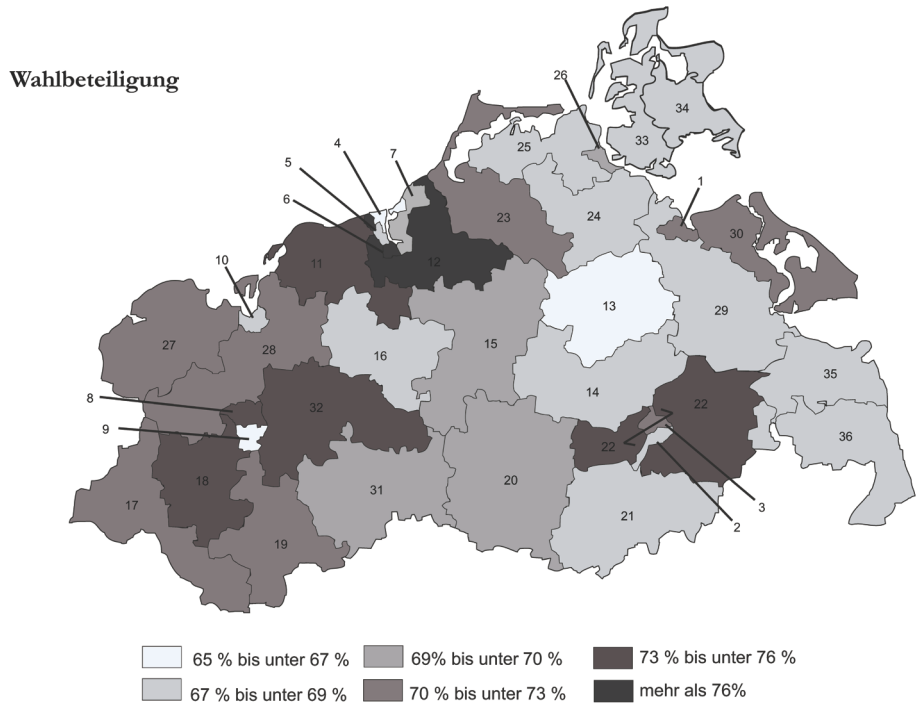
Darstellung: Jan Müller, Steffen Schoon.

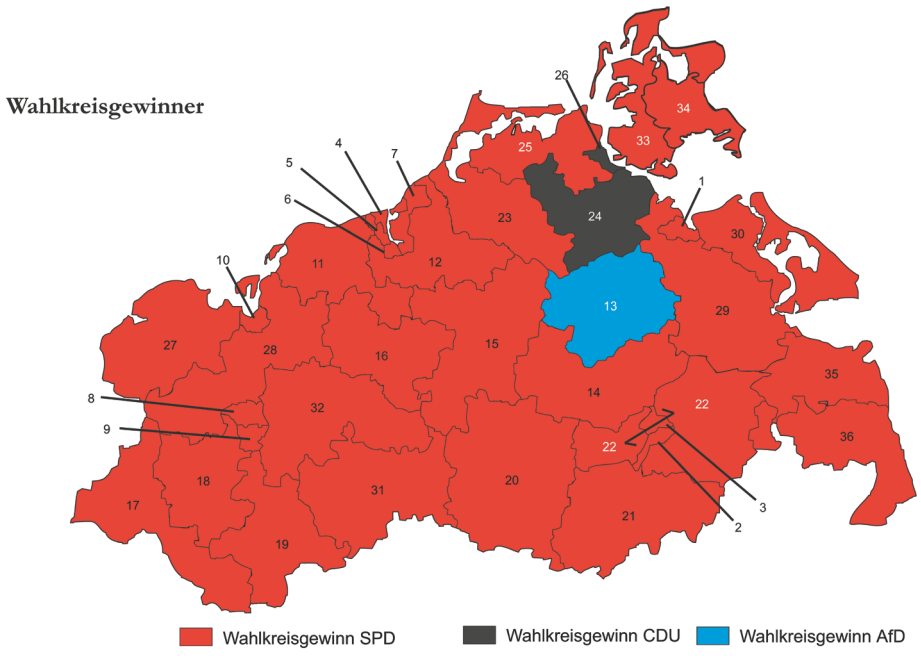
Karte 3: Ergebnisse von Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei der Landtagswahl 2021 in Mecklenburg-Vorpommern nach Wahlkreisen



Darstellung: Jan Müller, Steffen Schoon.

Karte 4: Wahlbeteiligung und Wahlkreisgewinner bei der Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern nach Wahlkreisen





Darstellung: Jan Müller, Steffen Schoon.

Die Autor*innen

Leonard Björk Geboren 1999 in Hamburg, B.A.-Student der Politikwissenschaft und Geschichte, Student am IPV.

Torben Böker Geboren 1999 in Holzminden, B.A.-Student der Politikwissenschaft und Geschichte, Student am IPV.

Simon Junghans **B.A.**, geboren 1996 in Oldenburg, M.A.-Student der Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Area Studies, Student am IPV.

Bastian Karge Geboren 2001 in Demmin, B.A.-Student der Politikwissenschaft und Soziologie, Student am IPV.

Bettina Lorenz Geboren 1984 in Ilmenau, B.A.-Studentin der Politikwissenschaft und Erziehungswissenschaft, Studentin am IPV.

Ludmila Lutz-Auras **Dr. rer.pol.**, geboren 1981 in Ivano-Frakivsk, Sprecherin des Zentrums für Eurasisch-Russländische Studien (ZEUS) an der Universität Rostock.

Luca Markmann Geboren 1998 in Lübeck, B.A.-Student der Politikwissenschaft und Geschichte, Student am IPV.

Tom Moritz Geboren 1999 in Rostock, B.A. Student der Politikwissenschaft und Geschichte, Student am IPV.

Jan Müller **Dr. rer. pol.**, geboren 1987 in Schwerin, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre.

Wolfgang Muno **Prof. Dr.**, geboren 1968 in Mainz, Professor für Vergleichende Regierungslehre am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock.

Lucas Neuling **B.A.**, geboren 1999 in Salzwedel, Masterstudent Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Area Studies am IPV

Christian Pfeiffer **Dr. rer. pol.**, geboren 1987 in Rostock, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre.

Christoph Rath Geboren 1997 in Bad Oldesloe, B.A.-Student der Politikwissenschaft und Geschichte, Student am IPV.

Michelle Rother Geboren 1999 in Strausberg, B.A.-Studentin der Politikwissenschaft und Geschichte, Studentin am IPV.

Dennis Bastian Rudolf **Dr. rer. pol.**, geboren 1985 in Weingarten (Württemberg), wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte.

Layla Siebert Geboren 1996 in Ribnitz-Damgarten, B.A.-Studentin der Politikwissenschaft und Philosophie, Studentin am IPV.

Zsombor Sonnevend Geboren 1998 in Berlin, B.A.-Student der Politikwissenschaft und Erziehungswissenschaft, Student am IPV.

Valerian Thielicke **Dr. rer. pol.**, geboren 1993 in Passau, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte.

Per Niklas Voß **B.A.**, geboren 1997 in Kiel, studierte Politikwissenschaft und Soziologie am IPV.

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“

Heft 1 Jürgen Rüland: Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien. Rostock 1994.

Heft 2 Christian Wagner: Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien. Rostock 1995.

Heft 3 Peter Birle/Nikolaus Werz: Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums „Argentinien – Politik, Kultur und Außenbeziehungen“ vom 30.6. bis 2.7.1995 in Rostock. Rostock 1995.

Heft 4 Jost Bandelin/Gerald Braun/Jürgen Rüland: Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung. Rostock 1995.

Heft 5 Jürgen Rüland: The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship? Rostock 1996.

Heft 6 Nikolaus Werz/Jochen Schmidt: Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern. Rostock 1996.

Heft 7 Christian Wagner: Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien. Rostock 1997.

Heft 8 Conchita Hübner: Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Situation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1997.

Heft 9 Martina Zellmer-Bjick: Canada's Asia-Pacific Policy on the Eve of the APEC-Summit. Rostock 1997.

Heft 10 Falko Brinner/Michael Storck: Vom Feindbild zur Armee der Einheit. Die Bundeswehr der Einheit aus der persönlichen Sicht von zwei betroffenen Soldaten. Rostock 1998.

Heft 11 Johann-Friedrich Engel: Tourismus und Tourismuskonzepte in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1999.

Heft 12 Friedrich Welsch/Nikolaus Werz: Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela. Rostock 1999.

Heft 13 Yves Bizeul/Matthias Schulz: Die deutsch-französischen Beziehungen. Rückblick und aktueller Stand. Rostock 2000.

Heft 14 Conchita Hübner-Oberndörfer: Transformation des Bildungswesens in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990. Rostock 2001.

Heft 15 Nikolaus Werz u.a.: Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern Rostock 2001.

Heft 16 Dieter Schröder u.a.: Peripherer ländlicher Raum – zum Beispiel der Landkreis Demmin. Rostock 2002.

Heft 17 Yves Bizeul u.a.: 10 Jahre Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Ehrenpromotion von Prof. Dr. Dieter Schröder. Rostock 2002.

Heft 18 Gudrun Heinrich/Nikolaus Werz (Hrsg.): Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Rostock 2003.

Heft 19 Gudrun Heinrich (Hrsg.): Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Rostock 2004.

Heft 20 Gudrun Heinrich (Hrsg.): Jugend und Politik – Verdrossenheit? Rostock 2004.

Heft 21 Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern. Anregungen, Standpunkte und Perspektiven zur Reformdebatte. Rostock 2004.

Heft 22 Steffen Schoon u.a.: Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2004.

Heft 23 Dörte Ahrendt-Völschow: Die Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock von 1958 bis 1995. Rostock 2004.

Heft 24 Nikolaus Werz u.a.: Kooperation im Ostseeraum. Eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. Rostock 2005.

Heft 25 Gudrun Heinrich u.a.: Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Rostock 2005.

Heft 26 Jenny Bonin/Nikolaus Werz u.a.: Baltic Cities and Migration. Contributions of the UBC Workshop Baltic Cities and Migration. Problems – Potentials – Perspectives, 05-07 Oktober 2006 in Rostock. Rostock 2006.

Heft 27 Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2006.

Heft 28 Arne Lehmann: Gründe und Folgen des Brain Drain in Mecklenburg-Vorpommern. Zur Abwanderung in einem ostdeutschen Flächenland. Rostock 2008.

Heft 29 Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.): Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2009.

Heft 30 Mykola Myhailovich Izha/Friedhelm B. Meyer zu Natrup: Politik und Verwaltung. Rostock 2010.

Heft 31 Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2011.

Heft 32 Thomas Prenzel (Hrsg.): 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt. Rostock 2012.

Heft 33 Christian Nestler/Christopher Scheele (Hrsg.): Die Kommunalwahlen 2014 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2014.

Heft 34 Christian Pfeiffer/Nikolaus Werz: Spanien vor den Wahlen 2015. Eine erste Analyse der Regional- und Kommunalwahlen. Rostock 2015.

Heft 35 Nikolaus Werz (Hrsg.): Kuba im Wandel. Beiträge eines interdisziplinären Kolloquiums. Rostock 2016.

Heft 36 Martin Koschkar/Jan Müller/Christian Nestler (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2016 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2016.

Heft 37 Gudrun Heinrich (Hrsg.): Zum Umgang mit der Extremen Rechten in Mecklenburg-Vorpommern. Analysen zum Schweriner Weg, MVgida und zum Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus. Rostock 2017.

Heft 38 Christian Pfeiffer/Enrique Fernández Darraz/Björn Kluger (Hrsg.): Bildung in Chile. Beiträge zu einer binationalen Kooperation. Rostock 2017.

Heft 39 Nikolaus Werz/Martin Koschkar/Jan Müller (Hrsg.): Mecklenburg-Vorpommern und der Ostseeraum. Rostock 2017.

Heft 40 Jan Müller/Wolfgang Muno: Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2021 – Die Parteien im Wahlkampf und ihr Elektorat. Rostock 2021.

Die Reihe als PDF: https://www.ipv.uni-rostock.de/forschung/publikationen/rostocker-informationen-zu-politik-und-verwaltung/